

JÜRGEN GERHARDS
MEHRSPRACHIGKEIT IM
VEREINTEN EUROPA
TRANSNATIONALES
SPRACHLICHES KAPITAL
ALS RESSOURCE IN EINER
GLOBALISIERTEN WELT

NEUE BIBLIOTHEK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

JÜRGEN GERHARDS
MEHRSPRACHIGKEIT IM VEREINTEN EUROPA

NEUE BIBLIOTHEK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

Die Neue Bibliothek der Sozialwissenschaften versammelt Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Theoriebildung und zur Gesellschaftsdiagnose sowie paradigmatische empirische Untersuchungen. Die Edition versteht sich als Arbeit an der Nachhaltigkeit sozialwissenschaftlichen Wissens in der Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, die sozialwissenschaftlichen Wissensbestände zugleich zu konsolidieren und fortzuentwickeln. Dazu bietet die Neue Bibliothek sowohl etablierten als auch vielversprechenden neuen Perspektiven, Inhalten und Darstellungsformen ein Forum. Jenseits der kurzen Aufmerksamkeitszyklen und Themenmoden präsentiert die Neue Bibliothek der Sozialwissenschaften Texte von Dauer.

DIE HERAUSGEBER

Jörg Rössel ist Professor für Soziologie an der Universität Zürich.

Uwe Schimank ist Professor für Soziologie an der Universität Bremen.

Georg Vobruba ist Professor für Soziologie an der Universität Leipzig.

Redaktion: Frank Engelhardt

JÜRGEN GERHARDS
MEHRSPRACHIGKEIT IM
VEREINTEN EUROPA
TRANSNATIONALES
SPRACHLICHES KAPITAL
ALS RESSOURCE IN EINER
GLOBALISIERTEN WELT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010

Lektorat: Frank Engelhardt

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Ten Brink, Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-17441-9

Inhalt

Vorwort	7
1 Die Fragestellung	9
2 Der konzeptionelle Rahmen	21
2.1 Die Bedeutung der Sprache für Prozesse der Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung	23
2.1.1 Definition von Sprache	23
2.1.2 Sprache als Kapital: Die zentralen gesellschaftlichen Funktionen von Sprache	27
2.1.2.1 Sprachkompetenz und Vergesellschaftung: Sprache als instrumentelles Kapital	28
2.1.2.2 Sprachkompetenz und Vergemeinschaftung: Sprache als symbolisches Kapital	37
2.1.3 Transnationales sprachliches Kapital und seine wachsende Bedeutung	49
2.2 Kritik des „linguistic turn“ in der soziologischen Theoriebildung	55
2.2.1 Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns	56
2.2.2 Niklas Luhmanns Systemtheorie	59
2.2.3 Die verstehende Soziologie: Alfred Schütz, Peter L. Berger, Thomas Luckmann und die neuere Wissenssoziologie	66
3 Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen	81
3.1 Institutionalisierte Sprachenordnung: Nationalstaatsbildung und sprachliche Homogenisierung, Weltgesellschaft und die Hegemonie des Englischen	82
3.1.1 Allgemeine Mechanismen des Sprachenwandels	83
3.1.2 Nationalstaatsbildung und sprachliche Homogenisierung	85
3.1.3 Weltgesellschaft und die Hegemonie des Englischen	97
3.2 Die Europäisierung und Globalisierung der nationalstaatlich verfassten Gesellschaften Europas	106
3.2.1 Europäisierung als Aufbau eines europäischen Herrschaftsverbandes	107

3.2.2	Europäisierung als territoriale Ausdehnung des Herrschaftsraums	112
3.2.3	Europäisierung als die rechtliche Schaffung eines einheitlichen europäischen Sozialraumes	112
3.2.4	Europäisierung als Transnationalisierung der Gesellschaften der Mitgliedsländer	115
3.2.5	Globalisierung der Mitgliedsländer der Europäischen Union	123
3.3	Die Sprachpolitik der Europäischen Union	126
3.3.1	Akzeptanz der Multilingualität	127
3.3.2	Schutz und Stärkung der Minderheitensprachen	138
3.3.3	Förderung der Mehrsprachigkeit der Bürger	145
4	Transnationales sprachliches Kapital der Bürger in den Ländern der Europäischen Union	151
4.1	Deskriptive Befunde: Die Mehrsprachigkeit der Bürger der EU	152
4.2	Die Erklärung der Unterschiede in der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital	162
4.2.1	Ein Modell zur Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital	163
4.2.2	Hypothesen zur Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital und ihre empirische Überprüfung	169
4.2.3	Hypothesen zur Erklärung der Englischkompetenz der Bürger und ihre empirische Überprüfung	194
4.3	Zusammenfassung und eine Prognose, wie sich die Mehrsprachigkeit der Bürgern entwickeln wird	206
5	Ausblick: Ein Plädoyer für eine veränderte Sprachpolitik der Europäischen Union	213
	Literatur	227

Vorwort

Mehrere Personen und Institutionen haben zum Gelingen der hier vorgelegten Studie beigetragen. Hartmut Kaelble, Richard Münch, Thomas Risse, Jürgen Trabant und Peter A. Berger haben Vorträge zu verschiedenen Aspekten des Buchs, die ich bei unterschiedlichen Gelegenheiten gehalten habe, kommentiert. David Glowsky und Mike S. Schäfer haben einzelne Kapitel und Georg Vobruba hat das Gesamtmanuskript kommentiert. Hilfreiche Literaturhinweise habe ich von Hubert Knoblauch, Sofia Perez, Jörg Rössel, Jochen Roose und Andreas Sentker erhalten. Claudia Finger hat die vielfältige historische Literatur zum Verhältnis von Nationalstaat und Sprache, Monika Hufnagel die Materialien zur Sprachpolitik der Europäischen Union zusammengetragen und bilanziert. Juliane Klein hat eine Vielzahl an Hintergrundrecherchen durchgeführt, die Daten zur Messung von Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen zusammengestellt und das Manuskript Korrektur gelesen. Besonderer Dank gilt Silke Hans und Inga Ganzer. Silke Hans hat mich bei den empirischen Analysen tatkräftig unterstützt und das empirische Kernkapitel sehr genau kommentiert. Inga Ganzer hat die verschiedenen Fassungen der einzelnen Kapitel gelesen und korrigiert und mir mit unterschiedlichen Recherchen geholfen.

Das von der DFG im Kontext der Exzellenzinitiative geförderte Cluster „Languages of Emotion“ hat mir ein Forschungsfreisemester gewährt, so ich von der Lehre befreit war. Eine Einladung an das „Center for European Studies“ der Harvard University bot mir die Möglichkeit, in einer hervorragenden Arbeitsatmosphäre die Überlegungen in einer relativ kurzen Zeit aufs Papier zu bringen. Mit Stanley Lieberson, der schon in den 1960er Jahren zum Thema Sprache und Minderheiten sehr gute Veröffentlichungen vorgelegt hat, konnte ich die Hauptthesen des Buches diskutieren. Allen gebührt mein ausdrücklicher Dank. Gewidmet sei das Buch Friedhelm Neidhardt und M. Rainer Lepsius, von denen ich akademisch und persönlich eine Menge gelernt habe.

Berlin, Februar 2010

1 Die Fragestellung

Die Sprachenkonstellation der heutigen Menschheit ist durch die Existenz einer Vielzahl sehr unterschiedlicher Sprachen gekennzeichnet. Diese Konstellation wird sehr häufig als babylonische Sprachverwirrung bezeichnet, weil sie eine Verständigung zwischen den Menschen der verschiedenen Sprachen verhindert. Mit dieser Kennzeichnung wird Bezug genommen auf einen der ältesten Mythen zur Beschreibung der existierenden Sprachenvielfalt. Die bekannteste Fassung der Erzählung findet sich in einer kurzen Passage im Alten Testament, in der Genesis (1. Buch Mose), Kapitel 11, in der Geschichte vom Turmbau zu Babel:

„Es hatte aber alle Welt einerlei Zunge und Sprache. Als sie von Osten aufbrachen, fanden sie eine Ebene im Land Schinar und siedelten sich dort an. Sie sagten zueinander: Auf, formen wir Lehmziegel und brennen wir sie zu Backsteinen. So dienten ihnen gebrannte Ziegel als Steine und Erdpech als Mörtel. Dann sagten sie: Auf, bauen wir uns eine Stadt und einen Turm mit einer Spitze bis zum Himmel und machen wir uns damit einen Namen, dann werden wir uns nicht über die ganze Erde zerstreuen.

Da stieg der Herr herab, um sich Stadt und Turm anzusehen, die die Menschenkinder bauten. Er sprach: Seht nur, ein Volk sind sie und eine Sprache haben sie alle. Und das ist erst der Anfang ihres Tuns. Jetzt wird ihnen nichts mehr unerreichbar sein, was sie sich auch vornehmen. Auf, steigen wir hinab und verwirren wir dort ihre Sprache, sodass keiner mehr die Sprache des anderen versteht. Der Herr zerstreute sie von dort aus über die ganze Erde und sie hörten auf, an der Stadt zu bauen. Darum nannte man die Stadt Babel (Wirr- sal), denn dort hat der Herr die Sprache aller Welt verwirrt, und von dort aus hat er die Menschen über die ganze Erde zerstreut.“ (Die Bibel 1980: 14; Gen 11, 1-9)

Die Geschichte vom Turmbau zu Babel ist eingebettet in eine Reihe von Unheilsgeschichten des alten Testaments, die mit dem Verlust des paradiesischen Urzustandes, über den Brudermord, die Sintflut bis hin zur Babelgeschichte reicht. Die Ursache des vielfältigen Unheils scheint in allen Ge-

schichten ähnlich zu sein: es ist das Streben der Menschen nach gottgleicher Allmacht.

Die Geschichte Babels enthält zugleich einige sehr interessante soziologische Theoreme, die sich auf die Analyse der heutigen Sprachenkonstellation übertragen lassen. Das Volk, das in Babylon siedelt, bildet eine Gemeinschaft und dies u. a., weil es über eine gemeinsame Sprache verfügt. Die Bedeutung der Sprache für die Identitätsbildung wird an den Wirkungen kenntlich, die mit Gottes Strafe verbunden sind. Die Menschen sprechen nach der Bestrafung unterschiedliche Sprachen; aus einem Volk werden mehrere Völker und diese sind durch unterschiedliche Sprachen gekennzeichnet. Eine gemeinsame Sprache vereinigt und kann identitätsstiftend wirken, während mehrere Sprachen trennen und zur Ausbildung einer segmentären Struktur von verschiedenen Gemeinschaften führen können.

Neben der Vergemeinschaftungsfunktion der Sprache ist in der Geschichte aber auch die Vergesellschaftungsfunktion der Sprache angesprochen. Das Vorhaben, eine Stadt zu errichten und einen Turm zu bauen, der bis zum Himmel reicht, ist nur möglich, *weil* die Menschen eine gemeinsame Sprache sprechen. Sie können mit Hilfe der gemeinsamen Sprache ihre Handlungen untereinander koordinieren, weil sie sich wechselseitig verständigen und absprechen können. Der Plan, in gemeinsamer Anstrengung ein großes gesellschaftliches Projekt zu realisieren, scheitert, als Gott ihnen die fundamentale Voraussetzung der Koordination von Handlungen nimmt und keiner mehr die Sprache des anderen verstehen kann. Und in der Tat kann man sich schwer vorstellen, wie der Aufbau und der Erhalt einer Gesellschaft zu gelingen vermag, ohne dass sich die beteiligten Menschen untereinander verständigen können.

Die in die Geschichte vom Turmbau zu Babel eingewobenen Ideen einer Soziologie der Sprachen werden im Neuen Testament in der Pfingstgeschichte wieder aufgenommen und zugleich weiter entwickelt. Nach Jesu Kreuzigung und 50 Tage nach seiner Auferstehung an Ostern sind die Jünger in Jerusalem anlässlich des jüdischen Wochenfest „Schawuot“ versammelt, als der Heilige Geist auf die Jünger nieder kommt.

„Und als der Pfingsttag gekommen war, waren sie alle an einem Ort beieinander. Und es geschah plötzlich ein Brausen vom Himmel wie von einem gewaltigen Wind und erfüllte das ganze Haus, in dem sie saßen. Und es erschienen ihnen Zungen zerteilt, wie von Feuer; und er setzte sich auf einen jeden von ihnen, und sie wurden alle erfüllt von dem heiligen Geist und fingen an, zu

predigen in andern Sprachen, wie der Geist ihnen gab auszusprechen.“ (Die Bibel 1980: 137; Apg 2, 1-4)

Das Wunder von Pfingsten hebt die babylonische Sprachverwirrung zwar nicht auf; die Menschen sprechen weiterhin verschiedene Sprachen; und sie sind auch weiterhin in verschiedene Sprachgemeinschaften zergliedert und über die Erde verstreut. Die Jünger Jesu sind aber diejenigen unter den Menschen, die mehrsprachig sind. Sie verfügen über das, was ich später als transnationales sprachliches Kapital bezeichnen werde; sie können mit den anderen Menschen in deren jeweiliger Sprache kommunizieren. Und weil sie dies können, sind sie in der Lage, das Wort Gottes zu verbreiten. Pfingsten wird deswegen auch mit Recht als der Geburtstag der Kirche, eines der ersten großen, global agierenden Unternehmen bezeichnet. Die Mehrsprachigkeit der Jünger ermöglicht den Aufbau einer ganz neuen Form von Gesellschaft. Mit der Fähigkeit, in den jeweiligen Sprachen der anderen sprechen zu können, entsteht die Möglichkeit des Aufbaus einer globalisierten Gesellschaft und die Chance, die zersplitterte Struktur der Völker zu überwinden.

Die im Alten und Neuen Testament angesprochene Spannung zwischen einer nachbabylonischen Sprachverwirrung einerseits und den Chancen der Herstellung einer Gesellschaft, die die Sprachgrenzen überschreitet, andererseits, bildet auch die Grundlage dieser Studie, auch wenn deren Gegenstand zeitlich weit von den biblischen Erzählungen entfernt ist. Die Analysen beziehen sich auf Entwicklungsprozesse, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ansetzen und bis weit in die Gegenwart und darüber hinaus in die Zukunft reichen. Die Ordnung der Weltgesellschaft wird von vielen Politikwissenschaftlern – sicherlich idealtypisch überzeichnet – als westfälische Ordnung beschrieben. Damit ist gemeint, dass das System der Weltgesellschaft aus souveränen Nationalstaaten besteht, aus einem Nebeneinander vieler nationalstaatlicher „Container“ (Taylor 1994; Beck 1997). Mit dieser Gesellschaftsordnung, besser: Gesellschaftenordnung ist auch eine spezifische Sprachenordnung verbunden. Die institutionalisierte Sprachenordnung besteht aus einer nach Nationalstaaten gegliederten, sprachlich segmentierten Struktur. Viele Nationalstaaten haben für sich jeweils nur eine Amtssprache zugelassen; die sprachliche Heterogenität innerhalb des jeweiligen Nationalstaates ist häufig sehr gering. Die zwischen-staatliche Heterogenität ist hingegen sehr hoch, insofern in den verschiedenen Nationalstaaten meist verschiedene Sprachen gesprochen werden. Diese Ausgangskonstellation ähnelt der nachbabylonischen Situation: Die Völker sind über die Erde zer-

streut und leben jeweils in ihren Nationalstaaten, in denen es meist eine Amtssprache gibt, die sich von der Amtssprache der anderen Nationalstaaten unterscheidet, so dass eine Verständigung zwischen den Völkern nicht möglich ist.

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ist der Beginn einer tief greifenden Veränderung dieser Ausgangskonstellation, eine Veränderung, die mit dem Begriff der Globalisierung umschrieben wird. Das Ausmaß, die Dichte und das Tempo des Austauschs zwischen verschiedenen nationalen Gesellschaften und zwischen den verschiedenen Regionen der Welt haben seit dieser Zeit enorm zugenommen. Der Prozess der Globalisierung hat Gesellschaften weltweit tief greifend verändert, Grenzen sind aufgeweicht worden und der interregionale ökonomische, kommunikative, kulturelle sowie politische Austausch hat seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts rasant zugenommen. Dies gilt vor allem für eine Region der Welt – für Europa, auf die ich mich in meinen Ausführungen konzentriere. Der politische Prozess der europäischen Integration hat die inzwischen 27 Mitgliedsländer der EU zunehmend füreinander geöffnet und den Austausch zwischen den Ländern erhöht. Vor allem die Herstellung des europäischen Binnenmarkts sowie die damit verbundene Freizügigkeit für Waren, Finanzkapital, Dienstleistungen und Arbeitskräfte hat grenzüberschreitende Wirtschaftsprozesse befördert und entscheidend das Anwachsen des binneneuropäischen Handels, die Zunahme europäischer Wertschöpfungsketten und eine Transnationalisierung des Finanzkapitals begünstigt.

Mit der Globalisierung und Europäisierung der vormals nationalstaatlich abgeschotteten Container sind neue Anforderungen, aber auch Chancen für die Menschen in Europa verbunden. Da in den verschiedenen Ländern der EU unterschiedliche Sprachen gesprochen werden, ist eine Teilhabe am Globalisierungs- und Europäisierungsprozess häufig nur möglich, wenn man die Sprachen anderer Länder beherrscht. Die Verfügung über *transnationales sprachliches Kapital* wird damit zu einer entscheidenden Ressource der Teilhabe am Transnationalisierungsprozess. Diejenigen, die wie die Jünger Jesu mehrere Sprachen sprechen, haben es leichter, mit Bürgern anderer Länder in Kontakt zu treten und zu interagieren, sie zu bekehren, mit ihnen wirtschaftlich zu handeln, wissenschaftlich zu kooperieren, politische Verhandlungen zu führen, Proteste über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus zu organisieren, Liebesbeziehungen einzugehen etc., kurz: sich in unterschiedlichen Dimensionen transnational zu vergesellschaften. Die Verfügung über transnationales

sprachliches Kapital versetzt diejenigen, die darüber verfügen, in die Lage, am Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozess teilzunehmen und entsprechende transnationale Interaktionsbeziehungen aufzubauen; diejenigen, die nur ihre Muttersprache sprechen, sind hingegen an ihr Land gebunden und können die Vorteile des vereinten Europas und einer globalisierten Welt nur in geringerem Maße nutzen. Die Verfügung über transnationales linguistisches Kapital ist damit eine neue Quelle sozialer Ungleichheit im Kontext einer sich entwickelnden globalisierten und europäischen Gesellschaft; sie ist eine Ressource, die über die Inklusion in diese Gesellschaft mitentscheidet bzw. zur Exklusion führen kann.¹

Mehr- oder Einsprachigkeit hat aber nicht nur individuelle, sondern auch kollektive Folgen. Gesellschaften, die dieselbe Sprache sprechen, treiben einen deutlich regeren Handel miteinander, als Gesellschaften, in denen verschiedene Sprachen gesprochen werden, weil die Transaktionskosten des Austauschs deutlich niedriger sind. Insofern würde eine Mehrsprachigkeit der europäischen Bürger auch das Wachstum in Europa steigern. Auch die Allokation von Ressourcen innerhalb des europäischen Marktes würde sich deutlich verbessern, wenn die Menschen mehrsprachig wären. Mangelnde Mehrsprachigkeit ist eine der wichtigsten Ursachen für die geringe räumliche Mobilität von Personen innerhalb der EU. Eine durch Mehrsprachigkeit gesteigerte geographische Mobilität würde zu einer besseren Balance von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage innerhalb der EU führen und hätte einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum in Ländern mit Arbeitskräftemangel sowie den Wohlstand in Ländern mit Arbeitskräfteüberschuss. Zudem würde eine geographische Mobilität zu einer besseren Übereinstimmung zwischen den Qualifikationen der Arbeitnehmer und den Qualifikationsanforderungen der offenen Stellen führen (vgl. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit 2008).

Auch die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit würde von der Mehrsprachigkeit der Bürger profitieren (vgl. Gerhards 1993; 2000). Politische Entscheidungen werden immer häufiger von den Institutionen der EU und nicht mehr von den nationalstaatlichen Regierungen und Parlamenten gefällt. Die Berichterstattung der Medien bleibt aber weitgehend national-

¹ Georg Vobruba (2008) geht in einem programmatischen Aufsatz zur Bestimmung der Aufgaben einer Europasozio­logie davon aus, dass die Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen der institutionellen europäischen Ordnung und der sozialen Integration der Bürger zu den zentralen Aufgaben einer sich entwickelnden Europasozio­logie gehört.

staatlich verhaftet. Franzosen informieren sich auf Französisch vor allem über die Politik ihres Landes, Deutsche richten ihre Aufmerksamkeit auf das Geschehen in Berlin etc. Die Folge ist, dass die Bürger nicht ausreichend über die Entscheidungen der EU informiert sind. Eine der wichtigsten Gründe für das Öffentlichkeitsdefizit der EU liegt in dem Sprachenproblem. Die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit und die Partizipation der Bürger an der europäischen Integration würden entsprechend enorm erleichtert, wenn sich die Menschen in Europa untereinander verständigen könnten.

Wie ist es aber um die Mehrsprachigkeit der Bürger in den Mitgliedsländern der EU überhaupt bestellt? Welche Sprachen sprechen sie und welche Länderunterschiede gibt es? Ich gehe wenigstens bis zum Beweis des Gegenteils davon aus, dass die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital nicht das Ergebnis einer Pflingstheimsuchung durch den heiligen Geist ist. Man kann stattdessen vermuten, dass die Verfügung über Mehrsprachigkeit gesellschaftliche Ursachen hat. *Im Zentrum dieser Studie steht die Frage, ob und in welchem Maße die Bürger in den 27 Ländern der EU über transnationales sprachliches Kapital verfügen und wie man die Unterschiede sowohl zwischen den 27 Ländern als auch innerhalb der Länder in der Ausstattung mit transnationalem sprachlichem Kapital erklären kann. Dabei unterscheiden wir zwei Formen von transnationalem Kapital: die Anzahl der Sprachen, die jemand spricht ganz unabhängig davon, um welche Sprachen es sich handelt und die Fähigkeit, diejenige Sprache zu sprechen, die den höchsten Kommunikationswert hat, nämlich Englisch.* Die Beantwortung dieser Fragen ist eingebettet in eine Reihe vorbereitender konzeptioneller Überlegungen über das Verhältnis von Sprache und Gesellschaft und eine Analyse der makrostrukturellen Kontextbedingungen, die eine Mehrsprachigkeit der Bürger erst notwendig machen. Zudem diskutiere ich die normative Frage, welche Sprachpolitik der EU eine vernünftige und zugleich gerechte wäre.

Die Argumentation erfolgt in folgenden Schritten: Das *zweite Kapitel* ist der Entwicklung eines theoretisch-begrifflichen Rahmens zur Steuerung der empirischen Untersuchung gewidmet. Dazu werde ich kurz erläutern, was man unter Sprache versteht und durch welche Merkmale Einzelsprachen gekennzeichnet sind. Ich werde dann diskutieren, welche zentralen gesellschaftlichen Funktionen der Sprache zukommen und unterscheide in diesem Zusammenhang eine Vergesellschaftungs- von einer Vergemeinschaftungsfunktion der Sprache: Eine gemeinsame Sprache ermöglicht zum einen die Verdichtung von Interaktionen; sie kann zum Zweiten als Merkmal zum

Aufbau einer Gemeinschaft, einer kollektiven Identität genutzt werden. Diese doppelte Funktion gilt auch für die Mehrsprachigkeit. Ich werde das Konzept des transnationalen sprachlichen Kapitals mit Rückgriff auf die Theorie Pierre Bourdieus genauer erläutern.

Die theoretisch begrifflichen Überlegungen werden dann in Beziehung gesetzt zu existierenden Theorieangeboten. Mehrere soziologische Großtheorien haben einen „linguistic turn“ vollzogen; insofern kann man erwarten, dass man aus diesen Theorien etwas über das Verhältnis von Sprache und Gesellschaft lernen kann. Ich diskutiere die linguistischen Fundamente von Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns, von Luhmanns Systemtheorie und der Theorie der Strukturen der Lebenswelt von Alfred Schütz und Thomas Luckmann. Der Befund dieser Auseinandersetzung ist ernüchternd. Die linguistische Wende hat die Sprachsoziologie ins Allgemeine und Unverbindliche transformiert. Über den Einfluss der Sprache auf Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsprozesse erfährt man aus den Großtheorien nur wenig. Zudem zeigt sich, dass eine zentrale Annahme der Theorien, dass unterschiedliche Sprachen zu einer unterschiedlichen Weltaneignung und zu unterschiedlichen Kulturen führen, nicht haltbar ist. Die Vorstellung, dass Sprachenvielfalt immer auch kulturelle Vielfalt bedeutet, ist so nicht richtig. Dies hat Folgen für die Sprachpolitik, wie ich im letzten Kapitel herausarbeiten werde.

Das *dritte Kapitel* ist einer Analyse der institutionalisierten Sprachenordnung in Europa gewidmet. Die Beschreibung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen soll plausibel machen, warum die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital überhaupt zu einer zentralen Ressource der Partizipation am europäischen Integrationsprozess geworden ist. Drei Faktoren sind hier bedeutsam: a) Im Unterschied zu den USA gibt es in den Vereinigten Staaten von Europa keine einheitliche Sprache, sondern 23 verschiedene Amtssprachen. Die sprachliche Heterogenität innerhalb der Länder ist sehr gering, da die meisten Mitgliedsländer nur eine Amtssprache zugelassen haben; die sprachliche Heterogenität zwischen den Staaten ist fast maximal, insofern in den 27 Mitgliedsländern 23 verschiedene Amtssprachen zugelassen sind. Wie sich diese nach Nationalstaaten gegliederte sprachlich segmentierte Struktur im 19. und 20. Jahrhundert entwickelt hat, werde ich genauer beschreiben. Die Folge dieser historisch entstandenen Ausgangskonstellation ist, dass Mehrsprachigkeit eine notwendige Voraussetzung ist, wenn man transnational und europaweit agieren möchte. b) In

geschlossenen Gesellschaften, die nur wenige Kontakte mit anderen Gesellschaften haben, ist Mehrsprachigkeit keine bedeutende Ressource, weil sie nur selten eingesetzt werden kann. Der Prozess der Globalisierung und der Europäisierung hat dies radikal verändert, da sich die Austauschprozesse zwischen den europäischen Ländern erhöht haben. Ich werde mehrere Dimensionen von Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen unterscheiden und mit Rückgriff auf verschiedene Datenquellen die Entwicklung beschreiben. Die Befunde zeigen, dass die Gesellschaften Europas nicht nur durch den europäischen Einigungsprozess stärker untereinander vernetzt worden sind, sondern zugleich der Grad der *weltweiten* Verflechtung im Kontext von Globalisierungsprozessen enorm zugenommen hat. Erst unter diesen Bedingungen ergeben sich für die Bürger neue Anforderungen und Gelegenheiten, von denen sie aber nur Gebrauch machen können, wenn sie auch andere Sprachen sprechen. c) Die Entstehung der Nationalstaaten lehrt uns, wie vormalig sprachlich heterogene Gebilde durch die Politik homogenisiert wurden. Entsprechend ist es bedeutsam, sich die Sprachpolitik der Europäischen Union genauer anzuschauen; dies geschieht im dritten Unterkapitel. Die sprachliche Heterogenität Europas wird sich, so die Schlussfolgerung, in naher Zukunft nicht ändern, da die Sprachpolitik der Europäischen Union die Sprachenvielfalt Europas unterstützt und darüber hinaus die Minderheitensprachen fördert. Unter diesen Kontextbedingungen wird Mehrsprachigkeit zu einer zentralen Ressource der Teilhabe am Europäisierungsprozess.

Der *vierte Teil* des Buches bildet das empirische Kernkapitel der Abhandlung. Auf der Basis einer Umfrage in 27 Ländern der EU werde ich die Mehrsprachigkeit der Bürger analysieren. Die empirischen Analysen zeigen, dass es mit der Mehrsprachigkeit der Bürger nicht so weit her ist: Mehr als 50 % der Bürger sprechen neben ihrer Muttersprache keine zweite Sprache; ihre Partizipationschancen am Europäisierungsprozess sind damit sehr eingeschränkt. Die Auswertungen zeigen darüber hinaus, dass die Kompetenzen der Mehrsprachigkeit zwischen den Ländern und innerhalb der Länder sehr unterschiedlich verteilt sind. In den Niederlanden sprechen z. B. mehr als 90 % der Bevölkerung mindestens eine Fremdsprache, in Ungarn weniger als 30 %.

Nicht jede Zweitsprache eröffnet die gleichen Kommunikationschancen. Je mehr Menschen man mit einer Fremdsprache erreichen kann, desto höher ist die Rendite des entsprechenden sprachlichen Kapitals. Demgemäß

ist die Kenntnis weit verbreiteter Sprachen eine wichtigere Ressource als die Kenntnis von gering verbreiteten Sprachen. Ich habe deswegen für die am häufigsten gesprochene Sprache in Europa die Menge der englischkompetenten Sprecher in den 27 Ländern bestimmt: Knapp die Hälfte der Bürger Europas kann sich in Englisch unterhalten. Und auch hier zeigen sich gewaltige Unterschiede innerhalb der Länder und zwischen den Ländern. In Bulgarien sind es z. B. 84,6 % der Bürger, die kein Englisch sprechen können, in den Niederlanden sind dies nur 12,4 % der Bevölkerung.

Warum verfügen die Menschen in manchen Ländern der EU über eine sehr gute Ausstattung mit transnationalem sprachlichem Kapital und können sich auf Englisch verständigen und warum ist das in anderen Ländern nicht der Fall? Dieser Frage gehe ich im zweiten Teil des vierten Kapitels nach. Dazu wird zuerst ein allgemeines Modell der Erklärung von Mehrsprachigkeit vorgestellt: Die Gelegenheiten zum Erwerb einer Sprache, die Kosten, die mit dem Lernen einer Sprache verbunden sind und die Motivation, eine Sprache zu erlernen, sind die drei zentralen Elemente des Kernmodells der Erklärung. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in die die Menschen eingebettet sind, wirken auf diese drei Dimensionen ein und bestimmen, wer über transnationales Kapital verfügt und wer nicht. Die aus dem Erklärungsmodell abgeleiteten Hypothesen werden dann empirisch getestet. Es zeigt sich, dass u. a. die Größe eines Landes und der Verbreitungsgrad der Muttersprache die Motivation und die Notwendigkeit, eine zweite Sprache zu lernen, negativ beeinflussen. Der Modernitätsgrad eines Landes und vor allem das Entwicklungsniveau des Bildungswesens haben einen positiven Einfluss auf die Mehrsprachigkeit. Mit Rückgriff auf die Klassentheorie von Bourdieu kann man zeigen, dass die Klassenlage und die Bildung des Befragten zentrale Größen auf der Mikroebene sind, die die Verfügung über transnationales Kapital begünstigen. Hinzu kommen das Alter des Befragten, sein Migrationshintergrund und schließlich seine emotionale Bindung an die Muttersprache, die einen Effekt auf die Mehrsprachigkeit haben. Die Ergebnisse der Kausalanalysen zeigen insgesamt, dass zentrale Faktoren, die die Ungleichheitsstruktur zwischen den Ländern und innerhalb der Länder beeinflussen, auch die Verfügung über transnationales Kapital beeinflussen. Nur ein Teil der Bevölkerung, und vor allem der Teil, der sowieso schon bevorteilt ist, wird von den Chancen einer Europäisierung profitieren können. Das Projekt Europa ist neben allen anderen Dingen auch ein Klassenprojekt.

Man muss die Ergebnisse der empirischen Analysen auch im Kontext des allgemeinen Forschungsstandes interpretieren. Die Analyse der Sprache im Allgemeinen und die der Mehrsprachigkeit von Menschen im Besonderen ist eine Domäne der Linguisten, Psychologen und Pädagogen; deren Publikationen zum Thema Bi- und Multilingualismus füllen Bibliotheken (vgl. die Überblicksdarstellungen in Wei 2000; Bialystok 2001; Bhatia & Ritchie 2006; Auer & Wei 2007). Sie dominieren mit immer kleinteiligeren Fragestellungen und elaborierteren Methoden das Forschungsfeld zur Mehrsprachigkeit. Sie können zeigen, welche neuropsychologischen Prozesse den Erwerb einer zweiten Sprache begleiten, welche kognitiven Voraussetzungen zum Erwerb mehrerer Sprachen gegeben sein müssen und welchen Einfluss umgekehrt das Erlernen mehrerer Sprachen auf die Kognitionsentwicklung hat. Sie untersuchen, in welcher Phase der individuellen Entwicklung der Erwerb einer zweiten Sprache am schnellsten verläuft und welche bilingualen Lernprogramme welche Erfolge zeitigen etc. Allein die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in die Menschen eingebettet sind, spielen in ihren Analysen so gut wie keine Rolle. Und Soziologen haben sich aus dem Feld der Sprachforschung und der Analyse der Bedingungen von Multilingualität zurückgezogen bzw. es nie betreten.

Dies wäre nicht weiter bemerkenswert, wenn die Soziologie keinen relevanten Beitrag zur Sprachforschung im Allgemeinen und zur Multilingualität im Besonderen leisten könnte. Das Gegenteil ist aber der Fall. Die Analysen werden zeigen, dass es genau die vernachlässigten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind, die die Mehrsprachigkeit zentral beeinflussen. Ob jemand Englisch als Fremdsprache spricht oder nicht, hängt weniger von den individuellen kognitiven Bedingungen ab, als z. B. davon, ob die Eltern aus der Oberschicht eines kleinen, westlichen Landes oder aus einem Arbeiterhaushalt eines vormals sozialistischen Landes kommen. Diese und ähnliche Faktoren sind die eigentlichen Determinanten der Mehrsprachigkeit. Sie werden nur bis dato in den Analysen nicht berücksichtigt. Diese Studie zeigt damit auch, dass die Forschung zur Zwei- und Mehrsprachigkeit, aber auch die Forschung zur Sprache im Allgemeinen dringend um eine soziologische Perspektive ergänzt werden müssen.

Im *fünften und letzten Kapitel* diskutiere ich schließlich die normative Frage, ob die Politik der EU, die 23 Amtssprachen zu schützen und die Minderheitensprachen zu fördern, eine gerechte Politik ist. Ich argumentiere, dass die Sprachpolitik der EU hilft – wenn auch unbeabsichtigt –, die Un-

gleichheiten in der Verfügung über transnationales Kapital zu stabilisieren. Besser wäre es, wenn die Politik die Dominanz des Englischen nicht nur anerkennen, sondern die Verbreitung einer „lingua franca“ Englisch europaweit fördern würde, auch wenn dies zu Lasten der Nationalsprachen und der Minderheitensprachen ginge. Dieser Vorschlag widerspricht nicht nur der Sprachpolitik der EU und der Ideologie von der „Einheit in der Vielfalt“, sondern auch der herrschenden Meinung von Linguisten und Anthropologen, die sich für eine sprachliche Vielfalt einsetzen. Warum eine Politik der Förderung der sprachlichen Vielfalt aber nur begrenzt gut begründbar ist, wird entsprechend ausführlich diskutiert.

Eine Förderung von Englisch als „lingua franca“ würde allerdings diejenigen Länder, in denen Englisch bereits die Muttersprache ist, begünstigen. Zur Kompensation dieser Asymmetrie wird vorgeschlagen, dass sich die 27 Länder in einem unterschiedlichen Ausmaß an der Finanzierung der Sprachpolitik der EU beteiligen. Diese Idee einer disproportionalen Förderung liegt auch der Struktur- und Regionalpolitik der EU zu Grunde, wäre also für die EU keine gänzlich neue Politik.

2 Der konzeptionelle Rahmen

Das primäre Ziel der folgenden Überlegungen besteht in der Entwicklung eines konzeptionellen Rahmens zur Anleitung der empirischen Untersuchungen, die dann in den nachfolgenden Kapiteln erfolgen werden. Der Anspruch der Ausführungen geht aber über diese enge Zielsetzung hinaus, insofern es auch um eine grundlegendere Bestimmung des Verhältnisses von Sprache und Gesellschaft gehen wird. Entsprechend produziert das Kapitel einen gewissen Überschuss an theoretischen Überlegungen, die später nicht benötigt bzw. nicht aufgenommen werden. Dieses Vorgehen kann durch die einschlägige Literaturlage gerechtfertigt werden. Die Soziologie hat der Analyse der Sprache für die Konstitution von Gesellschaften wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Diese These mag auf den ersten Blick verwundern, wenn man bedenkt, dass in der soziologischen Theoriebildung in den 1970er Jahren eine sprachwissenschaftliche Wende stattgefunden hat. So unterschiedliche Theorien wie die Luhmann'sche Systemtheorie, die Habermas'sche Theorie des kommunikativen Handelns oder Alfred Schütz' und Thomas Luckmanns Theorie der Strukturen der Lebenswelt haben alle ein kommunikations- und in der Regel sprachsoziologisches Fundament. Sie sind in ihrem Selbstverständnis allgemeine soziologische und sprachsoziologische Theorien zugleich.

So grotesk es klingen mag: Die linguistische Wende hat die Sprachsoziologie ins Allgemeine und damit ins Unverbindliche transformiert. Die Analyse des Einflusses der Sprache auf Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsprozesse bleibt in den Großtheorien weitgehend unberücksichtigt. Und auch die umgekehrte Frage, in welchem Maße die Menge der existierenden Sprachen, die Hegemonie bestimmter Sprachen oder die Veränderungen der Dominanzverhältnisse zwischen verschiedenen Sprachen von der Gesellschaftsordnung abhängig sind, wird in den Theorien nicht behandelt. Die Tatsache, dass z. B. ein Bürger eines englischsprachigen Landes ganz andere Kommunikationsmöglichkeiten hat als ein Bürger aus Lettland, ist ja nicht zufällig, sondern das Resultat eines historischen Prozesses, in dessen Verlauf englischsprachige Imperien eine hegemoniale Stellung

erreicht haben und Lettland eben nicht (vgl. dazu genauer Kapitel X). Ich werde mich im zweiten Unterkapitel, das einer Kritik des „linguistic turn“ in der soziologischen Theoriebildung gewidmet ist, mit den verschiedenen Großtheorien kritisch auseinandersetzen und sowohl die Luhmann'sche Systemtheorie, die Habermas'sche Theorie des kommunikativen Handelns als auch die Theorie der Strukturen der Lebenswelt von Alfred Schütz und Thomas Luckmann darstellen und kritisieren.

Für die Entwicklung eines theoretischen Rahmens zur Steuerung der empirischen Untersuchung mit dem Ziel der Beantwortung der in der Einleitung formulierten Fragestellungen taugen die soziologischen Großtheorien aber nur wenig. Man ist auf den eigenen Kompass angewiesen. Orientierung bei der Entwicklung eines theoretischen Rahmens findet man vor allem bei der ökonomischen und soziologischen Migrations- und Integrationsforschung, die die Bedingungen des Erwerbs einer neuen Sprache von Migranten analysiert hat. Ich werde an diesen Forschungsstand anknüpfen. In einem ersten Schritt soll kurz erläutert werden, was man unter Sprache und unter Einzelsprachen versteht. Ich werde in einem zweiten Schritt diskutieren, welche zentralen gesellschaftlichen Funktionen der Sprache zukommen. Ich unterscheide in diesem Zusammenhang zwischen einer Vergesellschaftungs- und einer Vergemeinschaftungsfunktion der Sprache. Wird die Sprache für Prozesse der Vergesellschaftung genutzt, spreche ich von instrumentellem sprachlichen Kapital, bezieht sich der Ressourceneinsatz auf Vergemeinschaftungsprozesse, auf die Ausbildung kollektiver Identität also, spreche ich von symbolischem sprachlichen Kapital. In einem dritten Schritt wird diese Begrifflichkeit auf die Kompetenz, mehrere Sprachen sprechen zu können, übertragen. Unter veränderten gesellschaftlichen Randbedingungen, die in der Literatur unter den Stichworten Globalisierung und Europäisierung abgehandelt werden, kommt der Mehrsprachigkeit eine zentrale Rolle zu. Diejenigen, die mit transnationalem sprachlichem Kapital ausgestattet sind, also über Mehrsprachigkeit verfügen, sind in der Lage, am Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozess teilzunehmen; diejenigen, die nur ihre Muttersprache sprechen, sind an ihr Land gebunden und können die Vorteile des vereinten Europa und einer globalisierten Welt nur in geringerem Maße nutzen. Die Verfügung über transnationales linguistisches Kapital ist damit auch eine neue Quelle sozialer Ungleichheit im Kontext einer sich entwickelnden europäischen Gesellschaft.

2.1 Die Bedeutung der Sprache für Prozesse der Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung

2.1.1 *Definition von Sprache*

Die meisten Definitionen von Sprache stellen Sprache als ein *System von Zeichen* dar, das der Übermittlung von Informationen dient (vgl. z. B. Vater 2002; Volmert 2005). Eine solche, auf den ersten Blick einfache Definition enthält unterschiedliche Bestimmungselemente: Der Übermittlungsbegriff unterstellt, dass es mindestens einen Sprecher und einen Rezipienten gibt und etwas, das zwischen ihnen ausgetauscht wird. Ausgetauscht werden Informationen. Informationen können Aussagen über die Welt oder eigene Gemütszustände und Gefühle, die Artikulation von Handlungsabsichten, Kaufentscheidungen, Liebeserklärungen, politische Ansprachen etc. sein. Dieser Austausch von Informationen erfolgt zeichenvermittelt. Zeichen bestehen, wie Ferdinand de Saussure (1967) herausgearbeitet hat, aus zwei Komponenten: dem Bezeichneten und dem Bezeichnenden. Das Bezeichnende hat ein materielles Substrat, es besteht aus Lauten/Schallwellen oder Schriftzeichen/Bildern. Die Laute bzw. Schriftzeichen und Bilder verweisen auf das Bezeichnete. Sie sind aber nicht identisch mit dem Bezeichneten. Renè Magritte hat in einem seiner berühmtesten Bilder „La trahison des images“ auf genau diesen Unterschied hingewiesen. Auf diesem Bild ist eine Pfeife zu sehen, die mit der Bildunterschrift „Ceci n'est pas une pipe“ („Das ist keine Pfeife“) versehen ist und darauf verweist, dass die Darstellung eines Gegenstandes nicht mit dem originalen Gegenstand gleichzusetzen ist. Die Zuordnung von bestimmten Lauten oder Zeichen zu bestimmten Bedeutungen ist arbiträr. Es gibt keinen in dem Bezeichneten liegenden Grund, warum die Zuordnung so erfolgt, wie sie erfolgt; und entsprechend ist die Zuordnung je nach Einzelsprache unterschiedlich. Die Buchstabenfolge T-i-s-c-h bezeichnet einen Gegenstand, der in der Regel auf vier Beinen steht und an dem man sitzen kann, um zu essen oder zu schreiben. Das, was wir im Deutschen Tisch nennen, wird im Spanischen als „mesa“, im Englischen als „table“ und im Polnischen als „stół“ bezeichnet.

Die mit Bedeutung versehenen Laute und Zeichen werden nach Regelsystemen miteinander kombiniert, so dass größere Einheiten, Satzteile und

Sätze entstehen.¹ Diese Regelsysteme sind in der Grammatik einer Sprache festgehalten. Eine Sprache besteht im Wesentlichen also aus einer Grammatik und aus einem Wortschatz; Personen bezeichnen mit Sätzen, die sie aus dem Wortschatz und mit Hilfe der Grammatik bilden, Dinge in der Welt, formulieren Liebeserklärungen, äußern Kaufabsichten oder bringen andere Handlungsabsichten zum Ausdruck und teilen dies einem anderen Kommunikationspartner mit. Jede Kommunikation enthält entsprechend eine triadische Struktur: Ego zeigt mit Hilfe von Lauten und Zeichen Alter etwas in der Welt an.² Alter versteht die Bedeutungen der Aussagen und kann auf dieser Basis wiederum seine Äußerungen tätigen, die dann erneut von Ego verstanden werden. Über diesen wechselseitigen Austausch von Informationen können Menschen ihre Handlungsabsichten koordinieren und miteinander kooperieren.

Die Fähigkeit des Menschen, sprechen zu können, ist an eine Vielzahl von Bedingungen geknüpft, die von anatomischen bis hin zu spezifischen Hirnvoraussetzungen reichen (sehr anschaulich z. B. Friederici 2002; Fischer 2008a). So ist die Fähigkeit, sehr differenzierte Laute zu produzieren, von einer besonderen Anatomie des Rachenraums abhängig; die Lage des Kehlkopfs spielt dabei eine wichtige Rolle. Im Vergleich zu den Schimpansen liegt der Kehlkopf beim Menschen viel tiefer; dadurch entsteht ein großer und zugleich fein modulierbarer Resonanzraum, der die Produktion sehr unterschiedlicher Laute und insbesondere von Vokalen ermöglicht – eine anatomische Grundlage, die dem Homo sapiens sonst nahe stehende Affen gerade nicht besitzen. Auf die verschiedenen Voraussetzungen, die menschliches Sprechen und dann auch Schreiben ermöglichen, gehe ich hier nicht weiter ein. Was die verschiedenen Voraussetzungen aber ermöglichen, ist, dass jeder Mensch – sofern keine pathologischen Beeinträchtigungen vorlie-

¹ Auf die Gliederung von sprachlichen Einheiten – Phonem, Morphem, Wort, Satzteil, Satz, Text – und die darauf spezialisierten linguistischen Subdisziplinen (Phonetik, Morphologie etc), gehe ich hier nicht ein; die sprachwissenschaftlichen Ausführungen bleiben insgesamt sehr sparsam und beschränken sich auf das Notwendigste.

² Michael Tomasello (2008) geht davon aus, dass sich die sprachliche Kommunikation des Menschen aus der Kommunikation mit Gesten entwickelt hat. Auch die Kommunikation mit Gesten weist bereits eine triadische Struktur auf: Im vorsprachlichen Alter benutzen Kinder den Zeigefinger, um etwas in der Welt anderen Kommunikationspartnern anzuzeigen. Diese Geste des Anzeigens verweist auf ein Objekt in der Welt; die beteiligten Personen übernehmen zugleich mit der Blickrichtung auch die jeweilige Sicht und Intention des Anderen; sie teilen mit ihm eine gemeinsame Bedeutungsdefinition. Genau diese Fähigkeit, so die These Tomasellos (2008: 331) haben z. B. Schimpansen nicht.

gen – sprechen lernt, und zwar fast automatisch, ohne dass er dazu explizit angeleitet werden muss. Die Fähigkeit zur Sprachentwicklung ist angeboren (vgl. Pinker 1994 im Anschluss an die Arbeiten von Noam Chomsky).

Auch wenn die allgemeine Disposition, jede Sprache lernen zu können, für alle Menschen gegeben ist, lernt jeder Mensch nur diejenige Sprache, die in seiner Umgebung gesprochen wird (Muttersprache). Und entsprechend ist die Chance, mit anderen kommunizieren zu können, davon abhängig, ob man dieselbe Sprache spricht wie die jeweiligen Kommunikationspartner. Dieselbe Sprache zu sprechen, bedeutet nach unserer Definition von Sprache, dass die Sprecher den Lauten und Lautfolgen, den Zeichen und Zeichenfolgen die gleichen Bedeutungen zuordnen und das gleiche Regelsystem der Kombination von Wörtern und Sätzen, die gleiche Grammatik also, beherrschen. Ist dies der Fall, dann können sie miteinander kommunizieren; ist dies nicht der Fall, ist eine unmittelbare sprachliche Kommunikation schwerlich möglich. Damit haben wir auch eine recht einfache Definition von Einzelsprachen formuliert. Die verschiedenen insgesamt auf der Erde existierenden Sprachen unterscheiden sich von einander durch verschiedene Grammatiken, unterschiedliche Lexika und zum Teil durch unterschiedliche Zeichensysteme. Deutsch, Schwedisch, Japanisch, Russisch etc. sind Einzelsprachen. Eine Einzelsprache liegt dann vor, wenn sich Sprecher von zwei verschiedenen Sprachen nicht bzw. nur mit sehr großem Aufwand verständigen können.

Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Sprachen im Hinblick auf die Grammatik und die Zeichensysteme und damit auch im Hinblick auf die Verständigungsmöglichkeiten sind relativ. Die vergleichende Sprachwissenschaft benutzt zur Beschreibung des Verhältnisses der verschiedenen Sprachen zueinander und zur Analyse des Sprachenwandels Begriffe der Evolutionsbiologie (vgl. Dixon 1997; Mufwene 2001). Mehrere Sprachen bilden eine genetische Einheit, wenn diese von einer gemeinsamen Vorgängersprache abstammen, sie sich also im Stammbaum der Sprachen auf einen gemeinsamen Knoten zurückverfolgen lassen. Eine genetische Einheit muss nicht aus verwandten Sprachen bestehen, sie kann auch als eine Einzelsprache existieren, wenn es sich um eine isolierte Sprache handelt. Sprachen, die denselben Ursprung haben, also von einer gemeinsamen Ursprungssprache abstammen, gehören zur selben Sprachfamilie (vgl. Lewis 2009). Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch, Bulgarisch oder Lettisch gehören zum Beispiel im Unterschied zu Arabisch, Chinesisch, Türkisch, Ungarisch oder

Baskisch alle zur selben Sprachfamilie, zur Familie der indogermanischen Sprachen. Und ähnlich wie in richtigen Familien gibt es auch bei Sprachfamilien innerhalb ein und derselben Großfamilie unterschiedliche Grade der Nähe der Abstammung und damit der Überschneidung in den gemeinsamen Genen bzw. den Zeichensystemen und der Grammatik. Der Abstand zwischen den verschiedenen Einzelsprachen beeinflusst den Aufwand, den man betreiben muss, eine andere Sprache zu lernen. Je geringer der Abstand zwischen zwei Einzelsprachen, desto leichter ist es, die andere Sprache zu lernen. Ich werde auf diesen Zusammenhang an späterer Stelle, bei der Formulierung von Hypothesen über den Fremdsprachenerwerb, nochmals zurückkommen.

An dieser Stelle geht es uns aber um die Definition von Einzelsprachen. Unschärf wird der Begriff der Einzelsprache in den Fällen, in denen der Grad der Überschneidung zwischen zwei Sprachen sehr hoch ist, wie es gleichsam mit zweieiigen oder sogar eineiigen Zwillingen zu tun haben. In diesen Fällen ist es dann häufig eine aus linguistischer Perspektive artifizielle, meist politische Entscheidung, ob man von zwei Einzelsprachen spricht oder von zwei Dialekten ein und derselben Sprache. Dies trifft z. B. für Norwegisch und Schwedisch oder Kroatisch und Serbisch zu. Norweger und Schweden einerseits und Kroaten und Serben andererseits können sich untereinander verständigen und trotzdem handelt es sich offiziell um unterschiedliche Sprachen. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass gesellschaftliche Gruppen wie Ethnien und vor allem Nationen sich häufig über eine gemeinsame Sprache definieren. Der linguistisch betrachtete marginale Unterschied zwischen zwei Sprachen wird in diesen Fällen als substantieller Unterschied definiert, um die eigene Nation oder Ethnie von einer anderen Nation abgrenzen zu können. Ich komme später auf diese symbolische Funktion von Sprache zur Definition von Gemeinschaften noch ausführlicher zurück.³ An dieser Stelle können wir aber festhalten: In aller Regel gilt, dass Einzelsprachen durch unterschiedliche Grammatiken und Lexika gekennzeichnet sind; diese Unterschiede manifestieren sich pragmatisch in der Sprachverwendung in dem Sachverhalt, dass zwei Sprecher, die unterschiedliche Sprachen sprechen, sich nicht oder kaum verständigen können.

³ Im Beispiel von Serbisch und Kroatisch wird die Abgrenzung zudem durch die Verwendung einer anderen Schrift (lateinisch / kyrillisch) gefördert; vgl. zur politischen Konstruktion des Unterschieds zwischen beiden Sprachen die Ausführungen in Nic Craith (2008: 25ff.).

Die Tatsache, dass Akteure nicht über eine gemeinsame Sprache verfügen, bedeutet nun nicht, dass sie nicht miteinander interagieren können. Die Transaktionskosten der Interaktion sind aber im Vergleich zu einer Verfügung über eine gemeinsame Sprache recht hoch. Entweder bedarf es eines Übersetzers, der beide Sprachen beherrscht. Die Transaktionskosten bestehen dann zum einen in den Entlohnungskosten für den Übersetzer, zum Zweiten in der Zeit für die Übersetzung, die die Kommunikation selbst verlangsamt; drittens entstehen bei einer Übersetzung immer Unschärfen, die die Kommunikation selbst erschweren und beeinträchtigen.

Eine Alternative zur Übersetzung besteht darin, dass die Akteure versuchen, sich unmittelbar und nicht sprachlich zu verständigen. Jeder, der in einem Land war, dessen Sprache er nicht spricht und versucht hat, z. B. den Weg zum Bahnhof oder zum Flughafen herauszufinden, weiß, mit welcher hohen Transaktionskosten dies verbunden ist. Mit Mimik und Gestik ist selbst eine relativ einfache Kommunikation wie die einer Wegbeschreibung fast nicht zu bewerkstelligen, weil die Differenziertheit der mimischen und gestischen Zeichen begrenzt ist, vor allem aber die grammatikalisch gesteuerten Kombinationsmöglichkeiten von Zeichen gering sind. Peter A. Kraus (2004: 100) berichtet von einem Ereignis aus Belgien aus dem Jahr 2001. Der Versuch, einen Zusammenstoß von zwei Zügen zu verhindern, schlug deswegen fehl, weil die beiden Bahnmitarbeiter, die für die Kontrolle zuständig waren, jeweils nur Flämisch bzw. Französisch sprachen.

2.1.2 Sprache als Kapital: Die zentralen gesellschaftlichen Funktionen von Sprache

Welche Bedeutung kommt der Beherrschung einer oder mehrerer Einzelsprachen für die Konstituierung der Gesellschaft zu? Man kann die Sprach- und Sprachenkompetenz als eine Ressource, als ein Kapital begreifen, das zur Vergesellschaftung einerseits und zur Vergemeinschaftung andererseits genutzt werden kann. Wird die Sprache für Prozesse der Vergesellschaftung genutzt, spreche ich von instrumentellem sprachlichen Kapital, bezieht sich der Ressourceneinsatz auf Vergemeinschaftungsprozesse, spreche ich von symbolischem sprachlichen Kapital. Handelt es sich um die Kompetenz, in mehreren Sprachen sprechen zu können, dann bezeichne ich dies als transnationales sprachliches Kapital und unterscheide analog zwischen einer instrumentellen und einer symbolischen Funktion des transnationalen sprachlichen Kapitals. Ich lehne mich mit dieser Begrifflichkeit an die Arbei-

ten von Pierre Bourdieu (1992; zusammenfassend Loos 2000) an, der die Verfügung über Sprache als ein Kapital begreift und zwischen der Ressourcenfunktion und der symbolischen Funktion von Sprache unterscheidet.⁴

Allerdings benutzen weder Bourdieu noch die anderen Autoren den Begriff des transnationalen sprachlichen Kapitals. So wie die Arbeiten Bourdieus insgesamt in hohem Maße dem methodologischen Nationalismus (Beck & Grande 2004) verhaftet bleiben, indem sie vor allem die Klassenstruktur einer nationalstaatlich verfassten Gesellschaft analysieren, bleibt auch sein Konzept des linguistischen Kapitals weitgehend auf den Nationalstaat bezogen. Der Begriff des linguistischen Kapitals bezieht sich bei ihm in erster Linie auf die elaborierte Beherrschung der jeweiligen Hoch- und Amtssprache eines Landes und die klassenabhängige Kompetenz, diese sprechen zu können (Bourdieu 1992). Im Kontext von Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozessen werden aber Kapitalienausstattungen erforderlich, die ein Agieren jenseits des nationalstaatlichen „Containers“ (Taylor 1994; Beck 1997) ermöglichen. Dazu gehört die Mehrsprachigkeit.

2.1.2.1 Sprachkompetenz und Vergesellschaftung: Sprache als instrumentelles Kapital

Der Grundbegriff der Soziologie ist nach Max Weber bekanntlich der des sozialen Handelns.⁵ Eine wechselseitige Bezugnahme von Akteuren aufeinander ist eine Interaktion und führt zu sozialen Beziehungen. Weber unterscheidet zwei Formen sozialer Beziehungen: Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung. Sprache erfüllt eine zentrale Funktion, sowohl für Prozes-

⁴ In der Literatur finden sich zur Bezeichnung desselben Sachverhalts zum Teil ähnliche Begriffe. Peter A. Kraus (2004) unterscheidet zwischen einer instrumentellen und einer expressiven Funktion von Sprache. Hartmut Esser (2006: 52) beschreibt die Sprachkompetenz zum einen als eine Ressource, über die andere gesellschaftlich relevante Ressourcen erlangt werden können. Er spricht zusätzlich von der Symbolfunktion von Sprache; Sprache ermöglicht, Dinge zu bezeichnen und vor allem Stereotype und Diskriminierungen herzustellen. Esser (2006: 52) unterscheidet zusätzlich eine dritte Funktion der Sprache: Sprache ist ein Medium der Kommunikation, sie ermöglicht Verständigung. Die Funktion der Verständigung scheint mir aber mit der Beschreibung von Sprache als einer Ressource schon hinreichend abgedeckt zu sein. Jochen Roose (2010: 126) schließlich spricht von der praktischen und der symbolischen Bedeutung der Sprache.

⁵ Soziales Handeln ist nach Weber „ein Handeln, welches seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten anderer bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist“ (Weber 1985: 1).

se der Vergesellschaftung als auch für die der Vergemeinschaftung. Ich übernehme von Weber allein die beiden Begriffe Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung; die Rolle der Sprache für beide Prozesse ist von ihm nicht diskutiert worden.

Weber versteht unter Vergesellschaftung eine soziale Beziehung „wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns auf rational (zweckrational oder wertrational) motiviertem Interessenausgleich [...] beruht“ (Weber 1985: 21). Weber denkt bei der Definition „von rational motiviertem Interessenausgleich“ vor allem an ökonomisch motivierte Interaktionen. Der Begriff der Vergesellschaftung ist aber durchaus weiter zu verstehen; er umfasst alle Formen des Austauschs zwischen miteinander interagierenden Personen. Der Austausch kann sich u. a. auf den Austausch von Informationen, von Gütern, Aktien, sexuellen „Dienstleistungen“ oder von wissenschaftlichen Erkenntnissen beziehen.

Die Tatsache, dass Sprache eine Interaktion zwischen Menschen ermöglicht, ohne dass mit der Interaktion sehr hohe Transaktionskosten verbunden sind, macht es wahrscheinlich, dass eine Vergesellschaftung zwischen denjenigen, die dieselbe Sprache sprechen, eher zustande kommt, als zwischen denjenigen, die unterschiedliche Sprachen sprechen. Jeder, der auf internationalen Konferenzen war oder sich in anderen mehrsprachigen Konstellationen aufgehalten hat, kennt diesen Zusammenhang aus unmittelbarer Erfahrung. Personen, die die gleiche Sprache sprechen, kommen eher miteinander ins Gespräch als Personen, die nicht die gleiche Sprache sprechen. Diejenigen, die die gleiche Sprache sprechen, setzen sich z. B. bei Tisch zusammen und unterhalten sich. Personen, die mit am Tisch sitzen und nicht die Sprache der Anderen sprechen, sind von der Kommunikation weitgehend ausgeschlossen. Die in ein und derselben Sprache stattfindenden Kommunikationen verdichten und verfestigen sich häufig. Die Kommunikationspartner entdecken ein wechselseitiges Interesse aneinander und beim nächsten Treffen setzt man sich wieder mit denen zusammen, die dieselbe Sprache sprechen. Man trifft sich häufiger und auf diesem Wege entsteht eine Interaktionsverdichtung zwischen Kommunikationspartnern in Abgrenzung zu denen, die eine andere Sprache sprechen. Dies ist der erste Schritt in Richtung einer Vergesellschaftung der in derselben Sprache Sprechenden. Auf dieser Grundlage entstehen dann je nach Interesse z. B. wissenschaftliche Austausch-, Liebes- oder Geschäftsbeziehungen. Insofern ist eine Sprache ein Mittel, ein Kapital, das die Konstitution von Gesellschaft

wahrscheinlich macht. Das bedeutet nicht, dass es nicht auch Vergesellschaftungen mit bilingualer oder trilingualer Zusammensetzung gibt. Sowohl auf der Ebene von Interaktionssystemen (Freundschaften, Partnerschaften, Ehen) als auch auf der Ebene von ganzen Nationalstaaten (z. B. Schweiz, Belgien, Kanada, Indien, Südafrika) finden wir Vergesellschaftungsformen von Menschen, die nicht die gleiche Sprache sprechen. Ihre Entstehung ist aber deutlich voraussetzungsvoller und damit unwahrscheinlicher.

Wie wirkungsmächtig die Sprache auch dann noch ist, wenn Menschen seit langem in einem gemeinsamen Nationalstaat leben, zeigt das Beispiel Schweiz. Als loser Staatenbund besteht die Schweiz bereits seit dem 13. Jahrhundert. In der heutigen Form wurde sie als föderaler Bundesstaat 1848 gegründet. Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sind die offiziellen Amtssprachen der Schweiz. Die sprachliche Gliederung der Schweiz prägt trotz langer staatlicher Einheit das Verhalten ihrer Bürger. Ein gutes Beispiel, um dies zu illustrieren, ist die Mediennutzung der Schweizer.⁶ Das nationale Fernsehen der Schweiz umfasst sechs Kanäle, mit jeweils zwei Vollprogrammen für die drei großen Sprachregionen (SF 1 und SF 2 für die Deutschschweiz; TSR 1 und TSR 2 für die Französisch sprechende Schweiz und TSI 1 und TSI 2 für die Italienisch sprechende Schweiz). Hinzu kommen die Sendeangebote, die aus dem Ausland in der Schweiz empfangen werden können, also vor allem die Fernsehsendungen aus Deutschland, Frankreich und Italien. Die ausländischen Sender haben dabei einen sehr hohen Marktanteil am schweizerischen Markt. Dieser liegt bei ca. 65 % der Sehdauer der Zuschauer (vgl. Hasebrink & Herzog 2009). Das Medienrezeptionsverhalten der Bürger folgt nun fast vollständig der sprachlichen Gliederung der Schweiz. Die Deutschschweizer schauen die deutschen Programme aus der Schweiz und vor allem aus dem Ausland, die Französisch sprechenden Schweizer schalten die französischen und die italienischen Schweizer die italienischen Programme ein. Nur auf die Schweizer Fernsehprogramme bezogen kommen Daniel Beck und Bertil Schwotzer (2006: 26) zu folgendem Ergebnis: „So ist der Marktanteil der SRG-

⁶ Andere Indikatoren über den Effekt der Sprachgliederung der Schweiz auf die Vergesellschaftung sind leider nicht verfügbar. So wäre es interessant zu erfahren, in welchem Maße die Sprachgrenzen die Wirtschaftsgrenzen beeinflussen, wie ausgeprägt z. B. der Handel zwischen den verschiedenen Sprachregionen ist. Auch die Häufigkeit von Eheschließungen über die Sprachgrenzen hinweg wäre ein interessanter Indikator, um den Effekt der Sprachen auf den privaten Bereich zu überprüfen.

Fernsehprogramme aus den jeweils anderen Sprachregionen ziemlich gering, 2005 lag er in der Deutschschweiz bei 0,7 Prozent, in der Romandie bei 1,8 Prozent und im Tessin bei 4,1 Prozent“⁶. Die Bezeichnung „ziemlich gering“ scheint mir eine deutliche Untertreibung zu sein. Faktisch besteht die Schweiz aus nach Sprachgruppen aufgeteilten drei Mediengesellschaften. Geht man davon aus, dass die Medienrezeption einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Weltwahrnehmung der Menschen hat, dann leben die Schweizer partiell in verschiedenen Welten.

Die These, dass eine gemeinsame Sprache eine Vergesellschaftung entscheidend begünstigt, wird auch durch Befunde der Makroökonomie eindrucksvoll bestätigt. In der Ökonomie gibt es eine ausgedehnte Diskussion über den Einfluss, den eine gemeinsame Sprache auf den Handel zwischen verschiedenen Ländern hat. Die Ergebnisse der empirischen Studien sind eindeutig: Länder, in denen die gleiche Sprache gesprochen wird, betreiben einen deutlich intensiveren Handel miteinander, als Länder, für die dies nicht gilt (zusammenfassend Melitz 2008). Dieser Zusammenhang bleibt auch dann bestehen, wenn man eine Vielzahl anderer Faktoren, die den Handel zwischen Ländern beeinflussen, kontrolliert (z. B. Existenz einer Freihandelszone, gemeinsame Mitgliedschaft in einer politischen Union, gemeinsame Währung, gemeinsame Geschichte und Kultur, geographische Distanz, Bruttoinlandsprodukt etc.). Die Ursache für diesen Befund sehen Ökonomen in den deutlich geringeren Transaktionskosten, die mit einer gemeinsamen Sprache verbunden sind. Die Informationsbeschaffung über mögliche Handelspartner ist deutlich einfacher und die Handlungsabwicklung fällt leichter, wenn man in ein und derselben Sprache kommunizieren kann.⁷

Man kann den beschriebenen Zusammenhang von Sprache und Vergesellschaftung auch aus der Perspektive der Individuen formulieren. Die Kenntnis der Sprache, die in einer Gruppe gesprochen wird, ist aus der Perspektive der Individuen eine zentrale Ressource der Teilhabe an der Gesellschaft. Da für die meisten Menschen gilt, dass sie in der Gesellschaft leben, in der sie auch aufgewachsen sind und entsprechend die Sprache dieser Gesellschaft sprechen, weil sie diese als Muttersprache gelernt haben, ist die sprachliche Voraussetzung für eine Vergesellschaftung weitestgehend gege-

⁷ Dieser allgemeine Zusammenhang ist in der Forschung weiter spezifiziert worden, indem einerseits zwischen verschiedenen Gütern, die getauscht werden, unterschieden wird, andererseits verschiedene Figurationen der Sprachenübereinstimmung unterschieden werden (vgl. Melitz 2008; Felbermayr & Toubal 2009).

ben. Welche Bedeutung die Sprache für alle Formen der Vergesellschaftung hat, wird vor allem dann deutlich, wenn diese Voraussetzung nicht gegeben ist, wenn die Akteure über wenig relevantes sprachliches Kapital verfügen. Das gilt z. B. für Migranten, die mit dem Wechsel des Landes häufig auch den Sprachkontext wechseln. Damit wird ihr muttersprachliches Kapital mit einem Schlag weitgehend entwertet, weil sie in ihrer Herkunftssprache nicht oder kaum noch kommunizieren können.⁸ Die Integrationsforschung hat theoretisch und empirisch gezeigt, welche große Bedeutung der Sprache für alle Vergesellschaftungsprozesse von Migranten zukommt.⁹ Welches sind die zentralen Befunde?

Die Kenntnis und kompetente Verwendung der Sprache, die in einer Gesellschaft gesprochen wird, ist eine spezifische Form des Humankapitals.¹⁰ Die Verfügung über eine gute Sprachkenntnis kann in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen nutzbringend eingesetzt werden und ist dann mit entsprechenden Renditen für diejenigen verbunden, die über das sprachliche Kapital verfügen.¹¹

⁸ Dies gilt nur eingeschränkt für die Fälle, bei denen sich in dem jeweiligen Aufnahmeland eine große Gruppe von Migranten der gleichen Sprachgemeinschaft befindet.

⁹ Hartmut Esser (2006) hat den theoretischen und empirischen Literaturstand sehr gut zusammengefasst und in eine allgemeine Theorie der Erklärung von Handeln integriert. Esser selbst steht dabei auf den Schultern einer elaborierten Forschung, die ich hier nicht im Einzelnen rekonstruieren will, deren theoretische Prämissen und empirischen Befunde aber weitgehend übereinstimmen (vgl. für viele andere z. B. zusammenfassend Chiswick 2007).

¹⁰ Mit Humankapital bezeichnet man die *personengebundenen* Fähigkeiten, Wissensbestände, Erfahrungen und Motivationen von Menschen, die diese vor allem bei der Arbeit einsetzen können, um ökonomische Werte zu schaffen (Becker 1993).

¹¹ Der Nutzen des sprachlichen Kapitals hängt dabei entscheidend von der Struktur der jeweiligen Gesellschaft ab, von den gesellschaftlichen Randbedingungen also. So mag in Jäger- und Sammlergesellschaften die Fähigkeit, Pfeil und Bogen zielgenau handhaben zu können, wichtiger sein und mehr zu einer Verbesserung des „Einkommens“ und der Anerkennung durch die anderen Gesellschaftsmitglieder beitragen als die Fähigkeit, sich elaboriert ausdrücken zu können. In postindustriellen Gesellschaften werden die „Pfeil-und-Bogen-Fähigkeiten“ keine besonderen Vorteile mit sich bringen. Hier erhält die Sprachkompetenz aufgrund der besonderen Struktur dieser Gesellschaft eine besondere Relevanz. Esser (2006: 39ff.) geht im Anschluss an Siegwart Lindenberg (1989) und anderen davon aus, dass alle Menschen darum bemüht sind, ihr physisches Wohlbefinden zu erhalten bzw. zu verbessern und von anderen Menschen Anerkennung zu erhalten. Diese universellen Ziele können sie nur erreichen, wenn sie die in einer *bestimmten* Gesellschaft definierten spezifischen Ziele erreichen, die dann zu den universellen Zielen führen. Die spezifischen Ziele oder auch Zwischengüter fallen je nach Typus von Gesellschaft unterschiedlich aus.

a) *Bildungszertifikate*: Das Einkommen von Personen und die gesellschaftliche Anerkennung, die sie genießen, werden in einem nicht unwesentlichen Ausmaß von der Berufsposition bestimmt. Das Erreichen von attraktiven Berufspositionen ist wiederum häufig an einen hohen Bildungsabschluss gebunden. Hochschullehrer, Arzt oder Rechtsanwalt kann man z. B. nur werden, wenn man die entsprechenden Universitätsexamina abgelegt hat. Eine basale Voraussetzung, um Bildungszertifikate und darüber vermittelt attraktive Berufspositionen zu erreichen, ist die Kenntnis der Sprache, die in einer Gesellschaft gesprochen wird. Geringe oder schlechte Sprachkenntnisse führen dazu, dass man in der Schule nicht erfolgreich ist. Dies gilt nicht nur für die Fächer, in denen die Sprachkompetenz selbst bewertet wird, sondern auch für die anderen Fächer. Auch Mathematik und Physik werden in der Muttersprache des jeweiligen Landes unterrichtet; diejenigen, die die Sprache nicht oder nicht gut beherrschen, werden entsprechend weniger lernen, schlechter in den Klausuren und in der mündlichen Mitarbeit abschneiden, schlechtere Zeugnisnoten bekommen und schlechtere Bildungsabschlüsse erwerben. Da die Qualität der Bildungszertifikate wiederum den Zugang zu den Berufspositionen strukturiert, verringert eine schlechte Sprachkenntnis auch die Chancen, attraktive Berufspositionen zu erreichen.

b) *Arbeitsmarktintegration und Berufspositionen*: Gute Sprachkenntnisse erhöhen die Wahrscheinlichkeit, gesellschaftlich anerkannte Bildungszertifikate und darüber vermittelt Berufspositionen, die mit einem hohen Einkommen und mit gesellschaftlicher Anerkennung verbunden sind, zu erreichen. Die Qualität der Sprachkenntnisse hat aber auch einen unmittelbaren Effekt auf die Wahrscheinlichkeit, attraktive Berufspositionen zu erlangen (vgl. Esser 2006: 399ff.). Die verschiedenen Berufe unterscheiden sich in dem Ausmaß, in dem Sprachkenntnisse zur Ausübung des Berufs notwendig sind. Bei körperlichen Tätigkeiten ist der Sprachkompetenzbedarf deutlich geringer als bei Tätigkeiten, in denen die Kommunikation selbst im Mittelpunkt der Berufsausübung steht, wie z. B. bei Beratungstätigkeiten. „Keine noch so hohe L1-Kompetenz¹², etwa in Finnisch oder Italienisch, nutzt etwas, wenn beispielsweise bei einer Produktberatung in einer Bank in den Niederlanden oder Frankreich, die Kunden nur die Sprache des Aufnahmelandes beherrschen“ (Esser 2006: 402). Und dies gilt auch dann, wenn die Person einen hohen Bildungsabschluss erworben hat. Hinzu kommt ein weiterer Faktor,

¹² L1-Kompetenz bedeutet bei Esser die Kenntnis der Muttersprache.

der erklärt, warum eine schwache Sprachkompetenz zu Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt führen kann. Die Sprachkompetenz wird von Arbeitgeberseite häufig als ein „Ersatzindikator“ für andere, beruflich notwendige Kompetenzen interpretiert. Auf der Grundlage einer schwachen Sprachkompetenz, die bei jedem Bewerbungsgespräch gleichsam nebenbei ohne besondere Tests „erhoben“ wird, wird dann geschlossen, dass auch andere wichtige Qualifikationen des Bewerbers nicht oder in geringem Maße vorhanden sind (vgl. Esser 2006: 207).

c) *Soziale Integration und Sozialkapital*: Personen, die die Sprache des Landes, in dem sie sich aufhalten nicht oder sehr schlecht sprechen, haben wenig Chancen, mit Personen dieses Landes in Kontakt zu treten. Kontakt ist aber eine Voraussetzung für intensivere Beziehungen, für Freundschaften, Liebesbeziehungen oder auch Ehen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass diejenigen Migranten, die über eine schwache Kenntnis der Sprache des Aufnahmelandes verfügen, auch diejenigen sind, die in einem geringeren Maße sozial integriert sind. Soziale Beziehungen sind häufig kein Selbstzweck. Sie sind insofern ein Sozialkapital, als sie u. a. als Informationsbörse und Unterstützungsnetzwerke in Notsituationen dienen und damit wiederum den Zugang zu anderen Bereichen (Arbeitsmarkt, Schulen, Ärzte) erleichtern können.

d) *Politische Partizipation*: Für die Gesellschaften, die im Zentrum dieser Analyse stehen, gilt, dass es sich um Demokratien handelt. Eine demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft bedeutet bekanntlich, dass die Herstellung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen an die Interessen und Willensbildungsprozesse der Staatsbürger gekoppelt ist. Eine solche Kopplung erfolgt vor allem und in erster Linie durch die Wahl. Die Staatsbürger wählen in periodischen Abständen diejenigen, die dann Herrschaftspositionen einnehmen können und befugt sind, für die in einem Territorium lebenden Staatsbürger allgemein verbindliche Entscheidungen zu verabschieden und durchzusetzen, die aber zugleich bei der nächsten Wahl von den Herrschaftspositionen wieder entlassen werden können, wenn die Bürger sich nicht hinreichend repräsentiert fühlen. Neben der Wahl können die Bürger aber auch direkt durch Mitarbeit in Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen versuchen, politische Entscheidungen bzw. die Entscheidungsträger selbst zu beeinflussen.

In fast allen Ländern ist das Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt; und in einigen Ländern wie z. B. in den USA erhält man die Staatsbürgerschaft nur, wenn man die Sprache des Landes spricht. Insofern ist in diesen Ländern die Chance der Wahlteilnahme an die Sprachkompetenz gekoppelt. Aber auch in den Ländern, für die dies nicht gilt, verringert eine mangelhafte Sprachfähigkeit die Chancen der politischen Partizipation. Damit die Bürger eine Wahlentscheidung treffen und beim nächsten Mal revidieren bzw. sich in den verschiedenen Interessengruppen und Parteien engagieren können, müssen sie die Möglichkeit haben, sich über das politische Geschehen, die Repräsentanten und deren Konkurrenten hinreichend zu informieren. Die Debatten und der Informationsaustausch in der politischen Öffentlichkeit – in den Massenmedien, auf Parteiveranstaltungen und im Internet – finden ganz dominant in der jeweiligen Amtssprache des jeweiligen Landes statt. Eine Teilhabe an der politischen Öffentlichkeit und damit am demokratischen Willensbildungsprozess hängt entsprechend von der Fähigkeit ab, die jeweilige Sprache, in der die Informationen vermittelt und die Debatten geführt werden, verstehen und selbst sprechen zu können. Ist dies nicht der Fall, ist man aus dem demokratischen Willensbildungsprozess weitgehend exkludiert. Insofern ist die Kenntnis der jeweiligen Sprache auch eine Voraussetzung für eine politische Vergesellschaftung.¹³

Die Ausführungen sollten gezeigt haben, dass die Kenntnis der Sprache, die in einer Gruppe gesprochen wird, eine zentrale Ressource für alle Formen der Vergesellschaftung ist. Sie erleichtert erheblich den Zugang zu anderen Ressourcen, die in einer Gesellschaft als wichtig erachtet werden und damit die Chance, sein Einkommen und die gesellschaftliche Anerkennung zu verbessern. Ich habe diesen Zusammenhang am Beispiel von Migranten erläutert, die ihre ursprüngliche Sprachgemeinschaft verlassen haben und dadurch mit einer Umgebung konfrontiert sind, in der eine andere Sprache gesprochen wird, weil sich hier der Zusammenhang von Sprache und Vergesellschaftung besonders gut illustrieren lässt.

¹³ Dass die verschiedenen Faktoren sich wiederum wechselseitig beeinflussen, bleibt hier unberücksichtigt. So ist für manche Berufe die Übernahme der Staatsbürgerschaft eine notwendige Voraussetzung. Wenn die Staatsbürgerschaft wiederum an die Sprachkompetenz gekoppelt ist, hat die Sprachkompetenz einen direkten und einen vermittelten Effekt auf die Arbeitsmarktchancen. Ähnliches gilt für die soziale Integration, insofern die Einbindung in Netzwerke auch die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt verbessert.

Der Zusammenhang von Sprachkompetenz und Vergesellschaftungschance gilt aber auch für Sprecher ein und derselben Sprachgemeinschaft. Diese können ihre (Mutter-)Sprache unterschiedlich gut beherrschen. Je besser Personen die als Amtssprache kodifizierte Sprache sprechen und schreiben können, desto wahrscheinlicher wird es sein, dass sie höhere Bildungszertifikate erreichen, erfolgreicher in der Platzierung in der Berufshierarchie sind, Netzwerke zu oberen Schichten aufbauen und auch besser an politischen Prozessen partizipieren können (Bourdieu 1992; Bourdieu & Passeron 1971). Die Arbeiten von Basil Bernstein aus den 1960er Jahren haben bereits gezeigt, dass die Verfügung über die entsprechenden Sprachkompetenzen klassenabhängig ist. Bernstein (1960; 1973) hat nachgewiesen, dass es eine klassenspezifische Sprachentwicklung und Sprachverwendung gibt (restringierter versus elaborierter Code), die dann zu unterschiedlichen Schulerfolgen führen und damit die Klassenstruktur von Gesellschaften reproduzieren helfen.¹⁴ Die empirische Bildungsforschung der letzten Jahre hat diesen Befund immer wieder bestätigt.

Gilt der Zusammenhang zwischen Sprachkompetenzen und Vergesellschaftungschancen aber auch für den Erwerb einer Fremdsprache, für die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital? Für Migranten, die in einer neuen Sprachgemeinschaft Fuß fassen wollen, ist der Anreiz, die neue Sprache zu lernen, gegeben. Für Menschen, die in einer homogenen Sprachgemeinschaft leben, die von anderen Sprachgemeinschaften abgeschnitten ist, gibt es keinen Nutzen – zumindest nicht im soziologischen Sinn – eine fremde Sprache zu lernen, da sie ihre Chancen der Vergesellschaftung durch das Lernen einer Fremdsprache ja nicht verbessern können, weil sie auf-

¹⁴ Die Thesen Bernsteins sind seinerzeit vor allem von William Labov (1966) kritisiert worden. Labov kommt auf der Grundlage eigener Untersuchungen vor allem zur Sprache afro-amerikanischer Jugendlicher zu dem Ergebnis, dass die verschiedenen Soziolekte bezüglich der Breite und Differenziertheit der Ausdrucksmöglichkeiten funktional äquivalent zum Standardenglisch sind. Die Sprache der Unterschicht unterscheidet sich zwar vom Standardenglisch, sie ist aber nicht defizitär (Differenz- versus Defizithypothese). Ganz ähnlich argumentiert später Steven Pinker (1994: 28f.). Aus soziologischer Perspektive ist es aber unerheblich, ob Linguisten wie William Labov oder Kognitionspsychologen wie Steve Pinker im Anschluss an Chomsky feststellen, dass verschiedene Soziolekte gleichwertig sind, weil sie nur unterschiedliche Oberflächenmanifestationen einer ähnlich gearteten Tiefenstruktur sind. Wenn in einer Gesellschaft verschiedene Sprachen unterschiedlich bewertet werden und diese Bewertung dazu führt, dass man mit einer bestimmten Sprache – und das ist in der Regel die Standardsprache – in einer Gesellschaft erfolgreicher ist als mit einer anderen Sprache, dann ist dies ein sozialer Tatbestand an und für sich.

grund der isolierten Lage, mit den fremdsprachlichen Sprechern keine sozialen Beziehungen aufbauen können. Ein entsprechendes, bereits vorhandenes transnationales sprachliches Kapital ist unter diesen Bedingungen wertlos, weil es nicht eingesetzt werden kann.

Sind die Randbedingungen der Gesellschaft aber andere, ist diese in eine globale Weltgesellschaft mit vielfältigen Austauschbeziehungen mit anderen Ländern und unter verschiedenen Sprachgemeinschaften eingebettet, dann erhält die Fremdsprachenkompetenz den Charakter eines verwertbaren Kapitals, weil es nun für transnationale Vergesellschaftungsprozesse eingesetzt werden kann. Genau diese Randbedingungen haben sich seit Mitte des letzten Jahrhunderts, spätestens seit den 1970er Jahren entwickelt. Die einschlägigen Transformationsprozesse werden in der Literatur unter dem Stichwort „Globalisierungs-, Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozesse“ abgehandelt. Bevor ich auf diese veränderten Randbedingungen und auf die dadurch induzierte Bedeutung von transnationalem sprachlichem Kapital eingehe, möchte ich die zweite Funktion von Sprache, ihre Rolle für Vergemeinschaftungsprozesse genauer erläutern.

Viele Beispiele zeigen, dass trotz des hohen Vergesellschaftungsnutzens der Sprache viele Menschen nicht bereit sind, z. B. ihre Muttersprache zu Gunsten des Erlernens der Sprache des Aufnahmelandes hinten anzustellen, obwohl dies mit vielen Vorteilen verbunden wäre. Auch die massiven Konflikte zwischen verschiedenen Sprachgruppen, die um die Hegemonie bzw. die Eigenständigkeit ihrer Sprache streiten, lassen sich nicht verstehen, wenn man die Funktion der Sprache auf die Vergesellschaftungsdimension reduziert (aus ökonomischer Perspektive vgl. Grin 1994: 32). Sprache kann zum Identitätsmerkmal von Gruppen werden und erhält damit eine Vergemeinschaftungsfunktion. Ist dies der Fall, dann kann das Aufgeben der eigenen Sprache und die Anpassung an eine neue Sprache zur Identitätsfrage werden.

2.1.2.2 Sprachkompetenz und Vergemeinschaftung: Sprache als symbolisches Kapital

„Vergemeinschaftung soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns – im Einzelfall oder im Durchschnitt oder im reinen Typus – auf subjektiv *gefühlter* (affektueller oder traditionaler) *Zusammengehörigkeit* der Beteiligten beruht“ (Weber 1985: 21). Das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die Identifikation mit einer Gruppe,

kann durch verschiedene Merkmale „hergestellt“ werden. Gemeinschaften können sich auf der Grundlage einer gemeinsamen Hautfarbe, ähnlicher Abstammung, eines ähnlichen Lebensstils oder auch auf der Grundlage einer gemeinsamen Sprache konstituieren. Der Sprache kommt dabei eine besondere Bedeutung zu (Lieberson 1970: 5f.).

Ich werde zuerst durch Bezugnahme auf die einschlägige sozialpsychologische Forschung den systematischen Zusammenhang zwischen Sprache und Gemeinschaftsbildung und Gruppenidentität erläutern. Ich werde dann an einigen Beispielen illustrieren, welche Rolle die Sprache zur Identifikation mit unterschiedlichen Gemeinschaften übernimmt.¹⁵ Vor allem die Diskussion der sozialpsychologischen Forschung fällt dabei sehr ausführlich aus. Da der Mechanismus, der Sprache für Identitätsbildungsprozesse besonders geeignet macht, in der sozialwissenschaftlichen und historischen Literatur meist unterstellt, aber nicht expliziert wird, scheint es mir sinnvoll zu sein, dieser Frage etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

a) Sprache und Gemeinschaft in sozialpsychologischer Perspektive

1. Die sozialpsychologische Diskussion über die Faktoren, die zur Ausbildung von Gruppenidentität führen, ist stark beeinflusst durch die Arbeiten von Henri Tajfel und John C. Turner und das Konzept der „Minimal-Group-Theory“ (Tajfel 1982; Tajfel & Turner 1986; Billig & Tajfel 1973). In den Experimenten von Tajfel et al. wurden Versuchspersonen in zwei willkürliche, also nicht schon bestehende Gruppen eingeteilt. Die Gruppen waren nach Malern benannt, so dass es eine Klee-Gruppe und eine Kandinsky-Gruppe gab. Dann wurden Personen aus den Gruppen aufgefordert, bestimmte Geldbeträge an zwei Personen zu verteilen. Eine der beiden Personen kam aus der Klee-, die andere aus der Kandinsky-Gruppe. Die Personen selbst waren den Versuchspersonen nicht bekannt. Sie wussten nur, dass die Person entweder Mitglied der Klee- oder der Kandinsky-Gruppe

¹⁵ Das *soziologische* Interesse an einer Analyse der Entstehungsbedingungen von Gemeinschaftsgefühlen folgert aus der Prämisse, dass Gemeinschaften handlungsrelevante Folgen haben. Zum einen stärkt eine Gemeinschaft die Solidarität der Gruppenmitglieder untereinander, was sich in unterschiedlichen Solidaritätshandlungen manifestieren kann. Zum anderen sind Gemeinschaften durch Grenzen zu anderen Gemeinschaften definiert; Gemeinschaftsbildung geht häufig einher mit Abwehrhandlungen gegenüber anderen Gruppen, was sich in diskriminierenden Einstellungen bis hin zu kriegerischen Handlungen manifestieren kann.

war. Es existierte auch kein Kontakt zwischen den Versuchspersonen und den Personen, die die Geldbeträge erhalten sollten. Die Klee- und die Kandinsky-Gruppe waren also keine realen Gruppen, sondern existierten gleichsam nur in den Köpfen der Versuchspersonen. Die Ergebnisse der Experimente zeigen nun, dass die Versuchspersonen denjenigen Personen höhere Geldbeträge zukommen ließen, die Mitglied der eigenen Gruppe waren und den Mitgliedern der Fremdgruppe signifikant weniger zuwiesen. Aus diesem Befund haben die Autoren der Studien abgeleitet, dass jede Zuordnung von Personen zu Gruppen und sei sie noch so artifiziell, dazu führt, dass sich Gruppen allein aufgrund der kategorialen Zuordnung als Gemeinschaften konstituieren und eigene Gruppenmitglieder gegenüber denen fremder Gruppen bevorzugen. Wenn dieser Zusammenhang für alle Merkmale der Kategorisierung gilt, dann besteht er auch für eine gemeinsame Sprache (Giles & Johnson 1987). Gibt es aber darüber hinaus gehende Befunde, die zeigen, dass eine gemeinsame Sprache mehr als andere Merkmale zur Gruppenbildung beiträgt?

2. Zur Beantwortung dieser Frage sind die jüngsten Arbeiten von Katherine Kinzler et al. (Kinzler et al. 2007; 2009; vgl. auch die dort gegebenen Literaturhinweise auf frühere Arbeiten) einschlägig. Die Autorengruppe um Kinzler hat mehrere experimentelle Untersuchungen durchgeführt, in denen sie versucht hat, zu zeigen, ob und in welchem Maße die Muttersprache ein Merkmal der Definition von Gruppenzugehörigkeit ist und dazu führt, dass Menschen diejenigen, die ihre Muttersprache sprechen, gegenüber denjenigen, die ihre Muttersprache nicht sprechen, bevorzugen. Das Originelle an den Studien von Kinzler et al. ist, dass sie den Zusammenhang von Sprache und Gruppenzugehörigkeit bereits für Säuglinge nachgewiesen haben. Zudem können sie zeigen, dass der Sprache im Vergleich zu anderen Merkmalen eine ganz besondere Bedeutung bei der Definition von Gruppenzugehörigkeit zukommt.

2.1 Fünf bis sechs Monate alte Säuglinge sollten sich einen Film anschauen, in dem eine englischsprachige Frau zu ihnen sprach. In einer Versuchsanordnung wurde der Film normal abgespielt, in der zweiten Versuchsanordnung mit einer zweiten Frau lief die Sprache rückwärts ab, so dass eine Kunstsprache entstand. Dann wurden die beiden Frauen den Kindern schweigend vorgestellt. Es wurde gemessen, wie lange die Kinder die Frauen jeweils anschauten. Die Frau, die vorher in der Muttersprache ge-

sprochen hatte, wurde signifikant häufiger und länger angeschaut, als die Frau, die in der Kunstsprache zu ihnen gesprochen hatte. Die Muttersprache hat also einen Einfluss auf den Grad der Aufmerksamkeit, den jemand genießt.

Das Experiment wurde wiederholt, indem statt der Kunstsprache Englisch und Französisch benutzt wurde; Englisch für Säuglinge, deren Muttersprache Englisch ist, Französisch für Kinder, deren Muttersprache Französisch ist. Es zeigte sich, dass die Säuglinge der Person, die in ihrer Muttersprache gesprochen hatte, deutlich mehr Aufmerksamkeit schenkten. Um aber nicht nur die Effekte der Muttersprache auf die Aufmerksamkeit, sondern auch auf das Verhalten zu analysieren, wurde folgendes Experiment durchgeführt. Die Säuglinge – diesmal 10 Monate alt – schauten wieder einen Film, in dem zum einen eine Frau in ihrer Muttersprache, zum anderen in einer anderen Sprache mit ihnen sprach. Am Ende des Films hielten die beiden Frauen jeweils ein kleines Kuscheltier in der Hand. Direkt nach dem Film befanden sich diese Kuscheltiere auf einem Tisch vor den Kindern. Die Kinder konnten sich eines der beiden Kuscheltiere nehmen. Signifikant häufiger wurde das Kuscheltier ausgewählt, das vorher von der Frau, die ihre Sprache gesprochen hatte, in der Hand gehalten wurde. Dieser Befund wurde durch ein weiteres Experiment bestätigt: Kinder im Alter von fünf Jahren sahen sich Fotos von zwei unbekanntem Kindern an, während sie das eine Kind auf Englisch, das andere auf Französisch sprechen hörten. Danach wurden sie gefragt, welches der beiden auf den Fotos gezeigten Kinder sie lieber als Freund hätten. Die Kinder wählten signifikant häufiger das Kind, das in ihrer Muttersprache gesprochen hatte. Die Ergebnisse zeigen, dass die Sprache einen klaren Einfluss auf die Auswahl von anderen Personen, auf den Grad der Aufmerksamkeit, die Personen genießen und auch auf die Bevorzugung der Person, die die gleiche Sprache spricht, hat.

2.2 Damit ist aber die Frage noch nicht beantwortet, in welchem Maße die Sprache einen besonderen – im Vergleich zu anderen Faktoren vielleicht sogar stärkeren – Einfluss auf Gruppenbildungen hat. Zur Beantwortung dieser Frage haben Kinzler et al. (2009) ebenfalls experimentelle Befunde vorgelegt. Fünfjährige weiße Kinder sollten sich Bilder von anderen Kindern ansehen. Die Hälfte der Kinder auf den Fotos hatte eine schwarze, die andere eine weiße Hautfarbe. Danach wurden die Kinder gefragt, wen sie von den gezeigten Kindern gerne als Freund hätten. Die Mehrheit der Kinder wählte signifikant häufiger ein weißes Kind, also jemanden mit der glei-

chen Hautfarbe. In einem zweiten Experiment wurden den Kindern dieselben Fotos gezeigt, nur diesmal sprachen die Kinder auf den Fotos. Die weißen Kinder sprachen Französisch, die schwarzen Kinder sprachen Englisch. Die Muttersprache der Kinder, mit denen das Experiment durchgeführt wurde, war Englisch. Wiederum konnten die Kinder sich einen Freund aussuchen. Diesmal wurden signifikant häufiger die schwarzen Kinder ausgewählt, diejenigen also, die auch Englisch sprachen, aber eine andere Hautfarbe hatten. Das Interessante an dem Experiment und an dem Ergebnis ist nun, dass die unterschiedliche Stärke von zwei verschiedenen Kategorisierungen gleichzeitig getestet wurde. Bis dato ging die Forschung davon aus, dass es vor allem visuelle Merkmale sind, die zu einer Klassifikation in „ingroup“ und „outgroup“ benutzt werden, wie z. B. Geschlecht, Rasse und Alter. Das Experiment zeigt nun aber, dass Sprache offensichtlich noch wichtiger ist als ein im amerikanischen Kontext so wichtiges visuelles Merkmal wie die Hautfarbe.

3. *Warum* der Sprache aber eine besondere Rolle beim Aufbau von Gruppenidentität zukommt, wird von den Autoren der Experimente nicht untersucht. Folgende Hypothese kann den korrelativen Zusammenhang kausal begründen helfen: Das Faktum, dass die Sprache zum Aufbau von Gemeinschaften so wirkungsvoll genutzt werden kann, geht wahrscheinlich auf die Tatsache zurück, dass alle Sozialisationserfahrungen, die wir seit der Geburt machen, im Medium der Muttersprache erfolgen. Die ersten Worte der Mutter, die Zuwendungen, die wir im Elternhaus erfahren, der komplette Prozess der kognitiven und emotionalen Sozialisation erfolgt im Medium einer Sprache. In der Muttersprache beginnen wir zu denken und zu kommunizieren. Die Sprache wird zu einem unmittelbaren Bestandteil der eigenen Geschichte. Dadurch erwerben wir ein Verhältnis der tiefen Vertrautheit mit der eigenen Sprache, ihren Wörtern und ihrem Klang.

Genau dies macht die Muttersprache besonders geeignet für Prozesse der kollektiven Identitätsbildung. Im Unterschied zu anderen Merkmalen, die zum Aufbau von kollektiven Identitäten genutzt werden können, ist die Muttersprache in hohem Maße mit den persönlichen Erfahrungen, der eigenen Geschichte, der personalen Identität verwoben. Sie signalisiert die Zugehörigkeit zu der Gruppe, die für jeden Menschen die Primärgruppe ist. Evolutionstheoretisch betrachtet, kann dies mit Vorteilen verbunden gewesen sein, so die Vermutung von Kinzler et al. (2009) mit Bezugnahme auf

die einschlägige Literatur. Während die Varianz der Physiognomie zwischen verschiedenen Gruppen wohl eher gering war, gilt dies nicht für die Sprache und unterschiedliche Akzente: An diesen konnte man die eigene Gruppe in Differenz zu Fremdgruppen erkennen. Hinzu kommt, dass die Sprache im Vergleich zu anderen Identitätsmarkern, wie das Tragen bestimmter Kleidung, Körperbemalungen oder kulturelle Praktiken nicht einfach gewechselt werden kann und damit ein beständiges Kennzeichen der Gruppenzugehörigkeit ist. Eine neue Sprache wird man in aller Regel nicht akzentfrei sprechen können, wenn man sie nicht bis zum Ende der Jugendphase gelernt hat. Die Muttersprache bleibt somit ein relativ beständiger Identitätsmarker (Lieberson 1970/81).

4. Die bisher berichteten Befunde aus der experimentellen Sozialpsychologie bezogen sich auf die Bedeutsamkeit von Sprache bei der Kategorisierung von Personen, ohne dass die Personen auf der Basis der einmal vorgenommenen Klassifikation weiter Kontakt miteinander hatten. Wenn aber eine gemeinsame Sprache ein zentrales Merkmal zur kategorialen Gruppenbildung ist, dann ist mit dieser Gruppenbildung in alltäglichen Situationen in der Regel eine Handlungsfolge verbunden: Die einmal ausgewählten Personen werden miteinander interagieren und sie tun dies in ein und derselben Sprache. Der auf der Basis einer gemeinsamen Sprache vollzogene Vergemeinschaftungsprozess führt im nächsten Schritt zu einer Vergesellschaftung der Gruppenmitglieder, zu einer Verdichtung von Interaktionen. Die Kinder in dem Experiment, die ihre Freunde ausgewählt hatten, werden mit diesen spielen, sich wieder verabreden, dann wieder miteinander spielen etc. Da die Auswahl der Freunde auf der Basis einer gemeinsamen Sprache erfolgt, findet auch die Vergesellschaftung in einer gemeinsamen Sprache statt. Die zunehmende Vergesellschaftung stärkt wiederum das Gemeinschaftsgefühl der Gruppenmitglieder. Und wie wir im letzten Kapitel gesehen haben, ist eine gemeinsame Sprache, im Unterschied zu anderen Merkmalen, die Mitglieder einer Gruppe teilen können, besonders geeignet, Vergemeinschaftungsprozesse und damit auch Vergesellschaftungsprozesse voranzutreiben. Der Sprache kommt im Vergleich zu anderen Merkmalen also nicht nur eine besondere Bedeutung für die Gruppenentstehung zu, sie forciert den Vergesellschaftungsprozess der Gruppe sogar und wirkt damit wiederum auf die Vergemeinschaftung der Gruppe ein.

5. Gehen wir davon aus, dass aus irgendwelchen Gründen die einmal gebildete Gruppe sich anschickt, sich als Gruppe zu beschreiben, also Merkmale zu nennen, die für sie typisch sind. Zum Prozess der normalen Gruppeninteraktion tritt also eine Ebene der Reflexion und der Selbstbeschreibung hinzu. Die Gruppe weiß von sich selbst, dass alle Mitglieder der Gruppe dieselbe Sprache sprechen und dass dies die Gruppe von anderen Gruppen unterscheidet. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Gruppenmitglieder zur Selbstbeschreibung ihrer Gruppenidentität auf das gemeinsame Merkmal einer Sprachidentität zurückgreifen werden. Damit hat sich die Gemeinschaft als Sprachgemeinschaft auch reflexiv konstituiert. Sie ist eine Gruppe geworden, die ihre Identität faktisch wie auch reflexiv durch eine gemeinsame Sprache gewinnt.

An die Möglichkeit, Gruppenidentitäten durch Selbstbeschreibungen reflexiv zu konstituieren, können politische Unternehmer anknüpfen. Die Geschichtsschreibung, vor allem die Analysen zur Entstehung von Nationalstaaten, hat an einer Vielzahl von Beispielen gezeigt, wie Nationen als vorgestellte Gemeinschaften durch politische Eliten mit Bezugnahme auf sprachliche Merkmale konstituiert wurden. Ich komme darauf an späterer Stelle bei der Beschreibung der Bedeutung der Sprache für die Konstitution der Nationalstaaten nochmals zurück.

Die bis dato mit Bezug auf die sozialpsychologische Literatur formulierten Argumente sollten plausibel machen, warum der Sprache neben der Vergesellschaftungs- häufig auch eine Vergemeinschaftungsfunktion zukommt. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass Sprache das alleinige Merkmal ist, über das sich Gemeinschaften konstituieren können. Es bedeutet auch nicht, dass sprachlich heterogene Gruppen keine Gruppenidentität ausbilden können; die Merkmale der Identitätsbildung sind in diesen Fällen eben andere. Die Ausführungen sollten aber gezeigt haben, dass eine gemeinsame Sprache eines neben anderen Merkmalen ist, das (a) zur Herstellung von Gemeinschaften tauglich ist und dass (b) Sprache – aus den genannten Gründen – ganz besonders gut geeignet ist, Gemeinschaftsbildungsprozesse zu begünstigen.

Man kann den beschriebenen Zusammenhang zwischen Sprache und Vergemeinschaftung ähnlich wie den zwischen Sprache und Vergesellschaftung auch aus der Perspektive der Individuen formulieren. Die Kenntnis der Sprache und eine möglichst gute Beherrschung der Sprache, die in einer Gruppe gesprochen wird, ist aus der Perspektive der Individuen nicht nur

eine Ressource der Vergesellschaftung, sondern kann auch eine wichtige Ressource der Vergemeinschaftung sein und mit Distinktionsgewinnen für denjenigen verbunden sein, der die Sprache gut beherrscht.

Für welchen Gemeinschaftstypus Sprache als Merkmal „eingesetzt“ wird, ist bis jetzt nicht thematisiert worden. Die Geschichte und die Gegenwart zeigen uns, dass Sprache vor allem zur Konstruktion von Nationen, Regionen und Klassen genutzt werden kann. Dies sei an einigen Beispielen illustriert.

b) Sprache und die Identifikation mit unterschiedlichen Gemeinschaften

1) *Nation und Sprache*: Die Entstehung von Nationalstaaten ist wahrscheinlich der historisch prominenteste Fall der Nutzung einer gemeinsamen Sprache als Identifikationsmerkmal zum Aufbau einer Gemeinschaft. In fast allen Fällen geht die Nationalstaatsbildung mit einer Politik der sprachlichen Homogenisierung einher, der Ausbildung einer Einheitssprache also, die dann auch zur Amtssprache wird.¹⁶ Die nationalstaatliche Sprachpolitik ist aber nicht nur ein Instrument einer nationalstaatlichen Vergesellschaftung gewesen, sondern meist auch ein Medium der Vergemeinschaftung. Die Einheitssprache wird nicht nur zur Amtssprache, sondern auch zur *National-*sprache, zum zentralen Merkmal der Identitätskonstruktion. Fast alle Nationalstaaten haben Institutionen der Sprachpflege entwickelt, regeln den verbindlichen Sprachgebrauch durch den Aufbau eines Wörterbuchs und von Überwachungseinrichtungen der Sprachkontrolle. Sie beginnen, die in ihrer Sprache gesprochene Nationalliteratur zu kanonisieren, pflegen Volklied und Volkskultur und beschreiben ihre Identität u. a. durch die jeweilige Nationalsprache. Die Kehrseite des Prozesses der sprachlichen Homogenisierung und der Etablierung einer gemeinsamen Sprache als Identitätsmerkmal der Nation ist die Verdrängung und Unterdrückung von Minderheitensprachen (vgl. Mann 2001). Ich werde auf den Zusammenhang von Nationalstaatsbildung und sprachlicher Homogenisierung im Kapitel 3.1 noch ausführlicher eingehen.

¹⁶ Einige der kleineren Staaten Europas – z. B. Belgien und die Schweiz – bilden eine Ausnahme von diesem allgemeinen Muster; hier wurde die interne sprachliche Spaltung gesellschaftlich institutionalisiert.

2) *Region und Sprache*: Man findet in der Geschichte aber auch viele Beispiele, in denen die Nationalsprache abgelehnt wurde, um die Identifikation mit einer subnationalen Einheit zum Ausdruck zu bringen. Die heutige Spaltung Belgiens in einen wallonischen und flämischen Teil ist auch und vor allem eine sprachliche Spaltung und hat eine lange Geschichte. Die Übermacht des Französisch sprechenden Walloniens, das auch die Gründung eines belgischen Einheitsstaates im Jahr 1831 betrieben hat, hat zunehmend den Widerstand Flanderns und der Flämischen Bewegung hervorgerufen, die schrittweise kulturelle und sprachliche Rechte für sich erkämpfte (vgl. Kern 1997). Die Entwicklungen einiger Regionen Spaniens in der Ära nach Franco oder in den baltischen Staaten nach der Unabhängigkeit von der Sowjetunion sind weitere Beispiele aus der Gegenwart. Vor allem das Baskenland, Galizien und Katalonien haben sich nach Francos Tod gegen die Dominanz des spanischen Zentralstaats aufgelehnt und ihre eigene regionale Autonomie ausgebaut. Dieser Emanzipationsprozess manifestiert sich in einer Vielzahl von Dimensionen. In allen drei Regionen ist die jeweilige Sprache zum zentralen Merkmal der regionalen Identifikation geworden. Die kastilische Sprache wurde im Gegenzug als Sprache der Zentralmacht interpretiert, die über Jahrhunderte die regionale Autonomie unterdrückt hat; ihr symbolisches Kapital wurde zunehmend entwertet. Vor allem Katalonien ist mit seiner Autonomie- und Sprachpolitik recht erfolgreich (vgl. zum folgenden Bernecker, Eßler & Kraus 2007). Während der Franco-Zeit wurde der öffentliche Gebrauch der katalanischen Sprache unterdrückt; der Schulunterricht fand ausschließlich auf Spanisch statt. Dies hat sich heute radikal verändert: Im Parlament und in der Verwaltung wird Katalanisch gesprochen; auch die Straßenschilder sind Katalanisch. Der wichtigste Transmissionsriemen zur Verbreitung des Katalanischen sind die Schulen. In den Grundschulen findet eine Politik der „Immersion“ statt, deren Ziel es ist, den Kindern, die die katalanische Sprache nicht beherrschen, sehr zügig Katalanisch beizubringen. Auch in den Universitäten wird heute überwiegend in der katalanischen Landessprache gelehrt. Und auch die Medien senden und drucken heute in erster Linie auf Katalanisch. Viele Arbeitspositionen, vor allem im Staatsdienst der katalanischen Region, setzen voraus, dass die Personen, die die Stelle begleiten, auch Katalanisch können. Das Beherrschen der katalanischen Sprache und gerade das Sprechen dieser im Kontrast zum Kastilischen ist ein zentraler Marker katalanischer Identität geworden. Für diejenigen, die die Sprache sprechen, ist die Kompetenz mit Anerkennung

durch die Sprachgemeinschaft selbst verbunden. Kathryn A. Woolard und Tae-Joong Gahng (1990) konnten in ihrer Studie über den Status des Katalan genau diesen Zusammenhang nachweisen.¹⁷

Ähnliche Entwicklungen lassen sich in den baltischen Staaten nach der Unabhängigkeit von der Sowjetunion beobachten, z. B. in Lettland. Das Land wurde während des Zweiten Weltkriegs von Russland besetzt und nach dem Zweiten Weltkrieg in die Sowjetunion zwangsintegriert. Durch Zuwanderung und Umsiedlung änderte sich zudem zwischen 1940 und 1990 die Zusammensetzung der Bevölkerung, insofern der Anteil der Russen enorm zunahm. Die russische Sprache wurde damit symbolisch und faktisch zur dominanten Sprache. Nach der Wiederherstellung der Souveränität Lettlands im Jahr 1990 wurde Lettisch die alleinige Amtssprache. Die neue lettische Souveränität und Identität manifestiert sich in einer entsprechenden Sprachpolitik, die das Lettische in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aufwertet und die russische Sprache zugleich entwertet (vgl. Nic Craith 2008: 31ff.). Viele Bürger Lettlands, die unter der Vorherrschaft der Sowjetunion gelitten haben, sind nach der erreichten Unabhängigkeit ihres Landes wenig geneigt, Russisch zu sprechen, obwohl sie die Sprache beherrschen, weil es die Sprache der vormaligen Unterdrücker ist.

3) *„Klasse für sich“ und Sprache*: Auch für Gesellschaften, in denen nur eine Sprache gesprochen wird und alle Bürger mit ihrer Sozialisation diese Sprache lernen, gilt, dass es in aller Regel in dieser Gesellschaft unterschiedliche Dialekte, Soziolekte und Akzente gibt. Auch wenn im Hinblick auf das Ausdrucksvermögen und die Verständigungsmöglichkeit die Dialekte gleichwertig sind, sind sie es häufig nicht im Hinblick auf die symbolische Anerkennung, die mit den einzelnen Dialekten verbunden ist. In vielen Nationalstaaten hat sich mit dem Prozess der sprachlichen Homogenisierung auch

¹⁷ Ähnliche Entwicklungen zeigen sich in Galizien, mit ca. 2,7 Millionen Einwohnern eine der ärmsten Regionen Spaniens. Im Juni 2007 wurden folgende Beschlüsse bezüglich der galizischen Sprache erlassen: 1. Alle Kommunikation innerhalb der Administration muss auf Galizisch erfolgen. 2. Der Unterricht in den Schulen muss mindestens zu 50 % in Galizisch stattfinden; dies gilt für die Vorschule ebenso wie für die Primar- und Sekundarstufe und die Erwachsenenbildung. Der Unterricht auf Galizisch muss sich auf alle Fächer erstrecken, also z. B. auch auf Physik, Biologie etc. 3. Die Lehrer müssen entsprechende Kenntnisse des Galizischen nachweisen, was natürlich zu einem Ausschluss vieler Bewerber aus den anderen Regionen Spaniens führt. http://fete.ugt.org/galicia/arquivos/pdf/070629D_LEX_dec_uso_galego_no_sist_edu.pdf.

eine Hochsprache entwickelt, die von Sprachwissenschaftlern und anderen Akademikern kanonisiert wurde. Pierre Bourdieu (1992) hat diesen Prozess für Frankreich rekonstruiert und gezeigt, wie es den Eliten gelungen ist, eine Einheitssprache durchzusetzen und andere Sprachen und Dialekte zu delegitimieren (Bourdieu 1992; vgl. dazu auch Loos 2000; aus der Perspektive eines Historikers vgl. Weber 1976). Die Beherrschung der Hochsprache ist mit hoher gesellschaftlicher Anerkennung verbunden. Diejenigen, die sie beherrschen, grenzen sich mit ihrer Fähigkeit gegenüber denjenigen ab, die sie nicht beherrschen. Sie schlagen aus ihrer Fähigkeit symbolisches Kapital, produzieren für sich Distinktionsgewinne, indem sie sich gegenüber der Alltagssprache der unteren Klassen mit ihrer „vulgären Sprache“ (Bourdieu & Passeron 1971: 110) distanzieren (vgl. auch Bourdieu 1992: 43-65). Vor allem die Ausbildungsinstitutionen prämiieren die Fähigkeit, sich in der Hochsprache gewählt artikulieren zu können.

Die Beherrschung der Hochsprache bringt damit nicht nur Vorteile im Hinblick auf den Erwerb von Bildungszertifikaten, die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und des Einkommens (siehe die Ausführungen über den Zusammenhang von Sprache und Vergesellschaftung), sie ist zugleich ein Merkmal, das die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Oberschicht signalisiert und hilft, Klassen zu konstituieren, eine „Klasse an sich“ in eine „Klasse für sich“ zu überführen (Bourdieu 1992: 62ff.).¹⁸ Die sprachpsychologische Forschung hat in einer Vielzahl von Studien gezeigt, dass die Hochsprache, die in der Regel von den oberen Klassen gesprochen wird, deutlich höher bewertet wird, als Soziolekte und Dialekte (vgl. den Literaturüberblick in Giles & Billings 2004). Die Unterschiede in der Bewertung der Sprache sind mit Handlungsfolgen für deren Sprecher verbunden: Vermieter bevorzugen Sprecher, die die Hochsprache beherrschen; gleiches gilt für Lehrer in der Beurteilung der Schulleistung von Kindern. Richter urteilen bei gleichem Straftatbestand über Sprecher, die gut die Hochsprache beherrschen, milder als über Sprecher, für die dies nicht gilt. Schließlich hat sich auch gezeigt, dass Arbeitgeber Personen, die die Hochsprache sprechen, bei Kontrolle vieler anderer Faktoren, eher einstellen als andere Personen (vgl. Giles & Billings 2004).

¹⁸ Ein ähnlicher Zusammenhang gilt für Migranten, die nicht nur das Land, sondern auch die Sprachgemeinschaft wechseln. Das Lernen und Sprechen der Sprache des Ziellandes ist nicht nur mit Vergesellschaftungsvorteilen, die wir weiter oben beschrieben haben, verbunden, sondern auch mit Zugewinnen an Anerkennung und symbolischem Kapital.

Die Beispiele illustrieren, dass Sprache als ein zentrales Merkmal zur Konstruktion von unterschiedlichen Gemeinschaften genutzt werden kann und genutzt wurde. Die reichhaltige historische Forschung zeigt uns auch, wie wichtig und handlungsrelevant die Sprache für die Identitätsbildung werden kann; die sozialpsychologischen Befunde können plausibel machen, warum die Sprache besonders geeignet ist, als Merkmal für Gemeinschaftsbildungsprozesse zu dienen. Identifizieren sich Menschen mit einer Sprachgemeinschaft, sind sie häufig bereit, zum Teil sehr hohe „Kosten“ zur Verteidigung oder zur Expansion ihrer Sprachgemeinschaft zu übernehmen.

Diese Kosten können sich u. a. auch in Nachteilen in der Vergesellschaftungsdimension manifestieren. Migranten z. B., die eine hohe Identifikation mit ihrer Muttersprache aufweisen und die Muttersprache als ein zentrales Merkmal ihrer Herkunftsidentität interpretieren und deswegen die Sprache des Ziellandes ablehnen, werden Nachteile in der Bildungskarriere, in der Integration in den Arbeitsmarkt, im Aufbau von Netzwerken mit den Einheimischen und im Ausmaß der politischen Integration hinnehmen müssen. Die Bürger Galiziens, die eine hohe Identifikation mit ihrer Region besitzen und deswegen die staatliche Bildungspolitik der Unterrichtung der Kinder in Galizisch unterstützen, werden die internationalen Kommunikations- und damit die Vergesellschaftungschancen ihrer Kinder regional beschränken, weil Galizisch nur von recht wenigen Menschen gesprochen wird.

Die Beispiele zeigen, dass der Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsnutzen einer Sprache einander widersprechen können. Ist die Sprache ein wichtiges Identitätsmerkmal einer Gruppe, dann kann die Aufgabe der eigenen Sprache zur Frage des Verlusts der eigenen kollektiven Identität werden. Unter dieser Bedingung werden Vergesellschaftungsvorteile, die mit einer Anpassung an eine neue Sprachkonstellation verbunden sein mögen, mit Vergemeinschaftungsnachteilen bezahlt.

Dieser Zusammenhang gilt auch für den Erwerb von Fremdsprachen. Personen können sich mit einer Fremdsprache positiv oder negativ identifizieren. Je stärker eine positive emotionale Identifikation mit einer Sprache ist, desto höher ist die Bereitschaft, diese zu lernen et vice versa. Der Grad der Identifikation mit einer Sprache ist wiederum wesentlich bestimmt durch das Ausmaß der Identifikation mit der Gruppe derer, die diese Spra-

che sprechen.¹⁹ Mit welchen Sprachen sich Menschen in welcher Intensität identifizieren, wird entsprechend bestimmt durch die kollektiven Identitäten, mit denen sie sich verbunden fühlen.

2.1.3 Transnationales sprachliches Kapital und seine wachsende Bedeutung

Wenn Menschen in einer Gesellschaft leben, die sprachlich homogen und von anderen Gesellschaften, in denen andere Sprachen gesprochen werden, abgeschnitten ist, ist es wenig sinnvoll, wenn sie Fremdsprachen lernen. Sie können durch den Erwerb einer Fremdsprache weder ihre Vergesellschaftungs- noch die Vergemeinschaftungschancen erhöhen. Je stärker aber Gesellschaften mit anderen, andere Sprachen sprechenden Gesellschaften vernetzt sind, desto wertvoller wird die Fähigkeit, mehrere Sprachen sprechen zu können. Ich werde in Kapitel 3.2 auf die veränderten Rahmenbedingungen, die die Verwertungsmöglichkeit von Fremdsprachenkompetenz erst erzeugen, noch genauer eingehen. An dieser Stelle genügt eine kurze Skizze der veränderten Bedingungen, um das Argument, dass unter Bedingungen von Globalisierung und Europäisierung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital eine besondere Bedeutung zukommt, zu plausibilisieren. Nationalstaatliche Gesellschaften werden in der Literatur auch als „Container“-Gesellschaften bezeichnet (Taylor 1994; Beck 1997). Damit ist gemeint, dass die Institutionen der Gesellschaft auf das Territorium des jeweiligen Nationalstaates begrenzt bleiben; und auch die verschiedenen Formen der Interaktionen (vom Gütertausch bis hin zum Heiratsverhalten) finden in erster Linie innerhalb der Nationalstaaten statt. Die Nationalstaaten sind nun im Kontext von Globalisierung und Transnationalisierung zunehmend Veränderungsprozessen unterworfen. Dies gilt vor allem und in erster Linie für die Länder, die Mitglieder der Europäischen Union sind. Die EU-Mitgliedsländer sind in den letzten 40 Jahren deutlich „aufgeweicht“ worden, insofern sie einen Teil ihrer Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene verlagert haben, womit die Politikfelder, für die die Europäische Union und nicht mehr der Nationalstaat zuständig sind, ausgedehnt wurden. Dieser durch die Mitgliedsländer der EU selbst ausgelöste Prozess der Ver-

¹⁹ Die Ablehnung des Englisch bei einem Teil der Bevölkerung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erklärt sich aus der Ablehnung der Amerikaner und Engländer als Sieger- und Besatzerkräfte; die Ablehnung des Spanischen in Katalonien ist Ausdruck der Ablehnung einer Dominanz des spanischen Zentralstaates.

lagerung von Rechtssetzungskompetenzen hat zu einer zunehmenden Europäisierung der Gesellschaften der Mitgliedsländer der EU, einer Erhöhung des Austauschs zwischen den Mitgliedsländern und damit zu einer Aufweichung der nationalstaatlich verfassten Container beigetragen (vgl. Münch 2001; 2008; Fligstein 2008a; aus historischer Perspektive vgl. Kaelble 2005; 2007). Vor allem die Herstellung des europäischen Binnenmarkts sowie die damit verbundene Freizügigkeit für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräfte hat grenzüberschreitende Wirtschaftsprozesse befördert und das Anwachsen des binneneuropäischen Handels, die Zunahme europäischer Wertschöpfungsketten und die Transnationalisierung des Kapitals begünstigt (vgl. Ambrosius 1996; Hirst & Thompson 1998; Fligstein & Stone Sweet 2002; Fligstein & Merand 2002; Verwiebe 2004). Die Gesellschaften Europas sind aber nicht nur durch den Europäisierungsprozess, sondern auch durch die Globalisierung tief greifend verändert worden. Seit den 1970er Jahren hat der interregionale ökonomische, kommunikative, kulturelle und politische Austausch rasant zugenommen (siehe dazu Kapitel 3.2).

Diese Strukturveränderungen haben unterschiedliche Folgen für die verschiedenen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft. Viele Beobachter haben darauf hingewiesen, dass vor allem das Finanzkapital von den Prozessen der Globalisierung und Europäisierung profitiert (vgl. zusammenfassend Beck 1997; Zürn 1998; Altvater & Mahnkopf 1999; Hartmann 2007). Offene Grenzen ermöglichen es den Unternehmen, neue Absatzmärkte für sich zu gewinnen und ihren Standort in andere Länder zu verlagern und zwar in die Länder, in denen die Lohnkosten und die Lohnnebenkosten deutlich niedriger sind als im Herkunftsland. Die Mobilität des Faktors Arbeit ist im Vergleich zu der der Unternehmen deutlich geringer. Personen sind in höherem Maße an ihren Wohnort, ihre Familie und ihr Land gebunden. Die Unterschiede in der Mobilität manifestieren sich in Unterschieden des Nutzens, der mit Globalisierung und Europäisierung verbunden ist. Während das Kapital der eigentliche Nutznießer der veränderten Ordnung ist, müssen die Menschen die Nachteile, die sich in der Verringerung oder Stagnation der Löhne, geringeren Steuereinnahmen des Staates oder höherer Arbeitslosigkeit manifestieren, hinnehmen.

Arbeit ist aber nicht gleich Arbeit. Die Menschen sind in unterschiedlichem Ausmaß mit Humankapital ausgestattet; und je nach Verfügung über ein adäquates Humankapital kann der Prozess der Transnationalisierung und Europäisierung mit Vor- oder Nachteilen verbunden sein. Unter den verän-

dernten Bedingungen von Transnationalisierung und Europäisierung kommt der Mehrsprachigkeit eine besondere Bedeutung zu. Da die Nationalstaaten in aller Regel auch durch unterschiedliche Sprachen gekennzeichnet sind, ist ein Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nur möglich bzw. wird wesentlich erleichtert, wenn die Bürger über ein entsprechendes transnationales sprachliches Kapital verfügen, also mehrere Sprachen sprechen können. Die Verfügung über diese Ressource erleichtert es erheblich, mit Bürgern anderer Länder zu interagieren, wirtschaftlich zu handeln, wissenschaftlich zu kooperieren, politische Verhandlungen zu führen, Proteste über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus zu organisieren, Liebesbeziehungen einzugehen etc., kurz: sich in unterschiedlichen Dimensionen transnational zu vergesellschaften. Die Ausstattung mit transnationalem sprachlichem Kapital versetzt damit diejenigen, die über Mehrsprachigkeit verfügen, in die Lage, am Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozess teilzunehmen und entsprechende transnationale Beziehungen aufzubauen; diejenigen, die nur ihre Muttersprache sprechen, sind an ihr Land gebunden und können die Vorteile des vereinten Europas und einer globalisierten Welt nicht nutzen. Die Verfügung über transnationales linguistisches Kapital ist damit eine neue Quelle sozialer Ungleichheit im Kontext einer sich entwickelnden europäischen Gesellschaft.

In den empirischen Analysen werde ich zwei Varianten von transnationalem sprachlichem Kapital unterscheiden. Personen verfügen zum einen über transnationales sprachliches Kapital, wenn sie verschiedene Fremdsprachen sprechen, ganz unabhängig von der Frage, welche Fremdsprachen es sind – alle Sprachen werden hier also gleich behandelt. Die Kapitalausstattung ist in diesem Fall umso höher, je mehr Sprachen jemand spricht. Der Nutzen einer Sprache variiert nun aber mit der Menge der Kommunikationspartner, die man mit der Kenntnis einer Fremdsprache erreichen kann. Die Menge der potentiell erreichbaren Kommunikationspartner berechnet sich wiederum aus der Summe der Menschen, die diese Sprache als Muttersprache sprechen und denjenigen, die sie als Fremdsprache sprechen. Und da diese Menge der Sprecher je nach Sprache unterschiedlich ausfällt, ist auch der Nutzen von verschiedenen Fremdsprachen unterschiedlich. Die Anzahl der Menschen, die z. B. Lettisch oder Finnisch als Mutter- oder Fremdsprache sprechen, ist wesentlich geringer als die Anzahl derer, die Englisch sprechen. Englisch ist diejenige Sprache, die innerhalb der EU, wie wir sehen werden, den höchsten Kommunikationswert hat. Personen verfü-

gen dann – und dies ist die zweite Variante – über transnationales sprachliches Kapital, wenn sie die Sprache mit dem höchsten Sprachnutzen (Englisch) beherrschen.

Eine gute Sprachkompetenz kann, wie wir oben gesehen haben, für verschiedene gesellschaftliche Bereiche von Nutzen sein. Dies gilt auch für die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital unter den skizzierten Kontextbedingungen.

a) Mehrsprachigkeit eröffnet zum einen bessere Ausbildungschancen und ermöglicht den Erwerb von höher dotierten *Bildungszertifikaten*. Je mehr und je besser man mehrere Sprachen beherrscht, desto besser – *ceteris paribus* – werden die Noten sein, die man in der Schule erreicht. Mehrsprachigkeit ermöglicht aber vor allem auch, die Bildungsinstitutionen im Ausland nutzen zu können, dort Prüfungen abzulegen und entsprechende Bildungszertifikate zu erwerben, die, wenn man z. B. an die amerikanischen und britischen Eliteuniversitäten denkt, mit hoher Reputation verbunden sind.

b) Mehrsprachigkeit verbessert zum anderen den Zugang zu besseren *Berufspositionen*, Positionen, die mit einem hohen Einkommen und Ansehen verbunden sind. Einerseits ist der Zugang zum Arbeitsmarkt häufig an den Erwerb der Bildungspatente geknüpft. Wenn die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital zu höheren und besseren Bildungsabschlüssen führt, dann ist damit indirekt auch ein besserer Zugang zu höher dotierten Berufspositionen verbunden. Andererseits verbessert Mehrsprachigkeit auch unmittelbar die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dies gilt vor allem für die Europäische Union. Die Institutionalisierung der so genannten Freizügigkeitsregel für Arbeitnehmer hat allen Unionsbürgern die Freiheit gegeben, in jedem Mitgliedsstaat Arbeit zu suchen, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen. Die Freizügigkeitsregel gilt analog für Selbstständige (Niederlassungsrecht). Diese rechtliche Erweiterung der Arbeitsmöglichkeiten können aber faktisch vor allem diejenigen nutzen, die mehrere Sprachen sprechen, weil die meisten ausländischen Berufspositionen die Kenntnis der jeweiligen Sprache des Landes voraussetzen. Auch die Firmen innerhalb eines Landes haben sich in ihren Beziehungen internationalisiert, was zu einer Veränderung des Anforderungsprofils an die Mitarbeiter geführt hat. Internationale Erfahrungen, interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit sind zu zentralen Qualifikationsmerkmalen geworden. Dies gilt in ähnli-

cher Weise für die Politik und die politische Bürokratie. „Selbst Bürokrationen, traditionell der Hort nationalstaatlicher Selbstabschließung, sind heute in Netze des Informationsaustauschs und der wechselseitigen Unterrichtung und Kenntnisnahme eingespannt. Viele Fachausschüsse und Fachverwaltungen [...] müssen sich, um die Rechts- und Sachlagen, die sich aus der Verworfenheit ergeben, richtig beurteilen zu können, mit Experten anderer Länder konsultieren“ (Mau 2007: 240). Schließlich gilt auch für die Wissenschaften, dass ihr Grad der Internationalisierung enorm zugenommen hat (siehe dazu Kapitel 3.1). Insgesamt kann man also vermuten, dass Personen, die über transnationale Kompetenzen im Allgemeinen und über transnationales linguistisches Kapital im Besonderen verfügen, bessere Berufschancen haben.²⁰

c) Mehrsprachigkeit verbessert drittens die Möglichkeit der Ausdehnung der eigenen Netzwerke und damit die Chance der *Internationalisierung der sozialen Integration*. Internationale Netzwerke sind selbst wiederum ein soziales Kapital, das zur Ausdehnung von Geschäftsbeziehungen, politischen Kontakten und als Informationsbörse genutzt werden kann.

d) Schließlich verbessert die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital auch die Chancen zur *politischen Partizipation*. Fremdsprachenkenntnis ermöglicht die Teilhabe am politischen Leben in einem anderen Land; man kann die Medienberichterstattung besser verfolgen und sich selbst politisch engagieren, indem man z. B. in Parteien und in zivilgesellschaftlichen Organisationen mitarbeitet. Die Transnationalisierung der politischen Partizipationsmöglichkeit ist vor allem im Kontext der europäischen Integration von Belang. Die Bürger der EU besitzen seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 neben ihrer nationalen Staatsbürgerschaft auch eine Unionsbürgerschaft; sie haben damit das Recht, an den Kommunalwahlen des europäischen Landes teilzunehmen, in dem sie sich aufhalten. Von dieser rechtlichen Möglichkeit können sie aber faktisch nur Gebrauch machen, wenn sie auch die Sprache des Landes verstehen und sich über die politischen Debatten in dem jeweiligen Land informieren können.

²⁰ Zur Frage, in welchem Maße die Eliten in verschiedenen Ländern bereits europäisiert sind vgl. Michael Hartmann (2007: 195-213; 2009).

Neben dem beschriebenen instrumentellen Nutzen kann die Mehrsprachigkeit aber auch mit einem *symbolischen Nutzen* verbunden sein. Wir haben gesehen, dass der symbolische Nutzen der Sprache sich auf die Identifikation mit einer Gemeinschaft bezieht, wobei die Sprache zur Konstruktion von unterschiedlichen Gemeinschaften (Nation, Region, Klasse etc.) eingesetzt werden kann. Ich vermute, dass die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital zum Aufbau eines *neuen Klassenbewusstseins* genutzt werden kann. Personen, die mehrsprachig sind und in unterschiedlichen Ländern mit unterschiedlichen Sprachen agieren können, erhalten aufgrund dieser Kompetenz Anerkennung durch ihre Mitmenschen. Ähnlich wie die kulturellen Eliten innerhalb der Länder durch eine öffentliche Inszenierung ihres hochkulturellen Lebensstils sich als gebildete Klasse inszenieren und gegenüber den mittleren Klassen abgrenzen, ermöglicht die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital, sich als Teil einer *transnationalen Klasse* darzustellen, sich nicht nur von den Mittel- und Unterschichten, sondern auch von den Oberschichten in den eigenen Ländern, die national zurückgeblieben sind, zu distanzieren. Aus der Fähigkeit der Mehrsprachigkeit kann man symbolisches Kapital schlagen, indem man sich gegenüber den „locals“ distanziert.²¹ Man kann vermuten, dass die Strategien, Distinktionsgewinne auf der Grundlage von Fremdsprachenkompetenz einzufahren, ähnlich gelagert sind wie diejenigen, die Pierre Bourdieu für den hochkulturellen Lebensstil beschrieben hat. Die soziale Vermitteltheit der Fremdsprachenkompetenz wird abgedunkelt, Mehrsprachigkeit wird als vermeintlich natürliche, inkorporierte und selbstverständliche Fähigkeit inszeniert; und diejenigen, die keine Fremdsprachen sprechen, werden als rückständig interpretiert.

Neben einem neuen Klassenbewusstsein mag sich eine neue, multilinguale Elite aber auch durch eine veränderte Solidarität mit dem Nationalstaat auszeichnen. Adam Smith hat eine ähnliche Vermutung bereits vor 150 Jahren in seinem Buch „Wealth of Nations“ formuliert: „The proprietor of land is necessarily a citizen of the particular country in which his estate lies [...]. The proprietor of a stock is properly a citizen of the world, and is not necessarily attached to any particular country” (Smith 1864: 358). Gerade weil diejenigen, die transnational agieren, in transnationale Netzwerke ein-

²¹ Empirisch wissen wir über eine sich entwickelnde neue transnationale Klasse allerdings recht wenig, auch wenn es einige populärwissenschaftliche Spekulationen zu dem Thema gibt.

gebunden sind, löst sich ihre Bindung an den Nationalstaat auf.²² Steffen Mau, Jan Mewes und Ann Zimmermann (2008a; 2008b) können z. B. zeigen, dass Menschen, die über viele ausländische Beziehungen verfügen, also transnational vernetzt sind, im stärkeren Maße kosmopolitische Orientierungen und positive Einstellungen gegenüber Ausländern aufweisen (Mau, Mewes & Zimmermann 2008a; 2008b).²³ Ob sich aus der transnationalisierten Position auch eine neue Bindung an und Identifikation mit internationalen Organisationen, wie der Europäischen Union, ergibt, kann man vermuten. Ich komme darauf im Kapitel 5 nochmals mit einer kleinen eigenen Analyse zurück.

2.2 Kritik des „linguistic turn“ in der soziologischen Theoriebildung

Ich habe zu Beginn des Kapitels die These formuliert, dass die sprachwissenschaftliche Wende in der soziologischen Theoriebildung unser Verständnis von Sprache und Gesellschaft nicht wesentlich verbessert hat, bin die Begründung für diese These aber schuldig geblieben. Dies soll im Folgenden nachgeholt werden. Leser, die an dieser theorieimmanenten Auseinandersetzung nicht interessiert sind, können das Kapitel überspringen. Das begriffliche und theoretische Fundament für die empirischen Analysen habe ich im letzten Unterkapitel expliziert.

Die Diskussion der kommunikationswissenschaftlichen Fundierung von drei Groß-, bzw. Metatheorien (Alexander 1987) steht im Zentrum der folgenden Überlegungen: Ich behandle die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas, die Systemtheorie von Niklas Luhmann und die kommunikationstheoretische Fundierung der verstehenden Soziologie, wie sie von Alfred Schütz, Thomas Luckmann und Peter L. Berger formuliert wurde. Ich werde die drei Theorieansätze nacheinander skizzieren

²² Samuel P. Huntington (2004) beschreibt in seinem Buch über die Veränderung der amerikanischen Identität das Nachlassen der Bindung der transnationalen Eliten an die USA und sieht darin eine der Gefahren für die Zukunft der USA.

²³ Kosmopolitismus wird von den Autoren folgendermaßen definiert: „Cosmopolitanism, in contrast, is conceived as a particular worldview characterized by the capacity to mediate between different cultures, the recognition of increasing interconnectedness of political communities and the approval of political responsibility at the supranational and global level“ (Mau, Mewes & Zimmermann 2008b: 2).

und diskutieren, um auf die Blindstellen einer konturlos gewordenen Sprachsoziologie hinzuweisen.²⁴

2.2.1 *Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns*

Die Habermas'sche Theorie des kommunikativen Handelns bezieht ihre Fundierung aus der universalpragmatischen Philosophie einerseits und der Sprechakttheorie andererseits (zum folgenden Habermas 1981). Ausgangspunkt der Habermas'schen Gesellschaftstheorie ist die Bestimmung eines geeigneten Handlungsbegriffs. Er unterscheidet zwischen instrumentellem Handeln einerseits, das nicht auf andere Menschen bezogen ist und sozialem Handeln, das an anderen Interaktionspartnern orientiert ist, andererseits. Soziales Handeln, selbst wieder unterteilt in strategisches und kommunikatives Handeln, zielt ab auf die Handlungskoordination zwischen mindestens zwei Interaktionspartnern. Es ist sprachlich vermittelt und verläuft regelorientiert. Zur Rekonstruktion des sprachlich vermittelten sozialen Handelns und seiner Regeln nimmt Habermas Bezug auf die Sprechakttheorie von John Searle (Searle 1969). Sprechakte sind die Grundelemente der sprachlichen Kommunikation. Mit den Sprechakten sind wiederum Geltungsansprüche der Kommunikation verbunden. Immer, wenn Menschen miteinander interagieren, tun sie dies auf der Basis der Unterstellung von Geltungsansprüchen. Habermas unterscheidet bekanntlich vier solcher Gel-

²⁴ Auch die Gesellschaftstheorie von Hartmut Esser, die er in sechs Bänden entwickelt hat und die ihr handlungstheoretisches Fundament in der Theorie rationalen Handelns besitzt, verbessert unser Verständnis von Sprache und Gesellschaft nicht wesentlich. Dies ist insofern überraschend, als Esser mit seiner Studie über die sozialen Bedingungen und die Folgen des Spracherwerbs von Migranten (Esser 2006) eine hervorragende empirische Analyse über das Verhältnis von Sprache und Gesellschaft vorgelegt hat; wir werden im vierten Kapitel darauf noch genauer eingehen. Die konkreten empirischen Analysen haben aber offensichtlich seine grundagentheoretischen Überlegungen zu Sprache und Gesellschaft nicht beeinflusst. Im dritten Band des sechsbändigen Werks „Soziologie. Spezielle Grundlagen“ (Esser 2000: 227-298) geht Esser auf die Rolle der Sprache ein. Er unterscheidet zuerst drei Formen der Interaktion (Koordinierung, symbolische Interaktion und Kommunikation). In Anlehnung an Luhmann beschreibt er dann Kommunikation als die Mitteilung von Informationen von Ego an Alter inklusive des Verstehens dieser Mitteilung durch Alter. Dieser Kommunikationsprozess kann auf der Rezipientenseite gestört werden, wenn es Sprachbarrieren gibt. Esser konzentriert sich bei der Analyse der Sprachbarrieren vor allem auf Barrieren, die durch klassenspezifische Sprechweisen entstehen und diskutiert hier die Arbeiten von Basil Bernstein. Auf die fundamentale Bedeutung von Einzelsprachen geht er so gut wie nicht ein.

tungsansprüche: den Anspruch auf Verständlichkeit, auf Wahrhaftigkeit, auf Wahrheit und auf Richtigkeit.

Verständlichkeit ist die Basisvoraussetzung für jede gelingende Kommunikation; erst wenn sie gewährleistet ist, können die anderen Geltungsansprüche eingelöst werden. Der Geltungsanspruch der Verständlichkeit meint, dass Hörer und Sprecher sprachlich kompetent sein müssen, um die vom jeweilig Anderen benutzten Zeichen zu verstehen. *Wahrhaftigkeit* des Sprechers bedeutet, dass die Interaktionspartner wechselseitig davon ausgehen, dass der andere zu seinem Wort steht, dass Gesagtes und Gemeintes übereinstimmen. Weiterhin unterstellen die Sprecher einander, dass die Aussagen, die sie tätigen, auch *wahre Aussagen* sind. Wenn jemand sagt, dass es draußen regnet, dann unterstellt das Gegenüber, dass der proportionale Gehalt der Aussage – nämlich, dass es regnet – wahr ist. Schließlich unterstellen die Kommunikationspartner die *Richtigkeit* der Normen, denen sie folgen, so dass sie diese im Ernstfall auch rechtfertigen können. Wenn sich jemand z. B. für die Einführung der Todesstrafe ausspricht, dann unterstellt man, dass er dafür gute Gründe anführen kann. In der alltäglichen Kommunikation gibt es häufig Nachfragen nach den unterstellten Geltungsansprüchen, die meist schnell geklärt werden können.²⁵

Manchmal sind aber die Nachfragen nach den Geltungsansprüchen durch schnelle Korrekturen nicht ausreichend zu befriedigen. Die Interaktionspartner unterbrechen dann die Interaktion und wechseln in einen anderen Modus der Kommunikation, in den der Metakommunikation, den Habermas als Diskurs bezeichnet. Wenn Akteure in den Diskurs einsteigen, um problematische Geltungsansprüche zu klären, dann stellt sich die Frage, auf welcher Basis man entscheiden kann, ob Geltungsansprüche richtig oder falsch sind. Habermas geht davon aus, dass jedem Diskurs wiederum eine Unterstellung zugrunde liegt, nämlich die einer idealen Sprechsituation. Wir unterstellen (idealerweise), dass in dem Diskurs a) nur der zwanglose Zwang

²⁵ Studierende fragen im Seminar, was Pierre Bourdieu denn unter „Habitus“ versteht; man erläutert dies und wird damit dem Anspruch nach Verständlichkeit gerecht. Die Mutter hat Zweifel, ob das Kind wirklich die Hausaufgaben gemacht hat und zweifelt an der Wahrhaftigkeit des Kindes, das behauptet, es hätte die Hausaufgaben gemacht. Die Person, die sich für die Todesstrafe ausspricht, wird sich wahrscheinlich Nachfragen gefallen lassen müssen und dann mit Argumenten zu begründen versuchen, warum sie die Todesstrafe als ein legitimes Mittel des Strafrechts ansieht. Schließlich wird man auch die Aussage, dass es regnet, in Zweifel ziehen können, indem man darauf verweist, dass der Wetterbericht doch Sonnenschein angekündigt habe.

des besseren Arguments gilt, d. h. Macht und Zwang ausgeschlossen sind, b) jeder das Recht hat, alle Sprechakte zu benutzen und c) dass man sich auf die besten Argumente einigen wird und diese sich dann durchsetzen, so dass am Ende des Diskurses ein argumentativ gestützter Konsens stehen wird.

Diese komplexe, zugleich stringent und elaboriert ausgearbeitete Theorie der Kommunikation und der Metakommunikation basiert ganz fundamental auf dem ersten Geltungsanspruch: dass die Kommunikationspartner überhaupt einander verstehen können. Die Bedingungen für Verständlichkeit werden aber von Habermas an keiner Stelle diskutiert. Verständlichkeit hängt ganz entscheidend von der Frage ab, ob die Kommunikationspartner dieselbe Sprache sprechen. Dies wiederum wird von Habermas einfach vorausgesetzt oder als so selbstverständlich interpretiert, dass er dieser Frage keine Aufmerksamkeit schenkt. Mitglied einer Gemeinschaft zu sein, die ein und dieselbe Sprache spricht, ist aber alles andere als selbstverständlich. Die Grenzen von Sprachgemeinschaften sind gesellschaftlich definierte Grenzen. Die gesellschaftlich definierten Sprachgemeinschaften begrenzen umgekehrt den Möglichkeitsraum, innerhalb dessen Interaktionen, Interaktionsverdichtungen, Lebenswelten und damit Gesellschaften entstehen können.

Dies gilt nicht nur für Interaktionen, in denen alle Geltungsansprüche als richtig unterstellt werden, sondern auch für die Möglichkeit diskursiver Kommunikation. Das Aushandeln von Geltungsansprüchen im theoretischen und praktischen Diskurs setzt voraus, dass die Akteure sich wechselseitig verstehen und dies ist wiederum an die Bedingung geknüpft, dass sie dieselbe Sprache sprechen. Das Sprechen ein und derselben Sprache ist natürlich keine hinreichende Voraussetzung für das Gelingen von Diskursen, es ist aber eine unabdingbare, notwendige Voraussetzung dafür, dass Diskurse überhaupt zu Stande kommen können.

Diese grundbegriffliche Blindheit gegenüber der Tatsache, dass die Menschen sehr unterschiedliche Sprachen sprechen und dass die Sprachkonstellation der Erde selbst wiederum durch die gesellschaftliche Institutionenordnung geprägt ist, spiegelt sich auch in der makrosoziologischen Applikation der Grundbegriffe wieder, vor allem in der Habermas'schen Öffentlichkeitssoziologie. Dem Bereich der Öffentlichkeit widmet Habermas seit seiner Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (1962) immer eine besondere Aufmerksamkeit und dies aus theorieimmanenten guten Gründen. Wenn der Diskurs der Bereich ist, in dem die Menschen die zentralen Regeln ihres Zusammenlebens in einer Gesellschaft

aushandeln, dann kommt der Institutionalisierung von Diskursen in Form der Öffentlichkeit eine zentrale Funktion in der Selbstbestimmung von Gesellschaften zu.

Die Teilhabe an Öffentlichkeit, an öffentlichen Debatten über politische Optionen und damit an einem demokratischen Gemeinwesen setzt voraus, dass sich die Interaktionspartner miteinander verständigen können. Die Verständigungsmöglichkeit ist aber in hohem Maße an die Kompetenz, die gleiche Sprache zu sprechen, gebunden. Wie sonst soll man Argumente z. B. zur Frage, ob der Klimaschutz höchste politische Priorität genießen soll, Atomkraftwerke abgeschaltet werden sollen oder eine militärische Intervention in Afghanistan sinnvoll ist, miteinander austauschen können, wenn man nicht dieselbe Sprache spricht? Die Grenzen von Öffentlichkeit sind entsprechend weitgehend durch die institutionell definierten Sprachgemeinschaftsgrenzen aufgezeigt. Genau diese bleibt im Habermas'schen Konzept von Öffentlichkeit unterbelichtet. Dass die Entstehung von Öffentlichkeit, sei es historisch in Form der nationalen Öffentlichkeiten, sei es im Hinblick auf die Gegenwart in Form einer europäischen, transnationalen oder sogar globalen Öffentlichkeit an die Grundvoraussetzung, dass man ein und dieselbe Sprache spricht, gebunden ist, wird von ihm nicht thematisiert. Damit bleiben aber auch Vorstellungen von Öffentlichkeiten, die jenseits der ja meist sprachlich homogen verfassten Nationalgesellschaften gelagert sind, weitgehend illusorisch.

2.2.2 *Niklas Luhmanns Systemtheorie*

Auch der fast zeitgleich zur Habermas'schen Theorie des kommunikativen Handelns entwickelte Gegenentwurf zu einer Theorie der Gesellschaft, die Systemtheorie von Niklas Luhmann, hat eine kommunikationswissenschaftliche Fundierung. Gegenstand der Soziologie ist bekanntlich die Analyse sozialer Systeme. Kommunikation ist das Letztelement oder die spezifische Operation von sozialen Systemen und damit der Grundbegriff einer systemtheoretischen Gesellschaftstheorie (zum Folgenden Luhmann 1984). Individuen bzw. psychische Systeme bilden die Umwelt von sozialen Systemen. Sie operieren auf der Basis von Gedanken und Bewusstsein und nicht auf der Basis von Kommunikation. Kommunikation liegt gleichsam außerhalb der Individuen. Kommunikation selbst besteht wiederum aus drei verschiedenen Elementen: einer Information, einer Mitteilung und dem Verstehen. Eine Kom-

munikation hat stattgefunden, wenn Alter versteht, dass Ego eine Information mitgeteilt hat. Verstehen bedeutet in der Luhmann'schen Begriffsführung nicht das psychische Verstehen einer Person, sondern dass der Kommunikationspartner zur Fortsetzung der Kommunikation motiviert wird. Wenn z. B. ein Dozent in einer Einführungsvorlesung sagt, dass bei der letzten Klausur im Kontext einer Einführungsvorlesung 30 % der Studierenden die Klausur nicht bestanden haben, die Studierenden die *Information* „30 % der Studierenden sind durch die letzte Klausur durchgefallen“ als die *Mitteilung*, der Dozent will uns warnen und zugleich motivieren, mehr zur Vorbereitung der Klausur zu tun, *verstehen*, dann ist dies eine Kommunikation, weil die Studierenden den Unterschied zwischen Information und Mitteilung verstanden haben. Der Verstehensprozess bildet dann die Voraussetzung für weitere Kommunikationen, indem z. B. die Studierenden behaupten, das Anforderungsniveau in den Klausuren sei zu hoch oder darum bitten, dass der Dozent den klausurrelevanten Stoff mehr eingrenzen möge.²⁶

Zur genaueren Beschreibung von sprachlicher Kommunikation greift Luhmann auf die Unterscheidung der recht abstrakten Begriffe Form und Medium zurück. Ein Medium ist durch eine lose Kopplung zwischen verschiedenen Elementen gekennzeichnet, während eine Form die verschiedenen Elemente miteinander verknüpft und verdichtet. Luhmann erläutert diesen Unterschied am Beispiel von Luft und elektromagnetischen Wellen, die jeweils Medien darstellen. Sie sind als solche lautlos bzw. unsichtbar. Gesprochene Laute oder wahrgenommene Gegenstände geben dem jeweiligen Medium (Luft und Wellen) eine Form. „Man sieht nicht das Licht, sondern die Dinge, und wenn man Licht sieht, dann an der Form der Dinge.

²⁶ Das gegebene Beispiel bezieht sich bereits auf eine besondere Form der Kommunikation, nämlich auf sprachliche Kommunikation. Luhmann unterscheidet verschiedene Formen der Kommunikation, die evolutionär nacheinander entstanden und entsprechend unterschiedlich leistungsfähig sind. Die einfachste Art der Kommunikation ist die Wahrnehmung. Die Frau am Tisch in einer Kneipe nimmt wahr, dass der Mann an der Theke sie anschaut. Sie kann die Information (Blick des Mannes) als Anmache (Mitteilung) interpretieren und damit verstehen. Das Beispiel verdeutlicht aber, dass die Wahrnehmung häufig eine uneindeutige Form der Kommunikation ist. Der Blick des Mannes mag eher zufällig die Augen der Frau am Tisch berührt haben, die Mitteilung „Anmache“ war nicht die intendierte Mitteilung. Sprache ist ein Medium der Kommunikation, das im Vergleich zur Wahrnehmung eindeutiger ist und zudem mit einer Fülle anderer evolutionärer Vorteile verbunden ist (zu Luhmanns Sprachbegriff vgl. Srubar 2005). So ist der Satz des Manns an der Theke „Darf ich Sie auf einen Drink einladen“ in seinem Informationsgehalt und in seiner Mitteilung eindeutiger als der Blick.

Man hört nicht die Luft, sondern Geräusche [...]“ (Luhmann 1997: 201). Was nun Form und was Medium ist, ist relativ. Nichts ist an sich Form oder Medium.

Die mündliche Sprache besteht zuerst einmal aus Lauten. Von den Lauten ist der Sinn der Laute zu trennen. Der Laut bestimmt, welches der Sinn ist, der mit dem Laut verbunden ist. Insofern kann man sagen, dass die Laute das Medium sind und der Sinn die Form. „Sprachliche Kommunikation ist also zunächst: Prozessieren von Sinn im Medium der Lautlichkeit“ (Luhmann 1997: 213). Etwas ist Medium in Bezug auf die Form, die sich durchsetzt; die Form kann aber auch Medium sein im Hinblick auf eine andere Form, die sich in dem Medium durchsetzt: Laute sind die Form des Mediums Luft; Worte sind wiederum Form des Mediums ‚Laute‘; und Worte sind Medium der Form des Sinns. Worte wiederum können ein Medium sein, die nach den Regeln einer Grammatik miteinander kombiniert werden und Sätze im Sinne von Sinnzusammenhängen produzieren.

Das entscheidende Merkmal, dass die Differenz der mündlichen Sprache zur Kommunikation durch Wahrnehmung von Gesten ausmacht, ist aber die Differenz von Laut und Sinn. Luhmann knüpft hier an die Unterscheidung von Ferdinand de Saussure zwischen Bezeichnetem (signifié) und Bezeichnenden (signifiant) an (Luhmann 1997: 208).²⁷ Das Zeichen ist nicht identisch mit dem Bezeichneten. Entsprechend ist die Zuordnung von Laut und Sinn arbiträr.²⁸ So kann der an eine Frau gerichtete Satz eines Mannes in der Kneipe „Darf ich Sie auf einen Drink einladen?“ auch lauten „May I invite you for a drink?“ oder „Quiere usted tomar algo?“ Es gibt keinen in dem Bezeichneten liegenden Grund, warum bestimmte Informationen und Mitteilungen eine bestimmte Lautfolge haben. Es gibt auch keinen zwingenden Grund, warum bestimmte Wörter nach einem bestimmten Regelsystem (Grammatik) miteinander kombiniert werden.

Luhmann beschreibt nun eine Menge an Merkmalen, die mit der Entwicklung von Sprache verbunden sind und die die Evolution der Gesellschaft begünstigt haben. Im Vergleich zur Wahrnehmungskommunikation ist z. B. die Möglichkeit der Kommunikation von komplexen Informationen

²⁷ Sinnhaft ist etwas, das mit Bedeutungen versehen ist. Das Besondere von Sinn besteht darin, dass es einen dauerhaften Überschuss an Bedeutungen gibt (Luhmann 1984: 93).

²⁸ Ilja Srubar (2005: 604) hat in seiner Rekonstruktion des Luhmann'schen Sprachbegriffs darauf hingewiesen, dass das Luhmann'sche Sprachkonzept überaus konventionell sei, wenn auch in einer eigenen und eigenwilligen Theoriesprache ausformuliert.

weitaus größer; man stelle sich vor, man müsse den gerade gelesenen Satz durch Gestik und Mimik darstellen. Weiterhin ist die Mitteilung der Kommunikation im Falle der sprachlichen Kommunikation eindeutiger. Zudem kann man mit sprachlicher Kommunikation über Objekte kommunizieren und dies ganz unabhängig von deren Anwesenheit. Weiterhin kann man über Objekte reden, die man nicht wahrnehmen kann, wie z. B. über Freiheit, Demokratie oder das Jenseits. Die Entwicklung der Schriftsprache erhöht nochmals die evolutionären Möglichkeiten der Kommunikation im Vergleich zur mündlichen Sprache. Die Besonderheiten der Schriftsprache formuliert Luhmann wiederum mit Hilfe der Begrifflichkeit von Form und Medium. „Während die Sprache ganz allgemein ihre Form als Differenz von Laut und Sinn findet, ermöglicht die Schrift eine *Symbolisierung* genau dieser Differenz in einem *anderen* Wahrnehmungsmedium, im Medium der Optik. [...] das heißt: Schriftzeichen bringen die Einheit einer Unterscheidung zum Ausdruck, und zwar so, dass mit der Einheit weiter operiert werden kann, also andere Unterscheidungen getroffen werden können. Mit Schrift kann man ganz neuartige Operationen durchführen, nämlich lesen und schreiben, *und dies genau deshalb, weil in diesen Operationen nicht zwischen Laut und Sinn, sondern zwischen Buchstabenkombinationen und Sinn unterschieden werden muß*“ (Luhmann 1997: 255f.). Welche Besonderheiten und Vorteile für die Entwicklung der Gesellschaft mit der Schriftsprache wiederum verbunden sind, wird von Luhmann ausführlich expliziert (zusammenfassend Luhmann 1997: 289f.). Das muss uns hier aber nicht weiter interessieren, weil die Basisannahmen der Luhmann'schen Konzeptionalisierung von Kommunikation und Sprache hinreichend klar sind, um die Kritik an diesen Annahmen zu formulieren.

Die Kritik setzt an der für gesprochene Sprache definitorischen Unterscheidung von Laut und Sinn bzw. an der für Schriftsprache zentralen Unterscheidung von Buchstabenkombination und Sinn und deren jeweiligem Rückbezug auf den Kommunikationsbegriff an. Kommunikation wird von Luhmann, wie wir gesehen haben, als das Zusammenspiel von Information, Mitteilung und Verstehen definiert. Eine mündliche Äußerung kann aber nur dann zur Kommunikation führen, wenn die Sprecher und Hörer den Zusammenhang zwischen den Lauten und Worten einerseits und dem Sinn, der mit den Worten verbunden ist, kennen. Gleiches gilt für den Zusammenhang von Buchstabenkombination und Sinn. So ist der Satz „Darf ich Sie auf einen Drink einladen“ in seinem Informationsgehalt und in seiner

Mitteilung nur verstehbar, wenn der Hörer des Satzes der deutschen Sprache mächtig ist. Dazu muss er mit dem Lexikon der Wörter, aus dem die Wörter des Satzes stammen, vertraut sein; und er muss über Kenntnisse der Grammatik verfügen, die die Wörter zu Sätzen kombiniert hat. Ist dies nicht der Fall, dann bleibt das Hören des Satzes reines Lautmalen, ohne Sinnbezug oder in der Luhmann'schen Terminologie formuliert: Medium ohne Form und damit keine Kommunikation. Damit sprachliche Kommunikation überhaupt stattfinden kann, müssen Ego und Alter also über die jeweilige *Einzel Sprachkompetenz* verfügen; sonst ist die Kommunikation zwischen den beiden zum Scheitern verurteilt, genauer: die Autopoiesis sprachlicher Kommunikation wird erst gar nicht in Gang gesetzt. „Denn gerade das Verstehen einer Kommunikation ist ja Voraussetzung dafür, dass sie angenommen oder abgelehnt werden kann“ (Luhmann 1997: 229). Und das Verstehen setzt die Handhabung der Differenz von Laut und Sinn voraus. Dazu muss man aber wissen, welche Laute mit welchem Sinn kombinierbar sind.

Auch wenn der Kommunikationsbegriff und der Begriff der sprachlichen Kommunikation von Luhmann nicht so anspruchsvoll konzeptionalisiert wird wie der Begriff des kommunikativen Handelns von Habermas, so weist der Begriffsvorschlag doch eine ähnliche Schwäche auf. Luhmann spricht ähnlich wie Habermas von Sprache und nicht von Sprachen und unterstellt damit kontrafaktisch eine universelle Kommunikationsmöglichkeit zwischen den Menschen. Zwar ist die Zuordnung von Laut bzw. Zeichen und Sinn im Grundsatz arbiträr; welche konkreten Zuordnungen Sprecher aber gelernt haben, hängt von deren Zugehörigkeit zu Sprachgemeinschaften ab, die wiederum durch Einzelsprachen gekennzeichnet sind. Sprachliche Kommunikation zwischen zwei und mehr Kommunikationspartnern wird nur dann möglich, wenn die Sprecher dieselbe Sprache sprechen. Die Menge der existierenden Einzelsprachen, ihre jeweilige Ausdehnung und Sprecherzahl ist wiederum nicht zufällig entstanden, sondern das Resultat eines historischen Entwicklungsprozesses der Durchsetzung von hegemonialen Sprachen und der Verdrängung von kleineren Sprachen. Diese Sprachenkonstellation bildet die entscheidende Voraussetzung dafür, dass Kommunikation – ganz im Sinne Luhmanns – überhaupt stattfinden kann oder zum Scheitern verurteilt ist.

Und ähnlich wie bei Habermas hat die grundbegriffliche Blindheit gegenüber der Tatsache, dass die Menschen sehr unterschiedliche Sprachen sprechen und dass die Sprachenkonstellation der Welt selbst wiederum

durch die gesellschaftliche Institutionenordnung geprägt ist, Folgen für die makrosoziologische Sichtweise auf Gesellschaft. Die Gesellschaft besteht nach Luhmann aus Kommunikationen und zwar aus einem unendlichen Strom von Kommunikationen, die sich selbst immer weiter reproduzieren. Gesellschaft ist also dasjenige Sozialsystem, in dem sämtliche potentiell anschlussfähige Kommunikation stattfindet. Dieser Gesellschaftsbegriff und der ihm zugrunde liegende Kommunikationsbegriff impliziert fast automatisch, dass die Gesellschaft eine Weltgesellschaft ist. Entsprechend ergibt sich die Luhmann'sche These von der Existenz einer Weltgesellschaft konsequent aus der Begriffslogik seines Theoriegebäudes. Wenn Gesellschaft als das umfassende Sozialsystem aller Kommunikationen definiert ist, dann kann es nur eine Gesellschaft geben: „Geht man von Kommunikationen als der elementaren Operation aus, deren Reproduktion Gesellschaft konstituiert, dann ist offensichtlich in jeder Kommunikation Weltgesellschaft impliziert, und zwar ganz unabhängig von der konkreten Thematik und der räumlichen Distanz zwischen den Teilnehmern“ (Luhmann 1997: 130).²⁹

Die Frage nach der Existenz einer Weltgesellschaft wird hingegen in eine empirische Frage transformiert, wenn man berücksichtigt, dass Kommunikation nur funktioniert, wenn die Kommunizierenden auch in der Lage sind, an die Kommunikationen der anderen anzuschließen. Dies wiederum ist von Bedingungen abhängig, die man genauer spezifizieren muss und die für die unterschiedlichen Medien der Kommunikation (Sprache; symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien wie Geld, Macht oder Wahrheit) recht unterschiedlich ausfallen. Für das Medium der *sprachlichen* Kommunikation, und auf dieses konzentriere ich mich hier, ist eine Weltgesellschaft nur vorstellbar, wenn es eine „lingua franca“ gibt, die von allen Kommunikationsteilnehmern gesprochen wird. Dass es diese nicht gibt, zeigt jeder Wechsel in ein anderes Land, dessen Sprache man nicht spricht. Im Grund-

²⁹ Die interne Differenzierung der Weltgesellschaft erfolgt dabei nach Luhmann primär nach dem Kriterium der funktionalen Differenzierung und nicht nach Staaten und Regionen: „Eine primär regionale Differenzierung widerspräche dem Primat funktionaler Differenzierung. Sie würde daran scheitern, daß es unmöglich ist, alle Funktionssysteme an einheitliche Raumgrenzen zu binden, die für alle gemeinsam gelten. Regional differenzierbar in Form von Staaten ist nur das politische System und mit ihm das Rechtssystem der modernen Gesellschaft. Alle anderen operieren unabhängig von Raumgrenzen. Gerade die Eindeutigkeit räumlicher Grenzen macht klar, daß sie weder von Wahrheiten noch von Krankheiten, weder von Bildung, noch vom Fernsehen, weder vom Geld (wenn man Kreditbedarf mitberücksichtigt), noch von der Liebe respektiert werden“ (Luhmann: 1997: 166).

satz ist die Frage nach der Existenz einer Weltgesellschaft aber eine empirische Frage, die man nicht theoretisch vorweg entscheiden kann. Und auch die empirische Antwort kann nur sehr differenziert ausfallen. Es gibt zentrale Sprachen, die von einer Vielzahl von Sprechern gesprochen werden, wie Englisch oder Mandarin. Deren Sprecher haben eine ganz andere Kommunikationschance als Sprecher, die sich in einer Sprache artikulieren, die z. B. nur von einer kleinen Gruppe von Indianern im Amazonas gesprochen wird; aber auch für die Sprecher der Zentralsprachen gilt, dass sie nur von einem relativ geringen Teil der derzeit 6,8 Milliarden Menschen der Erde verstanden werden. Neben dem Verbreitungsgrad der Einzelsprachen ist die Fremdsprachenkompetenz der Sprecher, ihr transnationales sprachliches Kapital also, eine entscheidende Ressource, um mit möglichst vielen kommunizieren zu können. Die Verfügung über Fremdsprachenkenntnisse hängt wiederum von einer Vielzahl von Bedingungen ab, wie dem Entwicklungsgrad des Bildungssystems in einem Land, der Größe eines Landes, aber auch von individuellen Merkmalen wie der Klassenlage oder des Bildungsgrades einer Person; diese Faktoren werde ich später in den eigenen empirischen Analysen genauer betrachten.

Die wenigen Andeutungen mögen an dieser Stelle genügen, um das systematische Argument zu illustrieren. Luhmann kann zu seiner These, dass die Gesellschaft eine Weltgesellschaft ist, nur gelangen, weil sein Kommunikationsbegriff verkürzt ist. Da die Theorie nicht berücksichtigt, dass der kommunikative Anschluss nur möglich ist, wenn zwei oder mehrere Sprecher mit den gleichen Lauten bzw. Zeichen den gleichen Sinn verbinden, also die gleiche Sprache sprechen, ist die Luhmann'sche Gesellschaft in der Tat per definitionem eine Weltgesellschaft. Geht man aber von der Prämisse aus, dass Kommunikation auch Kommunikationsmöglichkeit voraussetzt, also Sprachkompetenzen, stellt sich die Frage nach der Existenz einer Weltgesellschaft ganz anders. Soziologisch hoch relevante Fragen geraten in den Blick, wie die nach der Sprachenkonstellation der Gegenwart, nach den gesellschaftlichen Kräften, die die Sprachenkonstellation erzeugt haben und nach der Dynamik, die dazu führt, dass manche Sprachen an Bedeutung gewinnen, andere verdrängt werden. All diese Fragen stellen sich erst gar nicht, wenn man den Kommunikationsbegriff sprach~~e~~unabhängig konzeptionalisiert.

2.2.3 *Die verstehende Soziologie: Alfred Schütz, Peter L. Berger, Thomas Luckmann und die neuere Wissenssoziologie*

Die Sprachsoziologie hatte in der deutschen Soziologie insofern ein institutionelles „Zuhause“ als es innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie eine Sektion Sprachsoziologie gab. Diese war von Hans Georg Soeffner, Thomas Luckmann und Richard Grathoff gegründet worden und wurde dann in die Sektion „Wissenssoziologie“ umbenannt. Die Namensänderung war eine Konsequenz der inhaltlichen Veränderungen, die unter dem Dach der Sektion stattgefunden hatten. Hubert Knoblauch (2003) hat die Entwicklungsschritte der Sprachsoziologie hin zur Wissenssoziologie kenntnisreich zusammengefasst (vgl. dazu auch Hitzler 2000: 469ff.). Ausschlaggebend für die Transformation war die Annahme, dass jede gesellschaftliche Interaktion eine kommunikative Interaktion darstellt, und fast jede kommunikative Interaktion eine sprachliche Interaktion ist. Sprache wurde zunehmend „als wesentliche Trägerin von Sinn, als Objektivierung von Wissen oder als Aspekt eines allgemeiner konzipierten Handelns angesehen“ (Knoblauch 2003: 585). Das Erkenntnisinteresse einer nun in eine Wissenssoziologie aufgelösten Sprachsoziologie konzentriert sich entsprechend auf eine Rekonstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktionen (vgl. Hitzler, Reichertz & Schroer 1999; Hitzler 2000; 1998).³⁰

Die theoretische Legitimation, Sprachsoziologie in Wissenssoziologie zu transformieren, erfolgt vor allem durch Bezugnahme auf die einschlägigen Arbeiten von Alfred Schütz, Thomas Luckmann und Peter L. Berger. Ich werde zuerst die theoretischen Prämissen und den Kommunikations- und Sprachbegriff der Autoren erläutern. Ich werde dann das von den Autoren skizzierte Verhältnis von Sprache und Gesellschaft diskutieren. Die Vorstellung der Autoren, dass die Konstruktion gesellschaftlicher Wirklich-

³⁰ Die Annahme, Gesellschaft sei kommunikativ und dominant sprachlich verfasst, spiegelt sich auch in der Text- und Sprachorientierung der Methoden der verstehenden Soziologie (dazu Knoblauch 2003: 584f.). Auch wenn das Erkenntnisinteresse nicht auf Texte sondern auf die Erforschung der Praxis der Lebenswelt der vergesellschafteten Subjekte gerichtet ist, so müssen die im Feld generierten Daten doch in „fixierte, hin- und her wendbare, immer wieder in objektivierter Form vergegenwärtigbare Daten – vorzugsweise also doch (im weitesten Sinne) Texte“ (Hitzler 2000: 462) transformiert werden (vgl. auch Hitzler & Honer 1997: 8). Die Analyse und Interpretation dieser Texte ist einerseits Sprachanalyse, zugleich und vor allem aber Gesellschaftsanalyse, da die Analyse der Sprache auf eine verstehende Rekonstruktion des Sinns sozialer Handlungen abzielt.

keit sprachlich vermittelt ist, wird von einer Vielzahl von Sozial- und Geisteswissenschaftlern vertreten und ist auch im Hinblick auf die Sprachpolitik einflussreich. Ich werde versuchen zu zeigen, dass die These im Lichte des aktuellen Forschungsstandes so nicht aufrechterhalten werden kann.

1) *Grundbegriffe und theoretische Prämissen*: Alfred Schütz geht ganz ähnlich wie später dann Luhmann davon aus, dass Subjekte in ihrem Bewusstsein wechselseitig für einander nicht zugänglich sind; man kann die Gedanken des anderen nicht wahrnehmen (Schütz 1974).³¹ Wie können sich dann Akteure wechselseitig verstehen und auf dieser Basis ihre Handlungen koordinieren? Dazu machen Akteure, so Schütz, verschiedene Unterstellungen (Idealisierungen). Sie unterstellen einander zum einen, dass auch der Andere mit Bewusstsein ausgestattet ist und die Fähigkeit zur Sinndeutung hat. Schütz bezeichnet diese Annahme als die *Generalthese des Alter Ego* (Schütz 1974: 138). Zweitens gehen die Akteure von einer *Reziprozität der Perspektiven* aus. Sie unterstellen, dass der jeweilig Andere ähnliche Interpretationen tätigt wie man selbst. Auf der Basis dieser beiden Annahmen ist Verständigung im Grundsatz möglich, auch wenn die Subjekte füreinander wechselseitig in ihrem Bewusstsein nicht zugänglich sind. Wie funktioniert Kommunikation auf der Basis der gemachten Unterstellungen?

Jede Kommunikation erfolgt zeichenvermittelt; sie bedarf der Produktion von äußeren Objekten durch Ego, die Alter wahrnehmen kann. Damit wird Kommunikation zu etwas – wiederum ganz ähnlich wie bei Luhmann –, das gewissermaßen außerhalb des Bewusstseinsstroms der beteiligten Subjekte gelagert ist. Gesten und Gesichtsausdrücke sind u. a. solche Objektivationen (Berger & Luckmann 1969: 36 f.). Indem ich z. B. die Stirn in Falten lege oder die Lautfolge „Ojeje“ von mir gebe und mein Gegenüber diesen Gesichtsausdruck bzw. die Laute wahrnimmt, haben Ego und Alter einen gemeinsamen, äußeren Bezugspunkt; der Gesichtsausdruck bzw. die Laute bilden eine intersubjektive Welt zwischen Ego und Alter (vgl. hierzu die Ausführungen von Hitzler (1998: 98) mit Bezugnahme auf Goffman).

Sowohl Gesichtsausdrücke, als auch Gesten und Laute werden aber nicht bloß als „natürliche Vorgänge erlebt“ (Luckmann 1972), sie werden als Anzeichen von etwas erlebt, als Anzeichen dessen, was dahinter steht. Das „dahinter“ ist im Kern der Sinn, der mit der Mimik, der Gestik und den

³¹ Die Gemeinsamkeiten mit der Luhmann'schen Systemtheorie sind nicht unerheblich, wie Ursula Dallinger gezeigt hat (vgl. Dallinger 1999).

Lauten verbunden wird. Die Mimik, die Gestik oder der Laut appäsentieren („mitvergegenwärtigen“) das Erleben von Ego (Luckmann 1972: 231). Die Stirn, die ich in Falten lege, kann Ausdruck meiner Besorgnis sein ob des heranziehenden Gewitters. Wie kann Alter den Sinn „Besorgnis“ auf der Basis der Wahrnehmung eines Stirnrunzeln verstehen? Alter unterstellt zum einen, dass Ego mit Bewusstsein ausgestattet ist und entsprechend das Stirnrunzeln eine Bedeutung hat (Generalthese des Alter Ego); Alter unterstellt zum Zweiten, dass Ego dem Stirnrunzeln eine ähnliche Bedeutung zumessen wird, wie Alter dies selbst tun würde (Reziprozität der Perspektiven). Wie kommt aber die Bedeutungszuordnung von Stirnrunzeln und Besorgnis zu Stande?

Auch hier gilt: Die Zuordnung von Zeichen und Sinn ist im Ursprung arbiträr, soll heißen: Besorgnis kann man auch anders, mit einer anderen Gesichtsexpression ausdrücken. Wenn aber aus welchen Gründen auch immer in besorgniserregenden Situationen Ego sein subjektives Erlebnis der Besorgnis mit einem Stirnrunzeln ausdrückt und Alter diesen Zusammenhang von besorgniserregenden Situationen, dem Besorgniserlebnis Egos und dem Stirnrunzeln erkennt und dieses Erkennen des Zusammenhangs wiederum zum Ausdruck bringt, dann ist der erste Schritt der Ausbildung eines gemeinsamen interpretativen Schemas getan: Ego und Alter verbinden mit dem Stirnrunzeln einen ähnlichen Sinn. Dieser Zusammenhang von spezifischem Gesichtsausdruck und spezifischem Sinn mag dann in Folgeinteraktionen wiederholt werden und sich zu einem festen Zusammenhang verdichten, es kommt zur Typisierung. Im nächsten Schritt kann dann die Ausdrucksform intentional benutzt werden: „Eine Ausdrucksform wird also nun absichtlich von einem Partner hervorgebracht, der die Interpretation dieser Ausdrucksform vorwegnimmt – darüber hinaus wird die gleiche Ausdrucksform zum gleichen Zweck vom anderen Partner hervorgebracht. Die Partner bringen nun nicht mehr zufällig einen ‚inneren Zustand‘ zum Ausdruck (sie handeln auch nicht mehr im schlichten Wechselbezug einer Face-to-Face-Situation. Sie handeln, um etwas auszudrücken, das der Partner wissen soll); sie nehmen die Interpretation ihrer Ausdruckshandlung vorweg, wobei die gleiche ‚objektivierte‘ Ausdrucksform dem gleichen Zweck für die anderen Partner dient. Mit anderen Worten, sie haben begonnen, miteinander zu sprechen. X ist jetzt ein prototypisches Zeichen und nicht mehr bloß ein Ausdruck oder eine Kundgabe“ (Luckmann 1972: 233).

Ganz ähnlich beschreiben Peter L. Berger und Thomas Luckmann (1969: 39ff.) und Luckmann (1972; 1979) die Entstehung der Sprache und die Verständigung durch Sprache. Die Entstehung der Sprache beginnt mit der Verbindung von spezifischen Lauten und Lautfolgen mit bestimmten Bedeutungsgehalten, die von Ego und Alter zugleich geteilt werden. „Sprachformen als prototypische Zeichen sind intersubjektiv gültige, auswechselbare und absichtlich hervorgebrachte Objektivierungen subjektiver Vorgänge“ schreibt Luckmann (1972: 234). Im Unterschied zu Mimik und Gestik ist sprachliche Kommunikation aber durch eine Menge von Merkmalen gekennzeichnet, die sie besonders leistungsfähig macht. Das wichtigste Merkmal ist das der Ablösbarkeit der Sprache von „Face-to-Face“-Situationen (Berger und Luckmann 1969: 39). Sprache ermöglicht Bedeutungen zu vermitteln, die nicht direkter Ausdruck des Subjektes in einer konkreten Situation sind. Man kann über Dinge und Begebenheiten sprechen, die nicht präsent sind oder die in der Zukunft oder in der Vergangenheit liegen oder die nicht real sind (wie z. B. Träume oder Geister).³²

Man sieht, dass die Herleitung des Kommunikations- und Sprachbegriffs große Ähnlichkeit mit der später von Luhmann vorgelegten Theorie aufweist, auch wenn die Terminologie eine andere ist. Ähnlich wie Luhmann gehen die Autoren aber in einem geringen Maße auf die Tatsache ein, dass es mehrere Sprachen gibt. In dem Standardwerk der neueren Wissenssoziologie, dem Buch „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“, thematisieren Berger und Luckmann (1969) die eben erläuterten Grundbegriffe von Kommunikation und Sprache in dem ersten, den Grundlagen gewidmetem Kapitel. Im zweiten Kapitel, das sich mit der Analyse der Gesellschaft als objektive Wirklichkeit sowie unter anderem mit Institutionalisierungsprozessen beschäftigt, hätte man erwartet, dass Prozesse der Institutionalisierung von Einzelsprachen, die so entscheidend für jede Kommunikationsmöglichkeit sind oder von Soziolekten, die mit den Schicht- und Klas-

³² Dabei betonen Schütz und Luckmann und mit ihnen die gesamte Schule der verstehenden Soziologie, dass Kommunikation immer ein sehr brüchiger Prozess ist. Der subjektive Sinn, den Ego mit einer Mimik, einem Laut oder einem Zeichen verbindet, ist Alter nicht direkt zugänglich. Nur über Typisierungen und Standardisierungen von Zeichen und Sinn, denen unterstellt wird, dass sie gemeinsam geteilt werden, interferiert Alter von einem Ausdruck oder einer Laut- oder Zeichenfolge auf den von Ego intendierten Sinn. Ob dieser Rückschluss richtig ist, ist immer ungewiss. Denn „das „Hier“ des einen ist immer noch das „Dort“ des Anderen“ (Schütz 1955/2003a: 160). Insofern ist das Verstehen des Anderen und damit Kommunikation immer interpretations- und damit störanfällig.

senverhältnissen in Verbindung stehen, analysiert werden. Diesen Themengebieten wird aber keine Aufmerksamkeit geschenkt. Vor allem kommt die Tatsache, dass es verschiedene Sprachen und Sprachgemeinschaften gibt, nicht hinreichend in den Blick. Dies ist ganz erstaunlich, wenn man bedenkt, dass das Augenmerk der verstehenden Soziologie gerade auf Prozesse des Verstehens gerichtet ist. Eine Grundvoraussetzung für jegliches Verstehen ist aber, dass Ego und Alter dieselbe Sprache sprechen.

Interessant scheint mir diesbezüglich eine Äußerung von Alfred Schütz aus seinen Vorlesungen zur Sprachsoziologie zu sein. Nachdem er in 13 Vorlesungen linguistische, philosophische, anthropologische und phänomenologische Perspektiven der Beschäftigung mit Sprache mit Rekurs auf eine Vielzahl von Autoren vorgestellt hat, beginnt er die 14. Vorlesung, fast am Ende des Zyklus' angelangt, mit dem Satz: „Die eigentliche Sprachsoziologie beginnt mit der Frage: Was ist eine Sprachgemeinschaft?“ (Schütz 1955/2003b: 277). Sprachgemeinschaften sind für Schütz gesellschaftliche Gruppen, die eine spezifische Sprache sprechen. ‚Sprachen‘ können Einzelsprachen sein (wie Deutsch, Japanisch oder Englisch), Fachsprachen, wie die verschiedenen Wissenschaftssprachen oder Dialekte, Soziolekte oder „Slangs“. Sprachgemeinschaften sind dadurch gekennzeichnet, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Sprachen und damit die Sprachgemeinschaften konstituieren. Es sind Nationen, die Nationalsprachen durchsetzen, es sind klassenspezifische Bedingungen, die zu klassenspezifischen Codes führen und es ist der Prozess der Arbeitsteilung und Ausdifferenzierung, der wissenschaftliche Fachsprachen entstehen lässt. Schütz erhebt die Untersuchung des Zusammenhangs von Vergesellschaftungsprozessen und Sprachgemeinschaften in den Status, das eigentliche Thema der Sprachsoziologie zu sein, auch wenn er selbst sich auf die Ausarbeitung der These der sprachlichen Konstituierung der Wirklichkeit konzentriert hat, die ich gleich diskutieren werde. Und auch die Nachfolger von Schütz haben seinen Vorschlag nicht aufgenommen, sondern sich in erster Linie mit der Frage einer sprachlichen Konstruktion von Wirklichkeit beschäftigt, mit der Folge, dass die Sprachsoziologie in eine Wissenssoziologie überführt wurde.

2) *Sprachliche Konstruktion der Gesellschaft*: Auf der Basis der erläuterten Grundbegriffe spezifizieren Schütz, Berger und Luckmann ihr Verständnis des Verhältnisses von Sprache und Gesellschaft. Sie nehmen die Humboldt'sche Idee, dass die Weltaneignung des Menschen sprachlich vermittelt

sei, auf und entwickeln die These einer sprachlichen Konstruktion der Gesellschaft. Jeder Mensch wird in eine bereits existierende Welt hineingeboren. Er erlernt in dieser Gesellschaft ein Wissen, wie man eine Vielzahl von Situationen bewältigt. Schütz bezeichnet dieses unhinterfragte Wissen als „Rezeptwissen“ (Schütz 1972: 56). Jeder Mensch wird zugleich in eine spezifische Sprachgemeinschaft hineingeboren. Die existierende Sprache ist kein neutrales Medium der Kommunikation. Sie strukturiert das Wissen über die Gesellschaft und wirkt damit auf die Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit ein. „Die bereits existierende Sprache ist ein System existierender Erfahrungsschemata, das auf Idealisierungen und Anonymisierungen der unmittelbaren subjektiven Erfahrung aufruht. Diese von der Subjektivität abgelösten Erfahrungstypisierungen sind sozial objektiviert, wodurch sie zu einem dem Subjekt vorgegebenen gesellschaftlichen Apriori werden“ (Schütz & Luckmann 2003: 318). Die Erfahrungstypisierungen sind in hohem Maße sprachlich vermittelt (Schütz 1972: 63f.). So markieren z. B. das „Du“ und das „Sie“ im Deutschen den Unterschied zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Das Fachvokabular der einzelnen Wissenschaften z. B. stellt eine sprachliche Objektivation dar, das den Handelnden in dem Feld vorschreibt, wie sie in dem Feld handeln sollen. Die Sprache hat damit eine wissens- und wirklichkeitsstiftende Macht (Berger & Luckmann 1969: 163). Genau diese Vorstellung, dass das Wissen über die Gesellschaft ein weitgehend sprachlich vermitteltes Wissen ist, die Typisierungen sprachliche Normierungen sind, wird von den Autoren immer wieder, in immer neuen Formulierungen wiederholt. Alfred Schütz hat die Wirkungsmächtigkeit von Erfahrungstypisierungen und deren Sprachgebundenheit für die Bewältigung des Alltags u. a. am Beispiel der Rolle des Fremden illustriert (Schütz 1972). Für denjenigen, der von einer Gesellschaft in eine andere Gesellschaft wechselt, gelten die einmal gelernten Erfahrungstypisierungen gerade nicht mehr; er verfügt nicht über das Wissen, das ihm die Typisierung von Situationen ermöglicht. Er kennt auch nicht den Sinnhorizont, der mit bestimmten Wörtern und Sätzen verbunden ist, auch nicht die Konnotationen von Wörtern, in denen vergangene Erfahrungen abgespeichert sind (Schütz 1972: 64). Gerade diese Durchdringung von Sprache und Welterfahrung macht es für den Fremden so schwierig, sich in der neuen Gesellschaft zurechtzufinden, weil es mit dem Lernen von Wörtern und Syntax der neuen Sprache allein nicht getan ist.

Die These der sprachlichen Konstruktion der Wirklichkeit scheint bis heute die dominante Vorstellung nicht nur in der Wissenssoziologie zu sein, sondern auch in der Anthropologie und in Teilen der Sprachwissenschaften. Auch in der Habermas'schen Fassung des Verhältnisses von Sprache und Gesellschaft findet man eine ähnliche Vorstellung.³³ Die These ist zudem politisch sehr bedeutsam. Autoren, die davon ausgehen, dass die Kultur einer Gesellschaft in hohem Maße eine sprachlich vermittelte Kultur ist, sind auch diejenigen, die den Rückgang von Einzelsprachen, gerade von kleineren Sprachen beklagen. Der Verlust einer Sprache ist aus ihrer Perspektive zugleich der Verlust einer Kultur und dieser wird gerade deswegen als besondere Einbuße interpretiert (vgl. Crystal 2000; kritisch dazu de Swaan 2004). Wie wir in Kapitel 3.3 sehen werden, haben sich auch die internationalen Organisationen und die Europäische Union diese Position zu Eigen gemacht. Insofern lohnt es, sich mit der These, dass die Sprache die Konstruktion der Wirklichkeit prägt, etwas länger auseinanderzusetzen und dabei die aktuellen Forschungen zum Thema zu berücksichtigen. Ich werde im ersten Schritt kurz die zentralen Argumente und Beispiele, die für die These sprechen, behandeln und dann die kritischen Einwände diskutieren.

1. Schütz, Berger und Luckmann knüpfen mit der These der sprachlichen Konstruktion von Wirklichkeit an die Herdersche Vorstellung an, dass die Sprache die Weltsicht prägt. Johann Gottfried Herder reichte 1770 eine Abhandlung „Über den Ursprung der menschlichen Sprache“ bei der „Kurfürstlich Brandenburgischen Societät der Wissenschaften“ ein und antwortete damit auf eine Ausschreibung der Akademie, durch die ein Streit innerhalb der Akademie gelöst bzw. geschlichtet werden sollte (vgl. Trabant 2006). In dem Streit ging es um die Frage, ob die Sprache menschlichen oder göttlichen Ursprungs ist. Im zweiten Teil seiner Abhandlung geht Herder dann auf die Frage des Verhältnisses von Geschichte, Gesellschaft und Sprache ein. Eine spezifische Sprache führt zu einer spezifischen Weltaneignung, so Herder. Und da es viele Sprachen auf der Erde gib, führt die Vielzahl der Sprachen zu unterschiedlichen Kulturen. „Jede Nation hat ein eigenes Vorratshaus solcher zu Zeichen gewordenen Gedanken, dies ist ihre

³³ „Die Bildung von Identitäten und die Entstehung von Institutionen kann man sich nun so vorstellen, dass der außersprachliche Kontext der Verhaltensdispositionen und der Verhaltensschemata gewissermaßen sprachlich durchdrungen, d.h. symbolisch durchstrukturiert wird“ (Habermas: 1981, Band 2: 42).

Nationalsprache: ein Vorrath, zu dem sie Jahrhunderte zugetragen (...) – der Gedankenschatz eines ganzen Volks“ (Herder 1984: 76). Wilhelm von Humboldt folgte dieser Vorstellung Herders: „Durch die gegenseitige Abhängigkeit des Gedankens, und des Wortes von einander leuchtet es klar ein, dass die Sprachen nicht eigentlich Mittel sind, die schon erkannte Wahrheit darzustellen, sondern weit mehr, die vorher unerkannte zu entdecken. Ihre Verschiedenheit ist nicht eine von Schällen und Zeichen, sondern eine Verschiedenheit der Weltansichten selbst“ (Humboldt 1843/1963: 262; vgl. auch Trabant 2007).

Diese Herdersche und Humboldt'sche Vorstellung ist dann später von Edward Sapir und Benjamin Lee Whorf weiterentwickelt worden (vgl. zusammenfassend Hunt & Agnoli 1991; Hunt 2001). Die Grundthese besagt, dass die von Sprechern gelernte Muttersprache das Denken und die kognitive Repräsentation der Welt bestimmen. Entsprechend wird vermutet, dass unterschiedliche Sprachen zu unterschiedlichen Weltansichten führen. Edward Sapir (1921) ging von der These aus, dass die sprachlichen Kategorien eine notwendige Voraussetzung der Weltansicht sind. Das, was sprachlich nicht vorgesehen ist, kann auch nicht perzipiert werden. Diese radikale Sichtweise auf das Verhältnis von Sprache und kognitiver Repräsentation ist, so Hunt (2001: 8320), von der psychologischen Forschung falsifiziert worden, da es hinreichend viel Beispiele gibt, die zeigen, dass Menschen auch ohne die entsprechenden sprachlichen Kategorien zu differenzierten Kategorisierungen kommen können. Ein beliebtes Beispiel in der Forschung ist die Analyse von Farbwahrnehmungen (vgl. Berlin & Kay 1999). Hunt (2001) berichtet von einer Studie, die bei einer Ethnie in Neu Guinea, den Dani, durchgeführt wurde. Die Mitglieder dieser Gruppe verfügen nur über zwei sprachliche Kategorien zur Beschreibung von Farben, nämlich hell und dunkel. Trotzdem sind die Menschen in der Lage, eine Vielzahl an unterschiedlichen Farben wahrnehmen zu können.

Benjamin Lee Whorf (1956) hat im Vergleich zu seinem Lehrer Sapir eine moderatere These des Verhältnisses von Sprache und kognitiver Repräsentation formuliert, insofern er allein von einer Beeinflussung des Denkens durch die Sprache ausging. Seine Beispiele bezogen sich u. a. auf das von Franz Boas übernommene und in der Literatur vielfach zitierte Exempel der verschiedenen Wörter, die Eskimos für Schnee benutzen und seine Analyse

der Raum- und Zeitvorstellungen der Hopi-Indianer.³⁴ Für die Richtigkeit dieser moderaten These gibt es nun einige empirische Evidenz. Dazu drei Beispiele (vgl. die Darstellung in Hurt & Agnoli 1991; Hurt 2001; für weitere Beispiele vgl. Werlen 2002; vgl. auch die Beiträge in Gumperz & Levinson 1996).

a) Im Spanischen gibt es für das Verb „sein“ zwei unterschiedliche Varianten. Während das Verb „ser“ zur Beschreibung von Merkmalen eingesetzt wird, die man immer besitzt, wird das Verb „estar“ für die Merkmale benutzt, die man nur vorübergehend besitzt. Man sagt also zum Beispiel „Yo soy un hombre“ (Ich bin ein Mann), aber „Estoy en mi oficina“ (Ich bin in meinem Büro). Diese sprachliche Differenzierungsmöglichkeit, die es im Deutschen und im Englischen nicht gibt, ermöglicht es spanischen Kindern, zwischen permanenten und vorübergehenden Eigenschaften von Objekten zu differenzieren, eine Fähigkeit, die Kinder, in deren Sprache es die sprachliche Differenzierungsmöglichkeit nicht gibt, nicht oder nicht im gleichen Maße haben.

b) Es gibt Sprachen, in denen die Wörter zur Bezeichnung von Zahlen unmittelbar logisch durchkonjugiert werden. Dies gilt z. B. nicht für das Deutsche und das Englische. Die Zahlen „elf“ und „zwölf“ haben insofern einen besonderen Status, als sie nicht als Kompositum von „zehn“ plus „eins“ bzw. „zehn“ plus „zwei“ zusammengesetzt sind. Erst ab den Zahlen dreizehn und vierzehn erfolgt die Zahlenbezeichnung als Kompositumsbezeichnung. In Mandarin ist dies anders. Studien haben nun gezeigt, dass Schüler, in deren Sprache der Zahlenaufbau nicht durchgehend sprachlich logisch erfolgt, mehr Probleme beim Rechnen mit den „nicht-logisch abgeleiteten“ Zahlenbezeichnungen haben, als Schüler, in deren Sprache die Zahlenabfolge komplett logisch erfolgt. Hurt und Agnoli (1991) interpretieren diesen Befund als ein Beispiel dafür, dass die sprachlichen Kategorien das Denken, hier das mathematische Operieren, beeinflussen.

c) In vielen Sprachen unterscheidet man begrifflich zwischen Staat und Nation. Während mit dem Staatsbegriff die politische Administration und die

³⁴ Eskimos haben offensichtlich vier Wörter für Schnee: aput (snow on the ground), qana (falling snow), piqsiroq (drifting snow) und qimuqsuq (snowdrift) (vgl. dazu Werlen 2002: 385).

Regierung eines Landes bezeichnet werden, bezieht sich der Begriff der Nation auf die soziale und kulturelle Einheit einer Gesellschaft. Im Chinesischen gibt es nicht die sprachliche Unterscheidung zwischen Staat und Nation. Für Sachverhalte, die auch ohne die sprachliche Differenzierungsmöglichkeit existieren, wird derselbe Begriff benutzt. Diese nicht existierende sprachliche Differenzierung hat in der Vergangenheit zwischen der Volksrepublik China und Taiwan zu erheblichen Missverständnissen geführt. Die Volksrepublik China akzeptiert, dass es Kooperationen zwischen den beiden Staaten gibt. Sie hat aber den Anspruch, dass es nur eine chinesische Nation gibt und dass Taiwan Teil dieser Nation ist. Die Tatsache, dass es im Chinesischen für diese Unterscheidung keine sprachliche Differenzierungsmöglichkeit gibt, hat zu Konflikten zwischen den beiden Ländern geführt. So hat die Volksrepublik das Ansinnen Taiwans einer Zweistaatenlösung als einen Vorschlag zu einer Zweinationenlösung interpretiert und entsprechend aggressiv reagiert (Hunt 2001).

2. Wie lauten nun die Gegenargumente zu der These der sprachlichen Konstruktion von Wirklichkeit? Die Whorf-Hypothese ist vor allem von Psychologen aus dem Feld der kognitiven Psychologie kritisiert worden. Jerry Fodor (1975) geht in Aufnahme der Arbeiten von Noam Chomsky in seiner viel zitierten Monographie davon aus, dass das Denken in einer speziellen, mentalen Sprache stattfindet („mentalese“). Diese mentale Sprache ist eine universelle Sprache, über die alle Menschen verfügen. Jede in dieser mentalen Sprache erfolgte Operation kann in eine natürliche Sprache übersetzt werden. Ähnlich argumentiert einige Jahre später auf der Grundlage einer Vielzahl von empirischen Forschungen Steven Pinker (1994) in seiner Abhandlung „The Language Instinct“.³⁵ Aus den Grundannahmen ergeben sich zwei Schlussfolgerungen: a) Weil das Denken in einer inneren Sprache stattfindet, ist der Einfluss der natürlichen Sprachen auf das Denken gering. b) All das, was Menschen in einer bestimmten natürlichen Sprache ausdrücken, kann im Grundsatz in eine andere Sprache übersetzt werden. Hunt (2001: 8320) spricht in diesem Zusammenhang von einer „intertranslatability hypothesis“. Dies bedeutet nicht, dass die Übersetzung reibungslos verläuft. Häufig gibt es in einer bestimmten Sprache nicht das Wort, das es in

³⁵ Pinker (1994: 55-82) setzt sich auch länger mit den Thesen Whorfs auseinander; im Lichte der neueren Forschung betrachtet, kommt er zu dem Ergebnis, dass die Whorfschen Thesen als falsifiziert gelten können.

einer anderen Sprache zur Bezeichnung desselben Gedankens oder Gegenstandes gibt. Dann bedarf es eines größeren Um- und Beschreibungsaufwands. Dieser Übersetzungsaufwand kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Übersetzung grundsätzlich möglich ist.

Interpretiert man im Licht dieser Annahmen der Kognitionspsychologie die oben genannten drei Beispiele, dann kann man vermuten, dass es einerseits in der Tat einen Einfluss der Sprache auf das Denken gibt, dass andererseits aber dieser Einfluss sehr begrenzt ist. Die Unterscheidung von „ser“ und „estar“ im Spanischen lässt sich auch in anderen Sprachen formulieren, auch wenn dies etwas komplizierter und mit Umschreibungen verbunden ist. Der sprachlich unlogische Zahlenaufbau in manchen Sprachen mag einen leichten Effekt auf die Rechenfähigkeit haben, dieser Effekt wird aber nicht sehr groß sein. Und die Nichtexistenz der Unterscheidung von Staat und Nation in Mandarin mag zu politischen Irritationen führen, wenn die Differenz der beiden Begriffe wichtig ist. Ist aber erkannt, welche sprachlichen Ursachen die Irritationen haben, lassen sie sich leicht durch Umschreibungen ausräumen.

Selbst Hunt, der an sich ein Vertreter der Whorf'schen Hypothese ist, muss am Ende seines Literaturüberblicks über den Effekt der Sprache auf die Weltwahrnehmung sagen: „The effects are generally rather small, but they occur every day a speaker uses language. Whether or not language exerts an important control on thought depends upon how one defines ‘important’” (Hunt 2001: 8324). Versucht man „wichtig“ genauer zu spezifizieren, wird man zu dem Ergebnis kommen, dass der Einfluss der Sprache auf die Konstruktion der Wirklichkeit nicht sehr groß ist.

a) Es mag richtig sein, dass es in verschiedenen Sprachen unterschiedliche Begriffe gibt, die zu Unterschieden in der kognitiven Repräsentation führen. Man kann aus Beispielen aber nicht schlussfolgern, dass die Weltaneignung in verschiedenen Sprachen grundsätzlich unterschiedlich ist. Die sprachlichen Unterschiede müssen mit den sprachlichen Gemeinsamkeiten verglichen werden. Tut man dies zum Beispiel im Hinblick auf das Lexikon, dann wird man feststellen, dass es für die meisten Dinge in der Welt in den verschiedenen Sprachen auch Begriffe gibt, die Schnittmenge zwischen Sprache und Welt in den verschiedenen Sprachen also relativ hoch ist.

b) In den Fällen, für die das nicht gilt, lässt sich in aller Regel durch Umschreibungen der gleiche Sachverhalt sprachlich abbilden. Wenn es in einer Sprache z. B. keine speziellen Begriffe für die verschiedenen Formen des Schnees gibt, dann kann man die verschiedenen Schneeformen umschreiben („trocken“, „nass liegend“ etc.). Die Unterschiede in den Lexika bedeuten nur, dass man in einer Sprache höhere sprachliche Transaktionskosten hat – also mehr Umschreibungen benutzen muss – nicht aber, dass dies grundsätzlich nicht geht.

c) Die möglichen Unterschiede zwischen verschiedenen Sprachen hängen von der Familienähnlichkeit der Sprachen ab. Je ähnlicher die Sprachen sind, desto geringer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass es Unterschiede in der Weltaneignung gibt. Whorf hat selbst darauf hingewiesen, dass die „standard average European languages“ über eine ganz ähnliche Geschichte verfügen und sich deswegen nicht sehr stark voneinander in der kognitiven Repräsentation der Welt unterscheiden werden (vgl. dazu Werlen 2002: 384). Dies war einer der Gründe, warum er als Beispiel zur Untermauerung seiner These den Vergleich mit Sprachen gewählt hat, die zu einer ganz anderen Sprachfamilie gehören, wie z. B. die Sprache der Hopi-Indianer. Für die Sprachen, die im Zentrum der hier vorgenommenen Analysen stehen, gilt, dass sie fast alle zur gleichen Sprachfamilie gehören. Hinzu kommt ein Argument, das die Gesellschaftsentwicklung berücksichtigt. In einer zunehmend untereinander vernetzten Welt werden die Erfahrungen der Menschen immer ähnlicher, die Unterschiede zwischen verschiedenen Sprachgemeinschaften immer geringer.

d) Schließlich kann man vermuten, dass die Unterschiede zwischen verschiedenen Sprachen je nach Sachbereich, auf den sich die Sprachen beziehen, unterschiedlich ausgeprägt sind. Mathematische Ableitungen werden sich wahrscheinlich problemlos in alle Sprachen der Welt übersetzen lassen, weil die Zuordnung der Zeichen und die damit verbundenen Bedeutungen eindeutig sind. Im Bereich des Privaten oder der Literatur (speziell der Lyrik), die einem Sprecher nicht erlauben, lange Umschreibungen zu benutzen, um einen Sachverhalt, für den es in einer Sprache keine Wort gibt, zum Ausdruck zu bringen, mag dies schwieriger sein. Existieren in einer Sprache keine Begriffe für spezifische Sachverhalte – Heimat, Weltschmerz z. B. –

dann kann man diese auch nicht direkt bezeichnen, vielleicht auch nicht fühlen oder denken.

Die Ausführungen insgesamt sollten aber gezeigt haben, dass die Annahme, die Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit sei eine sprachliche und falle je nach Sprache auch anders aus, so nicht haltbar ist. Es mag die richtige Beschreibung der Ausnahme sein, nicht aber die der Regel. Ich werde auf diese Schlussfolgerung vor allem ganz am Ende meiner Analysen nochmals zurückkommen, wenn es um die normative Frage geht, wie eine gute Sprachpolitik aussehen kann. Eines der zentralen Argumente, das gegen die Einführung von Zentralsprachen oder einer „lingua franca“ angeführt wird, betont, dass damit nicht nur die Minderheitensprachen, sondern die Kultur der Sprecher dieser Sprachen bedroht würde. Wenn aber Sprache und Kultur nicht so eng miteinander verzahnt sind, wie dies in der Regel in der Literatur unterstellt wird, dann hat dies Folgen für die gezogenen politischen Schlussfolgerungen im Umgang mit Sprache.

An dieser Stelle gilt es aber die Befunde der Diskussion der drei Großtheorien zu bilanzieren. Wir hatten gesehen, dass so unterschiedliche Theorien wie die Habermas'sche Theorie des kommunikativen Handelns, die Luhmann'sche Systemtheorie und die von Alfred Schütz, Peter L. Berger und Thomas Luckmann ausgearbeitete wissenssoziologische Theorie der Gesellschaft alle ein kommunikations- und sprachsoziologisches Fundament haben. Für die Analysen kann man aus den großen Theorien leider nur wenig lernen. Hinzu kommt, dass die von Schütz, Luckmann und Berger vertretene These einer sprachlichen Konstruktion von Wirklichkeit in dieser Allgemeinheit nicht aufrecht zu erhalten ist.

Eine Renaissance der Sprachsoziologie, die mir ob der im ersten Kapitel erläuterten Wichtigkeit der Sprache für alle Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsprozesse notwendig zu sein scheint, sollte die Bereiche Gesellschaft einerseits und Sprachen andererseits analytisch getrennt halten und nicht Sprachsoziologie in Gesellschaftstheorie auflösen. Erst die analytische Trennung ermöglicht es, beide Bereiche aufeinander zu beziehen. Man kann dann fragen, in welchem Maße die Sprach- und Sprachenkompetenzen der Bürger ihre Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungschancen strukturieren. Man kann umgekehrt fragen, wie die innergesellschaftlichen Sprachenordnungen, vor allem aber die Sprachenordnung der Erde denn zustande gekommen sind (vgl. z. B. de Swaan 2001b). Alfred Schütz

hatte vollkommen Recht, als er schrieb, dass die eigentliche Sprachsoziologie erst mit der Frage beginnt: „Was ist eine Sprachgemeinschaft?“ (Schütz 1955/2003b: 277).

3 Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

Ich hatte im letzten Kapitel betont, dass die Fähigkeit, verschiedene Sprachen sprechen zu können, nur unter bestimmten Kontextbedingungen zu einer wichtigen Ressource für die Bürger wird. Drei Faktoren sind hier von Bedeutung, die ich in diesem Kapitel genauer beschreiben werde. Diese bilden die makrostrukturellen Randbedingungen, die die Frage nach der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital erst zu einer relevanten Fragestellung machen, die ich dann im Kapitel IV analysieren werde.

Die Notwendigkeit, verschiedene Sprachen zu sprechen, um innerhalb Europas interagieren zu können, hängt zum einen von der jeweilig institutionalisierten Sprachenordnung ab. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist Englisch die verbindliche Sprache in allen Staaten; eine Fremdsprachenkompetenz ist zur Verständigung zwischen Bürgern aus Maine und Idaho nicht notwendig, sieht man einmal von den möglichen Verständigungsschwierigkeiten mit den Einwanderungsgruppen ab. In den Vereinigten Staaten von Europa ist die Ausgangskonstellation eine ganz andere. Die EU ist ein Zusammenschluss von 27 Nationalstaaten. In aller Regel gibt es innerhalb der Nationalstaaten nur eine Amtssprache. Eine nach Nationalstaaten gegliederte, sprachlich segmentierte Struktur ist damit konstitutives Merkmal der Sprachenkonstellation Europas. Eine Beschreibung der Genese dieser Ausgangskonstellation steht im Mittelpunkt des ersten Unterkapitels.

Solange der größte Teil der Austauschprozesse und Kommunikationen innerstaatlich verläuft, gibt es keine Notwendigkeit, Fremdsprachen zu erlernen. Je stärker aber Gesellschaften mit anderen, Fremdsprachen sprechenden Gesellschaften vernetzt sind, desto wertvoller wird die Fähigkeit, mehrere Sprachen zu beherrschen. Ich werde im zweiten Schritt erläutern, wie Prozesse der Europäisierung und Globalisierung die Container-Gesellschaften der EU aufgeweicht und transnationalisiert haben, so dass die Verfügung über transnationales linguistisches Kapital zu einer relevanten Ressource wird.

Gerade die Entstehung der Nationalstaaten lehrt uns, wie vormalig sprachlich heterogene Gebilde durch die Politik homogenisiert wurden.

Entsprechend ist es bedeutsam, die Sprachenpolitik der Europäischen Union genauer zu analysieren; dies geschieht im dritten Unterkapitel. Die Sprachenpolitik der EU ist durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Die Akzeptanz der sprachlichen Heterogenität der Europäischen Union und der Verzicht auf eine Politik der sprachlichen Homogenisierung einerseits sowie die Förderung der Mehrsprachigkeit der Bürger Europas andererseits. Ich werde den politischen und ideologischen Hintergrund dieser Politik genauer analysieren.

3.1 Institutionalisierte Sprachenordnung: Nationalstaatsbildung und sprachliche Homogenisierung, Weltgesellschaft und die Hegemonie des Englischen

Die Notwendigkeit, verschiedene Sprachen zu sprechen, um innerhalb Europas und darüber hinaus interagieren zu können, hängt von der jeweilig institutionalisierten Sprachenordnung ab. Wenn in allen Ländern Europas die gleiche Sprache gesprochen würde, würde sich das Problem der wechselseitigen Verständigung erst gar nicht stellen. Die Ausgangskonstellation in Europa ist aber eine andere. Die institutionalisierte Sprachenordnung, also das Sprachenregime in Europa besteht aus einer nach Nationalstaaten gegliederten, sprachlich segmentierten Struktur. Die inner-nationalstaatliche sprachliche Heterogenität ist sehr gering, da die meisten Mitgliedsländer nur eine Amtssprache zugelassen haben; die zwischen-staatliche Heterogenität ist fast maximal, insofern in den 27 Mitgliedsländern 23 verschiedene Amtssprachen zugelassen sind. Wie sich diese Sprachenordnung in Europa im Kontext der Nationalstaatsentstehung entwickelt hat, werde ich im Folgenden genauer erläutern (Kapitel 1.2).

Die Nationalstaaten selbst sind eingebunden in eine internationale Ordnung, in eine Weltgesellschaft, deren Struktur den verschiedenen Nationalstaaten ein sehr unterschiedliches Gewicht gibt. Mit der unterschiedlichen Bedeutsamkeit der Nationalstaaten geht eine unterschiedliche Wichtigkeit ihrer Sprachen einher. Welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass Englisch weltweit zur dominanten Sprache geworden ist, ist Gegenstand eines weiteren Unterkapitels (Kapitel 1.3). Die Tatsache, dass Englisch heute diejenige Sprache ist, die die höchste Verbreitung hat, begründet, warum es nicht nur opportun ist, sein Sprachkapital durch das Lernen von Fremd-

sprachen im Allgemeinen zu erhöhen, sondern warum es besonders rentabel ist, Englisch zu lernen. Die Überlegungen zum Verhältnis von Weltgesellschaft und Sprachenordnungen lehnen sich vor allem an die Arbeiten von Abram de Swaan (de Swaan 1993; 2001b) an.

3.1.1 *Allgemeine Mechanismen des Sprachenwandels*

Die neuere vergleichende Sprachwissenschaft benutzt zur Analyse des Verhältnisses der verschiedenen Sprachen zueinander und des Sprachenwandels Begriffe und Theoreme aus der Evolutionsbiologie (vgl. Dixon 1997; Mufwene 2001). Im Hinblick auf die Entwicklung der verschiedenen Sprachen zueinander lassen sich idealtypisch drei verschiedene Konstellationen unterscheiden.

1. Den Ausgangspunkt der Sprachenentwicklung bildet eine Ursprungskonstellation, in der in einem bestimmten Gebiet mehrere verschiedene Sprechergruppen leben, die unterschiedliche Sprachen sprechen, die aber untereinander nicht oder nur wenig vernetzt sind. Die Sprachentwicklungen der existierenden Einzelsprachen erfolgt unter dieser Bedingung in erster Linie endogen. Die Evolution der Sprachen nimmt ihren Ausgangspunkt bei den konkret gesprochenen Sprachen und nicht bei den abstrakten Regelsystemen, die Linguisten als gemeinsame Elemente einer Sprache, als die Tiefenstruktur einer Sprache unterstellen. Sprachen werden von ihren Sprechern nicht einheitlich gesprochen; es gibt laufend Abweichungen von der Standardsprache, weil es kaum Sprecher gibt, die eine Sprache perfekt sprechen; dieser Mechanismus der „imperfekten Replikation“ einer Sprache (Mufwene 2001: 193) führt zu einer dauerhaften Produktion sprachlicher Abweichungen (Variationspool). Diese können zur Ausdifferenzierung von Mundarten und Dialekten und im Zeithorizont von mehreren tausend Jahren zu einer Veränderung einer Sprache dergestalt führen, dass die erreichte Veränderung einer Sprache so weit gediehen ist, dass die Ursprungssprache und die entstandenen Mutationen nur noch wenig gemeinsam haben.

2. Die Entwicklung der Sprachen ist eine andere, wenn (verschiedene) Sprechergruppen unterschiedlicher Sprachen miteinander in Kontakt stehen. Dixon (1997) unterscheidet für diese Konstellation einen besonderen Unterfall. Innerhalb eines Territoriums befinden sich mehrere Sprachen und

Sprechergruppen mit ähnlicher Größe. Keine der Gruppen hat ein höheres Prestige oder mehr Macht als die anderen Gruppen. Stehen die verschiedenen Gruppen untereinander in Kontakt, dann sind die Veränderungen der Sprachen auf interne Mutationen einerseits und wechselseitige sprachliche Beeinflussungen andererseits zurückzuführen; die Veränderungen sind aber eher moderater Natur. Bleibt diese Konstellation sehr lange, über mehrere tausend Jahre erhalten und gibt es zwischen den (verschiedenen) Sprechergruppen weiterhin einen Austausch, dann führt dies zu einer langsamen Anpassung der Sprachen aneinander; die Sprachen konvergieren zu einem gemeinsamen Prototyp. Dixon (1997) hat versucht zu zeigen, dass die Sprachentwicklungen in Australien bis zur Entdeckung und Kolonialisierung des Kontinents diesem Modell folgten.

3. Der Gleichgewichtszustand zwischen verschiedenen Sprachen ändert sich aber gewaltig, wenn es zu einer Situation des „punctuated equilibriums“ kommt. Das Konzept des „punctuated equilibriums“ (Punktualismus) ist eine von den amerikanischen Paläontologen Niles Eldredge und Stephen Jay Gould 1972 publizierte Theorie, die davon ausgeht, dass biologische Entwicklung nur in bestimmten Phasen langsam und durch kleine Variationen erfolgt. Veränderungen ereignen sich hingegen explosionsartig, wenn der Prozess durch exogene Ereignisse „punktuiert“ wird. Dixon hat diese Idee auf die Analyse des Sprachenwandels angewandt. Ereignisse, die zu einer schnellen Veränderung der Sprachenkonstellationen führen, sind in aller Regel gesellschaftliche Ereignisse, die das Macht- und Prestigeverhältnis zwischen (verschiedenen) Sprechergruppen verändern. So können Naturkatastrophen oder Krankheiten die Anzahl der Sprecher einer Sprache dezimieren, so dass das relative Gewicht anderer Sprechergruppen an Bedeutung gewinnt und diese sich auf Kosten der anderen Sprachen ausdehnen können. Daneben sind Veränderungen in der relativen Machtausstattung verschiedener Sprechergruppen dafür verantwortlich, dass sich manche Sprachen ausdehnen, andere an Bedeutung verlieren. Die Sprachen selbst verhalten sich zu den gesellschaftlichen Veränderungen wie sich Parasiten zu ihren Wirten verhalten. Mit der Ausdehnung oder dem Verschwinden von Sprechergruppen (Wirten) dehnen sich auch die Sprachen aus bzw. verschwinden (Mufwene 2001: 192ff.). Die Machtausstattung und ihre Ausübung sind selbst wiederum auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen: Militärische Macht und Eroberung und Unterwerfung vormals fremder

Gebiete, ökonomische Macht durch Ausdehnung des Handels sowie religiös oder weltanschaulich motivierte Expansionen bilden die Haupttriebfedern.

Diese sprachwissenschaftlichen, zum Teil empirisch gut abgesicherten Überlegungen bilden das Fundament und das Anschlussstück für sozialwissenschaftliche Analysen. Für unsere Fragestellung sind dabei die folgenden beiden Entwicklungen besonders relevant. Die Entstehung von Nationalstaaten in Europa und deren weltweite Ausdehnung als Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsmodell lässt sich als Punctuation begreifen, die die Sprachenordnung fundamental verändert hat, insofern einerseits in fast allen Nationalstaaten ein Prozess der sprachlichen Homogenisierung ausgelöst wurde, andererseits die inter-nationale sprachliche Segmentierung institutionalisiert wurde (2.2).

Zugleich sind die Nationalstaaten selbst eingebunden in eine Weltgesellschaft, deren Struktur den verschiedenen Nationalstaaten ein sehr unterschiedliches Gewicht gibt. Mächtige Nationalstaaten bzw. solche, die in der Vergangenheit einflussreich waren und bis in die Gegenwart Spuren ihres Einflusses hinterlassen haben, wie die Kolonialmächte, bestimmen die internationale Sprachenordnung insofern, als ihre welthegegoniale Stellung auch ihrer jeweiligen Sprache eine hegegoniale Stellung einräumt (2.3).

Für beide Entwicklungen gilt: Die gesellschaftliche Institutionenordnung geht der Sprachenordnung voraus. Die Menge der Einzelsprachen, die auf der Erde gesprochen werden, die Dominanz mancher Sprachen und die Bedeutungslosigkeit anderer Sprachen, werden entscheidend durch die Machtstrukturen der gesellschaftlichen Institutionenordnung geprägt, die als Punctuation die Sprachenordnung formt.

3.1.2 Nationalstaatsbildung und sprachliche Homogenisierung

Wenn Sozialwissenschaftler, aber auch Nichtexperten, heute von Gesellschaft sprechen, dann denken sie in aller Regel an nationalstaatlich verfasste Gesellschaften, z. B. an die Gesellschaft der USA, Ghanas, Frankreichs oder Perus. Selbst in den Fällen, in denen kein Nationalstaat existiert, wird das Problem der Nichtexistenz von Gesellschaft in nationalstaatlichen Kategorien gefasst. Das prominenteste Beispiel, von dem man fast täglich in den Nachrichten lesen kann, ist das der Palästinenser, die nach einem eigenen Nationalstaat streben. Und auch in den Fällen, in denen Nationalstaaten

bedroht sind oder dabei sind zu zerfallen, wie in Afghanistan, wird die Auflösung und der Zerfall in Referenz zum Nationalstaat interpretiert; die Analyse der „Räume begrenzter Staatlichkeit“ – so der Titel eines Sonderforschungsbereichs an der FU Berlin –, erfolgt in aller Regel auch mit Bezugnahme auf den Nationalstaat (vgl. Risse & Lehmkuhl 2007). Die Weltgesellschaft, so John W. Meyer aus neoinstitutionalistischer Perspektive, besteht aus der strukturellen Isomorphie verschiedener Nationalstaaten (Meyer, Boli, Thomas & Ramirez 1997). Gesellschaften als nationalstaatlich verfasste Gesellschaften zu begreifen, ist dabei keine Erfindung von konstruktivistisch verblendeten Sozialwissenschaftlern und insofern auch nicht das Ergebnis eines methodologischen Nationalismus, sondern hat einen realen Gehalt. Die Weltgesellschaft ist realiter u. a. in Nationalstaaten aufgegliedert; es gibt gegenwärtig auf der Erde 192 verschiedene (von den Vereinten Nationen anerkannte) Nationalstaaten.

Die historische Forschung zur Entstehung von Nationalstaaten ist so reichhaltig, dass sie nicht mehr überblickbar ist. Die im Folgenden gegebene kurze Zusammenfassung wird weder der wissenschaftlichen Literaturlage noch der Vielfalt der verschiedenen Wege zur Nationalstaatsentstehung gerecht. Das ist aber auch nicht die Zielvorstellung. Aus soziologischer Perspektive geht es hier darum, den allgemeinen Zusammenhang von Nationalstaatsbildung und Sprachenordnung idealtypisch zu beschreiben. Dies geschieht rückblickend, soll heißen aus der Perspektive der heute bestehenden 27 Nationalstaaten der EU und bezieht sich entsprechend auch in erster Linie auf europäische Nationalstaaten.

Gesellschaften nationalstaatlich zu organisieren, ist historisch betrachtet eine relativ junge Entwicklung. Dieser Prozess setzt in Europa im 18. Jahrhundert ein, wird dann aber vor allem im 19. und 20. Jahrhundert intensiviert. Welches sind die zentralen Merkmale des Nationalstaates? Zum Staat gehört eine politische Instanz, die innerhalb eines abgegrenzten Territoriums und über ein dazugehöriges Staatsvolk auf der Basis der Monopolisierung der physischen Gewalt Macht ausübt, so die klassische Definition des Staats von Georg Jellinek („Drei-Elemente-Lehre“ vgl. Jellinek 1905; vgl. auch Hobsbawm 1996: 86). Der Staat selbst hat „Anstaltscharakter“ (Weber 1985: 516f.), er sichert und definiert zum einen die Grenzen des Staatsgebiets nach außen, indem er mit Hilfe des Militärs die Grenze sichert und die Kontrolle über alle eingehenden und ausgehenden Güter und Menschen übernimmt (zum Folgenden vor allem Rokkan 1999; 2000); Schlagbäume,

Ausweiskontrollen und Zölle sind Ausdruck staatlicher Grenzpolitik. Nationalstaatsbildung geht zum Zweiten mit dem Aufbau eines auf das Territorium begrenzten Institutionensystems und der Schaffung eines einheitlichen Rechts- und Regulierungsraums einher. Dazu gehören der Aufbau einer nationalstaatlichen Verwaltung, die auch im entferntesten Winkel eines Staatsgebietes präsent ist, die Einführung einer einheitlichen Registratur (Geburtsregister, Sterberegister etc.) sowie einer nationalen Währung und eines nationalen Rechtssystems, die Erhebung von nationalen Steuern, die Schaffung eines nationalstaatlichen Verkehrsnetzes (Straßen und Schienen), eines nationalen Schul- und Universitätssystems etc. Durch den Aufbau dieser Institutionen wird der nationalstaatliche Herrschaftsraum durchdrungen und vereinheitlicht, lokale und regionale Besonderheiten werden in aller Regel eingeebnet. Historisch später setzt dann die Rückbindung staatlicher Herrschaft an den Willen der Herrschaftsunterworfenen durch die Etablierung demokratischer Herrschaftsformen innerhalb des nationalstaatlichen Territoriums und die Ausbildung eines Interventionsstaates ein, der in die nationalstaatlichen Gesellschaften eingreift, um die Rahmenbedingungen der marktwirtschaftlichen Nationalökonomien zu gewährleisten und um in Form des Wohlfahrtsstaates für sozialen Ausgleich zu sorgen (vgl. Leibfried & Zürn 2006).

Parallel zur nationalstaatlichen Institutionenbildung erfolgt die Inklusion der Menschen, die innerhalb des Territoriums eines Staates leben. Sie werden zu Bürgern ihres Staates, müssen sich als Staatsbürger ihres Landes registrieren, erfassen und verwalten lassen, müssen sich beschulen lassen (Schulpflicht), haben die Verpflichtung, das Land im Kriegsfall zu verteidigen, müssen Steuern und Abgaben entrichten, genießen aber auch die Schutzrechte des Staates und können sich innerhalb des Territoriums frei bewegen. Sie haben überdies, wenn es sich um demokratische Nationalstaaten handelt, das Recht, ihre Regierung zu wählen und können die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ihres (und nur ihres) Landes in Anspruch nehmen.

Das Besondere der nationalstaatlichen Institutionenordnung besteht darin, dass sich „die Dimensionen moderner Staatlichkeit zu einem einheitlichen Gewebe auf nationaler Ebene“ verknüpfen (Leibfried & Zürn 2006: 34). Die „Kongruenz“ zwischen Territorium, Bevölkerung und staatlichen Aufgaben in den beschriebenen Dimensionen ist daher das konstitutive Merkmal der Nationalstaatsbildung (Held 1995; Zürn 1998). Insofern ist die

Bezeichnung von Nationalstaaten als Container-Gesellschaften der Interaktionsverdichtung eine richtige Beschreibung (Taylor 1994; Beck 1997).

Die Entstehung von Nationalstaaten bedeutet aber nicht nur die Entstehung und Durchsetzung eines neuen Vergesellschaftungsmodus, Nationalstaaten sind auch durch einen neuen Typus von Vergemeinschaftung gekennzeichnet, eines Gefühls der Zugehörigkeit ihrer Mitglieder. Die Nation wird zum Identifikationsobjekt für die Bürger (gemacht) und tritt in Konkurrenz zu alternativen Identifikationsobjekten: Religion, Region, Ethnie, Stand oder Klassenlage (Anderson 1993).

Historisch und analytisch lassen sich zwei verschiedene Kombinationen von Staat und Nation unterscheiden. Im ersten Fall findet zuerst ein Staatsbildungsprozess statt und die Nation kommt gleichsam später hinzu. Charles Tilly spricht in diesem Fall von einem „state-led-nationalism“. Im zweiten Fall gibt es zuerst eine nationale Bewegung, dem dann eine Staatsbildung folgt. Tilly spricht hier von einem Prozess des „state-seeking“. Die Staatsbildung kann durch eine Löslösung eines Territoriums aus einem größeren Herrschaftsverband oder durch die Integration mehrerer Territorien in einen neuen Nationalstaat erfolgen (vgl. Tilly 1994: 133f.).

Welche Merkmale für die kollektive Identität eines spezifischen Nationalstaats als wichtig definiert werden und welches Gewicht dem einen Merkmal im Verhältnis zu anderen Merkmalen zugesprochen wird, variiert zwischen den Nationalstaaten erheblich (Weber 1985: 242f., 528f.; Hobsbawm 1991). Manche Nationalstaaten rücken stärker die Elemente der nationalstaatlichen Vergesellschaftung selbst in den Mittelpunkt der Identifikation: Die mit der Staatsbürgerschaft gewonnenen Rechte, die Werte der Verfassung, werden dann zu den Elementen, die als die besonderen Merkmale des eigenen Landes beschrieben werden und auf die man stolz ist (Staatsnation). In der Regel handelt es sich um die Nationalstaaten, in denen der Staat und der Machtapparat bereits errichtet waren, bevor der Prozess der Nationenbildung begann (vgl. hierzu Hroch 2005). Die typischen Vertreter der Staatsnation sind die USA und Frankreich am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Andere Nationalstaaten rücken stärker eine vermeintlich gemeinsame Abstammung, eine gemeinsame Religion oder gemeinsame kulturelle Werte ins Zentrum ihrer Selbstbeschreibung (Kulturnation). Sehr häufig handelt es sich dabei um Nationen, die (noch) keinen Staat ausgebildet hatten, in denen also der Staatsbildungsprozess dem der Nationenbil-

derung nachgeordnet war.¹ Deutschland und Italien werden häufig als die Idealtypen einer Kulturnation definiert. Aber auch für die so genannten Staatsnationen gilt, dass sie eine Vielzahl von kulturellen Elementen zum Aufbau ihrer Identität bemühen. Die USA z. B. verstehen sich als eine in protestantischer Traditionslinie stehende Nation, sie zelebrieren extensiv ihre eigene Geschichte als Merkmal nationaler Gemeinschaft und rekurrieren auf die englische Sprache als zentrales Identitätsmerkmal (vgl. für viele andere Huntington 2004).

Mit der Entstehung und Ausbreitung von Nationalstaaten als dominanter Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsform sind nun dramatische Folgen für die Sprachenordnung verbunden. In fast allen Nationalstaaten Europas, aber nicht nur dort, kommt es zu einer sprachlichen Homogenisierung insofern, als eine Sprache als die verbindliche National- und Amtssprache definiert wird, andere bis dahin in dem Territorium existierende Sprachen, Dialekte oder die Sprachen von Migranten marginalisiert und zum Teil massiv unterdrückt werden (vgl. jüngst zur Entwicklung in Zentraleuropa die umfangreiche Studie von Kamusella (2009)).²

Einige der kleineren Staaten Europas – z. B. Belgien und die Schweiz – bilden dabei eine Ausnahme von diesem allgemeinen Muster; hier wurde die interne sprachliche Spaltung gesellschaftlich institutionalisiert und hat zu einem versäulten und föderalen Institutionensystem geführt (Rokkan 1999; Rokkan & Urwin 1983). Die sprachliche Binnengliederung der beiden Länder prägt trotz staatlicher Einheit in hohem Maße das Verhalten ihrer Bürger,

¹ Die historische Forschung hat gezeigt, dass je nach Nationalstaat und historischer Konstellation recht unterschiedliche Merkmale als Identitätsmarker benutzt wurden, so dass man vor möglichen Generalisierungen warnen muss (zum Folgenden Hobsbawm 1991). Ethnizität spielt in vielen Ländern eine bedeutsame Rolle als Identitätsmerkmal (China, Japan und Korea), in anderen aber nicht. Die katholische Religion ist ein wichtiges Merkmal nationaler Identität in Polen und Irland, nicht aber z. B. in Frankreich. Es gibt viele Länder, die auf eine lange (zum Teil erfundene) Geschichte als Merkmale ihrer Identität verweisen; es gibt aber ebenso Ethnien, die eine sehr lange Geschichte haben – wie die Mapuche und die Aymara-Indianer –, die diese Geschichte aber nicht als Bezugspunkt der Identitätskonstruktion nutzen. Schließlich spielt in vielen Nationalstaaten eine gemeinsame Sprache eine wichtige Rolle bei der Selbstdefinition der Nation, nicht aber in der Schweiz, in Belgien oder in Kanada.

² Der Terminus Amtssprache ist an dieser Stelle und im Folgenden nicht so zu verstehen, dass die jeweilige offizielle Sprache als Amtssprache in der Verfassung als solche definiert sein muss. Dies gilt z. B. nicht für England und auch nicht für die Vereinigten Staaten von Amerika; in den USA ist nur in manchen Staaten Englisch in der Verfassung der Einzelstaaten als Amtssprache definiert.

wie wir am Beispiel der Schweiz in Kapitel 2 gesehen haben. Die Verständigungsmöglichkeiten innerhalb ein und desselben Landes sind dabei eingeschränkt. Für Belgien, das an der Befragung, die die Grundlage unserer empirischen Auswertungen bildet, teilgenommen hat, ergeben sich folgende Verteilungen: Von denjenigen, die Flämisch als Muttersprache sprechen, sprechen 70 % auch Französisch; allerdings sprechen nur 27 % Prozent der Wallonen Flämisch (eigene Berechnung); das bedeutet, dass sich 73 % der Wallonen nicht mit den Flamen in deren Muttersprache verständigen können.

Für die Schweiz, in der es neben der nur von Wenigen gesprochenen Sprache des Räteromanischen, drei weitere Sprachen gibt, berichtet Iwar Werlen (2008) folgende Verteilung. Von denjenigen, die Deutsch als Muttersprache sprechen, sprechen 71 % Französisch und 32 % auch Italienisch; von denjenigen, die Französisch als Muttersprache sprechen, sprechen 47 % Deutsch; von denen, die Italienisch als Muttersprache sprechen, sprechen 74 % Französisch und 65 % Deutsch. Wollen Schweizer oder Belgier sich untereinander verständigen, müssen sie häufig auf die Sprache zurückgreifen, die von allen die am häufigsten gesprochene, aber nicht eine der nationalen Sprachen ist, nämlich Englisch.³

Der Grund, warum in den meisten Fällen der Prozess der Ausbildung von Nationalstaaten in Europa mit einem Prozess der sprachlichen Homogenisierung einhergeht, ist in den beiden zentralen Funktionen von Sprache zu suchen: (a) in ihrer Vergesellschaftungs- und (b) in ihrer Vergemeinschaftungsfunktion.

a) Der Aufbau eines nationalen Institutionensystems, die Durchdringung der Gesellschaft mit der Institutionenordnung und die Einbindung der Bürger in diesen Prozess werden enorm vereinfacht, wenn die Menschen innerhalb des Territoriums ein und dieselbe Sprache sprechen. Entsprechend nimmt das Bestreben einer sprachlichen Homogenisierung seinen historischen Ausgangspunkt bereits im Absolutismus (Hroch 2005: 62ff.). Alle administrativen Vorgänge, alle Rechtssetzungen und alle Verwaltungsvorschriften sind wesentlich einfacher umsetzbar, wenn die den Vorschriften Unterworfenen dieselbe Sprache sprechen. Der Prozess der sprachlichen

³ So sprechen z. B. mehr Wallonen Englisch als Flämisch. Im Zeitverlauf hat der Anteil der Wallonen, die Flämisch sprechen, sogar abgenommen, während der Anteil derer, die Englisch sprechen, zugenommen hat. Eine Verständigung zwischen Wallonen und Flamen über eine dritte, ausländische Sprache, wird damit immer wahrscheinlicher.

Homogenisierung findet seine Fortsetzung mit der Verstärkung einer nationalstaatlichen Vergesellschaftung. Ein Schul- und Universitätssystem lässt sich wesentlich einfacher aufbauen, wenn die Unterrichtssprache vereinheitlicht ist; Verkehrssysteme sind besser zuzuordnen, wenn die Koordination auf ein einheitliches Zeichensystem zurückgreifen kann; und die Einbindung der Bürger in den demokratischen Prozess ist um ein Vielfaches leichter unter der Bedingung von Monolingualität. Der enorme Transaktionskostengewinn, der mit einer sprachlichen Vereinheitlichung einhergeht, ist also der wichtigste Grund, warum Prozesse der nationalstaatlichen Vergesellschaftung fast immer einher gehen mit dem Versuch der Festlegung, der Standardisierung und der Durchsetzung einer Einheitssprache (Hobsbawm 1996: 88). Umgekehrt formuliert: In den Ländern, in denen der Staatsbildungsprozess und der Prozess der gesellschaftlichen Integration weit vorgeschritten war, war auch der Druck auf eine sprachliche Homogenisierung hoch; und in den Ländern, die geringer gesellschaftlich integriert waren, war auch der Grad der sprachlichen Segregation stärker ausgeprägt. Miroslav Hroch (2005: 65ff.) versucht mit diesem Argument zu erklären, warum die westlichen Gesellschaften in höherem Maße sprachlich homogenisiert waren als die Länder des Habsburger Reiches.

b) Zugleich, und in den verschiedenen Nationalstaaten in einem unterschiedlichen Ausmaß, ist die dann als Nationalsprache definierte Einheitssprache zum Merkmal nationaler Identifikation geworden. Ich hatte im Kapitel 2 mit Rekurs auf die sozialpsychologische Literatur darauf hingewiesen, dass die Sprache sich besonders gut als Merkmal zur Ausbildung von kollektiver Identität eignet. Und in der Tat definieren viele Nationalstaaten ihre Identität u. a. über ihre Nationalsprache. Dazu bauen sie in aller Regel Institutionen auf, die den Sprachgebrauch durch die Festlegung verbindlicher Lexika und Grammatiken standardisieren und überwachen. Mythen über den Ursprung der Sprache werden „erfunden“, die Geschichte der Sprache wird kanonisiert, ihre Besonderheiten werden beschworen und eine in der jeweiligen Sprache geschriebene Nationalliteratur wird als besondere Literatur hervorgehoben. Viele dieser Prozesse laufen in den verschiedenen Nationalstaaten Europas ganz ähnlich ab, wie die historische Forschung ausführlich gezeigt hat. Die Verquickung von nationaler Identität und Sprache kommt zudem in der Bezeichnung vieler Nationalstaaten zum Ausdruck, insofern der Name der Sprache in die Nationalstaatsbezeichnung einfließt

(England/Englisch; Deutschland/Deutsch; Frankreich/Französisch; Spanien/Spanisch etc.). In diesen Fällen wird bereits durch die Namensgebung angezeigt, dass die Sprache ein zentrales Merkmal der Markierung nationaler Identität ist.

Europa ist der Kontinent, auf dem der Prozess der Nationalstaatsbildung nicht nur am frühesten einsetzt, sondern auch am weitesten vorangetrieben wurde. Dies manifestiert sich auch im Sprachengefüge. Europa ist heute die Großregion der Welt mit der geringsten Anzahl an regionalen Sprachen (vgl. die Daten in Haarmann 2006: 326f.). Die Zeitphase, in der und das Tempo, mit dem sich der Prozess der sprachlichen Homogenisierung vollzogen hat, variiert zwischen den verschiedenen Europas Ländern erheblich. Es ist recht schwierig, konkrete empirische Informationen über den Prozess des Sprachenwandels zu erhalten.⁴ Ich möchte aus der vielfältigen Literatur aber zumindest ein Beispiel erwähnen, auch wenn man aus dem beschriebenen Fall nicht auf die Entwicklung in anderen Ländern schließen kann. Relativ gut erforscht ist die Sprachentwicklung in Frankreich.

Hilfreich zur Beschreibung des Prozesses der Durchsetzung einer Amtssprache ist der von Dennis Ager (1996) benutzte Systematisierungsvorschlag, den dieser zur Beschreibung der Entwicklungen in Frankreich und England angewandt hat. Ager unterscheidet vier verschiedene Phasen: „Selection, Codification, Elaboration and Acceptance“ (Ager 1996: 29-39; Ager 1997).

Aus der Anzahl der in einem Territorium gesprochenen Sprachen wird in einem ersten Schritt eine Sprache als die Standardsprache ausgewählt. In Frankreich ist es der Dialekt der Ile de France, das Französisch. Die Gründe für die Durchsetzung dieser und keiner anderen Sprache sind vielfältig, sie sind aber alle mit gesellschaftlichen Machtfaktoren assoziiert. Unter den Karpetingern kristallisierte sich Paris und die Ile de France allmählich als politisches Zentrum Frankreichs heraus. Hier war die Bevölkerungskonzentration am stärksten und es herrschte der größte Wohlstand; zudem war Paris

⁴ Dies hat zwei Gründe. Zum einen ist die Quellenlage für frühere Epochen deutlich schlechter als für die Gegenwart; zum Zweiten gibt es unterschiedliche Definitionen dessen, was unterschiedliche Sprachen sind. Wenn manche Autoren behaupten, dass in einem Land zu einem bestimmten Zeitpunkt nur ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung die jeweilige, von den Eliten gesprochene Sprache beherrschte, so ist häufig nicht klar, ob die Bevölkerung eine andere Sprache als die der Elite sprach oder nur einen anderen Dialekt. Wenn es sich um einen Dialekt handelt, dann ist eine Verständigung zwischen Eliten und Bevölkerung möglich.

bereits das kulturelle Zentrum mit dem königlichen Hof als Magnet für Literaten und dem Prestige der Sorbonne als Bildungszentrum. In den ländlichen Gegenden Frankreichs wurden zumeist weiterhin die regionalen Sprachen und Dialekte gesprochen. Die regionalen Eliten übernahmen allerdings häufig den prestigeträchtigen Dialekt der Ile de France und fungierten als Vermittler.

Der zweite Schritt der Etablierung einer Standardsprache besteht in der Kodifizierung der einmal ausgewählten Sprache. Die Kodifizierung der französischen Sprache ist verbunden mit der Gründung der Académie française im Jahr 1634. Das Hauptziel der Akademie war die Kodifizierung und der Schutz der französischen Sprache durch die Herausgabe von Wörterbüchern und Grammatiken. Der dritte Schritt der Durchsetzung einer Amtssprache bezeichnet Ager als „Elaboration“. Damit ist die Anpassungsfähigkeit der Sprache an neue (technologische) Entwicklungen gemeint, die Veränderungen des Lexikons und der Grammatik. Der vierte Schritt schließlich beschreibt die Ausbreitung und Durchsetzung der Standardsprache auf Kosten anderer gesprochener Sprachen. Die flächendeckende Durchsetzung der Standardsprache findet in Frankreich vor allem in der Zeit zwischen der französischen Revolution und dem Beginn des 20. Jahrhunderts statt. Ager beruft sich auf verschiedene Quellen und geht davon aus, dass der nicht-französischsprachige Bevölkerungsanteil in Frankreich 1764 46 % betrug; der Anteil geht auf 25 % im Jahr 1863 zurück und verschwindet im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts fast ganz (Ager 1996: 37).⁵

Einer der Hauptgründe, warum die Durchsetzung des Französischen mit der französischen Revolution zum politischen Programm erhoben und durchgesetzt wurde, liegt in den politischen Vorstellungen der französischen Revolution selbst: Neben der intendierten Bildung eines Nationalbewusstseins setzte sich die Auffassung durch, dass eine politische Aufklärung, Bildung und Beteiligung der gesamten Bevölkerung nur bei Beherrschung einer gemeinsamen Sprache möglich ist. Die Umsetzung des Programms der Erziehung der französischen Bürger in einer einheitlichen Sprache erfolgte

⁵ Die von Ager präsentierten Zahlen weichen etwas von den Einschätzungen von Eugen Weber ab. Dieser vermutet, dass zu Beginn der Dritten Französischen Republik (1871) die Hälfte der französischen Bevölkerung nicht oder lediglich eingeschränkt des Französischen mächtig war (vgl. Weber 1967: 70f.). Im Vergleich zu Italien wäre das immer noch eine hohe Quote. Eric Hobsbawm (1996: 88) erwähnt, dass zum Zeitpunkt der Vereinigung Italiens 1860 nur ca. 2,5 % der Italiener im Alltag Italienisch sprachen.

vermittels der Etablierung eines allgemein verbindlichen Schulsystems. Während die Schulbildung unter dem Ancien Régime weitestgehend in der Hand der Kirchen war und in den regionalen Sprachen stattfand, wurde sie in der Republik zur Staatsangelegenheit. Französischsprachende Lehrer wurden in die Provinzen geschickt, um hier die offizielle Sprache zu lehren (Grillo 1989; vgl. auch Oakes 2001: 53-64).

Die Kehrseite des Prozesses der nationalstaatlichen Homogenisierung bilden Prozesse der Marginalisierung und Unterdrückung der Minderheitensprachen. Diese werden meist in die Privatsphäre verbannt; sie erfahren keine Institutionalisierung in Form der Standardisierung durch Wörterbücher, der Sprachkontrolle, der schulischen Unterrichtung der Bevölkerung in der Minderheitensprache, der Zulassung in der Amtskommunikation etc. Die Geschichte ist zudem reich an Beispielen, die zeigen, mit welcher Wucht und Brutalität die Minderheitensprachen in den Nationalstaaten unterdrückt wurden, um die Idee einer einheitlichen Sprachnation zu etablieren. Aufgrund der polnischen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts wurden z. B. circa 1,5 Millionen Polen an Preußen angegliedert. Zunächst versuchte Preußen diese friedlich zu integrieren und gestand ihnen weit reichende Rechte zu (zweisprachige Erlasse, Polnisch als gleichberechtigte Amts- und Gerichtssprache, polnische Schulen). Nach der Reichsgründung 1871 und unter Bismarck änderte sich die Politik. Zu den sprachpolitischen Maßnahmen zählten zum Beispiel die Germanisierung polnischer Namen, die Versetzung polnischer Lehrer, das Verbot des Unterrichtsfaches Polnisch und des Verkaufs polnischer Zeitungen sowie die endgültige Abschaffung von Polnisch als Amts- und Gerichtssprache. Die Sprachpolitik wurde dabei „umso repressiver, je deutlicher sich ein deutscher Nationalismus entwickelte“ (Puschmann 1996: 20).

Den Südtirolern in Italien ging es mit der Machtergreifung der Faschisten ab 1922 nicht viel anders: Italienisch wurde in Südtirol als Amtssprache eingeführt, Deutsch wurde als Unterrichtssprache verboten, die Ortsnamen und zum Teil die Familiennamen wurden italienisiert, eine Neuansiedlung von Italienern wurde forciert (Puschmann 1996: 22).

Und auch auf anderen Kontinenten lassen sich viele Beispiele finden, die den Zusammenhang von Nationalstaatsbildung und Unterdrückung von

Minderheiten und ihrer Sprache demonstrieren.⁶ Taiwan z. B., das bis 1895 zu China gehörte, wurde nach dem Verlust des chinesisch-japanischen Kriegs an Japan abgetreten. Die japanische Regierung führte daraufhin das Japanische als Amtssprache ein und unterdrückte massiv das Chinesische. Diese Politik war erfolgreich: Als Taiwan 1945 zurück an China fiel, sprachen 71 % der Bevölkerung Japanisch. Nach 1945 setzt dann der Prozess der Wiedereinführung des Chinesischen als Amtssprache ein und das Pendel schwingt in die andere Richtung (vgl. Chen 1999: 30f.).

Die Beispiele der Unterdrückung von sprachlichen Minderheiten zum Aufbau einer nationalen Identität reichen bis in die Gegenwart und tangieren auch Europa, wie der Konflikt über die sprachlichen Rechte der Kurden in der Türkei zeigt. Die Entstehung des türkischen Nationalismus in Form des Kemalismus bildete die wichtigste Grundlage des in den 1920er Jahren entstandenen neuen Staates. Eine einheitliche türkische Sprache war von Beginn an ein Zentralelement der Identitätsbildung. Die Besonderheit des Türkischen fand in der so genannten Sonnensprachtheorie ihre Legitimation. Man versuchte zu beweisen, dass das Türkische die Ursprache sei, von der alle anderen Sprachen abstammten (vgl. Laut 2000). Diese absurd anmutende Theorie wurde an den Universitäten gelehrt. Die Stilisierung des Türkischen zur Nationalsprache bedeutet umgekehrt die Delegitimierung und Unterdrückung der existierenden Minderheitensprachen. Der massive Versuch des türkischen Staates, die Kurden in die Türkei zu integrieren, ging einher mit der Unterdrückung der kurdischen Sprache. Der offizielle Gebrauch der kurdischen Sprache war lange Zeit verboten; Türkisch war die alleinige zugelassene Sprache. Kurdische Nachnamen und Ortsbezeichnungen wurden durch türkische Nachnamen und Ortsbezeichnungen ersetzt. Umsiedlungsmaßnahmen mit Deportationen von Kurden und Neuansiedlung von Türken sollten die Kongruenz von Sprache und Territorialität aufbrechen. Erst in jüngster Zeit und auf Druck der Europäischen Union im Kontext der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hat sich dies geändert: Die kulturellen Freiheiten der kurdischen Minderheit wurden etwas gestärkt; der Gebrauch der kurdischen Sprache, Kurdischunterricht in Privatschulen und kurdische Radio- und Fernsehkanäle sind nun zum Teil erlaubt, wenn auch sehr eingeschränkt und mit begrenzter Sendezeit.

⁶ Vgl. z. B. die Analyse des Zusammenhangs von Nationalstaatsbildung und sprachlicher Homogenisierung in den vier lateinamerikanischen Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay bei Rainer Enrique Hamel (2003).

Die heute existierende institutionalisierte Sprachenkonstellation in den Mitgliedsländern der Europäischen Union ist das Resultat dieses hier nur kurz skizzierten Prozesses nationalstaatlicher Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung. Die Europäische Union ist ein Zusammenschluss von 27 Nationalstaaten, die früher oder später alle durch den Prozess der Nationalstaatsbildung gegangen sind. Die Folgen sind:

- In 18 von 27 EU-Ländern gibt es nur eine Amtssprache.
- In weiteren 6 Ländern ist für das gesamte Territorium nur eine Amtssprache zugelassen, für bestimmte, kleine Regionen wird aber eine zweite Amtssprache akzeptiert. Zu diesen Ländern gehören Österreich, Spanien, Italien, Finnland, die Slowakei und die Niederlande.
- Die dritte Gruppe bilden die wenigen Länder, die flächendeckend zwei oder mehrere Amtssprachen zugelassen haben. Zu dieser Gruppe gehören Luxemburg, Belgien und Malta.

Die 27 nationalstaatlichen Container der EU, die durch eine je spezifische Institutionenordnung gekennzeichnet sind, verfügen also in den meisten Fällen auch über eine einheitliche Sprache. Die Grenze der nationalstaatlichen Institutionenordnung ist damit meist identisch mit einer eigenständigen Sprache, was der Sprachenordnung insgesamt eine ganz besondere Festigkeit verleiht.

Der Nationalstaat als dominante Vergesellschaftungsform des 19. und 20. Jahrhunderts prägt in den meisten Fällen aber nicht nur die Ausbildung einer für alle verbindlichen Einheitssprache und die Marginalisierung und Unterdrückung von Minderheitensprachen, sondern auch das Verhältnis zu den Sprachen von Migranten. Während Nationalsprache und Minderheitensprachen innerhalb eines Nationalstaates gleichsam zwei Seiten einer Medaille sind, fallen die Migranten mit ihren Sprachen gar nicht in den Aufmerksamkeitshorizont dieser binären Codierung. Es gibt heute z. B. mehr Türkisch sprechende Bewohner in den Ländern der EU, als es Luxemburgisch, Maltesisch, Dänisch oder Lettisch sprechende Bürger gibt (vgl. Nic Craith 2008: 57f.). Das Türkische genießt aber weder in den Nationalstaaten noch auf der europäischen Ebene irgendeinen offiziellen Status.

3.1.3 *Weltgesellschaft und die Hegemonie des Englischen*

Den verschiedenen Nationalstaaten kommt im Gefüge der Weltgesellschaft eine unterschiedliche Bedeutung zu. Je nach Größe, militärischer, ökonomischer und politischer Macht nehmen manche eine hegemoniale Position ein, während andere sich in der Peripherie befinden. Die Machtstellung der verschiedenen Nationalstaaten hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Machtstellung ihrer Sprache in der internationalen Ordnung. Da sich die einmal in einem Territorium institutionalisierten Amtssprachen nur mit enorm hohem Aufwand durch andere Amtssprachen ersetzen lassen, ist für die Sprachenordnung nicht nur die gegenwärtige Machtverteilung zwischen den Nationalstaaten relevant, sondern auch die der Vergangenheit.

1. Der Schatten der Geschichte ist im Hinblick auf die Dominanzverhältnisse, die zwischen verschiedenen Sprachen existieren, besonders lang. Dies macht u. a. verständlich, warum die Kolonialzeit und die zu diesem Punkt existierende Machtverteilung zwischen den Ländern bis heute strukturbildend auf die Sprachenordnung wirkt. Die Kolonialzeit im weiteren Sinne beginnt mit den Eroberungen Portugals und Spaniens, dem damaligen Kastilien zu Beginn des 15. Jahrhunderts und endet am Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Tatsache, dass Spanisch⁷ und Portugiesisch⁸ in vielen Ländern der Erde heute noch Amtssprachen sind, geht auf die frühe Zeit der von Europa ausgehenden Eroberungen zurück. Frankreich musste die gesamten Kolonien in Nordamerika und Indien nach der Niederlage im Siebenjährigen Krieg (1763) an Großbritannien abtreten. Das koloniale Engagement Frankreichs bezog sich seitdem vor allem auf Afrika und Asien.

⁷ Spanisch ist außer in Spanien selbst in folgenden Ländern heute Amtssprache: Mittel- und Südamerika: Mexiko, Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica, Panama, Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien, Paraguay, Argentinien, Uruguay und Chile; Nordamerika: im Bundesstaat New Mexico; Karibik: Kuba, Dominikanische Republik und Puerto Rico; Afrika: Westsahara (Amtssprache neben Arabisch) und Äquatorial-Guinea. Außerdem ist Spanisch Verkehrssprache in Trinidad und Tobago und im nördlichen Marokko.

⁸ Portugiesisch ist neben seinem Ursprungsland Portugal in folgenden Ländern Amtssprache: Südamerika: Brasilien; Afrika: Angola, Kap Verde, Guinea-Bissau, Mosambik, São Tomé und Príncipe; Asien: Osttimor und Macau.

Viele der früheren französischen Kolonien haben auch nach ihrer Unabhängigkeit Französisch als Amtssprache beibehalten.⁹

Besonders wirkungsmächtig für die Sprachenordnung der Gegenwart ist der Erfolg der britischen Kolonialpolitik (zum Folgenden Crystal 2003). Das Britische Empire wurde in einem Zeitraum von über dreihundert Jahren gebildet. Expansive Phasen der Eroberung wechselten sich ab mit friedlichen Perioden, in denen Handel und Diplomatie vorherrschten. Mit der Besiedelung der Ostküste Nordamerikas im frühen 17. Jahrhundert beginnt der Aufstieg des Britischen Empires. Die Bewohner der 13 Kolonien, die sich 1776 unabhängig erklärten und die USA gründeten und im folgenden Jahrhundert ihr Territorium auf Kosten Frankreichs, der Niederlande und Spaniens ausdehnten, waren bekanntlich britischer Abstammung und behielten entsprechend nach der Unabhängigkeit von Großbritannien Englisch als Amtssprache bei. Die Tatsache, dass Kanada heute dominant englischsprachig ist, geht ebenfalls auf die Machtstellung des Britischen Empires zurück. Nach der Niederlage Frankreichs im Siebenjährigen Krieg musste Frankreich die Kolonien im östlichen Kanada an Großbritannien abtreten.¹⁰ Die Dominanz des Englischen in Kanada wurde zudem verstärkt, weil die nach dem Unabhängigkeitskrieg der USA der britischen Krone treu gebliebenen Royalisten scharenweise in das heutige Kanada auswanderten.

1770 erreichte James Cook die Ostküste *Australiens* und nahm das Land als britische Kolonie „New South Wales“ in Besitz; die Briten dehnten ihren Einflussbereich in den kommenden Jahrzehnten kontinuierlich aus und besiedelten Australien vor allen Dingen mit britischen Strafgefangenen, die englischsprachig waren. Neuseeland, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts selbstständig war, wurde 1840 als Kolonie in das Britische Empire integriert,

⁹ Französisch ist heute außer in Frankreich in folgenden Ländern eine Amtssprache: Afrika: Benin, Burkina Faso, Burundi, Dschibuti, Gabun, Guinea, Kamerun, Republik Kongo, Demokratische Republik Kongo, Madagaskar, Malawi, Mali, Niger, Ruanda, Senegal, Seychellen, Togo, Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik; Europa: Belgien, Luxemburg, Monaco, Schweiz; Nordamerika: Kanada; Asien, Australien und Ozeanien: Komoren und Vanuatu. Nicht in allen Fällen ist Französisch die alleinige Amtssprache. In weiteren Ländern ist Französisch als Verwaltungs- und Verkehrssprache verbreitet, vor allem in Afrika: Äquatorial-Guinea, Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste), Mauritius, Tunesien, Algerien und Mauretanien, in Mittelamerika (Haiti), sowie in Asien in Laos und im Libanon.

¹⁰ England gewährte den Frankokanadiern in Quebec Religionsfreiheit, um sich so deren Neutralität in der Auseinandersetzung mit den nach Unabhängigkeit strebenden Kolonien in den zukünftigen USA zu sichern; diese Entscheidung bildet wiederum die Grundlage für die Tatsache, dass Kanada heute zum Teil französischsprachig ist.

vor allem, um der Expansion der Franzosen zuvor zu kommen. Danach setzte eine starke Migration von Briten nach Neuseeland ein. Das heutige Papua-Neuguinea hieß früher Britisch-Neuguinea und war Ende des 19. Jahrhunderts zuerst zum britischen Protektorat erklärt und dann annektiert worden. Ähnlich erging es den kleineren Inseln in Ozeanien.

Der britische koloniale Einfluss bezog sich aber auch auf *Asien*. Bereits im 17. Jahrhundert hatten die Engländer auf dem indischen Subkontinent Handelsstützpunkte gegründet. Im 18. Jahrhundert wurde die Britische Ostindien-Kompanie zur führenden Macht. Die wichtigste Kolonie war Britisch-Indien, welches das heutige Indien, Pakistan, Bangladesch und Birma (Myanmar) umfasst. Das Gebiet stand von 1858 bis 1947 unter direkter britischer Kolonialherrschaft. *Afrika*, das bis ca. 1880 weitgehend unbesetzt war, wurde Ende des 19. Jahrhunderts zum Hauptziel der Expansion der europäischen Großmächte. Deutschland hatte mit dem Verlust des 1. Weltkriegs auch seine afrikanischen Kolonien verloren; neben Frankreich und Portugal war vor allem Großbritannien die dominante afrikanische Kolonialmacht. Viele der afrikanischen Staaten haben auch nach ihrer, nach dem 2. Weltkrieg erreichten, Unabhängigkeit Englisch als Amtssprache beibehalten.

1921, zur Zeit des Höhepunkts des Kolonialismus, umfasst das Gebiet des Vereinten Königreichs 37 Millionen km², etwa ein Viertel der von Land bedeckten Erdoberfläche. Die Gesamtbevölkerung betrug ca. 500 Millionen und damit rund ein Viertel der damaligen Weltbevölkerung (Crystal 2003: 78). Die Vormachtstellung des Königreichs bedeutete auch eine Vormachtstellung seiner Sprache. Hinzu kommen die entlaufenen Kinder der Briten, die vormaligen Kolonien, die sich bereits selbstständig gemacht hatten, wie die USA und Kanada, die aber weiterhin englischsprachig waren. Die Folgen dieser historischen Entwicklung für die hegemoniale Stellung des Englischen wirken bis heute nach. In folgenden Ländern ist Englisch auch heute die Amtssprache bzw. eine Amtssprache neben anderen: Afrika: Nigeria, Südafrika, Kenia, Uganda, Ghana, Kamerun, Malawi, Simbabwe, Sambia, Ruanda, Sierra Leone, Liberia, Lesotho, Namibia, Botsuana, Gambia, Mauritius, Swasiland und die Seychellen; Asien: Indien, Pakistan, Philippinen und Singapur; Australien und Ozeanien: Australien, Papua-Neuguinea, Neuseeland sowie die Inselgruppen Fidschi, Salomonen, Vanuatu, Samoa, Kiribati, Mikronesien, Tonga, Marshallinseln, Palau, Nauru und Tuvalu; Europa: Vereinigtes Königreich, Irland und Malta; Mittelamerika: Bahamas, Belize, Barbados, Jamaika, Trinidad und Tobago, St. Lucia, St. Vincent und die

Grenadinen, Grenada, Antigua und Barbuda, Dominica sowie St. Kitts und Nevis; Nordamerika: Vereinigte Staaten von Amerika und Kanada sowie in Südamerika Guyana. Außerdem ist Englisch meist neben anderen Sprachen Amtssprache verschiedener internationaler Institutionen und Organisationen: der Afrikanischen Union (AU), der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR), der Europäischen Union (EU) sowie der Vereinten Nationen (UN).¹¹

2. Die Vormachtstellung des Englischen geht aber nicht nur auf die koloniale Dominanz des Vereinigten Königreichs zurück, sondern auch auf den Aufstieg der USA als Weltmacht und die Ausdehnung ihres Einflussbereichs. Der damit verbundene Export der englischen Sprache erfolgt nicht oder nur in Ausnahmefällen durch militärische Besetzung fremder Gebiete und Zwang, sondern durch Mechanismen, die man dem Bereich der „soft power“ zuordnen kann (Nye 2004). Es gibt recht viele gesellschaftliche Bereiche, in denen die USA eine Vormachtstellung einnehmen und damit die Kommunikation in diesen Bereichen mit ihrer Sprache bestimmen (vgl. Crystal 2003). Die USA sind das Land auf der Erde, das mit Abstand die meisten Güter importiert, und sie gehören zu den drei Ländern mit dem höchsten Exportvolumen weltweit. Andere, vor allem kleine Länder, die mit den USA handeln wollen, haben einen Anreiz, sich der Dominanz des Landes anzupassen, indem sie den Handel in Englisch abwickeln.

Weiterhin gilt, dass die USA die führende Wissenschaftsnation sind, was sich in vielen Indikatoren, z. B. der Anzahl der Nobelpreise, die an amerikanische Forscher insgesamt, vor allem aber in der Zeit von 1945 bis zur Gegenwart, vergeben wurden oder in dem guten Abschneiden der amerikanischen Universitäten in den weltweiten „rankings“ manifestiert. Entsprechend erfolgen in vielen Wissenschaftsgebieten die wichtigsten Publikationen in englischer Sprache. Wissenschaftler in anderen Ländern müssen sich, wenn sie im Wettbewerb bestehen wollen, der englischen Sprachhegemonie anpassen. Für zwei Wissenschaftsgebiete kann ich die Dominanz der englischen Sprache mit Daten unterfüttern.

¹¹ Weitere Länder haben eine andere Amtssprache, verfügen aber über Englisch als Verkehrssprache: Somaliland in Afrika, Malaysia, Israel und Hongkong in Asien, Zypern und Gibraltar in Europa sowie St. Martin in Mittelamerika.

Tabelle 3.1: Wissenschaftliche Artikel im Fach Chemie in verschiedenen Sprachen (1978 bis 1998, in Prozent)

	1978	1982	1987	1992	1998
Englisch	62.3	67.6	73.0	79.3	82.5
Russisch	19.5	16.5	12.0	7.6	3.1
Japanisch	4.7	4.2	4.5	4.7	4.5
Deutsch	5.0	3.8	2.9	2.3	1.6
Chinesisch	0.3	1.7	2.7	3.2	5.9
Französisch	2.4	1.6	1.1	0.6	0.5
Polnisch	1.1	0.6	0.6	0.4	0.3
Andere Sprachen	4.7	4.0	3.2	1.9	1.6
Anzahl	363,196	382,257	384,141	430,247	559,009

Quelle: Laponce (2003): Grundlage der Auswertung: „Chemical Abstracts“

Der Anteil der Artikel, die im Fach Chemie in Englisch publiziert wurden, lag Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts mit 62 % schon recht hoch, hat sich dann aber nochmals auf 82,5 % Ende der 90er Jahre gesteigert. Die Dominanz des Englischen gilt aber nicht nur für die Naturwissenschaften; in der Soziologie zeigt sich eine ähnliche Entwicklung, wie Schaubild 3.1 zeigt.

Die USA, bzw. die USA und Großbritannien, dominieren ebenfalls den Bereich der Kulturindustrie (Bücher, Zeitungen, Periodika, Musik, audiovisuelle Medien und bildende Kunst): Größter Exporteur mit 8,5 Milliarden US-Dollar war 2002 Großbritannien, gefolgt von den USA mit 7,6 Milliarden. Größter Importeur waren 2002 die USA mit 15,3 Milliarden US-Dollar, doppelt soviel wie der zweitgrößte Importeur Großbritannien (7,8 Milliarden), gefolgt von Deutschland an dritter Stelle mit 4,1 Milliarden US-Dollar (Unesco Institute for Statistics 2005). Hinzu kommt die Dominanz des Englischen im „World Wide Web“; will man sich umfassend informieren, ist es sinnvoll, Englisch zu verstehen.

Schaubild 3.1: Wissenschaftliche Artikel im Fach Soziologie in englischer Sprache (1960 bis 2007, in Prozent)



Quelle: Eigene Erhebung und Berechnung. Grundlage: „Sociological Abstracts“; berücksichtigt wurden nur Artikel in „Peer Review Journals“.

Die nur an wenigen Beispielen illustrierte englischsprachige Dominanz in vielen gesellschaftlichen Bereichen hat keinen Einfluss auf die Amtssprachen, die die Nationalstaaten als ihre Amtssprachen gewählt haben, wohl aber auf die Auswahl der Fremdsprache, die von den Menschen in den Ländern gelernt bzw. von den Ausbildungsinstitutionen angeboten und vermittelt werden. Einer der letzten Schutzwälle gegen die „soft power“ der anglo-amerikanischen Macht und deren Sprache bildete die Sowjetunion. Die Mitgliedsländer der Sowjetunion und die sozialistischen Staaten, die unter dem Einfluss der Sowjetunion standen, waren auch der hegemonialen Stellung des Russischen unterworfen. Die Bürger im so genannten Ostblock lernten als erste Fremdsprache in erster Linie Russisch, sei es, weil dies im Curriculum der Ausbildungsinstitutionen so vorgesehen war, sei es freiwillig, weil sie sich von dieser Sprachkompetenz Vorteile versprachen. Der Zusammenbruch der Einflussosphäre der Sowjetunion, die gewonnene Selbstständigkeit der mittel- und osteuropäischen Länder und ihre zunehmende Orientierung Richtung Westeuropa spiegeln sich in einer Umorientierung in den Fremdsprachenpräferenzen wider. Die folgende Tabelle, die sich auf

den Prozentsatz der Schüler in Ungarn, die verschiedene Fremdsprachen lernen, bezieht, bringt dies eindrucksvoll zum Ausdruck. Innerhalb von sieben Jahren ist der Anteil der Russisch lernenden Schüler von 81,3 % auf 3,7 % gesunken.

Tabelle 3.2: Entwicklung der Anzahl der Schüler für unterschiedliche Fremdsprachen in Ungarn (in Prozent, 1989-1997)

	1989-91	1990-91	1991-92	1992-93	1993-94	1994-95	1995-96	1996-97
Englisch	34.2	41.2	47.4	53.0	56.3	58.1	60.2	61.8
Deutsch	28.0	34.5	41.5	46.1	48.7	50.5	51.9	53.4
Französisch	6.9	8.3	9.0	9.1	8.8	8.3	8.0	7.7
Russisch	81.3	57.1	32.8	17.6	10.7	7.2	5.2	3.7
N	273,392	291,779	309,289	322,912	330,586	337,301	349,299	361,395

Quelle: Fodor & Peluau (2003: 85-98). Die Zahlen beziehen sich auf „High Schools“; die Spalten summieren sich nicht zu 100 %, da die Schüler mehrere Fremdsprachen lernen können.

Das Beispiel illustriert nochmals eindrucksvoll das allgemeine Argument, das diesem Kapitel zugrunde liegt. Die Sprachenordnung ist – in evolutions-theoretischer Terminologie formuliert – ein Parasit der gesellschaftlichen Ordnung; ändert sich der Wirt, ändert sich der Parasit. Die gesellschaftliche Ordnung ist wiederum eine hierarchisch gegliederte Ordnung mit Zentrum und Peripherie; die Stärke und Schwäche der Einzelsprachen ist weitgehend ein Spiegelbild dieser hierarchisch strukturierten Weltordnung. Die Vormachtstellung des Englischen geht deswegen zum einen auf die Dominanz des Britischen Empires zurück, die zur Folge hatte, dass viele Nationalstaaten heute Englisch als Amtssprache benutzen und Englisch von vielen Menschen als Muttersprache gesprochen wird. Da die Transaktionskosten eines Wechsels einer einmal institutionalisierten Sprache sehr hoch sind, haben die ehemaligen Kolonien auch nach ihrer Unabhängigkeit in der Regel die Sprache ihrer früheren Kolonialherren als Amtssprache beibehalten. In Indien z. B., in dem heute Hindi und Englisch die beiden in der Verfassung festgeschriebenen überregionalen Amtssprachen sind, war ursprünglich vorgesehen, dass Englisch ab 1965 den gleichberechtigten Status neben Hindi verlieren sollte. Die geplante Degradierung des Englischen hatte vor allem symbolische Funktion und sollte die Abkehr von der alten Kolonialmacht zum Ausdruck bringen. Da man realisierte, dass der Verzicht auf Englisch mit sehr hohen Kosten verbunden sein würde, hat man von dem ursprünglichen Plan aber Abstand genommen.

Die Hegemonie des Englischen ist zum Zweiten eng verknüpft mit der Vormachtstellung der USA vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, die diese in vielen gesellschaftlichen Bereichen erreicht haben. Die Dominanz der USA wirkt wie eine „soft power“, die es für viele Länder opportun macht, Englisch als erste Fremdsprache in ihren Ländern zu institutionalisieren. Betrachtet man die beiden in Kapitel 2.2 und 2.3 skizzierten Entwicklungsstränge – Nationalstaatsbildung und sprachliche Homogenisierung einerseits, Struktur der Weltgesellschaft und die Hegemonie des Englischen andererseits – zusammen, dann ergibt sich daraus das von Abram de Swaan (2001b) gezeichnete Bild eines „Global Language System“. Dieses besteht aus vier Ebenen:

a) In der *Peripherie* des Systems befinden sich die vielen Sprachen, die meist von wenigen Sprechern gesprochen werden, die in geringem Maße institutionalisiert sind, häufig keine Schriftsprachen sind und in aller Regel Minderheitensprachen innerhalb von Nationalstaaten bilden. Die Anzahl der peripheren Sprachen ist sehr hoch, die jeweilige Sprecherzahl eher gering (vgl. die Daten in Crystal 2000: 15). Eine Kommunikation zwischen verschiedenen peripheren Sprachen erfolgt in der Regel nicht direkt, sondern wird über die Relaisstation der zentralen oder superzentralen Sprachen vermittelt.

b) Gleichsam in der Mitte des Systems befinden sich die Amtssprachen der Nationalstaaten, die de Swaan als *Zentralsprachen* bezeichnet. Diese haben sich im Prozess der Nationalstaatsbildung entwickelt, sind in hohem Maße institutionalisiert, insofern es sich um Schriftsprachen handelt, die von den Nationalstaaten gepflegt und überwacht werden und in denen die Ausbildung und die öffentliche Kommunikation (Medien, Literatur) stattfindet. Sie bilden zudem meist ein Merkmal nationaler Identität. Die Etablierung der Zentralsprachen hat die Minderheitensprachen in den meisten Fällen in die Peripherie verdrängt. Die Anzahl der Zentralsprachen wird von de Swaan auf ca. 100 beziffert, ist also im Vergleich zu den peripheren Sprachen sehr gering; die Anzahl der Sprecher dieser Sprachen deckt aber ca. 95 % der Bevölkerung ab (vgl. auch Crystal 2000: 15).

c) Als *superzentrale Sprachen* bezeichnet de Swaan (2001b) die Zentralsprachen, die in mehreren Nationalstaaten als Muttersprache und in anderen Ländern von vielen Bürgern als Fremdsprache gesprochen werden. Häufig

handelt es sich bei den superzentralen Sprachen um die Sprachen ehemaliger Kolonialmächte. Die Anzahl der superzentralen Sprachen ist sehr niedrig (Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Deutsch, Hindi, Japanisch, Malaiisch, Portugiesisch, Spanisch und Suaheli), die Anzahl der Sprecher sehr hoch.

d) Eine Sprache sticht aus der Gruppe der Superzentralsprachen nochmals hervor und wird von de Swaan (2001b) als *Hyperzentralsprache* bezeichnet. Es handelt sich um Englisch und dies auf Grund der Tatsache, dass es nicht nur viele Menschen gibt, die Englisch als Erstsprache sprechen, sondern die Englisch aus den eben dargelegten Gründen als erste Zweitsprache gelernt haben. Englisch ist zwar nicht die meist gesprochene Muttersprache, dies ist Chinesisch bzw. Mandarin mit ca. 1,2 Milliarden Sprechern. Addiert man aber alle Menschen, die entweder Englisch als Muttersprache, als zweite Muttersprache oder als Fremdsprache sprechen können, dann kommt man weltweit auf eine geschätzte Zahl von etwa 1,5 Milliarden Menschen, also ungefähr einem Viertel der Weltbevölkerung im Jahr 2000 (Crystal 2003: 6).

Bilanzieren wir kurz die Ergebnisse dieses Kapitels. Die institutionalisierte Sprachenordnung in Europa besteht aus einer nach Nationalstaaten gegliederten, sprachlich segmentierten Struktur. Die inner-nationalstaatliche sprachliche Heterogenität ist sehr gering, da die meisten Mitgliedsländer nur eine Amtssprache zugelassen haben; die zwischen-staatliche Heterogenität ist fast maximal. Diese Struktur ist das Ergebnis eines historischen Prozesses, der eng verkoppelt ist mit der Entstehung und Verfestigung der Nationalstaaten in Europa. Eine Verständigung über die nationalstaatlichen Container hinaus ist damit nur möglich, wenn die Menschen über Fremdsprachenkompetenz verfügen, also die Sprachen, die in anderen Mitgliedsländern gesprochen werden, beherrschen.

Zugleich haben wir gesehen, dass nicht jede Sprache gleich bedeutend ist. Mächtige Nationalstaaten bzw. solche, die in der Vergangenheit einflussreich waren, bestimmen die internationale Sprachenordnung insofern, als ihre welthegemoniale Stellung auch ihrer jeweiligen Sprache eine hegemoniale Stellung einräumt. Die Vormachtstellung des Britischen Empires und die der USA im 20. Jahrhundert haben dazu geführt, dass dem Englischen eine besondere Bedeutung zukommt. Zwar ist Englisch in Europa nur in Großbritannien, Irland und Malta als Amtssprache institutionalisiert, die

weltweite Bedeutung des Englischen macht es aber zu der Sprache, deren Kommunikationsnutzen am höchsten ist (de Swaan 1993; 2001a; 2001b). Menschen, die mit anderen Personen in anderen Ländern kommunizieren wollen, tun unter diesen Kontextbedingungen gut daran, nicht nur ihr transnationales Kapital generell zu erhöhen, sondern vor allem Englisch zu lernen. Die These, dass der antizipierte Kommunikationsnutzen einer Fremdsprache den Erwerb einer Fremdsprache beeinflusst, ist von Abram de Swaan (1993; 2001a; 2001b) ausformuliert worden. Menschen lernen die Fremdsprache, mit der sie möglichst viele für sie relevante Kommunikationspartner erreichen können.

3.2 Die Europäisierung und Globalisierung der nationalstaatlich verfassten Gesellschaften Europas

Solange die Nationalstaaten gleichsam selbstgenügsame Container sind, in denen der größte Teil der Austauschprozesse innerstaatlich verläuft, gibt es wenig Anreize, die Sprachen anderer Länder zu lernen. Je stärker aber Gesellschaften mit anderen, andere Sprachen sprechenden Gesellschaften vernetzt sind, desto wertvoller wird die Fähigkeit, mehrere Sprachen zu beherrschen. Ich werde im Folgenden nachzeichnen, wie der europäische Einigungsprozess auf den Grad der Vernetzung der europäischen Mitgliedsländer eingewirkt hat und sich die Gesellschaften Europas im Kontext von Globalisierungsprozessen transnationalisiert haben. Man kann sich bei der Darstellung auf eine Fülle von empirischen Befunden und Überblicksdarstellungen beziehen und sich entsprechend auf eine Systematisierung der Befunde konzentrieren.

Der Prozess der Europäisierung nationalstaatlich verfasster Gesellschaften findet in vier verschiedenen, miteinander verflochtenen Dimensionen statt. In allen Dimensionen hat im Zeitverlauf eine Zunahme an Europäisierung stattgefunden, auch wenn dieser Prozess nicht gradlinig verlaufen ist. Immer wieder gab es Brüche, retardierende Momente und rückläufige Bewegungen. Die kurzfristigen Schwankungen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die langfristige Entwicklung in Richtung einer Zunahme der Europäisierung gelaufen ist (aus historischer Perspektive vgl. dazu Kaelble 2007).

3.2.1 *Europäisierung als Aufbau eines europäischen Herrschaftsverbandes*

Europäische Integration manifestiert sich zum einen im *Aufbau und in der Ausdehnung der verschiedenen politischen Institutionen der EU*, die von den Nationalstaaten mit Herrschaftsrechten ausgestattet worden sind und einen Teil der Souveränitätsrechte der Nationalstaaten übernommen haben. Europäisierung auf dieser Ebene bedeutet, dass die Kompetenzen der europäischen Institutionen und ihre Organisationsstärke im Zeitverlauf ausgedehnt wurden und dies auf Kosten der nationalen Parallelinstitutionen. Dieser Prozess lässt sich für alle europäischen Institutionen nachzeichnen und ist in politikwissenschaftlichen Handbüchern hinreichend gut beschrieben worden (für viele andere Kohler-Koch, Conzelmann & Knodt 2004; Wessels 2008; Börzel & Risse 2002). Ich fasse die Befunde für die wichtigsten Institutionen kurz zusammen.

Der Europäische Rat: Der Europäische Rat ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU. Die Staats- und Regierungschefs haben sich bis 1969 nur zu zeremoniellen Anlässen getroffen. Auf einem Gipfeltreffen in Den Haag 1969 wurden zum ersten Mal konkrete inhaltliche Themen besprochen. Da dieses Treffen ein Erfolg war, kam es in den folgenden Jahren in unregelmäßigen Abständen zu ähnlichen Treffen. 1974 wurde vereinbart, sich alle vier Monate zu treffen. In die Verträge wurde der Europäische Rat als Institution der EU erst 1987 mit der Einheitlichen Europäischen Akte aufgenommen. Die zentrale Aufgabe des Europäischen Rats besteht in der Formulierung allgemeiner politischer Zielvorstellungen und Impulse für die Weiterentwicklung der EU und in der Lösung von Konflikten, die auf Ministerebene, also im Rat der Europäischen Union, nicht gelöst werden können. Und in der Tat ist der Europäische Rat zunehmend zum Impulsgeber für die Weiterentwicklung der EU geworden. Im Laufe der Zeit „hat sich der Europäische Rat über einen ‚Debattierclub‘ hinaus zu einem programmatischen Leitliniengeber mit nachhaltiger Wirkung für die Gestaltung mehrerer zentraler Politikfelder der EU entwickelt“ (Wessels 2008: 163). Im Vertrag von Lissabon ist vorgesehen, dass der Europäische Rat nun auch offiziell zu einem Organ der EU wird und sich viermal im Jahr trifft.

Rat der Europäischen Union: Der Rat der Europäischen Union (Ministerrat) ist das wichtigste Entscheidungsorgan der Europäischen Union. Er setzt sich aus den Vertretern jedes Mitgliedsstaats auf Ministerienebene zusammen. Zu seinen zentralen Aufgaben gehören, europäische Rechtsvorschriften zu erlassen (in vielen Bereichen zusammen mit dem Parlament), die Abstimmung über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedsstaaten, das Abschließen von internationalen Übereinkünften mit anderen Staaten außerhalb der EU und mit internationalen Organisationen, die Genehmigung des Haushaltsplans der EU (zusammen mit dem Parlament) und die Mitarbeit bei der Entwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Schaut man sich die Entwicklung des Rats im Zeitverlauf an, dann sieht man, dass die Mitgliedsstaaten die vertraglich festgelegten Aufgaben des Rates und die Politikfelder, für die er zuständig ist, kontinuierlich ausgedehnt haben (Wessels 2008: 191). Die Bedeutungszunahme des Rates findet vor allem in der Zeit seit der Gründung der EU bis zum Jahr 1990 statt und manifestiert sich in einer Reihe von Indikatoren: Die Anzahl der Ratsformationen hat sich in dem beschriebenen Zeitraum erhöht; heute gibt es neun verschiedene Ratsformationen;¹² die Anzahl der Sitzungen pro Jahr und die der verschiedenen Arbeitsgruppen hat sich ebenfalls erhöht; gewachsen ist auch die Anzahl der Politikbereiche, in denen einzelne Mitglieder überstimmt werden können (vgl. die Daten in Wessels 2008: 199, 212).

Europäische Kommission: Die heutige Europäische Kommission geht auf die Hohe Behörde, die im Rahmen der Gründung der EGKS 1952 geschaffen wurde, zurück. Ihr oblag der Vollzug der Beschlüsse der Montanunion. Der Hohen Behörde gehörten acht Mitglieder an, die von den Mitgliedsländern benannt wurden und ein neuntes Mitglied, das von der Behörde gewählt wurde. Mit der Gründung der EWG und von Euratom 1958 wurden auch zwei neue Kommissionen eingerichtet. 1967 wurden die Hohe Behörde der EGKS und die Kommissionen von EWG und Euratom im

¹² Um die Vielfalt nicht ausufern zu lassen, hat der Europäische Rat von Sevilla 2002 beschlossen, die Anzahl der Ratsformationen auf neun zu begrenzen. Zugleich hat aber eine Binnendifferenzierung der Räte stattgefunden. Eine Ratsformation umfasst mehrere Fachminister, die für unterschiedliche Politikfelder zuständig sind. Insofern ist die schiere Anzahl an Ratsformationen noch kein guter Indikator für die Ausdehnung der Politikfelder, für die der Rat zuständig ist (vgl. Wessels 2008: 199).

Rahmen des EG-Vertrags zur Europäischen Kommission zusammengeschlossen. Mit dem Amsterdamer Vertrag (1999) wurden die Kompetenzen der Kommission erweitert. Die Kommission hat das alleinige Gesetzesinitiativrecht, sie ist für die Einhaltung der Verträge verantwortlich, wirkt an der Umsetzung der Beschlüsse des Rates der EU und des Europäischen Parlaments mit und vertritt die EU nach außen. Zudem formuliert die Kommission in Form der so genannten Weiß- und Grünbücher Empfehlungen für ein Tätigwerden der Gemeinschaft in bestimmten Politikbereichen; die Anzahl der verabschiedeten Empfehlungen hat sich im Zeitverlauf deutlich erhöht (vgl. die Zahlen in Wessels 2008: 233). Auch die Kompetenzbereiche der EU haben sich im Zeitverlauf zunehmend ausgedehnt; damit einher geht ein Wachstum der Institution selbst: die Menge der Generaldirektionen, Kommissare und Ausschüsse ist ebenso gewachsen wie das Verwaltungspersonal der Kommission insgesamt.

Europäisches Parlament: Im Rahmen der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl traf sich 1952 auch eine parlamentarische Versammlung auf europäischer Ebene; diese bestand aus Abgeordneten aus den nationalen Parlamenten; die Versammlung war nur beratend tätig. Mit der Gründung der EWG und von Euratom war die parlamentarische Versammlung der EGKS jetzt für alle drei Gemeinschaften zuständig und wurde auf 142 Abgeordnete erweitert; sie erhielt aber keine neuen Kompetenzen. Als die Europäische Gemeinschaft 1971 eigene Finanzmittel erhielt, wurde die Versammlung an der Aufstellung und der Verabschiedung des Haushaltsplans beteiligt, allerdings nicht im Bereich der Ausgaben für die Agrarpolitik. Seit Ende der siebziger Jahre gewann das Europäische Parlament dann schrittweise an Bedeutung. 1979 fanden die ersten direkten Europawahlen statt. 1986 kam es durch die Einheitliche Europäische Akte erstmals zu einer wichtigen Kompetenzerweiterung für das Parlament: Das Parlament war nun an der allgemeinen Gesetzgebung beteiligt und konnte offiziell Änderungsvorschläge an Gesetzentwürfen machen, auch wenn nach wie vor die letzte Entscheidung beim Ministerrat blieb. Dies änderte sich – wenigstens in einigen Politikbereichen – 1992 mit dem Vertrag von Maastricht. In diesem wurde nun für einige Politikbereiche das Mitentscheidungsverfahren eingeführt. Durch die Verträge von Amsterdam 1997 und Nizza 2001 schließlich wurde das Mitentscheidungsverfahren ausgeweitet, sodass

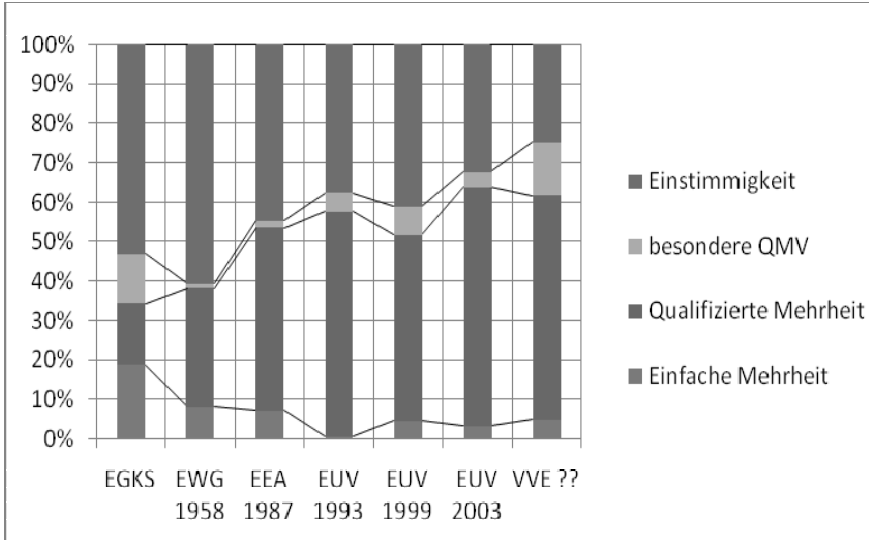
es nun auf einen Großteil der Politikbereiche der Europäischen Union Anwendung findet.

Europäischer Gerichtshof: Der Europäische Gerichtshof wurde im Jahr 1952 durch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. Er war zunächst für Streitigkeiten innerhalb des EGKS-Vertrages zuständig. Nach Gründung der EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft im Jahr 1957 war der EuGH für sämtliche Streitigkeiten aufgrund der drei Verträge zuständig. Mit jeder Ausdehnung des europäischen Rechts haben sich auch die Aufgaben des Europäischen Gerichtshofs erweitert, da die einheitliche Auslegung des europäischen Rechts die zentrale Aufgabe des Gerichts ist. Zudem hat sich die Organisationsstruktur des Gerichts vergrößert: Im Jahr 1989 wurde zur Entlastung des Gerichtshofs das Europäische Gericht erster Instanz geschaffen. Seit dem Jahr 2005 besteht zusätzlich das Gericht für den öffentlichen Dienst, das für Rechtsstreitigkeiten zwischen der Gemeinschaft und ihren Beamten und Bediensteten zuständig ist. Die Institution selbst wie auch die Menge der Rechtsprechung hat sich im Zeitverlauf kontinuierlich ausgedehnt.

Innerhalb der Politikwissenschaft gibt es zwei unterschiedliche Positionen der Interpretation der Institutionen der EU. Intergouvernementalisten betonen, dass die Institutionen der EU unter der Kontrolle der Regierungen der Nationalstaaten stehen, die Nationalstaaten also in den Kernbereichen von Politik weiterhin das letzte Wort haben (Moravcsik 1993). Supranationalisten und Neofunktionalisten haben hingegen zu zeigen versucht, dass die Institutionen der EU eine eigenständige Machteinheit geworden sind, die die Souveränität der Nationalstaaten ersetzt hat (Sweet & Sandholtz 1998). Betrachtet man die Entwicklung der Institutionen der EU im Zeitverlauf, würden sicherlich auch Intergouvernementalisten zustimmen, dass sich die Herrschaftsbefugnisse der europäischen Institutionen kräftig ausgedehnt haben. Auch wenn einige der Institutionen, wie der Europäische Rat und der Ministerrat, eine intergouvernementale Struktur aufweisen, gilt auch für diese Institutionen, dass die Menge an Entscheidungen, in denen einzelne Länder überstimmt werden können, gestiegen ist. Das folgende Schaubild macht dies deutlich. Im Ministerrat, an sich die prototypische intergouvernementale Institution der EU, kann nach unterschiedlichen Regeln abgestimmt werden. Betrachtet man die verschiedenen Abstimmungsregeln im

Zeitverlauf, dann sieht man, dass der Anteil der Beschlüsse, die einstimmig gefällt werden müssen, im Zeitverlauf rückläufig ist. Die Vetomacht der Mitgliedsländer wird also zunehmend zu Gunsten von Mehrheitsentscheidungen eingeschränkt.

Schaubild 3.2: Entwicklung der Entscheidungsverfahren im Ministerrat¹³



Quelle: Wessels (2008: 195)

¹³ EGKS – Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EWG – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EEA – Einheitliche Europäische Akte, EUV – Vertrag über die Europäische Union, VVE – Vertrag über eine Verfassung für Europa. Bei der einfachen Mehrheit hat jeder Mitgliedstaat eine Stimme. Eine qualifizierte Mehrheit ist nach dem EUV bei der Mehrheit der Mitglieder (14 MS) oder 255 (74 % von 345) der gewogenen Stimmen (orientieren sich an der Bevölkerungszahl des jeweiligen MS) und auf Antrag, wenn 62 % der Bevölkerung der EU von den zustimmenden Staaten repräsentiert sind, erreicht, bzw. nach dem VVE bei einer Mehrheit von mindestens 55 % der Mitglieder (min. 15 MS) oder wenn 65 % der Bevölkerung repräsentiert sind. Bei der besonderen qualifizierten Mehrheitsentscheidung werden mehrere Regelwerke gezählt: qualifizierte Mehrheit mit 72 % der Mitglieder und 65 % der Bevölkerung, wenn Entscheidungen nicht auf Vorschlag der Kommission oder des Außenministers gefällt werden (nach Art. I-25 VVE), qualifizierte Mehrheitsentscheidungen, ausgenommen der betroffene MS (QM minus 1), qualifizierte Mehrheitsentscheidungen, an denen nur eine Gruppe bestimmter Staaten beteiligt ist, wie z. B. verstärkte Zusammenarbeit oder Entscheidungen der Eurogruppe.

3.2.2 *Europäisierung als territoriale Ausdehnung des Herrschaftsraums*

Eine Europäisierung der Gesellschaften Europas manifestiert sich neben dem Aufbau eines supranationalen Herrschaftsverbandes auch in einer schrittweisen territorialen Ausdehnung des Herrschaftsraumes der EU, also in dem Prozess der Erweiterung der Anzahl der Mitgliedsländer. Die Länder Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande bilden bekanntlich die Gründungsländer. 1973 traten Großbritannien, Dänemark und Irland der Gemeinschaft bei; 1981 folgte Griechenland, 1986 Portugal und Spanien, 1990 mit der deutschen Wiedervereinigung die frühere DDR sowie schließlich 1995 Österreich, Schweden und Finnland. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Einflussphäre entstand ab 1990 die Option der Osterweiterung der EU. Die EU hat diese Chance der Ausdehnung ihrer Hegemonie u. a. auf Kosten Russlands erfolgreich genutzt. 14 Jahre später, zum 1. Mai 2004 sind zehn, meist mittel- und osteuropäische Länder der EU beigetreten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern); 2007 folgten Bulgarien und Rumänien.

Der Herrschaftsbereich der EU-Institutionen hat sich damit seit seiner Gründung kontinuierlich ausgedehnt. Für alle diese Länder gilt, dass sie in gleichem Maße dem Willen und den Beschlüssen der Institutionen der EU unterworfen sind. Alle Rechtsakte der EU, die für alle Mitgliedsländer verbindlich sind – *Acquis communautaire* – müssen von allen Ländern, die Mitglied der EU werden wollen, übernommen werden, so dass die Ausdehnung der EU nicht allein eine territoriale Erweiterung darstellt, sondern eine Ausdehnung eines einheitlichen Herrschaftsraums. Zugleich haben die Institutionen der EU mit der territorialen Ausdehnung sich selbst vergrößert und ihre Herrschaftsbefugnisse ausgedehnt.

3.2.3 *Europäisierung als die rechtliche Schaffung eines einheitlichen europäischen Sozialraumes*

Die neu geschaffenen europäischen Institutionen sind kein Selbstzweck. Sie wirken mit ihrer Politik auf die Mitgliedsländer – und im Zeitverlauf auf zunehmend mehr Länder – ein. Sie tun dies in immer mehr Politikfeldern, mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Sozialraums, eines Interaktionsraumes also, der immer weniger nationalstaatlich begrenzt

ist. Die damalige EWG ist mit den Römischen Verträgen mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes gegründet worden. Und die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes ist bis heute das zentrale Ziel der EU. Insofern beziehen sich die meisten Maßnahmen auf die Herstellung einer gemeinsamen Volkswirtschaft „Europa“. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, diesen dritten Bereich von Europäisierung auch nur annäherungsweise vollständig darzustellen. Folgende Rechtssetzungen sind für die Herstellung eines einheitlichen europäischen Sozialraums, der dann auch die Frage der Fremdsprachenkompetenz zu einer bedeutsamen Frage werden lässt, von besonderem Belang.

a) Abbau der Zölle: 1959 beginnt bereits der schrittweise Abbau der Zölle innerhalb der EWG. Die Zollunion tritt 1968 in Kraft; damit werden die Zölle im Handel innerhalb der EWG endgültig aufgehoben. Für den Handel mit Drittländern gilt ein gemeinsamer Zolltarif. Der Abbau der Zölle senkt die Transaktionskosten des Handels innerhalb der EU und macht zudem die Kosten des Handels besser kalkulierbar.

b) Gemeinsamer Binnenmarkt: Die Abschaffung der Zölle hat zwar zu einer Verbesserung des europäischen Güterausbaus geführt, eine Vielzahl von nichttarifären Handelshemmnissen wie die unterschiedlichen Produktionsnormen oder unterschiedliche Zulassungsverfahren haben den freien Warenverkehr aber eingeschränkt. Mit der *Einheitlichen Europäischen Akte* von 1987 wird ein gemeinsamer europäischer Binnenmarkt implementiert. Kernstück des Vertrages sind die so genannten vier Freiheiten: Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital sollen sich in der EU genauso frei bewegen können, wie es bisher innerhalb der nationalen Volkswirtschaften der Fall gewesen war.

Für unsere Fragestellung ist die Freizügigkeit von Personen besonders interessant. Danach haben alle Bürger der EU die Freiheit, in jedem Mitgliedstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen. Diese Regelung umfasst neben dem eingewanderten Beschäftigten Ehegatten, Kinder unter 21 Jahren sowie weitere Verwandte in auf- und absteigender Linie, denen der Beschäftigte Unterhalt gewährt. Die Freizügigkeitsregel gilt analog für Selbstständige (Niederlassungsrecht). Im Kontext der Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes wurde auch die Freizügigkeit für Nichterwerbstätige wie Studierende und Rentner aus-

gedehnt; zudem wurden die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen und die Übertragung der in einem anderen Mitgliedsland erworbenen sozialen Ansprüche vereinbart. All diese Maßnahmen haben ein Ziel: die nationalstaatlichen Container für die Bürger durchlässiger zu machen und zu europäisieren.

c) Gemeinsame Währung: Mit der Einführung der „Währungsschlange“ 1972 werden die Wechselkursschwankungen innerhalb der EU begrenzt, ein erster Schritt hin zur gemeinsamen Währung. 1999 wird der Euro als offizielle Währung für den bargeldlosen Handel an den Börsen und 2002 als Bargeld in elf EU-Staaten eingeführt. Heute ist der Euro in 16 EU-Ländern die offizielle Währung. Auch für die gemeinsame Währung gilt, dass sie wirtschaftliche Transaktionen preisgünstiger und zugleich verlässlicher macht, weil sie nicht mehr von Wechselkursschwankungen abhängig sind und damit den europäischen Handel und auch die Mobilität erleichtern.

d) Aufhebung der Kontrolle des Personenverkehrs: Im so genannten Schengener Abkommen (1985) haben zuerst fünf europäische Staaten beschlossen, auf Kontrollen des Personenverkehrs an ihren gemeinsamen Grenzen zu verzichten. Diesem Abkommen haben sich Schritt für Schritt immer mehr, mittlerweile 28 Länder angeschlossen. Von den EU-Ländern nehmen nur das Vereinigte Königreich und Irland begrenzt am Schengener Abkommen teil. Für Bulgarien, Rumänien und Zypern gelten nur bestimmte Bedingungen des Abkommens; eine Abschaffung der Grenzkontrollen ist für diese drei Länder für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. Zusätzlich gilt das Abkommen für die Nicht-EU-Staaten Island, Norwegen und die Schweiz. Während innerhalb des Schengen-Gebietes die Personenkontrollen weggefallen sind, werden Personen an den Außengrenzen zu Drittstaaten nach einem einheitlichen Standard kontrolliert.

e) Gemeinsame Staatsbürgerschaft: Mit dem Vertrag von Maastricht von 1992 ist jeder Staatsbürger eines der EU-Mitgliedsländer Staatsbürger seines Landes und zugleich Staatsbürger der Europäischen Union. Neben dem bereits besprochenen Recht auf Freizügigkeit im gesamten Gebiet der EU haben die Bürger das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunal- und Europawahlen und das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz. Auch diese Maßnahmen sollen u. a. die Mobilität innerhalb Europas

verbessern helfen. Hinzu kommt die symbolische Bedeutung, die mit einer Unionsbürgerschaft verbunden ist. Alle Bürger Europas werden als Gleiche behandelt, die Differenzen zwischen den nationalstaatlichen Staatsbürgerschaften werden europäisiert.

Betrachtet man die verschiedenen Rechtssetzungen zusammen, dann weisen sie alle in eine Richtung. Sie zielen ab auf die Ermöglichung eines europäischen Interaktionsraumes, der den Nationalstaat transzendiert und europäisiert. Dies bedeutet nicht, dass es keine binneneuropäischen Hemmnisse einer Europäisierung mehr gibt. Unterschiedliche Besteuerungen und Steuersätze in den Mitgliedsländern, verschiedene Sozialstandards und Durchführungsbestimmungen für die vielen Rechtssetzungen, Probleme bei der Anerkennung von Rentenansprüchen beim Wechsel von einem EU-Land in ein anderes etc. zeigen, dass der nationalstaatliche Container weiterhin wirkungsmächtig ist. Nur im Zeitverlauf hat er durch den Prozess der Europäisierung merklich an Bedeutung verloren. Die Ausdehnung der Verträge, Rechtsordnungen und Politikfelder hat zugleich zu einer Stärkung der Europäischen Institutionen und ihrer Herrschaftsbefugnisse geführt.

3.2.4 Europäisierung als Transnationalisierung der Gesellschaften der Mitgliedsländer

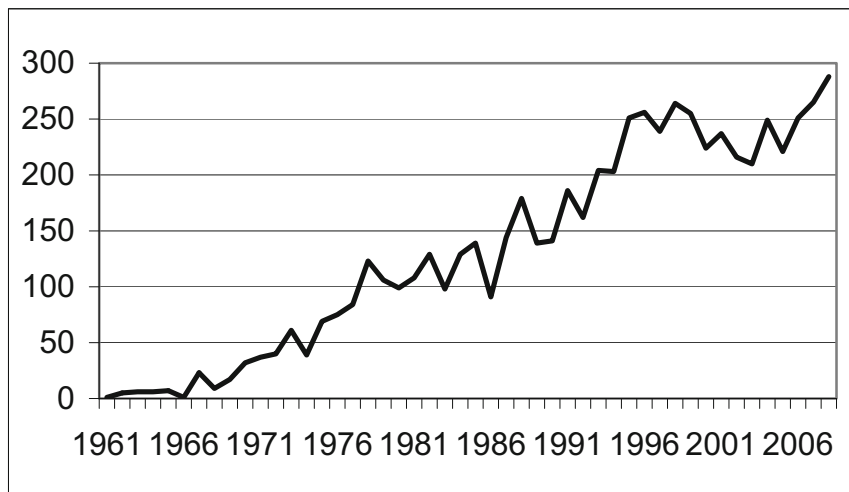
Der Aufbau eines europäischen Institutionensystems, die territoriale Ausdehnung des Herrschaftsraumes und die Zunahme von Rechtsregeln zur Herstellung eines europäischen Interaktionsraumes führen auch realiter zu einer Europäisierung der Gesellschaften Europas, die vierte hier unterschiedene Dimension von Europäisierung. Unser Wissensstand über den Grad der Europäisierung der Gesellschaften der Mitgliedsländer ist deutlich geringer. Dies hat zwei Ursachen. Zum einen geht es hier nicht um den Aufbau von Institutionen und um vertragliche Beschlüsse, sondern um die Effekte der Institutionen und Beschlüsse und diese sind deutlich schwieriger empirisch zu messen. Zum Zweiten fällt die Analyse dieser Dimension von Europäisierung zum Teil in ein anderes Wissenschaftsgebiet, in das der Soziologie. Eine Soziologie der Europäischen Integration ist im Vergleich zur politikwissenschaftlichen Forschung zur Europäischen Integration aber deutlich geringer ausgedehnt; sie hat erst in den letzten Jahren Fahrt aufgenommen und rückt dabei zunehmend den horizontalen Aspekt von Europäisierungsprozessen in den Mittelpunkt (vgl. Bach 2000; 2008; Bartolini 2005;

Crouch 1999; Delhey 2005; Díez Medrano 2003; 2008; Favell 2008; Gerhards 1993; 2007; Haller 2009; Heidenreich 2006; Hettlage & Müller 2006; Lepsius 1990; 1991; Mau 2007; Mau & Verwiebe 2009; Münch 2001; 2008; Münch & Büttner 2006; Vobruba 2005; 2008).

Ich habe für einige gesellschaftliche Bereiche versucht, Daten zur Messung von Europäisierungsprozessen zu erheben und schließe damit an andere Autoren und Arbeiten an (vgl. Gerhards & Rössel 1999; Fligstein & Merand 2002; Fligstein & Stone Sweet 2002; Fligstein 2008a).

a) Beginnen wir mit dem Bereich der Rechtssetzung. Ein Indikator, der zur Messung der Bedeutungszunahme des europäischen Rechts in der Literatur häufig angeführt wird (Beckfield 2006), sind die so genannten Vorabentscheidungsverfahren des Europäischen Gerichtshofs. Der EuGH ist u. a. für die Auslegung der EU-Verträge zuständig. Kommt es im Rahmen von Gerichtsverfahren vor einem Gericht eines Mitgliedsstaates zu einer Auslegungsfrage des EU-Rechts, hat das nationale Gericht die Möglichkeit, die Entscheidung dem EuGH vorzulegen. Handelt es sich um eine letztinstanzliche Entscheidung des nationalen Gerichts, dann muss der EuGH angerufen und ein Vorabentscheidungsverfahren eingeleitet werden. Die Menge der Vorabentscheidungsverfahren indiziert damit indirekt die Menge der EU-Rechtsregelungen. Denn je mehr es davon gibt, desto mehr können sie mit dem nationalen Recht der Mitgliedsländer kollidieren.

Schaubild 3.3: Anzahl der Vorabentscheidungsverfahren des Europäischen Gerichtshofs im Zeitverlauf (1961-2006)

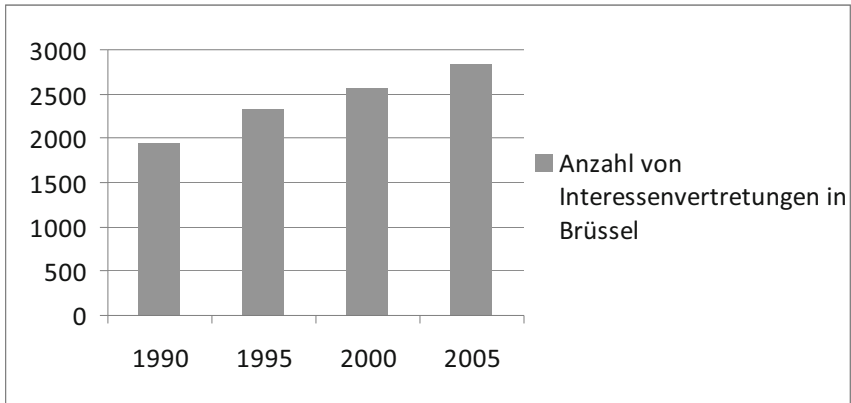


Quelle: Eigene Erhebung auf Grundlage des Europäischen Gerichtshofs (2008).

Der Verlauf der Kurve zeigt eindrücklich, dass die Anzahl der Vorabentscheidungen in der Zeitentwicklung zugenommen hat und damit auch der Grad der rechtlichen Durchdringung der EU-Mitgliedsländer durch Europäisches Recht.

b) Mit der Verlagerung von politischen Entscheidungsbefugnissen von den Mitgliedsländern auf die Institutionen der Europäischen Union ändern sich auch die Bedingungen der Einflussnahme für Interessengruppen und zivilgesellschaftliche Akteure. Wollen diese ihren Interessen Ausdruck verleihen, müssen sie ihr Augenmerk verstärkt auf Brüssel statt auf ihre Nationalstaaten richten. Und in der Tat zeigt sich im Zeitverlauf eine Europäisierung der Interessensgruppen. Schaubild 3.4 zeigt die Anzahl der Interessensgruppen, die bei der EU registriert sind im Zeitverlauf.

Schaubild 3.4: Anzahl der in Brüssel vertretenen Interessengruppen im Zeitverlauf (1990-2005)

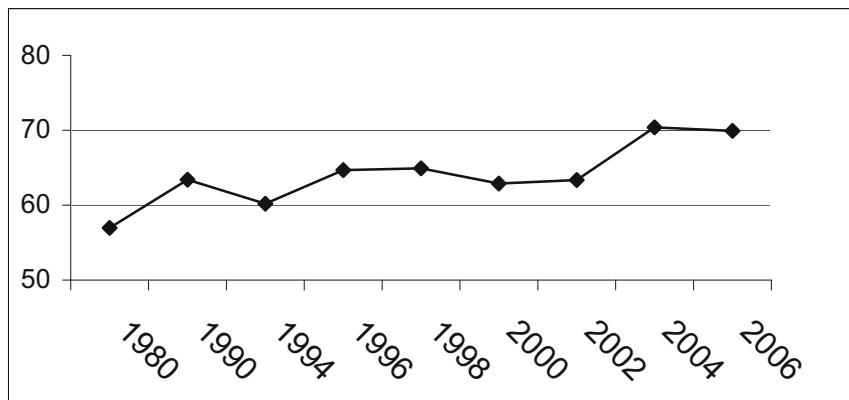


Quelle: Wessels (2008: 281)

In einem relativ kurzen Zeitraum von 15 Jahren hat sich die Anzahl der Interessengruppen von 1.954 auf 2.843 erhöht, ein Anzeichen für die Europäisierung des vorpolitischen Raumes.

c) Ein zentrales Ziel der europäischen Politik ist, wie wir gesehen haben, die Herstellung eines Europäischen Wirtschaftsraumes. Der Erfolg dieser Politik manifestiert sich in einer Vielzahl von Indikatoren (vgl. hierzu vor allem Fligstein 2008a: 62-88). Ein einfacher Indikator zur Messung des Grades der Europäisierung der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer ist der Anteil der EU-Intra-Exporte am Gesamtexport der EU-Länder. Schaubild 3.5 zeigt die Entwicklung für den Zeitraum 1980 bis 2006. 1980 betrug der Anteil bereits 56 %; dieser wird bis zum Jahr 2006 nochmals gesteigert auf einen Wert von fast 69 %. Fast 70 % des Handels mit dem Ausland, den die Länder der EU betreiben, bleibt innerhalb der Grenzen der Mitgliedsländer der EU.

Schaubild 3.5: Verlauf des Anteils der Intra-EU-Exporte am Gesamtexport der Mitgliedsländer der EU (1980 bis 2006)

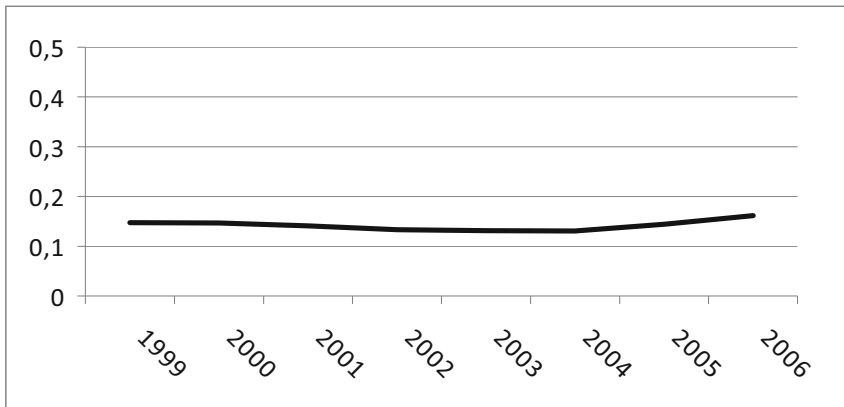


Quelle: Eigene Berechnung auf der Basis von Eurostat (2002, 2006, 2009).

d) Ob und in welchem Maße die Europäisierung der Mitgliedsländer der EU auch die innereuropäische *Mobilität von Personen* erhöht hat, ist empirisch aus mehreren Gründen nicht einfach festzustellen (vgl. Verwiebe 2008).¹⁴ Wir wissen aber, dass der Anteil der EU-Bürger, die in einem anderen EU-Land leben, recht gering ist; er beträgt ca. 1,5 % für alle europäischen Länder und schwankt zwischen 0,5 in Portugal und Finnland einerseits und 5 % in Belgien und Zypern andererseits; in Deutschland sind 2,5 % der Bevölkerung EU-Ausländer (Mau & Verwiebe 2009: 287). Ich habe selbst auf der Basis der verfügbaren Daten die Entwicklung der innereuropäischen Mobilität für acht Länder der EU (Österreich, Deutschland, Belgien, Irland, Niederlande, Portugal, Schweden, Vereinigtes Königreich) für den Zeitraum 1999 bis 2006 rekonstruiert. Dabei ergibt sich folgendes Bild.

¹⁴ Für viele EU-Länder liegen keine verlässlichen Daten über Zuwanderungen bzw. Abwanderungen vor. Wenn Daten vorliegen, dann sehr häufig nicht über einen längeren Zeitraum, so dass man wenig über Trendentwicklungen aussagen kann. Hinzu kommt, dass wir nicht an der Mobilität insgesamt interessiert sind, sondern an den innereuropäischen Wanderungen; dies bedeutet, dass man die Herkunft der Zuwanderer kennen muss, um sie als europäische Migranten klassifizieren zu können; die Herkunft der Zuwanderer ist aber häufig in der amtlichen Statistik nicht ausgewiesen. Trotz dieser Einschränkungen lassen sich folgende Befunde bilanzieren.

Schanbild 3.6: Entwicklung des Anteils der EU-Ausländer in acht europäischen Ländern im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (in Prozent; 1999-2006)¹⁵



Quelle: Eigene Berechnung auf der Grundlage der Daten von Eurostat und OECD.

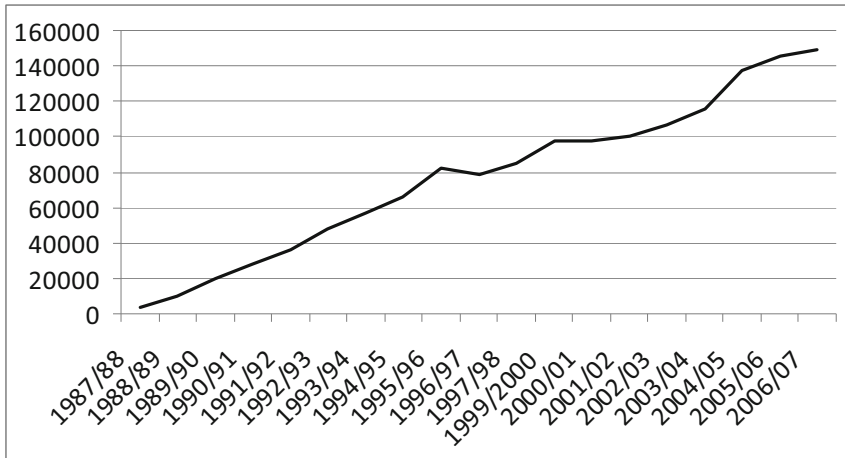
Der Anteil der EU-Ausländer in den ausgewählten acht Ländern ist insgesamt sehr gering. Er flacht sich im Zeitverlauf sogar langsam ab, um dann ab 2004 wieder auf das alte, wenn auch sehr geringe Gesamtniveau anzusteigen. Wir wissen allerdings auch, dass die Mobilität in anderen Ländern der EU deutlich höher ist, als in den acht Ländern, für die systematisch Daten für eine etwas längere Zeitphase vorliegen. Nach der Osterweiterung der EU hat eine Wanderung von Arbeitskräften vor allem aus Polen und den baltischen Ländern in erster Linie nach England, Irland und Schweden stattgefunden; diese Länder hatten keine Übergangsfristen für die Freizügigkeitsregel festgelegt (vgl. Mau & Verwiebe 2009: 287).¹⁶

¹⁵ Erfasst ist der Anteil der Immigranten aus der EU-15 an der Gesamtbevölkerung in den Zielländern Österreich, Belgien, Deutschland, Irland, Niederlande, Portugal, Schweden und Großbritannien. Die Daten beschränken sich auf die ausgewählten Länder, da Daten für die übrigen EU-Mitgliedstaaten nur lückenhaft oder gar nicht verfügbar sind.

¹⁶ Steffen Mau und Roland Verwiebe (2009: 289) haben auf Grund der schlechten Datenlage zur Entwicklung der innereuropäischen Mobilität die Entwicklung der Mobilitätsbereitschaft der Bürger auf der Basis einer Eurobarometerbefragung ausgewertet. Sowohl im Jahr 2001/2002 als auch im Jahr 2005 wurden die Bürger gefragt, ob sie die Absicht haben, in den nächsten fünf Jahren u. a. ins europäische Ausland umzuziehen. Der Anteil der Befragten in den EU-15-Ländern, die diese Frage bejahten, betrug im Jahr 2001 1,5 %, im Jahr 2005

Der Befund einer schwach ausgeprägten innereuropäischen Mobilität gilt in einem etwas geringeren Maße für eine Teilgruppe der Bevölkerung, für die Studierenden. Aber auch für diese Gruppe ist es nicht einfach, verlässliche Daten über die Entwicklung der innereuropäischen Mobilität zu erhalten. Viele der Studierenden gehen im Kontext des Erasmus-Programms ins europäische Ausland.

Schaubild 3.7: Verlauf der Anzahl der Erasmus-Studierenden (1987/1988-2006/2007)



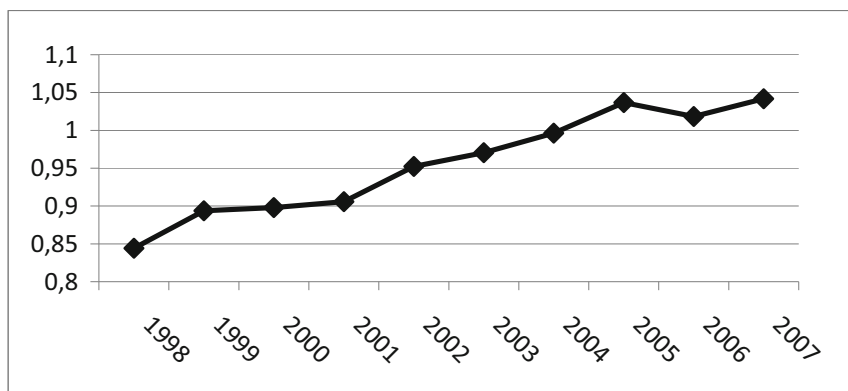
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten der Europäischen Kommission (European Commission 2008)

Wie das Schaubild 3.7 zeigt, ist der Anteil der Erasmus-Studierenden in knapp 20 Jahren von ungefähr 3.000 auf fast 150.000 Studierende pro Jahr angestiegen. Die Kurve überschätzt aber den Anteil der Studierenden im Ausland, weil die Anzahl der Erasmusstudierenden nicht um die Anzahl der Studierenden insgesamt gewichtet ist. Verlässliche Daten über das Verhältnis der Anzahl der Studierenden im europäischen Ausland zur Gesamtmenge der Studierenden über einen längeren Zeitraum und dies für mehrere

2,7 %, wobei die Bürger aus den baltischen Staaten, aus Polen, Frankreich, Irland, Schweden und Finnland eine überdurchschnittliche Mobilitätsbereitschaft äußern. In allen Ländern (außer Italien) ist der Anteil der Mobilitätsbereiten innerhalb der 4 Jahre, die zwischen den beiden Erhebungspunkten liegen, gestiegen.

europäische Länder zu bekommen, ist nicht einfach. Ich habe zumindest für drei europäische Länder – Dänemark, Deutschland und Spanien – die Anzahl der Erasmusstudierenden im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studierenden für den Zeitraum 1998 bis 2007 bestimmt. Das Ergebnis findet sich in Schaubild 3.8.

Schaubild 3.8: Verlauf des Verhältnisses der Anzahl der Studierenden im europäischen Ausland (Erasmus) im Verhältnis zur Anzahl der Studierenden in den Ländern Dänemark, Deutschland und Spanien (in Prozent; 1998-2007).



Quelle: Eigene Berechnung auf der Basis der Daten der Europäischen Kommission und von Eurostat (European Commission 2009; Eurostat Anzahl Studierende o. J.).

Der Anteil der Studierenden, die nicht in ihrem Herkunftsland, sondern im europäischen Ausland mit Hilfe des Erasmusprogramms studieren, ist insgesamt sehr gering. Allerdings hat sich der Anteil innerhalb von 9 Jahren um 20 %, von 0,84 % auf 1,04 %, erhöht. Nicht berücksichtigt sind hier Studierende, die nicht über das Erasmusprogramm in ein anderes europäisches Ausland gehen und solche, die ins Ausland, nicht aber ins europäische Ausland gehen. Der Anteil der Studierenden im Ausland, gleichgültig in welchem Land und über welches Programm organisiert, liegt höher als die in Schaubild 3.8 ausgewiesenen Zahlen. Im Jahr 2005 haben 2,9 % der deutschen Studierenden im Ausland studiert, in Frankreich waren es 2,5 %, in England 1,0 % (vgl. Isserstedt & Link 2008).

Bilanziert man die empirischen Befunde insgesamt, dann scheint die inner-europäische Mobilität der Bürger recht gering zu sein; und sie scheint sich im Zeitverlauf, außer bei den Studierenden, auch nicht sonderlich verändert zu haben. Die Mobilität innerhalb Europas ist damit deutlich geringer als z. B. innerhalb der USA. Einer der Gründe für die geringe Mobilität innerhalb der EU sind sicherlich die Sprachunterschiede zwischen den Ländern. Ich komme darauf gleich nochmals zurück.

Bevor ich die Befunde unserer Analysen des Europäisierungsprozesses bilanzieren, soll kurz noch auf einen zweiten Entwicklungsprozess eingegangen werden, der die Gesellschaften Europas tief greifend verändert und die Notwendigkeit der Mehrsprachigkeit befördert hat.

3.2.5 Globalisierung der Mitgliedsländer der Europäischen Union

Die Gesellschaften Europas sind nicht nur durch den europäischen Einigungsprozess stärker untereinander vernetzt worden, sie sind zugleich im Kontext von Globalisierungsprozessen über den europäischen Rahmen hinaus transnationalisiert worden. Unter Globalisierung versteht man den Prozess der zunehmenden *weltweiten* Verflechtung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen: Wirtschaft, Kommunikation, Kultur, Politik etc. (vgl. Held, McGrew, Goldblatt & Perraton 1999). Europäisierung ist insofern ein Unterfall von Globalisierungsprozessen, als es sich um Transnationalisierungsprozesse handelt, die aber an den Grenzen Europas halt machen, während Globalisierungsprozesse auch die Zunahme der Verflechtung über die europäischen Rahmen hinaus umfassen.

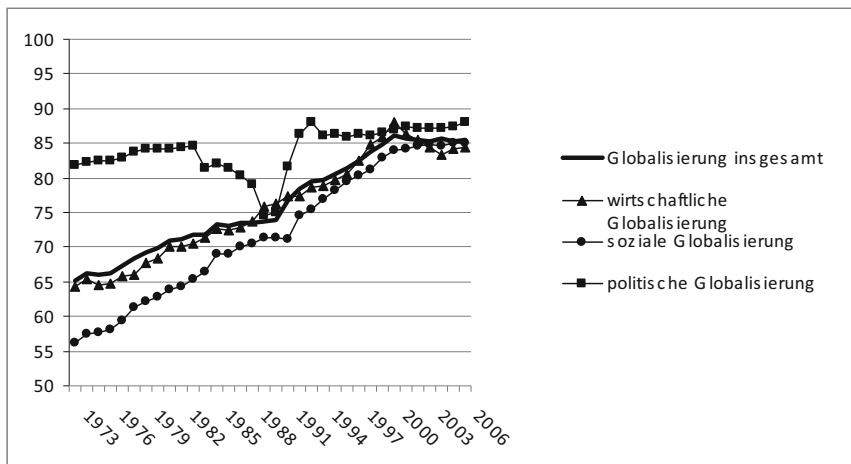
Zur Beschreibung des seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ansetzenden Globalisierungsprozesses liegt nun eine nicht mehr zu überschauende Anzahl von Veröffentlichungen vor. Ich beschränke mich hier zur empirischen Illustration des stattgefunden Wandels auf die Analyse eines in der Literatur häufig benutzten Index' zur Beschreibung von Globalisierungsprozessen: der KOF-Index der Globalisierung (vgl. Dreher 2006). Die an der ETH Zürich lokalisierte Arbeitsgruppe hat für eine Vielzahl von Ländern für den Zeitraum 1970 bis 2006 eine große Anzahl von empirischen Informationen zur Messung der Öffnung bzw. Schließung der verschiedenen Länder der Erde erhoben. Die Indikatoren werden drei Subdimensionen von Globalisierung zugeordnet:¹⁷

¹⁷ Vgl. <http://globalization.kof.ethz.ch>

- Politische Globalisierung: Anzahl der Botschaften eines Landes, Anzahl der Mitgliedschaften in internationalen Organisationen, Häufigkeit der Teilnahme an UN-Missionen, Häufigkeit der Mitzeichnung von internationalen Verträgen.
- Soziale Globalisierung: Anzahl der Kontakte ins Ausland (Telefon, Briefe, Tourismus, Ausländer in einem Land); Höhe des internationalen Informationsflusses (Internetnutzer, TV-Anschlüsse, Zeitungen); kulturelle Nähe (Anzahl von McDonalds, Anzahl von Ikea, Stärke des Buchhandels).
- Ökonomische Globalisierung: Stärke des ökonomischen Austauschs (Exporte, Direktinvestitionen u. a.); Restriktionen für den freien Handel (Steuern, versteckte Hindernisse, Restriktionen für ausländisches Kapital).

Die verschiedenen Indikatoren gehen mit einem unterschiedlichen Gewicht in die Berechnung der jeweiligen Globalisierungsdimension ein (vgl. Dreher 2006). Auf der Basis der drei Subdimensionen bilden die Autoren zusätzlich einen Summenindex, der alle drei Dimensionen zusammenfasst, Globalisierungsprozesse also insgesamt abzubilden versucht. Die drei Subdimensionen gehen wiederum mit einem unterschiedlichen Gewicht in die Berechnung des Summenindex' ein. Auf der Basis der im Internet zugänglichen Daten wurde nun der Prozess der Globalisierung für neun Mitgliedsländer (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande, Großbritannien, Dänemark und Irland) für den Zeitraum 1973 bis 2006 berechnet. Wir haben uns auf neun Mitgliedsländer der EU beschränkt, weil diese seit der Erhebung des KOF-Index' Mitglieder der EU sind und wir entsprechend über eine relativ lange Zeitreihe verfügen.

Schaubild 3.9: Entwicklung der Globalisierung von neun Mitgliedsländern der EU (1973-2006)



Quelle: Eigene Berechnung auf der Grundlage der Daten: <http://globalization.kof.ethz.ch/>

Wie das Schaubild zeigt, hat in dem Zeitraum von 1973 bis 2006 in den neun Mitgliedsländern der EU ein dramatischer Globalisierungsprozess stattgefunden; dies gilt vor allem für den Bereich der ökonomischen und sozialen Globalisierung; der Bereich der Politik hatte zum Zeitpunkt der ersten Erhebung bereits ein relativ hohes Niveau erreicht, sackt dann im Zeitraum Mitte der 80er bis Anfang der 90er Jahre im Kontext der Auflösung der bipolaren Ordnung ab, um mit Beginn der 90er Jahre über das Ausgangsniveau hinaus zu wachsen.

Fassen wir die Ergebnisse dieses Kapitels zusammen: Solange die Nationalstaaten Europas mit ihrer segmentierten Sprachenordnung relativ geschlossene Einheiten waren, gab es wenig Anreize, die Sprachen anderer Länder zu lernen. Wie ich in diesem Kapitel gezeigt habe, hat sich diese Rahmenbedingung verändert. Ich habe zum einen den Prozess der Europäisierung nationalstaatlich verfasster Gesellschaften nachzuzeichnen versucht und dabei vier verschiedene, miteinander verflochtene Dimensionen der Europäisierung unterschieden: den Aufbau eines europäischen Institutionensystems, die territoriale Ausdehnung des Herrschaftsraumes und damit der Sprachen, die Zunahme von Rechtsregeln zur Herstellung eines europäischen Interaktionsraumes und die Zunahme des Grades der Vernetzung der europäischen

Gesellschaften. Wir hatten weiterhin gesehen, dass die Gesellschaften Europas nicht nur durch den europäischen Einigungsprozess stärker untereinander vernetzt worden sind, sondern zugleich der Grad der *weltweiten* Verflechtung in den Dimensionen Wirtschaft, Politik, Kommunikation und Kultur im Kontext von Globalisierungsprozessen zugenommen hat.

Damit ergeben sich für die Bürger ganz neue Anforderungen und Gelegenheiten, von denen sie aber in einem sehr geringen Maße Gebrauch machen. Die innereuropäische Mobilität der Bürger Europas ist sehr niedrig und deutlich geringer als z. B. innerhalb der USA; sie hat sich auch im Zeitverlauf nicht sonderlich erhöht. Dies mag verschiedene Gründe haben: Zum einen gilt, dass trotz formaler Freizügigkeitsregel eine Mobilität in Europa mit einer Vielzahl von Nachteilen und Transaktionskosten verbunden sein kann, die so in den USA nicht existieren. Zu diesen Kosten gehören, dass die erworbenen Bildungsabschlüsse zwar formal in einem anderen EU-Land anerkannt werden müssen, faktisch aber häufig als geringwertiger behandelt werden, was dann häufig zu Einkommenseinbußen und einer niedrigeren beruflichen Einstufung führt. Weiterhin gilt, dass die Renten- und Sozialleistungsansprüche, obwohl rechtlich geregelt, häufig nur mühsam von einem in das andere Land transferierbar sind (vgl. Mau & Verwiebe 2009: 288). Schließlich und ganz entscheidend kommen die sprachlichen Unterschiede hinzu. Um in einem anderen Land zu arbeiten, muss man in aller Regel die Sprache des Landes beherrschen. Gerade diese Voraussetzung scheint für viele Bürger nicht gegeben, wie in den empirischen Analysen zu sehen sein wird. Sie können damit die Chancen, die sich durch die Prozesse der Europäisierung und Globalisierung ergeben haben, nur in einem geringen Maße nutzen.

3.3 Die Sprachpolitik der Europäischen Union

Die Mitgliedsländer der EU sind im Kontext ihrer nationalstaatlichen Formierung durch eine Entwicklung der sprachlichen Homogenisierung gegangen, wie wir im ersten Kapitel gesehen haben. Aus diesem historischen, bis heute institutionalisierten Erbe ergibt sich die nach Nationalstaaten gegliederte segmentierte Sprachenstruktur Europas. Zugleich sind die Nationalstaaten Europas durch Prozesse der Europäisierung und Globalisierung geöffnet worden; eine Partizipation der Menschen an den neu entstandenen transnationalen Räumen wird erheblich erleichtert, wenn sie die Sprachen

sprechen, die in den anderen Ländern gesprochen werden. Die Entstehung der Nationalstaaten lehrt uns, dass die Politik einen maßgeblichen Einfluss auf die Frage hat, welche Sprachen die Bürger lernen und sprechen. Entsprechend möchte ich im Folgenden die Sprachenpolitik der Europäischen Union genauer analysieren.

Die Sprachenpolitik der EU ist durch drei Merkmale gekennzeichnet (vgl. Phillipson 2003: 105-138; Castiglione & Longman 2007): Im Unterschied zu den Nationalstaaten betreibt die Europäische Union keine Politik der sprachlichen Homogenisierung der Mitgliedsländer durch Förderung einer einheitlichen „lingua franca“, die dann für die Europäische Union verbindlich wäre. Die EU akzeptiert die Amtssprachen ihrer Mitgliedsländer als ihre eigenen Amtssprachen. Die Mehrsprachigkeit der EU ist damit konstitutives Merkmal der Europäischen Union (1). Die EU akzeptiert nicht nur die Amtssprachen der Mitgliedsländer als ihre eigenen Sprachen, sie schützt und fördert darüber hinaus die Minderheitensprachen innerhalb der Nationalstaaten ihrer Mitgliedsländer und fördert damit nochmals die sprachliche Heterogenität Europas (2). Zugleich fördert die Europäische Union durch eine Vielzahl von Programmen die Mehrsprachigkeit ihrer Bürger zur Verbesserung der Integration Europas (3). Ich werde die drei Merkmale der Sprachpolitiken der EU jeweils beschreiben und versuchen, die Gründe, warum die Sprachenpolitik so und nicht anders ausfällt, zu rekonstruieren.

3.3.1 Akzeptanz der Multilingualität

Während die EU in vielen Politikbereichen auf eine Homogenisierung und Konvergenz der Mitgliedsländer drängt – einen einheitlichen Markt, eine einheitliche Währung, eine Vereinheitlichung des Rechts etc. –, gilt dies für die Sprachenpolitik gerade nicht. Die Akzeptanz der Vielsprachigkeit der EU ist vertragsrechtlich eindeutig verbrieft. Diese Festlegung geht zum einen auf die Römischen Verträge zurück, zum anderen auf eine Verordnung von 1958 (vgl. zusammenfassend Truchot 2003; Kraus 2004: 134 ff.; Ammon 2006). In den Römischen Verträgen ist das Verfahren festgehalten, wie innerhalb der EU über die Sprachenfrage entschieden wird. Der Europäische Rat entscheidet über die Sprachen nach dem Prinzip der Einstimmigkeit. Die Frage der Sprachregelung gehört damit zu den Bereichen, die konsensuell zwischen allen Regierungen beschlossen werden müssen. Eine Änderung der jetzt geltenden Regelungen zu erreichen, ist fast aussichtslos,

weil jedes der 27 Mitgliedsländer ein Veto-Spieler ist. Hinzu kommt, dass die meisten der Mitgliedsländer dem Erhalt der Mehrsprachigkeit eine sehr große Bedeutung beimessen. Insofern kann man sich nicht vorstellen, dass eines der Mitgliedsländer freiwillig darauf verzichten wird, dass „seine“ Sprache nicht eine Amtssprache der EU sein soll.

Während das Verfahren der Festlegung der Amtssprachen in den Römischen Verträgen kodifiziert wurde, sind die inhaltlichen Festlegungen, welche Sprachen in welchen Kontexten zugelassen sind, durch die Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vom Rat 1958 beschlossen worden. Ursprünglich war in der Verordnung nur von vier Amtssprachen die Rede; mit der Erweiterung der EU wurden auch die anderen Amtssprachen in die Verordnung aufgenommen. Die Verordnung besteht aus acht Artikeln (Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 2007).

Artikel 1: Die Amtssprachen und die Arbeitssprachen der Organe der Union sind Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch.

Artikel 2: Schriftstücke, die ein Mitgliedstaat oder eine der Hoheitsgewalt eines Mitgliedstaates unterstehende Person an Organe der Gemeinschaft richtet, können nach Wahl des Absenders in einer der Amtssprachen abgefasst werden. Die Antwort ist in derselben Sprache zu erteilen.

Artikel 3: Schriftstücke, die ein Organ der Gemeinschaft an einen Mitgliedstaat oder an eine der Hoheitsgewalt eines Mitgliedstaates unterstehende Person richtet, sind in der Sprache dieses Staates abzufassen.

Artikel 4: Verordnungen und andere Schriftstücke von allgemeiner Geltung werden in den Amtssprachen abgefasst.

Artikel 5: Das Amtsblatt der Europäischen Union erscheint in den Amtssprachen.

Artikel 6: Die Organe der Gemeinschaft können in ihren Geschäftsordnungen festlegen, wie diese Regelung der Sprachenfrage im Einzelnen anzuwenden ist.

Artikel 7: Die Sprachenfrage für das Verfahren des Gerichtshofes wird in dessen Verfahrensordnung geregelt.

Artikel 8: Hat ein Mitgliedstaat mehrere Amtssprachen, so bestimmt sich der Gebrauch der Sprache auf Antrag dieses Staates nach den auf seinem Recht beruhenden allgemeinen Regeln. Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Die Sprachenverordnung von 1958 ist bis heute gültig. Die Gleichbehandlung aller europäischen (Amts-)Sprachen ist damit das erste und zentrale Ziel der EU-Sprachpolitik. Sämtliche nationalen Amtssprachen der Mitgliedsländer sind zugleich auch die Amtssprachen der EU. Eine Ausnahme bildet hierbei das Luxemburgische, da die Regierung des Landes freiwillig darauf verzichtet hat, Luxemburgisch zur Amtssprache der EU zu machen. Insgesamt gibt es damit 23 Amtssprachen bei 27 Mitgliedsländern: Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch. Wie ich in der Einleitung erwähnt habe, sind manche Sprachen Amtssprachen in zwei Ländern zugleich (Flämisch in den Niederlanden und in Belgien, Französisch in Frankreich und in Belgien, Deutsch in Österreich und in Deutschland, Griechisch auf Zypern und in Griechenland); deswegen ist die Anzahl der Amtssprachen (23) nicht identisch mit der der Mitgliedsländer (27). Die aus Nationalstaaten gebildete EU bleibt damit bezüglich ihrer sprachlichen Konfiguration in hohem Maße segmentär differenziert.

Peter A. Kraus (2004: 137) hat darauf hingewiesen, dass die EU mit ihrer Politik der Anerkennung der Amtssprachen ihrer Mitgliedsländer sich von anderen internationalen Organisationen unterscheidet. Die ASEAN-Staaten benutzen zum Beispiel allein Englisch als ihre Amtssprache, die NATO Englisch und Französisch. Obwohl die Vereinten Nationen eine Weltorganisation mit mittlerweile 191 Mitgliedsländern sind, sind nur sechs Sprachen als Amtssprachen zugelassen: Dies sind Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Diese Regelung ist im Jahr 1946 von der Generalversammlung festgelegt worden. Amtssprache bedeutet, dass alle Dokumente (Resolutionsentwürfe, Protokolle, Berichte) in den Amtssprachen verfasst und dass alle Sitzungen von und in die Amtssprachen übersetzt werden müssen. Zwei von den sechs Amtssprachen – Eng-

lisch und Französisch – sind als Arbeitssprachen zugelassen. Dies bedeutet, dass alle organisationsinternen Arbeitsabläufe (mündlich wie schriftlich) in diesen beiden Sprachen ablaufen müssen.

Die Akzeptanz der Amtssprachen der Mitgliedsländer als Amtssprachen der EU und der Verzicht auf eine Politik zur Förderung einer „lingua franca“ ist mit entsprechenden Folgen für die Kommunikation innerhalb der EU-Institutionen verbunden. Wie die Verordnung von 1958 fest schreibt, müssen alle Gesetze, Dokumente und Verordnungen in allen 23 Amtssprachen abgefasst werden; und auch die Bürger und die Nationalstaaten können sich in ihrer Sprache an die EU wenden und haben das Recht, in ihrer Sprache eine Antwort zu erhalten; auch die Informationsseiten der EU sind in allen Amtssprachen verfasst.

Über die Arbeitssprachen, die die Institutionen intern verwenden, entscheiden die jeweiligen Geschäftsordnungen (Schumann-Hitzler & Ostarek 2005: 21). Im Folgenden beschreibe ich kurz, wie die einzelnen Institutionen die Sprachvielfalt handhaben. Man bekommt darüber einen Eindruck, mit welchen gewaltigen Transaktionskosten das Prinzip der Vielsprachigkeit verbunden ist. Die Sprachdienstleistungen der EU-Institutionen kosten die EU ca. 1,1 Mrd. Euro pro Jahr (Website der Generaldirektion Übersetzung 2007).

EU-Kommission: Seit 2001 gebraucht die Kommission Deutsch, Englisch und Französisch als interne Arbeitssprachen (Peterson und Shackleton 2006: 61), wobei Englisch und Französisch bevorzugt werden (Ozvalda 2005: 66f.; Schumann-Hitzler & Ostarek 2005: 21). Erst wenn Entscheidungsprozesse abgeschlossen sind, erfolgt die Übersetzung in die anderen Amtssprachen (ebd.). Die Generaldirektionen Übersetzung und Dolmetschen sind für die Kommission und die anderen Organe der EU, außer dem Parlament und dem Gerichtshof, zuständig (Mickel & Bergmann 2005: 33). Allein die Generaldirektion Übersetzung beschäftigt 2.350 Mitarbeiter und hat ein jährliches Budget von etwa 280 Millionen Euro (Generaldirektion Übersetzung 2007). Sie ist damit der größte Übersetzungsdienst der Welt. Rund 15 % aller Bediensteten der Kommission gehören zum Sprachendienst (Mickel und Bergmann 2005: 33). Um die Übersetzungsdienste der Institutionen zu entlasten, wurde 1994 das Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) eingerichtet.

Der Europäische Rat: In allen Sitzungen des Europäischen Rates wird aus und in alle Amtssprachen übersetzt. Alle Dokumente werden dem Rat ebenfalls in allen Amtssprachen vorgelegt (Mickel & Bergmann 2005: 32).

Der Rat der Europäischen Union: Alle Dokumente, über die der Europäische Rat berät, werden in alle Amtssprachen der EU übersetzt. Bei den Sitzungen des Rates wird aus und in alle Sprachen gedolmetscht (vgl. Homepage des Rates der Europäischen Union). Bei informellen Treffen scheint sich aber die „3+1-Lösung“ (Englisch, Französisch, Deutsch + Sprache der Ratspräsidentschaft) durchzusetzen (Ozvalda 2005). Im Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) gilt das Drei-Sprachen-Regime (Englisch, Französisch, Deutsch). In den Ratsarbeitsgruppen der Fachbeamten wird in alle Amtssprachen übersetzt, wenn ein Gesetz vorbereitet wird. In der überwiegenden Zahl der Gruppen werden nur fünf EU-Sprachen gedolmetscht (Englisch, Französisch, Deutsch, Spanisch und Italienisch). In 45 Gruppen wird auf Dolmetschung ganz verzichtet und nur Englisch und/oder Französisch gesprochen. Für die Ratsarbeitsgruppen wird das sog. „Marktmodell“ angewandt, d. h. dass sich die Mitgliedsstaaten im Einzelfall für oder gegen eine eigene Übersetzung aussprechen, sich aber an den Kosten mitbeteiligen (Mickel & Bergmann 2005: 32). Während der Rat der Europäischen Union für das Dolmetschen auf die Generaldirektion Dolmetschen zurückgreift, verfügt er auch über einen eigenen Sprachendienst des Generalsekretariats des Rates mit mehr als 700 Übersetzern.

Der Europäische Gerichtshof: Bei Klagen vor dem EuGH ist die Sprache der Klageschrift Verfahrenssprache, soweit es sich um eine der EU-Amtssprachen handelt. In Vorabentscheidungssachen wird die Sprache des nationalen Gerichts, das den Gerichtshof anruft, zur Verfahrenssprache. In den Sitzungen werden die Verhandlungen je nach Bedarf in verschiedene Amtssprachen der Europäischen Union simultan übersetzt (Website des EuGH). Als Arbeitssprache wird allein Französisch verwendet (Weidenfeld 2006: 408). Der EuGH verfügt über eine Direktion Dolmetschen und eine Direktion Übersetzung. Anfang 2006 gehörten der Direktion Übersetzung des Gerichtshofes 796 Mitarbeiter an, die alle mindestens drei Sprachen sprechen und voll ausgebildete Juristen sein müssen. Dies entspricht ca. 45 % des Personals des Gerichtshofs.

Das Europäische Parlament: Die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments legt fest, dass alle Schriftstücke des Parlaments in allen Amtssprachen verfasst werden. Weiterhin haben alle Parlamentsmitglieder das Recht, in ihrer (Amts-)Sprache zu sprechen und alle anderen Amtssprachen in diese Sprache simultan gedolmetscht zu bekommen. Dies gilt ebenso für die Amtssprachen der Anwesenden in Ausschuss- und Delegationssitzungen, dies kann jedoch unter Einverständnis der Mitglieder in Ausnahmefällen umgangen werden (Art. 138 Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments). Das Europäische Parlament hat sich in besonderer Weise der Vielsprachigkeit verschrieben. Auf der Homepage wird dazu erklärt: „In Bezug auf das Dolmetschen unterscheidet sich das Europäische Parlament von den anderen Organen der EU dadurch, dass in der täglichen Arbeit das Prinzip der umfassenden kontrollierten Mehrsprachigkeit eingehalten wird“. Um Engpässe in der Übersetzung zu umgehen, hat das Europäische Parlament ein System von „Relais-Sprachen“ eingeführt, d. h. dass „Texte zunächst in die gebräuchlichsten Sprachen übersetzt werden (Englisch, Französisch oder Deutsch). Längerfristig könnten noch weitere Sprachen der Gemeinschaft (Spanisch, Italienisch und Polnisch) ebenfalls zu Relais-Sprachen werden.“ Das Parlament beschäftigt einen eigenen Übersetzungsdienst mit ca. 700 Übersetzern.

Die kurzen Beschreibungen mögen genügen, um aufzuzeigen, dass das Prinzip der Akzeptanz der Multilingualität mit recht hohen Kosten verbunden ist. Diese manifestieren sich vor allem in finanziellen Kosten, dann in Zeitkosten, da jede Übersetzung mit Verzögerungen verbunden ist. Gerade bei der Verfassung von Entwürfen, die z. B. von mehreren Europaabgeordneten in das Parlament eingebracht werden sollen, erweist sich eine Übersetzung als zu kompliziert und träge. Die Entwürfe ändern sich dauernd und sind das Resultat eines dichten Interaktionsprozesses (vgl. Wright 2007: 161). Gleiches gilt für Versuche, andere Abgeordnete von einer bestimmten Position im Vorfeld einer Debatte zu überzeugen. Dazu bedarf es eines persönlichen Gesprächs und dies ist deutlich einfacher möglich, wenn man die gleiche Sprache spricht. Hinzu kommt, dass gerade in parlamentarischen Debatten die Lebhaftigkeit des unmittelbaren Austauschs von Argumenten unter den Bedingungen des Dolmetschens sehr leidet. Schließlich birgt jede Übersetzung und jedes Dolmetschen ein Fehlerrisiko. Die zum Teil witzigen Fehler, die dabei zu Stande kommen können, sind dann meist eine Presse-

berichterstattung wert. In einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 17. Juni 1999 nennt die Autorin Daniela Weingärtner unter der Überschrift „Capito? Verstanden? Compris?“ folgende Beispiele: „Die *transports internationaux routiers*, auf den Lastwagen T.I.R. abgekürzt, übersetzte ein deutscher Abgeordneter als TiR-Transporte. In der Kabine wurden daraus Tiertransporte: *transports des animaux*. Ein britischer Abgeordneter verglich das Tempo in einer hitzigen Debatte mit dem Rafting auf wilden Flüssen: *shooting rapids* (Stromschnellen). Doch die deutsche Dolmetscherin hörte *rabbits* – Kaninchen. Darauf wünschte ein deutscher Abgeordneter zur Verwirrung des Redners: „Waidmannsheil!“ Und als das Parlament den Rat der Weisen (Französisch: *sages*) einsetzen wollte, um Missstände bei der Kommission aufzudecken, wurde aus den „Drei Weisen“ (*trois sages*) die „Drei Affen“ (*trois singes*). (Weingärtner 1999)“¹⁸

Exkurs: Rechtliche Regelungen und empirische Praxis

1. Auch wenn de jure alle Amtssprachen der Mitgliedsländer der EU einen gleichberechtigten Status genießen und nur drei Arbeitssprachen zugelassen sind, hat sich in der Alltagspraxis der Interaktionen innerhalb der Institutionen der EU eine Asymmetrie in der Nutzung verschiedener Sprachen herausgestellt. In der Anfangsphase der EG verlief die Kommunikation vor allem auf Französisch und dies aus folgenden Gründen (vgl. Truchot 2003): Französisch war die meist gesprochene Sprache in den sechs Gründungsländern (Amtssprache in drei Ländern (Frankreich, Belgien und Luxemburg) und die am stärksten verbreitete Fremdsprache in den anderen Ländern). Die wichtigsten Institutionen der EU waren und sind in Brüssel und Luxemburg platziert, in Ländern also, in denen Französisch Amtssprache ist. Großbritannien war noch nicht Mitglied der EU, so dass Englisch keine Amtssprache war.

¹⁸ Dass der Versuch ohne Übersetzung auszukommen und in Englisch zu kommunizieren, auch dann wenn Englisch nicht die Muttersprache ist, auch nicht fehlerfrei funktioniert und zu amüsanten Missverständnissen führen kann, zeigt folgendes Beispiel. Eine weibliche, neu berufene dänische Ministerin, die das erste Mal an einer Ratssitzung teilnahm und gleich den Vorsitz übernehmen musste, eröffnete die Sitzung auf Englisch mit der Bemerkung, Sie sei „not fully in command of things because she was just at the beginning of her period“ (zitiert in Phillipson 2003: 140). „At the beginning of her period“ bedeutet, dass der Menstruationszyklus gerade begonnen hat.

Mit der Aufnahme neuer Mitglieder ist Englisch zunehmend zur dominanten Sprache geworden (vgl. zusammenfassend auch Kraus 2004: 141ff.; Ammon 2006). In einer im Jahr 1990 durchgeführten Umfrage unter (höheren) Beamten und Abgeordneten der Europäischen Gemeinschaft (EG) kommt Michael Schloßmacher zu folgendem Ergebnis: „Die Sprachen der Beamten der EG-Organen sind also in allen Funktionen Englisch und Französisch, alle anderen spielen nur eine marginale Rolle“ (Schloßmacher 1994: 112). Claude Truchot (2003: 104) hat auf der Basis verschiedener verfügbarer Daten die Entwicklung der Sprachen, in denen die von der Kommission verfassten Dokumente formuliert sind, rekonstruiert. Hier zeigt sich eine deutliche Bedeutungszunahme des Englischen im Zeitverlauf (1986 bis 1999).

Tabelle 3.3: Sprachen, die in Texten der Europäischen Kommission benutzt wurden (in Prozent)

Jahr	Französisch	Englisch	Deutsch	Andere
1986	58	26	11	5
1989	49	30	9	12
1991	48	35	6	11
1996	39	45	5	12
1997	40	45	5	12
1998	37	48	5	10
1999	35	52	5	8

Quelle: Truchot 2003

Die Dominanz des Englischen in der internen Kommunikation wird sich seit der Aufnahme von 12 mittel- und osteuropäischen Ländern in den Jahren 2004 und 2007, deren Sprachen dann jeweils zu Amtssprachen wurden, nochmals enorm verstärkt haben. Zumindest lässt sich dies schlussfolgern, wenn man die von Abram de Swaan entwickelte „Q-Value Theory“ zu Grunde legt. Mit der Mitgliedschaft der neuen Länder hat sich zwar der Anteil derer, die Englisch als Muttersprache sprechen, nicht erhöht, wohl aber hat der Anteil derer, die Englisch und keine andere Fremdsprache sprechen, enorm zugenommen. Das führt zu der einfachen Schlussfolgerung: „The more languages, the more English“ (de Swaan 2001b).

2. Mit welchen Folgen die Dominanz bestimmter Sprachen innerhalb der Institutionen der EU verbunden ist, ist bis dato noch nicht hinreichend gut erforscht worden. Man kann aber von folgenden Effekten ausgehen.

a) Die Dominanz bestimmter Sprachen benachteiligt diejenigen Personen und Interessengruppen in der Definition der politischen Agenda, die diese Sprache nicht hinreichend gut genug sprechen: Eine Untersuchung von Netzwerken unter den Parlamentariern führte 1996 zu der Erkenntnis, dass „relationships were dictated by language competences, that informal information flows were truncated by language barriers, and that negotiation in unofficial settings was constrained for MEPs with no or little knowledge of English or French“ (Wright 2000; zitiert nach Wright 2007: 151). Die Übersetzung von Arbeitspapieren in die kleinen Sprachen dauert länger, kommt später und behindert damit die Vorbereitung (Wright 2007: 157). Zudem behindert es die informelle Vernetzung und hat damit einen Einfluss auf die Chance, die eigenen Interessen durchzusetzen. Dies gilt zum Beispiel für die italienischen Abgeordneten „The Italians punch below their weight“ (Wright 2007: 160) und dies aufgrund ihrer geringen Fremdsprachenkompetenz.

b) Die Dominanz bestimmter Sprachen kann einen selektiven Einfluss auf die Rekrutierung der Europaabgeordneten haben. Die Tatsache, dass sehr gute Sprachkenntnisse die Durchsetzungsmöglichkeiten von Interessen erhöhen, führt dazu, dass in Antizipation dieser Bedingung in den Nationalstaaten Abgeordnete für das Europaparlament nominiert werden, die diese Fähigkeiten besitzen. Dies hat zur Folge, dass bestimmte Personen, vor allem Personen aus den höheren Bildungsschichten, eine deutlich höhere Chance haben, Europaabgeordnete zu werden. Dies wiederum verstärkt den bereits auf der Ebene der nationalen Parlamente existierenden „bias“, so dass die oberen Schichten im Europaparlament deutlich überrepräsentiert sind. Unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten betrachtet ist dies eine problematische Überrepräsentanz bestimmter Schichten einer Gesellschaft.

Exkurs Ende

Die Tatsache, dass das Prinzip der Gleichberechtigung aller Amtssprachen beziehungsweise der drei Arbeitssprachen unter der Hand in der Praxis verletzt wird, hat in der Vergangenheit immer wieder zu Protesten der nationalen Regierungen geführt. Für viele Mitgliedsländer der EU, vor allem aber für

Länder, deren Sprachen relativ weit verbreitet sind (Deutsch, Französisch, Italienisch und Spanisch), lassen sich diesbezüglich Beispiele finden, die zeigen, wie die nationalen Regierungen darauf bestehen, dass ihre Sprache nicht benachteiligt wird (Ammon 2006). Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte 1999 einen massiven Konflikt mit der damaligen finnischen Ratspräsidentschaft entfacht, weil diese bei den informellen Treffen der Regierungschefs Deutsch nicht als Arbeitssprache zulassen wollte; Schröder hatte mit seinem Fernbleiben gedroht (Forsberg 2000: 14).

Der ehemalige Präsident Frankreichs, Jacques Chirac verließ 1999 bei einem Treffen der Regierungschefs der EU wutentbrannt den Raum, weil ein französischer Unternehmensvertreter seine Frage an ihn auf Englisch und nicht auf Französisch gestellt hatte. Chirac erklärte später, dass er über die Tatsache, dass sein Landsmann ihn in einer fremden Sprache angesprochen habe, tief geschockt gewesen sei (vgl. BBC 2006). Der Unternehmervertreter begründete die Sprachwahl mit der Tatsache, dass die meisten im Raum des Englischen, nicht aber des Französischen mächtig gewesen seien. Dass es Chirac mit seiner Reaktion um die Behauptung der französischen sprachlichen Souveränität gegangen war und nicht etwa um persönliche Verständigungsprobleme mit dem Englischen kann man vermuten, weil Chirac als ehemaliger Harvard-Student des Englischen mächtig ist.

Der Deutsche Bundesrat und Bundestag haben gegenüber der Kommission immer wieder und zuletzt in scharfen Tönen angemahnt, dass Deutsch gleichberechtigt mit Englisch und Französisch zu behandeln sei; der letzte Antrag des Bundestags in dieser Angelegenheit aus dem Jahr 2008 ist von Union, SPD, Grünen und FDP gemeinsam gestellt worden; in diesem Punkt sind sich also alle Parteien einig. Eine ähnliche Forderung des Bundestages vom 7.11.2008, die an die Kommission gerichtet war, wurde ebenfalls von allen Mitgliedern des Bundesrats verabschiedet.

Ein eindrucksvolles Beispiel für die symbolische Bedeutung der Sprachenfrage für die nationale Identität ist auch das Irische. Obwohl Irland bereits seit 1973 Mitglied der EU ist, ist Irisch (Gaeilge) erst seit 2007 eine offizielle Amtssprache der EU. Der Anteil der Iren, der Gaeilge im Alltag spricht, ist gering. Die Rückbesinnung auf Gaelige als eigene Sprache ist eher ein Projekt der Eliten zur Erfindung ihrer eigenen, von Großbritannien sich unterscheidenden Geschichte. Welche „Verrücktheiten“ damit verbunden sind, mag folgendes Beispiel illustrieren. Von den 13 irischen Abgeordneten im Europäischen Parlament sprechen nur vier überhaupt Irisch; diese

benutzen ihre Sprache im Parlament, um ihre nationale Besonderheit symbolisch zum Ausdruck zu bringen. Die anderen irischen Abgeordneten müssen ihre angebliche Muttersprache erst noch lernen. Dazu bietet das Europäische Parlament besondere Kurse an (vgl. dazu Borovsky & Hartig 2008).

Die Beispiele illustrieren, wie wichtig den Nationalstaaten die Anerkennung ihrer Amtssprache als Amtssprache der EU ist. Dies leitet zur Frage über, wie man das Festhalten am Prinzip der Multilingualität der EU erklären kann. Die EU-Politik, alle existierenden Amtssprachen der Mitgliedsländer zugleich als gleichberechtigte Amtssprachen der EU zu behandeln, erklärt sich aus der Tatsache, dass die Mitgliedsländer der EU nicht bereit sind, sprachliche Souveränitätsrechte aufzugeben. Warum sind sie dazu nicht bereit? In der Politikwissenschaft unterscheidet man zwischen so genannten „high politics“ und „low politics“ (Hoffmann 1966). Die Bereiche, die unmittelbar den Kern nationaler Souveränität berühren, wie z. B. die Außen- und Verteidigungspolitik, werden zu den „high politics“ gezählt. Für diese Felder gilt, dass die Nationalstaaten nicht oder nur in geringem Maße bereit sind, Souveränitätsrechte an supranationale Institutionen zu delegieren. Tun sie dies trotzdem, dann bewahren sie sich in der Regel eine Veto-Option, so dass sie nicht durch andere Länder überstimmt werden können. Bereiche der „low politics“ sind diejenigen Politikfelder, die nicht zum Kernbestand nationalstaatlicher Politik gehören; in diesen Bereichen sind die Nationalstaaten eher bereit, Souveränitätsrechte aufzugeben. Die intergouvernementalistische Theorie der europäischen Integration interpretiert mit der skizzierten begrifflichen Unterscheidung den Prozess der Entstehung der EU vor allem als Prozess der Integration von Bereichen der „low politics“ (Hoffmann 1966; Moravcsik 1993; 1998).

Die Tatsache, dass jeglicher Versuch, die Amts- oder Arbeitssprachen der EU vielleicht zu reduzieren, auf den massiven Widerstand der Nationalstaaten stößt, die Nationalstaaten sich selbst für den Versuch einer Änderung der Sprachenordnung eine Veto-Option vorbehalten haben, deutet darauf hin, dass es sich bei der Sprachenpolitik um ein Feld der „high politics“ handelt, genauer müsste man sagen: um ein Feld *interpretierter* „high politics“. Denn in der Sprachenfrage geht es nicht um ein Thema, an das Intergouvernementalisten denken, wenn sie von den Kernbereichen des Staates sprechen; dazu gehören eher die Politikfelder, in denen es um Sicherheit, Interessen, Ressourcen, Machtoptionen etc. geht, also um „harte“ Interessen. In der Sprachenfrage geht es, und hier greife ich auf die im Kapi-

tel II explizierten Begriffe zurück, nicht um die Vergesellschaftungs- sondern um die Vergemeinschaftungsfunktion von Sprache, um die symbolische Dimension. Die Nationalstaaten *interpretieren* ihre jeweilige Nationalsprache als ein zentrales Merkmal ihrer Identität, und sie messen dieser Interpretation eine sehr hohe Bedeutung zu; damit wird das Thema sprachliche Souveränität zu einem Thema der *gedeuteten „high politics“*. Und die Mitgliedsländer sind bereit, sich diese Symbolik etwas kosten zu lassen, wie die enorm hohen Transaktionskosten, die durch die Multilingualität entstehen, zeigen.

3.3.2 *Schutz und Stärkung der Minderheitensprachen*

Die EU akzeptiert nicht nur die Amtssprachen der Mitgliedsländer als ihre eigenen Sprachen, sie schützt darüber hinaus, wenn auch in eingeschränktem Maße, die Minderheitensprachen innerhalb ihrer Mitgliedsländer und fördert damit nochmals die sprachliche Heterogenität Europas. Die Politik des Schutzes und der Stärkung der Minderheitensprachen hat dabei aber einen deutlich geringeren rechtlichen Stellenwert als die Politik der Akzeptanz der Amtssprachen; Minderheitensprachen sind weder Amts- noch Arbeitssprachen der EU. Der Schutz der Minderheitensprachen ist zudem deutlich umstrittener. Während die Institutionen der EU und vor allem das Europäische Parlament im Kontext einer weltweiten Debatte über den Schutz von Minderheiten auch die Rechte der Minderheiten in den Mitgliedsländern zu stärken versuchen, sind die Mitgliedsstaaten, vor allem diejenigen, die innerhalb ihres Territoriums größere sprachliche Minderheiten beherbergen, deutlich reservierter gegenüber einer Förderung von Minderheitensprachen. Sie interpretieren die Stärkung der Rechte der Minderheiten als einen Versuch, die nationale sprachliche Identität zu untergraben. Diese Konfliktlage erklärt, warum die Förderung der Minderheitensprachen innerhalb der EU ambivalent ausfällt. Betrachtet man aber die Entwicklung im Zeitverlauf, dann sieht man, dass es eine deutliche Zunahme der Bedeutung des Schutzes der Minderheitensprachen gegeben hat. Wie ist der Schutz der Minderheitensprachen rechtlich verankert und mit welchen Mitteln werden die Minderheitensprachen von der EU gefördert (1) und wie kann man die Bedeutungszunahme in der Förderung der Minderheitensprachen erklären (2)?

1. In mehreren Verträgen und Gesetzestexten gibt es Ansatzpunkte, die sich als Aufforderung, Minderheitensprachen aktiv zu schützen, interpretieren lassen. Eine der Grundlagen, auf die sich die Politik zum Schutz von Minderheitensprachen stützt, ist Artikel 151 des Maastrichter Vertrags, der die Förderung der Kultur zu einer Aufgabe der Europäischen Union macht (Vizi 2003: 53). Dabei ist allerdings offen, ob die Minderheitensprachen unter den Bereich der Kultur fallen. Etwas präziser fällt die Charta der Menschenrechte der EU aus dem Jahr 2000 aus. In Artikel 22 heißt es: „Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.“ (Europäische Gemeinschaft 2000). In der Antidiskriminierungsrichtlinie wiederum sind die Sprachen als Diskriminierungsmerkmal nicht explizit erwähnt; genannt werden Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung. Die rechtliche Uneindeutigkeit eröffnet einen Spielraum für Interpretationen, der von den Akteuren der EU unterschiedlich genutzt wurde.

Im Kontext des Ost-Erweiterungsprozesses wurde dem Schutz von Minderheiten und auch der Minderheitensprachen eine große Bedeutung beigemessen (Heidbreder 2004: 480). Der EU wurde dabei die Anwendung doppelter Standards vorgeworfen, da beispielsweise die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen des Europarates oder das Rahmenabkommen des Europarates über den Schutz der europäischen Minderheiten von einigen Mitgliedsstaaten selbst nicht unterschrieben bzw. ratifiziert wurde (Heidbreder 2004a; Vizi 2003: 50), zugleich aber die neuen Mitgliedsländer unter Druck gesetzt wurden, die Minderheiten und deren Sprachen stärker zu schützen.

Zum „key player“ (Shuibhne 2007: 129) im Bereich der Minderheitensprachpolitik gehört das Europaparlament. Das Parlament rief in den 1980er Jahren die Kommission in drei Resolutionen (Arfé-Resolutionen 1981 und 1983; Kuijpers-Resolution 1987) zum Schutz von Minderheitensprachen auf (Shuibhne 2007: 129). Natürlich sind solche Resolutionen nicht bindend, immerhin kann aber die Gründung des Europäischen Büros für die weniger verbreiteten Sprachen (EBLUL) im Jahr 1981 und der Bericht über sprachliche Minderheiten des Istituto della Enciclopedia Italiana (1986) auf diese Initiativen zurückgeführt werden (Shuibhne 2007: 129). Wichtiger ist allerdings, dass bereits 1988 eine Million ECU für die Förderung der Minderheitensprachen vom Parlament ins Budget aufgenommen wurden (Vizi 2003: 56). Der jährliche Haushaltsposten von bis zu 4 Millionen Euro wurde zwar 2000 vom Europäischen Gerichtshof aufgrund seiner unklaren gesetzlichen

Grundlage gestrichen, allerdings kommt ein niedrigerer Betrag unter einer anderen Budgetlinie weiterhin den Minderheitensprachen zu Gute (Strubell 2007: 171). Wohl als Reaktion auf Maastricht und zum Abschluss des Europäischen Jahrs der Sprachen wiederholte das Parlament 1994 und 2001 in weiteren Beschlüssen die Forderung nach mehr Schutz für Minderheitensprachen und Finanzierung sowie Gesetzesinitiativen in diesem Bereich (Shuibhne 2007: 130). Der sogenannte Ebner-Report 2003, in dem das Parlament zum wiederholten Male die nachhaltige Finanzierung und „including regional and lesser-used languages in language education programmes“ (Shuibhne 2008: 127) fordert, ist eine solche Initiative.

Die Kommission beschränkt sich vor allem auf die Unterstützung von Projekten und Organisationen zum Schutz der Minderheitensprachen. EBLUL, die Unterstützung der Minderheitensprachen während des Europäischen Jahrs der Sprachen, die Unterstützung der Online-Nachrichtenagentur EuroLang, die auf Minderheitensprachen spezialisiert ist oder die Publikation verschiedener Studien wie EUROMOSAIC (1996) können in diesem Rahmen genannt werden (Vize 2003; vgl. Grin & Moring 2002; Nic Craith 2008). Im „Aktionsplan zur Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt“ für 2004-2006 bezieht die Kommission zum ersten Mal auch die Minderheitensprachen explizit mit ein (Shuibhne 2008: 127). Dies ist ein ganz entscheidender Schritt, weil die Kommission damit die Amtssprachen der EU und die Minderheitensprachen, die innerhalb der EU gesprochen werden, in der Förderung der Mehrsprachigkeit der Bürger gleichbehandelt.

Zugleich gibt es von einigen Mitgliedsländern Reservationen gegenüber einer Stärkung der Rechte der Minderheitensprachen. Dies manifestiert sich am stärksten in der Verweigerung der Unterstützung des rechtlichen Dokuments, das den weitestgehenden Schutz der Minderheitensprachen festgelegt hat, die „Europäische Charta der regionalen oder Minderheitensprachen“ des Europarats. Von den 27 Mitgliedern der EU, die zugleich auch Mitglied des Europarats sind, haben acht (Belgien, Bulgarien, Estland, Griechenland, Irland, Lettland, Litauen, Portugal) die Charta nicht unterzeichnet, sieben haben die Charta zwar unterzeichnet, bis jetzt aber nicht ratifiziert (Frankreich, Italien, Luxemburg, Polen, Rumänien, Tschechische Republik) und nur zwölf Länder haben die Charta unterzeichnet und zugleich ratifiziert (Dänemark, Deutschland, Finnland, Niederlande, Österreich, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Ungarn, Vereintes Königreich, Zypern). Wir hatten im letzten Abschnitt gesehen, dass die Nationalstaaten ihre je-

weilige Nationalsprache als ein zentrales Merkmal ihrer Identität interpretieren, die Sprachenfrage damit ein Bereich der gedeuteten „high politics“ ist. Dieses Framing beeinflusst auch die Interpretation der Legitimität von Minderheitensprachen und wird vor allem für die Länder virulent, die innerhalb ihres Territoriums größere sprachliche Minderheiten haben. Länder, die die Charta nicht unterzeichnet oder ratifiziert haben, befürchten, durch die Anerkennung von Minderheiten und Minderheitensprachen auf ihrem Territorium die nationale Einheit zu gefährden. Diese Befürchtungen sind sicherlich der wichtigste Grund, warum die Förderung der Minderheitensprachen in der EU moderat ausfällt. Betrachtet man die Entwicklung im Zeitverlauf, dann hat das Thema aber deutlich an Bedeutung gewonnen. Wie lässt sich diese Entwicklung erklären?

2. Die Entdeckung des Themas Minderheitensprachenschutz ist eingebettet in eine weltweite Veränderung der Wahrnehmung und Interpretation von Minderheiten und ihrer Sprachen. Die Veränderungen werden in der wissenschaftlichen Literatur und in der politischen Debatte unter dem Stichwort „Multikulturalismus“ abgehandelt. Vertreter einer multikulturalistischen Position gehen davon aus, dass die meisten Gesellschaften aus unterschiedlichen Kulturen bestehen, dass die Politik die unterschiedlichen Kulturen als gleichwertig betrachten, anerkennen und fördern sollte und es nicht legitimiert ist, auf eine Anpassung der Kulturen an eine Mehrheitskultur hinzuwirken. Kulturelle Verschiedenartigkeit kann sich dabei an unterschiedlichen Merkmalen festmachen: Hautfarbe, Ethnie, Geschlecht, Religion, sexuelle Orientierung und eben auch Sprache (vgl. für viele andere Gutmann 2001 und die Beiträge in Joppke & Lukes 1999). Wie der Wandel in der Wahrnehmung von Minderheiten und Minderheitensprachen zustande gekommen sind, ist schwer zu erklären. Dass er zustande gekommen ist, ist kaum bestreitbar.

Will Kymlicka (2007) und Douglas A. Kibbee (2008) haben die Rechtsentwicklungen in Richtung einer Zunahme von Minderheitenschutz genau nachgezeichnet. Während die frühen Bestrebungen, universelle Rechte weltweit zu institutionalisieren, Versuche sind, individuelle Schutzrechte wie z. B. die Menschenrechte zu kodifizieren und durchzusetzen, setzt seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts ein Wandel ein. Die Definition von Minderheitenrechten als *Gruppenrechte* gewinnt zunehmend an Bedeutung; zudem geht es nicht mehr nur um den Schutz von Minderheitensprachen

(Abwehrrechte), sondern um ihre Förderung. 1992 verabschiedet die UNO „Die Deklaration über die Minderheitenrechte“, die sich ergänzend zu den Menschenrechten mit den Rechten von Minderheiten befasst. Die Staaten erklären, dass sie die Existenz und die nationale, ethnische, kulturelle, religiöse und sprachliche Identität der Minderheiten in ihrem Hoheitsgebiet schützen. Die UNESCO verabschiedet im Jahr 2001 die „Erklärung für kulturelle Vielfalt“. Diese geht über die bisherigen Rechtssetzungen hinaus, insofern den Minderheitensprachen nicht nur Abwehrrechte zugebilligt werden, Rechte also, die Sprecher von Minderheitensprachen vor einer Unterdrückung schützen sollen. Die Respektierung und die *Förderung* kultureller Vielfalt werden zusätzlich als Ziele formuliert. Sich in seiner Sprache ausdrücken zu können, wird als Bestandteil von kultureller Vielfalt gefasst. Vier Jahre später (2005) verabschiedet die UNESCO das „Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“. Die Sprachenvielfalt wird auch hier als ein grundlegendes Merkmal kultureller Vielfalt definiert, die es zu schützen und zu fördern gilt. Und 2007 verabschiedet die UNO die „Deklaration der Rechte indigener Völker“. Die Deklaration garantiert den indigenen Völkern explizit – als Kollektiv und als Individuen – das Recht auf vollen Genuss aller Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten; dazu gehört auch das Recht auf Bildung in der eigenen Sprache und das Recht auf eigene Medien.

Ähnliche Entwicklungen lassen sich für Gesamteuropa (also nicht nur für die EU) nachzeichnen. 1992 hat der Europarat die bereits erwähnte „Europäische Charta der regionalen oder Minderheitensprachen“ und 1995 das „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ verabschiedet. Beide Abkommen zielen auf den Schutz der Existenz nationaler Minderheiten und deren Sprachen innerhalb der Vertragsstaaten ab und kodifizieren deren Gleichbehandlung. Minderheitensprachen werden als kulturelle Bereicherung interpretiert, zu deren Gebrauch ermutigt werden soll; Unterricht – von der Vorschule bis zur Universität – soll auch in den Minderheitensprachen angeboten werden; Justiz und Verwaltung sollen die Sprachen der Minderheiten zulassen und die Medien sollen den Minderheitensprachen einen entsprechenden Platz einräumen.

Insgesamt zeigt sich, dass im Zeitverlauf der Schutz der Minderheitensprachen in mehrerlei Hinsicht ausgedehnt wurde: 1) Das Thema hat im Zeitverlauf deutlich mehr rechtliche und politische Aufmerksamkeit erfahren; 2) Minderheitensprachenschutz hat sich von einem individuellen Recht

hin zu einem Kollektivrecht entwickelt; 3) Die Minderheitensprachen werden nicht nur geschützt, ihre Förderung wird aktiv unterstützt; Minderheitenrechte haben sich von reinen Abwehrrechten in Richtung Anspruchsrechte entwickelt.¹⁹

Die hier nur kurz beschriebenen Rechtsentwicklungen werden diskursiv begleitet von einer veränderten Begründung des Schutzes und der Förderung von Minderheitensprachen. Wortführer in der Debatte sind liberal ausgerichtete Juristen, Sozialwissenschaftler, Anthropologen und Linguisten (vgl. z. B. Krauss 1992; Hale 1998; Skutnabb-Kanga & Phillipson 1995; Crystal 2000; Phillipson 2003; Kymlicka 2007; Nic Craith 2008). Die Akteure, die den Diskurs über Minderheiten beherrschen, lassen sich mit Rückgriff auf die Weltgesellschaftstheorie von John W. Meyer als „kulturelle Andere“, vermeintlich interesselose „Akteure“ der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft begreifen, die die handelnden Akteure wie UNO, UNESCO und EU beraten. Diese „kulturellen Anderen“ handeln nicht selbst unmittelbar politisch, sondern wirken beratend. „Ein Anderer trägt die Haltung des interesselosen Beraters zur Schau, dem es mehr um die Wahrheit geht als um seine eigenen Interessen“ (Meyer 2005: 170).²⁰ Dabei gibt es zwei zentrale Argumente, die von „den Anderen“ zum Schutz und zur Pflege der

¹⁹ Die dramatische Zunahme der Bedeutung des Schutzes von Minderheiten und deren Förderung manifestiert sich nicht nur in den zitierten Rechtsakten, sondern auch im Aufbau einer Vielzahl von internationalen Institutionen und Stiftungen, die sich um die Minderheiten und deren Sprachen kümmern. Monitoring-Systeme wurden entwickelt, die bedrohten Sprachen, die häufig keine Schriftsprachen sind, werden nach linguistischen Kriterien erfasst, Statistiken über deren Verbreitung und die Anzahl der Sprecher werden angelegt etc. (vgl. Crystal 2000: 91ff.). All dies erfolgt mit dem Ziel, die Öffentlichkeit und die Politik über das Ausmaß der Bedrohung der Minderheitensprachen zu informieren und zur Intervention zu motivieren.

²⁰ Die meisten Autoren, die zu dem Thema publiziert haben, sind aber selbst Protagonisten, die sich für eine Erweiterung des Minderheitenschutzes einsetzen. Auch wenn die Literatur als wissenschaftliche Literatur ausgewiesen und bei wissenschaftlichen Verlagen veröffentlicht wurde, sind die Texte in der Regel nicht analytisch, sondern normativ orientiert (vgl. die kritische Kommentierung der Literatur von Kibbee 2003 und de Swaan 2004). Das akademische Kapital, das die Autoren mitbringen, verschafft ihnen im öffentlich-politischen Diskurs ein besonderes Gehör. Pikant ist dabei die Tatsache, dass sich die Autoren für die Beibehaltung und Pflege der exotischsten Sprachen aussprechen und dies den Sprechern dieser Sprache auch empfehlen, sie selbst aber, wenn es irgendwie möglich ist, in der Welthegemonialsprache Englisch publizieren, um die Rezeption ihrer Texte und damit ihre Reputation in der akademischen Welt zu maximieren (vgl. dazu die zynischen Bemerkungen von de Swaan 2004).

Minderheitensprachen ins Feld geführt werden. Ich werde die Argumente darstellen und zugleich kritisch kommentieren:

a) *Sprachliche und biologische Vielfalt*: Der Schutz der Sprachenvielfalt wird mit dem Schutz der biologischen Artenvielfalt gleichgesetzt. Im Artikel 1 der von der UNESCO verabschiedeten „Erklärung für kulturelle Vielfalt“ heißt es z. B.: „Als Quelle des Austauschs, der Erneuerung und der Kreativität ist kulturelle Vielfalt für die Menschheit ebenso wichtig wie die biologische Vielfalt für die Natur. Aus dieser Sicht stellt sie das gemeinsame Erbe der Menschheit dar und sollte zum Nutzen gegenwärtiger und künftiger Generationen anerkannt und bekräftigt werden“. Diesen Grundgedanken, dass Sprachenvielfalt eine Bereicherung für die Gesellschaft ist, sich auch positiv auf ihre Produktivität auswirken kann, findet man in sehr verschiedenen Formulierungen. Douglas Kibbee (2003) bezeichnet diese Position als „green theory of ecological protection“. Die Protagonisten der Förderung sprachlicher Pluralität folgern aus ihrer Deutung, dass der Schutz und die Förderung von Minderheiten und Minderheitensprachen nicht nur ein ethischer Imperativ, sondern ein ökologisches Erfordernis ist (Arzoz 2008a: 4; 2008b). Die Begründung für diese Schlussfolgerung ergibt sich aus der evolutionstheoretischen Annahme des Vorteils von Artenvielfalt. Dieser besteht darin, dass unter veränderten Umweltbedingungen (z. B. dem Aufkommen neuer Krankheitserreger) die Vielfalt sicherstellt, dass zwar manche Organismen aussterben, andere aber gerade auf Grund einer unterschiedlichen genetischen Ausstattung überleben werden. Die genetische Variation ist gleichsam ein Risikopuffer, der bei veränderten Umweltbedingungen zum Überleben beitragen kann.

Gilt dieses Argument aber auch für die Sprachen? Nur wenn man zeigen kann, dass sich die verschiedenen Kulturen auf der Grundlage unterschiedlicher Sprachen konstituieren, so dass mit einer Vielfalt von Sprachen ursächlich eine Vielfalt von Kulturen verbunden ist, die dann als Variationspool unterschiedliche gesellschaftliche Organisationsweisen zur Verfügung stellt, stellt sich die sprachliche Mannigfaltigkeit als Gewinn dar. Wenn aber gilt, dass man mit jeder Sprache ungefähr das Gleiche ausdrücken kann, dann ist mit einer Vielzahl von Sprachen kein eigentlicher evolutionärer Vorteil verbunden. Der Verlust einer bestimmten Sprache führt nicht dazu, dass kulturelle Vorteile verloren gehen. Dieses leitet zum nächsten Punkt über.

2) *Sprachenvielfalt als kulturelle Vielfalt*: Die Sprache wird als Ausdruck der Kultur interpretiert. Unterschiedliche Sprachen führen zu Unterschieden in der Weltaneignung. Entsprechend ist der Schutz der Sprache der Minderheiten ein zwingendes Gebot, wenn man nicht nur die Sprachen, sondern die Kulturen, die sich sprachlich konstituieren, schützen möchte. Die Befürworter eines Ausbaus des Schutzes von Minderheitensprachen folgern aus ihrem Argument, dass der Minderheitensprachenschutz ein ethischer Imperativ ist (vgl. Arzoz 2008a). Dass dieses Argument der sprachlichen Konstitution von Kultur wenig Überzeugungskraft hat, hatten wir im Kapitel 2.2 gesehen. Die kognitionspsychologische Literatur zeigt uns, dass der Einfluss der Sprache auf das Denken recht begrenzt ist. Man kann durchaus seine eigene Kultur und Lebensweise beibehalten und zugleich die eigene Sprache nicht mehr sprechen. Kultur und Sprache sind weitgehend voneinander entkoppelt. Kulturelle Vielfalt ist auch ohne eine korrespondierende sprachliche Vielfalt möglich (vgl. Ladefoged 1992).²¹

Die europäische Politik der Förderung der Minderheitensprachen ist sowohl in die Veränderung der internationalen Rechtsordnungen als auch in den kurz erläuterten hegemonialen Diskurs über Minderheiten eingebettet und hat ihn selbst mit befördert. Er bildet u. a. auch die Hintergrundlegitimation für die Rechtsentwicklungen innerhalb der EU, die ich im ersten Punkt beschrieben habe und erklärt, warum der Schutz der Minderheitensprachen zu einem zunehmend bedeutsamen Thema der EU-Politik geworden ist. Ich habe mich an dieser Stelle weitgehend auf eine Darstellung und Interpretation der EU-Politik beschränkt. Ob eine solche Politik sinnvoll ist und welche normativen Maßstäbe man zur Beurteilung von Sprachpolitiken heranziehen kann, darauf gehe im letzten Kapitel genauer ein.

3.3.3 *Förderung der Mehrsprachigkeit der Bürger*

Bilden die Akzeptanz und die Unterstützung der Vielsprachigkeit und der Schutz und die Förderung der Minderheitensprachen die ersten beiden Ziele

²¹ Es gibt ein drittes Deutungselement, das für den veränderten Diskurs über Minderheiten konstitutiv zu sein scheint und das sich auf die Frage bezieht, wer für den Schutz der Minderheiten zuständig ist. Die Souveränitätsrechte des Nationalstaates werden diesbezüglich zunehmend in Frage gestellt; es findet eine Verantwortungsverlagerung auf internationale Organisationen statt, die notfalls auch gegen die Nationalstaaten die Rechte der Minderheiten schützen sollen.

der EU-Sprachpolitik, dann ist das Prinzip der Förderung der Mehrsprachigkeit der Bürger Europas das zweite zentrale Ziel. Jeder Bürger, so die Vorstellung, soll neben seiner Muttersprache zwei in der EU gesprochene Sprachen sprechen; alle Sprachen haben dabei die gleiche Bedeutsamkeit. Welche weitgehenden Ziele verfolgt die EU mit ihrer Politik der Förderung der Mehrsprachigkeit (a) und mit welchen Maßnahmen versucht sie diese zu erreichen (b)?

a) Ähnlich wie die Förderung der Minderheitensprachen hat auch die Politik der Förderung der Mehrsprachigkeit der Bürger ein ideologisches Unterfutter. Das folgende Zitat des Kommissars für Mehrsprachigkeit (seit 2007 hat die EU für diesen Bereich ein eigenes Kommissariat) bringt die Ziele der EU, die sich in vielen rechtlichen Dokumenten der EU ähnlich formuliert finden, recht gut zum Ausdruck: „Die Fähigkeit, in mehreren Sprachen zu kommunizieren, ist ein großer Vorteil für Menschen, doch auch für Organisationen und Unternehmen. Sie verstärkt die Kreativität, überwindet kulturelle Vorurteile, fördert das Denken abseits der ausgetretenen Pfade und kann bei der Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen helfen. All diese Fähigkeiten und Tätigkeiten sind volkswirtschaftlich wertvoll. Mehrsprachigkeit macht Menschen auch mobiler, so dass sie leichter in anderen Ländern Ausbildungsmöglichkeiten oder eine Arbeitsstelle suchen können. Sie ist gut für den Einzelnen, die Unternehmen und die Wettbewerbsfähigkeit, und damit auch entscheidend für die Verwirklichung des übergeordneten Ziels der Europäischen Union – die Lissabon-Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Förderung des Wirtschaftswachstums. [...] Ziel der Kommissionspolitik zur Mehrsprachigkeit ist es, diese Stärken miteinander zu verknüpfen. Insbesondere hat sie zum Ziel, das Sprachenlernen und die Sprachenvielfalt in der Gesellschaft zu fördern, eine gesunde, mehrsprachige Wirtschaft zu fördern und den Bürgerinnen und Bürgern in ihrer eigenen Sprache Zugang zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union zu geben“ (Orban 2007).

Die Legitimation einer Politik der Förderung der Mehrsprachigkeit speist sich, wie das Zitat zeigt, aus zwei Motiven, einem kulturellen und einem wirtschaftspolitischen. Die Union möchte zum einen durch die Mehrsprachigkeit ihrer Bürger zur Verbesserung der Verständigung zwischen den Menschen und zum Abbau von Vorurteilen beitragen; sie begreift die Mehrsprachigkeit zum Zweiten als eine Investition in die Verbesserung des Hu-

mankapitals der Bürger, das diese in die Lage versetzt, auf dem europäischen Markt mobil zu sein und ihre Arbeitskraft auch außerhalb des Nationalstaates einsetzen zu können und damit einen Beitrag für das wirtschaftliche Wachstum Europas insgesamt zu leisten (vgl. auch Linsenmann 2006: 355; Mickel & Bergmann 2005: 100). Mit der Sprachenpolitik verhält es sich wie mit vielen anderen Politikbereichen der Europäischen Union: Die EU ist in erster Linie eine Wirtschaftsunion; die Legitimationsbeschaffung für nicht ökonomische Politikfelder erfolgt in der Regel mit ökonomischen Argumenten (vgl. für die Geschlechter- und Familienpolitik Gerhards, Schäfer & Kämpfer 2009; für die Umweltpolitik Gerhards & Lengfeld 2008).

b) Die Maßnahmen, die die EU zur Förderung der Mehrsprachigkeit ihrer Bürger ergriffen hat, sind vielfältig und in aller Regel eingebunden in die Maßnahmen zur Bildungspolitik der EU im Allgemeinen. Dabei waren „Sokrates“ und „Leonardo da Vinci“ die wichtigsten Programme, die 2007 in das „Programm für Lebenslanges Lernen“ integriert wurden. Hierbei handelt es sich um ein Aktionsprogramm zur Förderung der transnationalen Zusammenarbeit im Bildungsbereich. Die EU hat für das Programm von 2007 bis 2013 ca. 7 Mrd. Euro bewilligt; es integriert vier verschiedene Einzelprogramme (vgl. Generaldirektion Bildung und Kultur 2008).

COMENIUS richtet sich an vorschulische Einrichtungen und Schulen bis zum Ende des Sekundarbereichs II sowie an Einrichtungen der Schulverwaltung und der Lehreraus- und -fortbildung. Comenius unterstützt die Mobilität von Schülern, Lehramtsstudierenden und Lehrkräften und fördert damit das Erlernen moderner Fremdsprachen. Gefördert werden Schulpartnerschaften und die Mobilität von Schülern; Assistenzzeiten von Studierenden der Lehramtsfächer an Schulen im Ausland; Fortbildungskurse für Lehrkräfte im Ausland.

ERASMUS richtet sich an Hochschulen und fördert die Mobilität von Studierenden, Dozenten und anderem Hochschulpersonal. Gefördert werden Auslandsstudium, Auslandspraktikum, Gastdozenturen, die Organisation der Mobilität, Intensivprogramme und vorbereitende Besuche.

LEONARDO DA VINCI ist das Programm für die Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Gefördert werden Auslandsaufenthalte in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Projekte zum Transfer und zur Entwicklung von Innovationen, Partnerschaften, Netzwerke, vorbereitende Besuche und Kontaktseminare. Zielgruppen sind Einrichtungen

der beruflichen Bildung wie berufsbildende Schulen, außer- und überbetriebliche Bildungsstätten, Unternehmen, Sozialpartner und ihre Organisationen, Berufsverbände und Kammern.

GRUNDTVIG ist das Programm für die allgemeine Erwachsenenbildung. Das Programm steht allen Einrichtungen der Erwachsenenbildung in den Teilnehmerstaaten offen. Dies können öffentliche Institutionen sein wie Behörden, Verwaltungen und Regierungsstellen oder Einrichtungen in öffentlicher oder privater Trägerschaft wie Initiativen, Vereine, Volkshochschulen oder Nichtregierungsorganisationen. Gefördert werden die Mobilität von Beschäftigten der Erwachsenenbildung in Form von individuellen Fortbildungen, Lernpartnerschaften zur Kooperation von Einrichtungen aus verschiedenen Teilnehmerstaaten, Projekte zur Entwicklung, Erprobung und Verbreitung von Produkten und Netzwerke zur Weiterentwicklung von spezifischen Fachgebieten und Themen der Erwachsenenbildung.

In allen Programmen geht es nicht nur um den Erwerb einer Fremdsprache; aber der Fremdspracherwerb ist ein zentrales Ziel dieser Programme.²² Die konkreten Programme werden durch andere, eher symbolische Initiativen zur Förderung der Mehrsprachigkeit ergänzt. So wurde z. B. das Jahr 2001 zum Jahr der Sprachen erklärt; jährlich wird der 26. September als „Sprachentag“ gefeiert und das Europäische Sprachensiegel für innovative Projekte im Zusammenhang mit Sprachenlernen- und -lehren vergeben (Lutjeharms 2007: 113).

Bei allen Bemühungen der EU, die Förderung der Fremdsprachenkompetenz zu verbessern, werden alle Sprachen der Mitgliedsländer und auch die Minderheitensprachen gleichbehandelt. Die EU betreibt keine Politik zur Förderung einer „lingua franca“ in Europa, sie hat keine Präferenz für eine bestimmte Fremdsprache. Der Erwerb der kleineren Sprachen wird von der EU genauso gefördert wie das Erlernen der weit verbreiteten Sprachen. Auch hier stellt sich die Frage, ob dies eine sinnvolle Politik ist. Abram de Swaan (2004) bezweifelt dies, und ich werde mich im letzten Kapitel, in dem die normative Frage einer angemessenen Sprachpolitik diskutiert wird, seiner Argumentation anschließen. De Swaan vermutet, dass die gleiche Förderung aller Sprachen längerfristig genau den umgekehrten, nicht

²² Eine Evaluation des 2007 etablierten Programms „Lebenslanges Lernen“ bezüglich der erzielten Erfolge liegt bis dato nicht vor. Allerdings gibt es einige Erkenntnisse über den Erfolg der in das Programm integrierten Vorläuferprogramme (vgl. dazu McCoshan, McDonald, Santos & Hall 2008).

intendierten Effekt der Förderung einer Sprache, nämlich des Englischen hat. „The more languages the better remains the battle-cry. But this multiplicity of languages actually subverts diversity: the more languages that compete, the more *English* will take hold. In the general confusion of tongue, in which no indigenous language can predominate, English automatically imposes itself as the sole, obvious, solution. That is what has happened in India and South Africa, in Nigeria, and in the European Union. The hegemony of English is being hastened and consolidated by the promotion of a multiplicity of languages – by the European Commission, for instance” (de Swaan 2004: 475).

4 Transnationales sprachliches Kapital der Bürger in den Ländern der Europäischen Union

Mit der Europäisierung und Globalisierung der Mitgliedsländer der Europäischen Union sind neue Anforderungen an und Chancen für die Menschen in Europa verbunden. Wollen sie am Europäisierungsprozess partizipieren, im europäischen Ausland arbeiten, dort studieren, ihre Ferien verbringen, neue Kontakte aufbauen und sich am politischen Leben beteiligen, müssen sie die Sprache des jeweiligen Landes beherrschen. Die Verfügung über *transnationales sprachliches Kapital* wird damit zu einer entscheidenden Ressource der Teilhabe am Europäisierungsprozess. Für diejenigen, die über die Ressource verfügen, eröffnen sich neue Möglichkeiten; diejenigen, die nur ihre Muttersprache sprechen, sind an ihr Land gebunden und können die Vorteile des vereinten Europas nicht nutzen.

Ich werde auf der Basis einer Auswertung einer Eurobarometerbefragung aus dem Jahr 2005 (Eurobarometer 63.4) in einem ersten Unterkapitel der Frage nachgehen, ob und in welchem Maße die Bürger in den 27 Ländern der EU über transnationales sprachliches Kapital verfügen und in welchem Maße sie diejenige Sprache sprechen können, die den höchsten Kommunikationswert hat, nämlich Englisch. Die Ergebnisse werden zeigen, dass die Unterschiede sowohl zwischen den 27 Ländern als auch innerhalb der Länder in der Ausstattung mit transnationalem sprachlichem Kapital ganz beträchtlich sind. Ich gehe deswegen in einem zweiten Schritt der Frage nach, wie man diese Unterschiede erklären kann. Dazu formuliere ich ein theoretisches Modell der Erklärung, das zuerst bivariat, dann multivariat überprüft wird.

4.1 Deskriptive Befunde: Die Mehrsprachigkeit der Bürger der EU

Die Umfrage, die den folgenden Analysen zugrunde liegt, wurde im Mai und Juni 2005 vom Institut TNS Infratest im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt. Befragt wurden in Form von Face-to-face-Interviews Personen, die 15 Jahre und älter sind. Die Stichprobengröße beträgt etwa 500 Personen in kleineren Ländern (z. B. Malta, Luxemburg) und 1.000 Personen in größeren. Durch eine Gewichtung der Daten nach Alter, Geschlecht, Region und Größe des Wohnortes wird sichergestellt, dass die Stichproben repräsentativ für die Bevölkerung eines Landes sind. Da in die Gewichtung auch die Bevölkerungszahl der jeweiligen Staaten mit eingeht, ist das Eurobarometer insgesamt für die Bevölkerung der EU repräsentativ. In allen von uns im Folgenden präsentierten Analysen wird eine solche Gewichtung vorgenommen. Der Datensatz ist über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln zugänglich.

Bevor ich mich den Ergebnissen der Auswertung zuwende, soll der Begriff des transnationalen sprachlichen Kapitals und seine Operationalisierung genauer erläutert werden. Ich habe bis jetzt ganz allgemein von transnationalem sprachlichem Kapital gesprochen. Mehrsprachigkeit manifestiert sich in vier verschiedenen, miteinander verbundenen Fähigkeiten: im Verstehen, Sprechen, Lesen und Schreiben einer Sprache. Die beiden passiven Varianten (Verstehen und Lesen) sind einfacher zu erlernen als die beiden aktiven Formen (Sprechen und Schreiben); das korrekte Schreiben in einer Sprache stellt sicherlich die schwierigste Form der Fremdsprachenkompetenz dar. Die empirischen Analysen beziehen sich allein auf das Sprechen einer Fremdsprache. In der Eurobarometerbefragung wurde den Interviewten u. a. folgende Frage gestellt: *„Welche Sprache sprechen Sie gut genug, um darin ein Gespräch führen zu können?“* Die Auswertung dieser Frage bildet die zentrale abhängige Variable unserer Analysen. Auch wenn zu den Verstehens-, Lese- und Schreibfähigkeiten keine empirischen Informationen vorliegen, kann man davon ausgehen, dass derjenige, der eine fremde Sprache sprechen kann, sie sicherlich auch besser verstehen, die entsprechende Sprache besser lesen und auch schreiben kann als derjenige, für den dies nicht gilt.

Wie die zitierte Frageformulierung zeigt, wurde die Sprechkompetenz in der Eurobarometerbefragung nicht durch eine objektive Messung der Sprechfähigkeiten durch Sprachtests erhoben, sondern – wie in den meisten Massenerhebungen – durch eine subjektive Einschätzung des Befragten. Die

Frage ist nun, ob und in welchem Maße die subjektive Einschätzung der Befragten eine hinreichend gute Messung der „eigentlichen“ Sprachkompetenz der Befragten darstellt bzw. in welchem Maße sich die Bürger in ihren Fähigkeiten falsch einschätzen. Hartmut Esser (2006) hat in seiner Studie über den Fremdspracherwerb von Migranten dieser methodischen Frage ein ganzes Unterkapitel gewidmet (Kapitel 7.6) und alle relevanten Literatur- und Datenquellen ausgewertet, so dass ich mich hier an Essers Argumentation orientieren kann. Ingesamt kommt er zu dem Ergebnis, dass die subjektive Selbsteinschätzung der Sprachkompetenz durchaus als ein Ersatzindikator für eine objektive Kompetenzmessung genutzt werden kann. Zwei Argumente sind hier von besonderer Relevanz: 1) Es liegen mehrere Untersuchungen vor, in denen sowohl subjektive Selbsteinschätzungen als auch konkrete Sprachtests zur Messung der Sprachkompetenz durchgeführt wurden. Der korrelative Zusammenhang zwischen den beiden Messungen schwankt von Untersuchung zu Untersuchung; die Werte liegen zwischen .58 und .46 (Esser 2006: 527f.). Dieses Ergebnis zeigt, dass es einen robusten Zusammenhang zwischen der faktischen Sprachkompetenz und der subjektiven Einschätzung gibt.¹ 2) Esser ist in seiner Untersuchung daran interessiert, die Fremdsprachenkompetenz der Migranten zu erklären. Er hat sein Kausalmodell zum einen auf die Erklärung der subjektiven Einschätzung der Fremdsprachenkompetenz, zum anderen auf die durch Sprachtests gemessenen objektiven Fähigkeiten angewandt. Für beide Modellrechnungen ergibt sich genau die gleiche Kausalstruktur, auch wenn die aufgeklärte Varianz in beiden Modellen etwas unterschiedlich ausfällt. Im Hinblick auf die uns hier interessierende Frage bedeutet dieses Ergebnis, dass man die subjektive Fremdsprachenkompetenzeinschätzung durchaus als Ersatzmessung der objektiven Fremdsprachenfähigkeit benutzen kann, weil man im Hinblick auf die Struktur der kausalen Beziehungen keinen Fehlschluss begeht. Auch bezüglich möglicher Länderunterschiede in den Fremdsprachenfähigkeiten sind keine Verzerrungen zu erwarten, da es unwahrscheinlich ist, dass z. B. die Schweden ihre Fremdsprachenfähigkeiten überschätzen, während Polen sie unterschätzen.

¹ Christian Dustmann und Arthur van Soest (2001) haben gezeigt, dass es bei der subjektiven Selbsteinschätzung zu systematischen Fehleinschätzungen kommt. Gerade bei Anfängern kommt es zu einer Überschätzung der faktischen Fähigkeiten; im Zeitverlauf passt sich die Selbsteinschätzung der objektiven Kompetenz an. Die beiden Autoren haben auf dieser Basis versucht, eine statistische Korrektur zu berechnen und in der Analyse zu benutzen.

Tabelle 4.1 gibt nun einen Überblick über die Mehrsprachigkeit der Bürger in den 27 Mitgliedsländern der EU. Neben den Kategorien „keine“, „eine“, „zwei“ und „drei und mehr“ Fremdsprachen wurde der Mittelwert der Anzahl der gesprochenen Fremdsprachen und die Standardabweichung pro

Tabelle 4.1: Transnationales sprachliches Kapital in 27 Ländern der EU
(in Prozent)

	Keine Fremd- sprache	Eine Fremd- sprache	Zwei Fremd- sprachen	Drei und mehr Fremd- sprachen	Mittel- wert	S
EU-27	51,3	27,1	15,1	6,6	0,77	0,93
Ungarn	70,6	18,4	9,0	2,0	0,42	0,74
Großbritannien	70,0	20,4	7,5	2,1	0,42	0,72
Portugal	64,1	16,3	13,9	5,7	0,61	0,92
Spanien	63,9	23,7	9,2	3,3	0,52	0,79
Italien	63,7	24,3	9,4	2,6	0,51	0,77
Rumänien	59,4	21,4	14,2	5,0	0,65	0,90
Irland	59,2	24,9	12,9	3,0	0,59	0,82
Frankreich	55,5	27,8	12,8	3,9	0,65	0,85
Bulgarien	54,6	28,9	12,4	4,1	0,66	0,85
Polen	50,9	26,1	12,8	10,2	0,82	1,01
Griechenland	50,6	32,7	13,5	3,2	0,69	0,82
Österreich	41,6	33,6	15,2	9,7	0,93	0,98
Deutschland	40,6	36,7	18,7	4,0	0,86	0,86
Tschechien	40,0	32,3	19,2	8,6	0,97	0,97
Finnland	33,7	24,4	22,6	19,4	1,28	1,13
Slowakei	31,1	26,8	22,9	19,3	1,31	1,11
Belgien	28,9	22,5	25,5	23,0	1,43	1,13
Zypern	27,8	52,8	13,9	5,6	0,96	0,81
Estland	13,8	37,9	31,0	17,2	1,54	0,94
Dänemark	12,6	25,2	35,3	26,9	1,77	0,99
Schweden	12,3	40,7	28,1	18,9	1,54	0,94
Slowenien	11,1	27,8	33,3	27,8	1,77	0,98
Litauen	9,8	43,5	32,6	14,1	1,51	0,85
Niederlande	8,6	22,5	43,5	25,5	1,86	0,90
Lettland	6,6	49,5	34,1	9,9	1,47	0,76
Malta	4,8	33,3	42,9	19,0	1,74	0,86
Luxemburg	0,0	4,3	26,1	69,6	2,61	0,64

N= 26.520

Land berechnet (vgl. für eine Auswertung der Fremdsprachenkompetenz in 15 EU-Ländern Fligstein 2008a: 147ff; 2008b). Der in der Tabelle und in

den folgenden Ausführungen benutzte Begriff der Fremdsprachenkompetenz ist erläuterungsbedürftig. Sie umfasst sowohl Personen, die neben ihrer Muttersprache weitere Sprachen im Lauf ihres Lebens erworben haben, als auch Personen, die mit zwei oder sogar mehr Muttersprachen aufgewachsen sind, weil z.B. im Elternhaus oder in der unmittelbaren Umgebung zwei oder mehr Sprachen gesprochen wurden.

1) Wie die Ergebnisse zeigen, ist die Europäische Union von dem Ideal, dass alle Bürger mindestens zwei Fremdsprachen sprechen können, weit entfernt. Über die Hälfte der Bürger spricht keine einzige Fremdsprache. Für diese ist ihr Nationalstaat in der Tat ein Container, den zu verlassen mit großen Verständigungsproblemen behaftet ist. Circa ein Viertel der Bürger spricht zumindest eine Fremdsprache, ein knappes Viertel spricht zwei oder mehr Fremdsprachen.

2) Zugleich zeigen die Berechnungen, dass die Unterschiede zwischen den Ländern in der Ausstattung mit sprachlichem Kapital ganz beträchtlich sind. Während in Luxemburg fast jeder Bürger zumindest zweisprachig ist, in Lettland, Malta oder den Niederlanden 90 % der Bürger zwei und mehr Sprachen beherrschen, liegt die Quote der Menschen, die zumindest eine Fremdsprache sprechen, in Ungarn, Portugal, Großbritannien und Spanien bei nur etwa einem Drittel der Bevölkerung. Die Ursachen der Länderreihenfolge sind nicht einfach zu interpretieren, weil wahrscheinlich mehrere Faktoren, die sich zum Teil verstärken, zum Teil aber auch wechselseitig aufheben, zusammenwirken können. Bürger aus Ländern, in denen die Muttersprache Englisch ist (Irland und England), sind im geringen Maße mehrsprachig; hingegen scheinen die Bürger in kleinen Ländern besonders gut mit transnationalem sprachlichem Kapital ausgestattet zu sein. Auch das Modernisierungsniveau einer Gesellschaft scheint die Mehrsprachigkeit zu befördern. Dies sind erste Hinweise auf mögliche Ursachen für die Länderdifferenzen. Ich komme darauf gleich, bei dem Versuch, die Länderdifferenzen systematisch zu erklären, ausführlich zurück.

3) Schließlich zeigen die Befunde, dass die länderinterne Streuung sehr hoch ist. Die durchschnittliche Standardabweichung beträgt 0.93 bei einer Skala, die von 0 bis 3 reicht. Es gibt also innerhalb eines jeden Landes Bürger, die über ein hinreichendes sprachliches Kapital verfügen und es gibt Bürger, für

die dies nicht zutrifft. Wir werden bei dem Versuch der Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital sehen, dass die länderinterne Streuung vor allem auf Bildungs-, Klassen- und Kohortenunterschiede zurückzuführen ist.

Interpretiert man die Fähigkeit, mehrere Sprachen zu sprechen als eine zentrale Ressource, die es erlaubt, an Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozessen zu partizipieren, dann zeigt sich, dass diese Ressource sehr ungleich verteilt ist. Mehrsprachigkeit ist, wie ich in Kapitel 2.1 argumentiert habe, mit einer Vielzahl von Vorteilen verbunden: Sie erleichtert es, in anderen Ländern zu studieren und verbessert die Ausbildungsoptionen; sie erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und erleichtert es Firmen bzw. ihren Mitarbeitern, sich neue Märkte zu erschließen. Die Möglichkeiten von Wissenschaftlern, die Ergebnisse anderer Forscher überhaupt wahrzunehmen und ihre eigenen Erkenntnisse zu distribuieren und damit ihre eigene Wertschätzung zu verbessern, wird durch die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital erhöht. Mehrsprachigkeit verstärkt weiterhin die Kontaktmöglichkeiten zu potentiellen Bekannten, Freunden und Partnern und verbessert auch die Chancen der politischen Partizipation an einer sich europäisierenden und globalisierenden Welt. Schließlich sind mit der Mehrsprachigkeit symbolische Gratifikationen verbunden, die zur Selbstinszenierung als Teil einer transnationalen Elite genutzt werden können. Die Mehrsprachigkeit ist ein Kapital, mit dem man die eigene Rendite zu steigern vermag und dies in Abgrenzung zu denjenigen, die über die entsprechende Ressource nicht verfügen.

Transnationales sprachliches Kapital in dem bis jetzt zugrunde gelegten Verständnis umfasst die Anzahl der Fremdsprachen, die jemand spricht, ganz unabhängig von der Frage, welche konkreten Fremdsprachen jemand beherrscht. Handelt es sich bei transnationalem sprachlichem Kapital aber um eine Ressource zur Verständigung mit anderen Menschen, dann hängt die Verwertbarkeit dieser Ressource entscheidend davon ab, wie viele Sprecher ich mit einer Fremdsprache erreichen kann. Die Anzahl der erreichbaren Kommunikationspartner berechnet sich aus der Summe der Muttersprachler einer Sprache und der Menge der Personen, die diese Sprache als Fremdsprache sprechen. Jede Sprache, die eine Person als Fremdsprache lernt, hat entsprechend einen Kommunikationswert (dazu de Swaan 2001a, 2001b). Luxemburgisch wird z. B. von ca. 300.000 Personen als Mutterspra-

che gesprochen und von ganz wenigen Personen als Fremdsprache. Deutsch wird in Europa von über 100 Millionen Personen gesprochen. Das Erlernen von Luxemburgisch hat entsprechend einen wesentlich niedrigeren Kommunikationswert als das Erlernen der deutschen Sprache. Die folgende Tabelle gibt die Menge der Sprecher der in Europa am häufigsten gesprochenen Sprachen wieder.

Tabelle 4.2: Die am häufigsten gesprochenen Sprachen in den 27 Ländern der EU (in Prozent)

	Fremdsprache und Muttersprache	Nur Fremdsprache
Englisch	45,9	33,8
Deutsch	28,7	11,4
Französisch	22,4	10,8
Italienisch	14,9	2,4
Spanisch	12,7	4,4
Russisch	5,9	5,4
<i>N</i>	<i>26.476</i>	<i>26.469</i>

Auch wenn sich die Mutter- und Fremdsprachenkompetenz der Bürger auf sehr viele Sprachen verteilen, gibt es nur fünf Sprachen, die von mehr als 10 % der Bevölkerung, sei es als Mutter- oder als Fremdsprache gesprochen werden. Diese Sprachen haben den höchsten Kommunikationswert. Weiterhin zeigt sich, dass Englisch die meist gesprochene Sprache in Europa ist. Dies konnte man auf der Grundlage der Argumentation im letzten Kapitel auch nicht anders erwarten. Es sind immerhin 43,1 % der Bevölkerung, die in Englisch miteinander kommunizieren können. Für jeden Bürger, der beginnt, eine neue Fremdsprache zu lernen, um so mit möglichst vielen anderen Bürgern zu kommunizieren, ist es rational, zuerst einmal Englisch zu lernen. Dies gilt erst recht, wenn man den Bezugsrahmen über Europa hinaus ausdehnt und die weltweite Sprachkonstellation berücksichtigt. Englisch ist, wie wir in Kapitel 3.1 gesehen haben, diejenige Sprache, die von den meisten Menschen auf der Erde, sei es als Mutter- oder als Fremdsprache, gesprochen wird. Im Vergleich zum Chinesischen, welches die Sprache ist, die von den meisten Menschen als Muttersprache gesprochen wird, kommt bei Englisch hinzu, dass die Streuung über die verschiedenen Regionen der Erde höher ist; zudem ist es für die meisten Sprecher einfacher, Englisch zu lernen als Chinesisch, weil die linguistische Distanz zwischen

den meisten Sprachen und Englisch geringer ist als die zwischen diesen Sprachen und Chinesisch.

Tabelle 4.3: Englischkompetenz in 27 Ländern der EU (in Prozent)

	Keine Englisch- kenntnisse	Englisch als Fremd- oder Muttersprache	Englisch als Fremdsprache
EU-27	54,1	45,9	33,8
Großbritannien	0,5	99,5	7,4
Irland	0,5	99,5	6,0
Malta	4,8	95,2	90,5
Niederlande	12,4	87,6	87,3
Schweden	15,0	85,0	85,0
Dänemark	15,8	84,2	83,5
Zypern	27,8	72,2	72,2
Luxemburg	33,3	66,7	66,7
Finnland	39,6	60,4	59,9
Slowenien	44,0	56,0	55,6
Österreich	45,1	54,9	53,3
Belgien	48,2	51,8	51,7
Deutschland	48,9	51,1	50,8
Griechenland	56,1	43,9	43,5
Estland	58,6	41,4	41,4
Frankreich	65,7	34,3	33,8
Lettland	65,9	34,1	34,1
Italien	70,7	29,3	28,6
Portugal	72,8	27,2	26,4
Rumänien	73,4	26,6	26,5
Polen	74,1	25,9	25,4
Litauen	74,3	25,7	25,7
Slowakei	75,8	24,2	24,2
Tschechien	76,2	23,8	23,7
Spanien	79,3	20,7	19,8
Ungarn	83,8	16,2	15,9
Bulgarien	84,6	15,4	15,1

Entscheiden sich die Menschen oder Bildungsinstitutionen in Europa für den Erwerb beziehungsweise die Förderung einer Fremdsprache und folgen sie dabei dem Prinzip, einen möglichst hohen Nutzen in Form der Erreichbarkeit möglichst vieler Sprecher zu erzielen, dann werden sie sich wahr-

scheinlich für Englisch entscheiden, weil dies die hegemoniale Sprache innerhalb Europas ist. In welchem Maße sind die Bürger der 27 Mitgliedsländer in der Lage, die dominante Sprache Europas zu sprechen? Tabelle 4.3 gibt darüber Auskunft.

Die Tabelle ist auf den ersten Blick nicht einfach zu interpretieren, weil die Länder, die in ihrer Englischkompetenz nah beieinander liegen, dies aus unterschiedlichen Gründen tun. Insgesamt ergeben sich vier Gruppen, die sich im Niveau ihrer Sprachkompetenz des Englischen unterscheiden (Bezugspunkt der Interpretation ist die mittlere Spalte der Tabelle, in der der Prozentsatz der Personen, die entweder Englisch als Mutter- oder als Fremdsprache sprechen, festgehalten ist):

1) Die erste Gruppe bilden die Länder, in denen Englisch die oder eine der Amtssprachen ist. Hier liegt die Englischkompetenz bei fast 100 % (England, Irland und Malta).

2) Die zweite Gruppe mit einer 87- bis 60 %igen Englischkompetenz bilden die kleinen, zugleich hoch modernisierten Länder. Dazu gehören Dänemark, Niederlande, Schweden, Luxemburg und Finnland.

3) Zur dritten Gruppe, deren Englischkompetenz zwischen 34 % und 60 % variiert, gehören einerseits hoch entwickelte Länder (Deutschland, Österreich, Belgien), andererseits kleine Länder, die geringer modernisiert sind (Griechenland, Estland, Slowenien, Slowenien).

4) Zur vierten Gruppe, deren Englischniveau zwischen 34 % und 15 % variiert, gehören modernisierte romanische Länder (Frankreich, Italien, Spanien, Portugal) und viele Länder des früheren Ostblocks (Lettland, Rumänien, Polen, Litauen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Bulgarien).

Die Gruppierung der Länder gibt einige Hinweise auf mögliche Kausalfaktoren, die einen Einfluss auf die Englischkompetenz haben können, wie z. B. die Größe eines Landes oder sein Modernisierungsniveau. Bevor ich mich dieser Frage im nächsten Kapitel zuwende, möchte ich noch analysieren, welche Vorstellungen die Bürger über die Wichtigkeit von Fremdsprachen haben. Die Tatsache, dass ca. die Hälfte der Bürger keine Fremdsprache spricht, kann sich ja im Einklang mit ihren eigenen Wunschvorstellun-

gen befinden. In der Eurobarometerbefragung wurden die Menschen gefragt, was sie glauben, wie viele Fremdsprachen man in der EU denn sprechen können soll. Die folgende Tabelle gibt den Prozentsatz der Befragten wieder, die sagen, dass die Bürger der EU mindestens eine Fremdsprache beherrschen sollen.

Tabelle 4.4: Anzahl gewünschter Fremdsprachen pro Land (in Prozent)

	Mindestens eine Sprache	Keine Sprache	N
EU-27	89,6	10,4	25.357
Zypern	97,2	2,8	496
Griechenland	97,1	2,9	996
Polen	95,7	4,3	981
Litauen	95,5	4,5	982
Lettland	95,5	4,5	979
Estland	94,7	5,3	984
Dänemark	94,7	5,3	1.017
Belgien	92,8	7,2	997
Tschechien	92,5	7,5	1.017
Schweden	92,3	7,7	1.038
Luxemburg	91,7	8,3	496
Niederlande	91,5	8,5	1.026
Spanien	91,3	8,7	933
Ungarn	90,5	9,5	980
Italien	90,3	9,7	971
Malta	90,0	10,0	478
Deutschland	89,4	10,6	1.522
Slowakei	88,6	11,4	1.015
Bulgarien	88,1	11,9	833
Frankreich	87,9	12,1	994
Slowenien	87,6	12,4	1004
Portugal	86,6	13,4	919
Irland	85,7	14,3	910
Rumänien	85,0	15,0	856
Großbritannien	84,5	15,5	984
Finnland	84,1	15,9	1.011
Österreich	82,7	17,3	938

Wir sehen, dass es einen europaweiten Konsens darüber gibt, dass die Menschen zumindest eine Fremdsprache beherrschen sollen. Insgesamt sind es

90 % der Befragten, die dieser Vorstellung zustimmen; die Streuung zwischen den Ländern ist recht gering. Die Tatsache, dass die Hälfte der Bürger Europas keine Fremdsprache spricht, geht offensichtlich in einem nur geringen Maße auf deren Motivation zurück, sondern muss andere Ursachen haben.

Ähnlich sind die Ergebnisse bezüglich der Frage, *welche* Fremdsprachenkenntnisse die Menschen erwerben sollen. Die Bürger wurden gefragt, welche Sprachen die Kinder jenseits der eigenen Muttersprache lernen sollen.

Tabelle 4.5: Fremdsprachen, die Kinder lernen sollen

	Häufigste Nennung	Zweithäufigste Nennung	Dritthäufigste Nennung
EU-27	Englisch	Französisch	Deutsch
Belgien	Englisch	Französisch	Niederländisch
Bulgarien	Englisch	Deutsch	Russisch
Dänemark	Englisch	Deutsch	Spanisch, Französisch
Deutschland	Englisch	Französisch	Spanisch
Estland	Englisch	Russisch	Deutsch
Finnland	Englisch	Schwedisch	Deutsch
Frankreich	Englisch	Spanisch	Deutsch
Griechenland	Englisch	Deutsch	Französisch
Großbritannien	Französisch	Spanisch	Deutsch
Irland	Französisch	Deutsch	Spanisch
Italien	Englisch	Französisch	Spanisch, Deutsch
Lettland	Englisch	Russisch	Deutsch
Litauen	Englisch	Russisch	Deutsch
Luxemburg	Französisch	Englisch	Deutsch
Malta	Englisch	Italienisch	Französisch
Niederlande	Englisch	Deutsch	Französisch
Österreich	Englisch	Französisch	Italienisch
Polen	Englisch	Deutsch	Russisch
Portugal	Englisch	Französisch	Deutsch
Rumänien	Englisch	Französisch	Deutsch
Schweden	Englisch	Deutsch	Spanisch
Slowakei	Englisch	Deutsch	Französisch
Slowenien	Englisch	Deutsch	Italienisch
Spanien	Englisch	Französisch	Deutsch
Tschechien	Englisch	Deutsch	Russisch, Französisch
Ungarn	Englisch	Deutsch	Französisch
Zypern	Englisch	Französisch	Deutsch

Wie die Ergebnisse in Tabelle 4.5 zeigen, ist Englisch in allen Ländern, in denen Englisch nicht die Muttersprache ist, diejenige Sprache, die am häufigsten genannt wird. Eine Ausnahme bildet Luxemburg. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass hier in der Tat der Nutzen von Französisch höher ist als der des Englischen, weil ein großer Teil der Luxemburger Französisch spricht und die Kenntnis von Französisch bei der Nachbarschaft und den engen Beziehungen zu Frankreich besonders hilfreich ist. Auch die Verteilung der Sprachen, die an zweiter und dritter Stelle genannt werden, entspricht ganz den Erwartungen, die sich aus der Theorie des Kommunikationswerts von Fremdsprachen ergeben. Es sind zum einen die in Europa und in der Welt weit verbreiteten Sprachen, die von den Bürgern als gewünschte Fremdsprachen genannt werden. Hinzu kommen länderspezifische Besonderheiten, die den erwarteten Kommunikationsnutzen einer Fremdsprache beeinflussen. So hat Finnland eine große schwedische Minderheit, was erklären mag, warum die Finnen Schwedisch als zweitwichtigste Sprache nennen. Ähnliches gilt z. B. für die baltischen Staaten im Hinblick auf das Russische.

4.2 Die Erklärung der Unterschiede in der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital

Wir hatten gesehen, dass die Kompetenz zur Mehrsprachigkeit sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Länder recht unterschiedlich ausfällt; gleiches gilt für die Kompetenz der Kommunikation in Englisch, der Sprache also, die den höchsten Verbreitungsgrad hat. Ich werde in einem ersten Schritt den theoretischen Erklärungsrahmen erläutern, der uns helfen kann, Unterschiede in der Mehrsprachigkeit zu erklären (Kapitel 4.2.1). Aus diesem allgemeinen Erklärungsrahmen lassen sich eine Vielzahl an Hypothesen ableiten, die dann in einem zweiten Schritt zuerst bivariat, dann multivariat überprüft werden sollen. Da ich sowohl an der Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital im Allgemeinen als auch an der Erklärung der Englischkompetenz interessiert bin, erfolgt die Überprüfung der Hypothesen in zwei separaten Unterkapiteln. Das Kapitel 4.2.2 rückt die Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital, das Kapitel 4.2.3 die Erklärung von Englisch in den Mittelpunkt der Analyse.

4.2.1 *Ein Modell zur Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital*

Es gibt verschiedene Theorien, die sich an der Erklärung des Fremdsprachenerwerbs versucht haben. Hartmut Esser (2006: 65-73) hat jüngst die verschiedenen Ansätze aus der Linguistik, der Ökonomie und der Soziologie vorgestellt und zusammengefasst. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die meisten Theorien untereinander eine Vielzahl an Gemeinsamkeiten aufweisen, sowohl im Hinblick auf die genannten Faktoren, die die Fremdsprachenkompetenz erklären können, als auch bezüglich der postulierten kausalen Wirkungsmechanismen.² Esser selbst synthetisiert die Theorieansätze und bindet die Erklärung des Fremdsprachenerwerbs an eine allgemeine Theorie der Erklärung von sozialen Handlungen an. Er steht damit auf den Schultern von anderen Wissenschaftlern, die sich an der Erklärung des Sprach- und Fremdsprachenerwerbs versucht und ähnliche Erklärungsmodelle vorgeschlagen und getestet haben (z. B. Lieberson 1970; 1981; Selten & Pool 1991; Espenshade & Fu 1997; Chiswick & Miller 2001; van Tubergen & Kalmijn 2005; Van Parijs 2004; Chiswick 2007; Braun 2009; Hans 2010). Ich orientiere mich im Folgenden an den Überlegungen von Esser. Allerdings: Diese beziehen sich auf die Bedingungen des Erwerbs einer Fremdsprache durch Migranten. Ich werde die Modellvorstellungen zuerst erläutern, dann aber die besonderen Bedingungen der Mehrsprachigkeit von Nicht-Migranten diskutieren.

Das Erklärungsmodell des Fremdsprachenerwerbs von Migranten besteht zum einen aus einem Erklärungskern, der die Entscheidung für den Erwerb einer Fremdsprache als Investitionsentscheidung modelliert (1); es besteht zum Zweiten in der Bestimmung der gesellschaftlichen Randbedingungen, die auf die verschiedenen Faktoren des Kernmodells einwirken können und damit die Entscheidung für den Erwerb einer Fremdsprache beeinflussen (2).

² Während die ökonomischen Theorien die Wirkungsmechanismen genau explizieren und zum Teil mathematisch modellieren, bleiben sie in den anderen Ansätzen in stärkerem Maße implizit formuliert; substantielle Unterschiede sieht Esser aber nur wenige.

a) Das Kernmodell: Fremdsprachenerwerb als Investitionsentscheidung

1) Migranten, so Esser, die in eine neue Gesellschaft kommen, haben im Hinblick auf den Erwerb der Sprache des Einwanderungslandes grundsätzlich zwei Handlungsoptionen: Sie können sich für den Erwerb der neuen Sprache entscheiden oder bei ihrer Muttersprache bleiben und sich nicht um einen Fremdsprachenerwerb bemühen. Die beiden Handlungsalternativen bilden zwei Pole einer Skala; zwischen den beiden Polen sind unterschiedliche Grade der Investition in den Erwerb einer Fremdsprache zu verorten.

2) Ob und in welchem Maße Akteure in den Erwerb einer Fremdsprache investieren, hängt davon ab, ob der Ertrag der Investition abzüglich der dabei entstandenen Kosten höher ist als der Ertrag, der ohne eine Investition in den Fremdsprachenerwerb entsteht. Der Erwerb der Englischkompetenz kann z. B. bedeuten, dass Menschen mit der Fremdsprachenfähigkeit bessere Positionen auf dem Arbeitsmarkt erreichen als Personen, die diese Kompetenz nicht haben. Wissenschaftler, die auf Englisch schreiben und entsprechend in englischsprachigen Zeitschriften publizieren können, erreichen z. B. eine weit breitere Leserschaft; dies kann dazu führen, dass sie mit ihren Arbeiten auch häufiger zitiert werden, dadurch in der entsprechenden „scientific community“ eine höhere Reputation genießen und entsprechend auch bessere Chancen auf attraktivere Berufspositionen haben inklusive eines höheren Gehalts. Ein analoger Zusammenhang gilt z. B. für den Beruf der Sekretärin. In Deutschland ist für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst tarifrechtlich genau festgelegt, dass Sekretärinnen, die mehrere Fremdsprachen beherrschen, in eine höhere Tarifgruppe eingestuft werden, als Personen, die diese Bedingung nicht erfüllen. Zugleich sind mit dem Fremdsprachenerwerb natürlich Kosten, vor allem Zeitkosten verbunden. Um fehlerfrei in einer Fremdsprache schreiben zu können, muss man für eine längere Zeit in den Erwerb dieser Sprache investiert haben. Wie hoch die Kosten genau sind, ist recht schwer zu kalkulieren. Philippe Van Parijs (2004: 132), der sich ausführlich mit der Analyse von Fremdsprachen beschäftigt hat, nennt mit Bezug auf die einschlägige Literatur die Zahl von 10.000 Stunden, die man benötigt, um eine Sprache zu lernen. So spekulativ eine solche Zahl auch sein mag und so wenig sie die individuellen Unterschiede beim Fremdsprachenerwerb berücksichtigt, bringt sie doch zum Ausdruck, dass der Fremdsprachenerwerb mit erheblichen Kosten verbun-

den ist. Eine Investition in den Fremdspracherwerb findet nur dann statt, so die Annahme, wenn der Ertrag der Investition minus die entstandenen Kosten sich im Vergleich zu einer Nichtinvestition auch lohnt.

3) Ob sich eine Investition in den Erwerb einer Fremdsprache lohnt, hängt nun von drei allgemeinen Bedingungen ab: a) von den Opportunitäten, den Zugangsbedingungen, eine Sprache zu erlernen, b) von der Motivation einer Investition in eine Fremdsprache und schließlich c) von den Kosten (Esser 2006: 41; Chiswick & Miller 2001; van Tubergen & Kalmijn 2005; zusammenfassend Chiswick 2007; vgl. auch bereits Selten & Pool 1991).³

a) Der Zugang bzw. die Gelegenheitsstruktur bildet eine ganz zentrale Voraussetzung des Erwerbs einer Fremdsprache. Wenn es z. B. in einem Land eine allgemeine Schulpflicht gibt und Englisch für alle Schüler verpflichtend die erste Fremdsprache ist, dann ist dies eine wesentlich günstigere Gelegenheitsstruktur zum Erlernen von Englisch, als wenn es in einem Land keine Pflicht zum Erlernen einer Fremdsprache gibt bzw. wenn Russisch die erste obligatorische Fremdsprache ist.

b) Selbst wenn die Opportunitäten zum Erwerb einer Fremdsprache günstig sind, kann sich der Einzelne dem Erwerb einer Fremdsprache verweigern. Die Motivation zum Erwerb einer Fremdsprache bildet entsprechend den zweiten Faktor, der über die Investition in eine Fremdsprache mit entscheidet. Die Motivation zum Fremdspracherwerb kann nun wiederum durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden. Für Soziologen sind dabei nicht die idiosynkratischen Motive von Individuen relevant, sondern die kollektiven Präferenzen. Manche Länder und Sprachen genießen z. B. ein hohes, andere ein eher schwaches Prestige. Überzeugte, separatistisch orientierte

³ Die drei Faktoren lehnen sich an andere Dimensionierungsvorschläge an. Barry R. Chiswick und Paul W. Miller (2001) und später dann Frank van Tubergen und Matthijs Kalmijn (2005) unterscheiden folgende Faktoren: „Exposure“, was identisch ist mit dem hier benutzten Begriff der Gelegenheit, „efficiency“, was sich mit der Kostendimension deckt und „incentives“, was mit dem hier benutzten Begriff der Motivation in Einklang zu bringen ist. An späterer Stelle (Esser 2006: 73ff.) unterscheidet Esser vier Faktoren, die über den Spracherwerb entscheiden: Motivation, Opportunität, Kosten und Effizienz. Effizienz bezeichnet die Schnelligkeit, mit der jemand eine Sprache lernt. Dies scheint mir ein Unterfall der Kostendimension zu sein – je schneller jemand lernt, desto geringer sind die Zeitkosten; entsprechend bleibt der Faktor hier unberücksichtigt.

Katalanen sind z. B. nur gering motiviert, ihre Spanischkenntnisse zu verbessern; Bürger des Iraks, die die amerikanischen Truppen als Besatzungsmacht wahrnehmen, mögen eine Abneigung gegenüber der Sprache der Besatzer empfinden und ihre Motivation, Englisch zu lernen wird dann gering sein.

c) Schließlich sind die Kosten, die mit dem Erwerb einer Sprache verbunden sind, eine entscheidende Größe, die über den Spracherwerb mitentscheidet. Für Menschen, die hoch gebildet sind und Erfahrung im Lernen haben, wird der Aufwand, eine neue Sprache zu lernen geringer sein als für Menschen, die nur eine geringe Bildung haben und keine Techniken des Lernens entwickelt haben.⁴ Und auch die verschiedenen Fremdsprachen unterscheiden sich im Aufwand, den man betreiben muss, um sie zu lernen. Wenn man als Europäer Chinesisch lernen will, dann muss man zugleich ein neues Zeichensystem lernen; dieser Aufwand bleibt einem beim Lernen von Spanisch erspart. Die Kosten des Erlernens von Spanisch sind also für einen Deutschen geringer als die Kosten für das Erlernen von Chinesisch.

b) Gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die den Fremdsprachenerwerb beeinflussen

Das Kernmodell gibt nur den allgemeinen Mechanismus an, der dem Erlernen einer Fremdsprache zugrunde liegt. Die Gelegenheitsstruktur des Spracherwerbs, die Motivation und die Kosten sind aber Faktoren, die das Individuum selbst nur in einem begrenzten Maße beeinflussen kann. Manche Menschen wachsen in postindustriellen Gesellschaften auf, in denen das Erlernen von zwei Fremdsprachen Pflicht ist; andere werden in das Schulsystem eines gering modernisierten Landes eingeschult, in dem die Ausbildung und auch die Fremdsprachenausbildung unterentwickelt sind. Manche Kinder kommen aus einem bildungsbürgerlichem Elternhaus, in dem die Eltern den Eigenwert von Fremdsprachenkenntnissen motivational vermitteln und zudem die Ressourcen aufbringen können, ihre Sprösslinge für ein Jahr in ein englisches Internat zu schicken, damit diese richtig Englisch ler-

⁴ Die Bildung des Befragten beeinflusst natürlich nicht nur die Kosten des Fremdspracherwerbs, sondern ist vor allem mit der Gelegenheitsstruktur verbunden, da die Fremdsprachenausbildung ein Teil des schulischen Curriculums ist. Je höher gebildet jemand ist, desto länger war die Zeit, die er in Ausbildungsinstitutionen verbracht hat, desto länger wurde er in Fremdsprachen unterrichtet.

nen. Andere kommen aus einem Arbeiterhaushalt, in dem der Wert von Bildung und von Sprachkenntnissen in geringerem Maße vermittelt wird und die Ressourcen zur Förderung der Kinder ebenfalls gering sind. Die Beispiele illustrieren, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in hohem Maße die Opportunitäten, die Kosten und die Motivation zum Fremdsprachenerwerb beeinflussen, zum Teil sogar determinieren. In der Bedeutung der Randbedingungen für den Fremdsprachenerwerb unterscheidet sich der Erwerb einer Fremdsprache durch Migranten von dem von Nicht-Migranten.

Migranten der ersten Generation lernen die Sprache des Aufnahmelandes in der Regel als Erwachsene und können mehr oder weniger viel dafür tun, um diese Sprache zu lernen. Insofern handelt es sich um Entscheidungen von Personen, bestimmte Investitionen in den Erwerb einer Sprache zu tätigen oder nicht. Nicht-Migranten lernen Fremdsprachen aber in der Regel in den jeweiligen Ausbildungsinstitutionen ihrer Länder. In einigen Ländern ist z. B. vorgeschrieben, dass in der ersten, dritten oder fünften Klasse eine Fremdsprache zu lernen ist und zwei Jahre später eine zweite. Zum Teil ist auch die Wahl der Sprache vorgeschrieben, z. B. Englisch oder Russisch. Natürlich lernen auch Erwachsene noch Fremdsprachen, indem sie Volkshochschulkurse besuchen oder Sprachkurse im Ausland oder bei privaten Sprachschulen im Inland belegen; der Anteil derer, der dies tut, wird aber vergleichsweise gering sein. Für den Erwerb einer Fremdsprache durch Nicht-Migranten scheint also insgesamt der Spielraum für eigene Entscheidungen wesentlich geringer zu sein, als für Migranten, die als Erwachsene eine neue Sprache lernen. Insofern ist die Modellvorstellung, dass es sich um wählbare Investitionsentscheidungen handelt, nicht ganz angemessen. Es handelt es sich in höherem Maße um strukturdeterminierte Investitionen. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Opportunitäten, die Kosten und die Motivation den Fremdsprachenerwerb beeinflussen.

Ich werde im Folgenden versuchen, verschiedene gesellschaftliche Rahmenbedingungen und ihre wahrscheinliche Wirkungsweise auf die Gelegenheitsstruktur, die Motivation und die Kosten zu explizieren. Die in der Tabelle 4.1 dargestellten Länderunterschiede in der Mehrsprachigkeit der Bürger werden durch die Ableitung von Hypothesen in soziale Bedingungsfaktoren aufgelöst, die „hinter“ den jeweiligen Ländern lagern und jeweils die Opportunitäten, die Kosten und/oder die Motivation des Fremdspracherwerbs beeinflussen. Ich begreife die verschiedenen EU-Länder also als

Chiffre für unterschiedliche soziale Bedingungskonstellationen, die in den jeweiligen Gesellschaften existent sind und die einen Einfluss auf die Fremdsprachenkompetenz haben. Der Vorteil, nicht nur die Rahmenbedingungen zu benennen und daraus Hypothesen zu formulieren, sondern die Rahmenbedingungen auf den Erklärungskern der Theorie, also auf die Kosten, Gelegenheiten und die Motivation zu beziehen, besteht darin, das man ganz analog zu der Hempel-Oppenheim'schen Vorstellung von Erklärungen das Explanandum aus allgemeinen Gesetzesaussagen und den Antezedenzbedingungen ableitet. Dadurch entgeht man dem Vorwurf, Variablensoziologie zu betreiben, die sich auf die Formulierung von ad-hoc-Hypothesen beschränkt. Die Verbindung von Randbedingungen mit einem theoretischen Kern ermöglicht zugleich eine höhere Verallgemeinerbarkeit der Befunde.

Bevor ich Schritt für Schritt verschiedene Hypothesen abzuleiten versuche und diese dann empirisch überprüfen werde, sind zwei Vorbemerkungen notwendig.

1) Die empirischen Auswertungen stützen sich auf eine Sekundäranalyse von Eurobarometerdaten. Der Nachteil von Sekundäranalysen besteht darin, dass man mit den Fragen und Variablen vorlieb nehmen muss, die andere sich ausgedacht und formuliert haben. Dies kann dazu führen, dass geeignete Indikatoren zur Prüfung eigener Erklärungsannahmen fehlen oder sich die jeweiligen theoretischen Konstrukte nicht genau genug operationalisieren lassen, so dass ein und dieselbe Variable manchmal mehreren theoretischen Konstrukten zugeordnet werden kann. Diese generelle Beschränkung von Sekundäranalysen gilt auch partiell für unsere Analyse. Zwar sind die meisten relevanten Variablen im Datensatz vorhanden; allerdings ist es in einigen Fällen so, dass sich die Variablen nicht eindeutig einem der drei relevanten Faktoren des Kernmodells – Gelegenheit, Motivation, Kosten – zuordnen lassen, sondern auf mehrere Faktoren wirken können.

2) Es gibt zwei mögliche Darstellungsweisen der Formulierung und Überprüfung von Hypothesen. Man strukturiert die Darstellung entlang des Kernmodells der Erklärung, indem man die drei theoretischen Hauptdimensionen nacheinander abhandelt und die jeweiligen Randbedingungen unter diese drei Dimensionen subsumiert; dies ist die theoretisch „richtige“ Vorgehensweise, weil sie im stärkeren Maße der Logik der theoretischen Ableitung folgt. Eine alternative Darstellung behandelt die verschiedenen Rand-

bedingungen nacheinander und erläutert, in welchem Maße welche Randbedingung auf welche Dimension des Erklärungsmodells Einfluss nimmt. Da in unserem Fall einige Randbedingungen verschiedene Dimensionen des Kernmodells zugleich beeinflussen, ist es lesefreundlicher und übersichtlicher, die Erläuterung und Prüfung der Hypothesen entlang der Einteilung nach Randbedingungen vorzunehmen.

4.2.2 Hypothesen zur Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital und ihre empirische Überprüfung

Jeder Bürger der EU ist Mitglied eines Nationalstaates, mit einem bestimmten Institutionengefüge, einer eigenen oder mehreren Nationalsprache(n), einem bestimmten Mediensystem und mit einer bestimmten Bevölkerungsgröße. Diese Makrokontexte, die für alle Bürger eines Nationalstaates ganz ähnlich, für die Bürger verschiedener Nationalstaaten aber unterschiedlich sind, beeinflussen die Wahrscheinlichkeit, mehrsprachig zu sein. Zugleich unterscheiden sich die Bürger innerhalb eines Nationalstaates z. B. bezüglich ihrer Klassenlage, ihres Bildungsniveaus und bezüglich ihres Alters. Und auch diese „individuellen“ Merkmale beeinflussen die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital. Die Rahmenbedingungen, die die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital erklären können, lassen sich entsprechend in Makrokontexte einerseits und individuelle Merkmale andererseits einteilen. Ich werde zuerst die Effekte, die von den Makrokontexten auf die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital ausgehen, erläutern und dann diejenigen Einflussfaktoren diskutieren, die auf individuelle Merkmale zurückgehen. Tabelle 4.6 gibt einen Überblick über die verschiedenen Randbedingungen, ihre Wirkung auf die drei Dimensionen des Kernmodells und ihre Wirkungsrichtung. Die Darstellung lehnt sich an einen Vorschlag von Hartmut Esser (2006: 93f.) an. Allerdings ist die inhaltliche „Füllung“ der Tabelle eine andere. Dies hat zwei Gründe. Essers Fokus liegt auf der Erklärung des Fremdspracherwerbs von Migranten; für diese Gruppe gelten zum Teil andere Bedingungen als für die Gruppe der Bürger, die innerhalb ihres Nationalstaates eine Fremdsprache erlernen. Zum Zweiten ist die Studie von Esser nicht international komparativ ange-

legt. Entsprechend spielen die Unterschiede zwischen den verschiedenen Makrokontexten bei ihm keine Rolle.⁵

Tabelle 4.6: Kerntheorie, gesellschaftliche Randbedingungen und Brückenhypothesen zu Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital

	Opportunitäten	Kosten	Motivation
Makrokontexte			
Mehrere Amtssprachen	+		+
Weite Verbreitung der Muttersprache (Kommunikationsnutzen einer Fremdsprache)			-
Größe eines Landes	-		-
Hohes Modernitäts- und Bildungsniveau der Gesellschaft	+	-	
Individuelle Faktoren			
Alter des Befragten	-	+	-
Obere Klassenlage des Befragten	+		+
Hohe Bildung (institutionelles kulturelles Kapital) des Befragten	+	-	+
Ausländische Herkunft des Befragten und seiner Eltern	+		
Hohe Identifikation mit der Muttersprache / dem Herkunftsland			-

Ich werde die verschiedenen Hypothesen nacheinander diskutieren und überprüfen. Zur Operationalisierung der Erklärungsfaktoren wurden zum Teil neue Variablen gebildet und dies partiell mit Rückgriff auf andere Datensätze. Die genaue Beschreibung der verschiedenen Variablen befindet sich in einem Anhang ganz Ende dieses Kapitels.

⁵ Die meisten Studien, die die Sprachenkenntnisse von Migranten analysiert haben, konzentrieren sich auf ein Land und können entsprechend den Effekt von unterschiedlichen Makrokontexten nicht untersuchen. Ausnahmen sind z. B. die Untersuchung von Barry R. Chiswick und Paul W. Miller (1995) und die sehr guten Analysen von Frank van Tubergen et. al (2004) sowie Frank van Tubergen und Matthijs Kalmijn (2005).

a) *Institutionalisierte Sprachenordnung und die Anzahl der Amtssprachen*

Wir hatten im letzten Kapitel gesehen, dass die meisten europäischen Länder durch den Prozess der Nationalstaatsbildung sprachlich homogenisiert wurden und nur eine Amtssprache zugelassen haben. Dies gilt aber nicht für die Länder Belgien, Luxemburg, Malta und Irland;⁶ in diesen Ländern ist die Zweisprachigkeit fest institutionalisiert. Die institutionalisierte Zweisprachigkeit führt dazu, dass die Menschen in diesen Ländern angehalten, zum Teil verpflichtet werden, die beiden Nationalsprachen zu lernen, sei es in der Schule, sei es in außerschulischen Kontexten. Die Gelegenheiten zum Erwerb von zwei Sprachen sind entsprechend in diesen Ländern deutlich stärker ausgeprägt als in Ländern, in denen nur eine Sprache als Amtssprache institutionalisiert ist. Zudem mag sich die institutionalisierte Zweisprachigkeit auf die Motivation der Menschen auswirken, die beiden Amtssprachen zu lernen. Die Kenntnis der anderen gesprochenen Sprache des Landes erhöht die Chancen auf dem eigenen Arbeitsmarkt, die Kontaktchancen (soziales Kapital), die Chancen der politischen Beteiligung etc.

Tabelle 4.7: Institutionalisierte Mehrsprachigkeit des Landes und transnationales sprachliches Kapital der Bürger (in Prozent)

	Einsprachiges Land	Mehrsprachiges Land
Keine Fremdsprache	51,8	25,1
Eine Fremdsprache	27,2	22,8
Zwei Fremdsprachen	14,8	22,8
Drei Fremdsprachen	6,1	19,3
<i>N</i>	<i>23.510</i>	<i>3.010</i>

$r = 0,10^{***}$, Spearman's Rho = $0,08^{***}$, Tau-b = $0,08^{***}$

Die Befunde der Tabelle 4.7 bestätigen die Hypothese. Der Anteil der Personen, die mehrere Sprachen sprechen, ist in den Ländern, in denen die Mehrsprachigkeit institutionalisiert ist, deutlich höher als in den Ländern, die nur eine Amtssprache haben.

⁶ In Irland ist die Zweisprachigkeit zwar rechtlich kodifiziert, wird aber von der Bevölkerung faktisch nicht praktiziert; nur ein geringer Anteil der Iren spricht „Gaeilge“; klassifiziert man Irland als einsprachiges Land, wird der statistische Zusammenhang in der Tabelle deutlich stärker.

b) Verbreitung der Muttersprache und der Kommunikationsnutzen einer Fremdsprache

Die Kenntnis einer Sprache hat, wie ich in Kapitel 2.1 erläutert habe, vor allem die Funktion, mit anderen Menschen in Kontakt treten und sich vergesellschaften und vergemeinschaften zu können. Personen, die in einer Gesellschaft leben, in der viele andere dieselbe Muttersprache sprechen, haben entsprechend deutlich höhere Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungschancen als Menschen, die eine Sprache sprechen, die nur von wenigen Personen gesprochen wird. Die zuletzt Genannten sind in stärkerem Maße auf die Kenntnis von Fremdsprachen angewiesen, um ihre Kontaktmöglichkeiten zu erhöhen.⁷ Umgekehrt formuliert: Der Kommunikationsnutzen einer zu lernenden Fremdsprache ist für diejenigen, deren Sprache von vielen – sei es als Muttersprache, sei es als Fremdsprache – gesprochen wird, geringer als für Personen, für die diese Bedingung nicht gilt; dies sollte sich auf die Motivation eines Fremdsprachenerwerbs auswirken (vgl. de Swaan 1993; 2001a; 2001b).⁸

Zur Überprüfung dieser Hypothese habe ich zum einen die Mittelwerte zwischen dem Verbreitungsgrad der jeweiligen Sprache und der Fremdsprachenkompetenz der Bürger berechnet. Zum Zweiten wurden die verschiedenen Länder dichotomisiert und zwar in eine Gruppe, deren Sprache von mindestens 10 % der EU-Bevölkerung (sei es als Mutter- oder als Fremdsprache) und eine Gruppe, deren Sprache von weniger als 10 % der Bevölkerung gesprochen wird. Ich habe dann analysiert, ob sich die beiden Gruppen in ihrer Mehrsprachigkeit signifikant voneinander unterscheiden. Die Ergebnisse beider Berechnungen sind in folgender Tabelle zusammengefasst.

⁷ Jochen Roose (2010: 129f.) kann z.B. zeigen, dass in Grenzregionen mehr Menschen die Sprache des Nachbarlandes beherrschen als im Rest des Landes. Er führt dies auf den höheren Nutzen zurück, der mit der Kenntnis der Sprache des Nachbarlandes verbunden ist.

⁸ Dabei berechnet sich der so genannte Sprachwert einer jeden Sprache nach einer bestimmten Formel:

$$Q_i S = p_i \cdot c_i = P_i / N_s \cdot C_i / M_s.$$

$Q_i S$: Kommunikationsnutzen der Sprache i in der Konstellation S .

p_i : Prävalenz von i , das heißt der Anteil der Sprecher P von i an der Gesamtzahl der Sprecher N in der Konstellation S . Die Prävalenz gibt Auskunft über die Anzahl von Sprechern, mit denen eine direkte Kommunikation in der Sprache i möglich ist.

c_i : Zentralität von i , das heißt der Anteil multilingualer Sprecher C , die i in ihrem Sprachrepertoire führen, im Verhältnis zu allen multilingualen Sprechern in der Konstellation S . Die Zentralität ist ein Maß für die Verbindungen von i mit anderen Sprachen in der Konstellation S .

Tabelle 4.8: Verbreitung der Sprache und transnationales sprachliches Kapital (in Prozent)

	Bis 10%	Über 10%	Mittelwert Verbreitung
Keine Fremdsprache	37,4	59,4	20,8
Eine Fremdsprache	28,0	26,1	17,4
Zwei Fremdsprachen	21,5	11,5	14,8
Drei Fremdsprachen	13,1	3,0	10,5
N	17.346	7.798	25.144

$r = -0,27^{***}$; Spearman's Rho = $-0,25^{***}$; Tau-b = $-0,24^{***}$; Eta = $0,22^{***}$

Die Resultate bestätigen die Hypothese: Die Fremdsprachenkompetenz von Personen, deren Sprache weit verbreitet ist, ist deutlich geringer, als die von Personen, deren Sprache eine geringe Verbreitung hat. Die Mittelwerte sind folgendermaßen zu interpretieren: Die Sprache derjenigen, die drei Fremdsprachen sprechen, wird durchschnittlich von 10,5 % der Menschen in der EU gesprochen (als Mutter- oder Fremdsprache). Die Sprache derjenigen, die keine Fremdsprache sprechen, wird dagegen von 20,8 % gesprochen. Das Assoziationsmaß Eta bezieht sich auf die Mittelwertberechnungen, während sich die anderen Assoziationsmaße auf den Zusammenhang zwischen der Gruppeneinteilung und der Mehrsprachigkeit beziehen.

c) Größe eines Landes und Fremdsprachenkompetenz

Mit dem Verbreitungsgrad einer Sprache hängt häufig die Größe eines Landes zusammen, insofern die Sprachen der kleinen Länder einen geringen, die der großen Länder einen großen Verbreitungsgrad haben. Die Größe eines Landes kann aber noch in anderer Hinsicht die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital beeinflussen. Je kleiner ein Land ist, desto größer ist seine internationale Vernetzung. Dies wirkt sich sowohl auf die Gelegenheitsstruktur als auch auf die Motivation zum Fremdspracherwerb aus. Zur Plausibilisierung dieses Zusammenhangs lassen sich in der Literatur verschiedene Argumente finden (vgl. zum folgenden vor allem Geser 1992). Aus der Geometrie kann man lernen, dass der Grenzumfang einer Fläche im degressiven Verhältnis zu seiner Innenfläche wächst. Dies bedeutet, dass ein kleines Land (Innenfläche) überproportional viel Grenzfläche mit seinen Nachbarländern hat. Dieser Tatbestand allein erhöht die Wahrscheinlichkeit

von Außenkontakten. Wenn das Ausland zugleich durch eine andere Sprache gekennzeichnet ist, was in Europa meist der Fall ist, dann wirkt sich dies positiv auf den Fremdsprachenerwerb aus. Die Größe eines Landes wirkt hier also auf die Gelegenheitsstruktur des Fremdsprachenerwerbs. Dies gilt besonders für moderne, arbeitsteilige Gesellschaften. Die Wahrscheinlichkeit, einen Kommunikations- und Handelspartner für seine Interessen und Güter zu finden, der selbst Mitglied der eigenen (sprachlich homogenen) Gesellschaft ist, ist für kleine Gesellschaften deutlich geringer als für große Gesellschaften. Die geringe Größe eines Landes motiviert gleichsam zur Internationalisierung. Entsprechend sind kleine Gesellschaften in der Regel auch in einem wesentlich höheren Maße in internationale wirtschaftliche und kommunikative Austauschprozesse integriert als größere Länder (vgl. Katzenstein 1985). Der Austausch mit anderen Ländern wird wiederum wesentlich erleichtert, wenn die Menschen die Sprache des Auslandes sprechen (vgl. van Tubergen & Kalmijn 2005: 1419).

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum die Größe eines Landes wahrscheinlich einen Einfluss auf die Fremdsprachenkompetenz der Bürger hat. Menschen lernen eine Fremdsprache nicht nur durch Bildungsinstitutionen und durch unmittelbare Kontakte mit Menschen, die eine andere Sprache sprechen, sondern auch durch die Rezeption medialer Produkte (Bücher, Musik, Filme). Die Übersetzung und Synchronisation von ausländischen Medienprodukten lohnt sich für einen Verlag, einen Filmvertrieb oder für die Radio- und Fernsehanstalten nur, wenn die Menge der Abnehmer der Produkte eine bestimmte Größenordnung erreicht. Ist das nicht der Fall, werden die Produkte nicht übersetzt und nur in der Originalsprache distribuiert bzw. bei Filmen und Fernsehsendungen allein mit Untertiteln versehen ausgestrahlt. Die Kosten für eine Synchronisation von Filmen sind ca. elfmal so hoch wie die Kosten für die Untertitelung (Van Parijs 2004: 128). Der Anteil der Medienprodukte, die in der Originalsprache distribuiert werden, ist entsprechend in kleinen Ländern deutlich höher als in großen Ländern (Kilborn 1993; Hasebrink & Herzog 2009). Menschen, die fremdsprachige Medienprodukte rezipieren, werden dadurch ihre Fremdsprachenkompetenz verbessern (vgl. Mitterer & McQueen 2009). Die Größe eines Landes beeinflusst in diesem Fall die Gelegenheitsstruktur des Fremdsprachenerwerbs.

Zur Prüfung der Hypothese des Zusammenhangs zwischen der Größe eines Landes – operationalisiert durch die Einwohnerzahl – und der Verfü-

gung über transnationales sprachliches Kapital habe ich wiederum zwei Berechnungen durchgeführt. Zum einen wurden die Länder in verschiedene Gruppen eingeteilt und der prozentuale Zusammenhang mit der Fremdsprachenkompetenz berechnet, zum Zweiten wurde der Mittelwert der Bevölkerungszahl mit der Fremdsprachenkompetenz in Beziehung gesetzt. Die Befunde beider Berechnungen sind wiederum in einer Tabelle zusammengefasst.

Tabelle 4.9: Größe eines Landes und transnationales sprachliches Kapital (in Prozent)

	Bis 5 Mio.	5 bis 11 Mio.	11 bis 35 Mio.	Über 35 Mio.	Mittelwert Bevölkerung
Keine Fremdsprache	26,5	41,2	39,5	56,5	47,4 Mio.
Eine Fremdsprache	36,3	26,8	24,3	27,3	46,8 Mio.
Zwei Fremdsprachen	25,2	19,4	24,2	12,2	40,7 Mio.
Drei Fremdsprachen	11,9	12,6	12,0	4,0	30,4 Mio.
<i>N</i>	<i>5.534</i>	<i>10.327</i>	<i>4.055</i>	<i>6.604</i>	<i>2.6520</i>

$r = -0,20^{***}$, Spearman's Rho = $-0,20^{***}$, Tau-b = $-0,18^{***}$, Eta = $0,18^{***}$

Auch hier bestätigen die Ergebnisse die Hypothese. Je größer ein Land ist, desto höher ist der Anteil der Menschen, die keine Fremdsprache sprechen. 56,5 % der Bürger in Ländern, die mehr als 35 Millionen Einwohner haben, sprechen keine Fremdsprache, während der Anteil in Ländern bis 5 Millionen Einwohner nur 26,5 % beträgt. Die durchschnittliche Bevölkerungsgröße des Landes derjenigen, die drei Fremdsprachen sprechen, beträgt 30,4 Millionen Einwohner, die Bevölkerungsgröße des Landes derjenigen, die keine Fremdsprache sprechen, beträgt hingegen 47,4 Millionen.

d) Modernität der Gesellschaft und transnationales sprachliches Kapital

Die 27 Länder der EU unterscheiden sich im Grad ihrer Modernität. Legt man z. B. den „Human Development Index“ (HDI) zugrunde, ein in der Literatur häufig benutztes Maß zur Messung des Modernitätsgrades eines Landes, dann erreichen Rumänien und Bulgarien die geringsten Modernisierungswerte, während Schweden, Finnland, Irland und die Niederlande die

Tabelle anführen.⁹ Wir wissen bis heute nicht genau, welche Faktoren eine Modernisierung befördert haben und wie die Kausalbeziehungen zwischen den verschiedenen Faktoren zu bestimmen sind. Das Ergebnis des Prozesses der Modernisierung ist aber die Entstehung einer Gesellschaft, die durch ein Set von Merkmalen beschreibbar ist, die zusammen ein Syndrom bilden (vgl. Norris 2002: 20ff.). Daniel Bell (1973) unterscheidet dabei zwei Phasen des Modernisierungsprozesses. Modernisierung im Sinne von Industrialisierung meint, dass die industrielle Produktion von Gütern der dominante Produktionsbereich wird und Fabriken und formale Organisationen die dominanten Produktionseinheiten werden; Güter und Dienstleistungen werden über Märkte vermittelt und distribuiert; der Grad der Technisierung der Produktion ist hoch, das Bildungsniveau steigt an, die Urbanisierung ebenfalls. Die zweite Phase der Modernisierung bezeichnet Bell (1973) als Postindustrialisierung. Postindustrialisierung ist mit einer Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors verbunden, so dass dieser zum dominanten Produktionsbereich wird. Technik und Wissenschaftsentwicklung gewinnen zunehmend an Bedeutung, das Niveau der Bildung einer Gesellschaft steigt erheblich. Vor allem die Zunahme der Bedeutung von Bildung im Prozess der Modernisierung ist ein für die Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital relevanter Faktor.

Die Zunahme der Bedeutung von Bildung im Kontext des Modernisierungsprozesses manifestiert sich in einer Vielzahl von Indikatoren: Zum einen ist der Anteil der Inklusion aller Bevölkerungsgruppen in das Bildungssystem gestiegen, die Analphabetenrate und der Anteil derer, die keine Schule besucht haben, ist zu einer marginalen Größe geworden. Zum Zweiten hat sich die Verweildauer in den Bildungsinstitutionen kontinuierlich ausgedehnt und drittens – damit zusammenhängend – hat der Anteil der Bevölkerung, der höhere Bildungsinstitutionen besucht, kontinuierlich zugenommen. Ein Teil der Verbesserung der Bildung im Kontext von Modernisierungsprozessen ist die Verbesserung der Ausbildung der Fremdsprachenkompetenz. Je mehr Personen und je länger diese in den Ausbildungsinstitutionen ihrer Länder verbleiben, desto besser sollte ihre Ausbildung sein (*ceteris paribus*). Und da das Erlernen von Fremdsprachen Bestandteil der institutionalisierten Ausbildung in allen Ländern der EU ist, kann man erwarten, dass das Niveau der Modernität eines Landes einen Einfluss auf die

⁹ In den HDI gehen das reale Bruttosozialprodukt pro Einwohner, das Bildungsniveau und die durchschnittliche Lebenserwartung ein.

Fremdsprachenkompetenz seiner Bürger hat. Die landesspezifischen Ausbildungssysteme strukturieren damit die Gelegenheiten für den Fremdspracherwerb: Menschen, die in einem Land leben, das über ein hoch entwickeltes Ausbildungssystem verfügt, werden mehr und länger Gelegenheiten haben, Fremdsprachenkenntnisse zu erwerben als Menschen, die in einem Land leben, das ein geringer entwickeltes Ausbildungssystem hat.¹⁰ Das Niveau der Ausbildung kann sich zusätzlich auf die Kosten, die mit dem Erwerb einer Fremdsprache verbunden sind, auswirken. Je besser die allgemeine, fremdsprachenunabhängige Ausbildung von Personen ist, desto besser und schneller sind sie in der Lage, sich auch neue Wissensgebiete und u. a. eine neue Fremdsprache anzueignen. Mit der Länge und Intensität der Ausbildung ist eine allgemeine Verbesserung der Lerntechniken verbunden und diese senkt die Zeitkosten des Erwerbs einer neuen Sprache.

Zur Messung des Grades der Modernität eines Landes kann man auf den „Human Development Index“ zurückgreifen. Eine spezifischere und damit bessere Operationalisierung der Hypothese besteht aber in einer direkteren Messung des Entwicklungsniveaus der verschiedenen Ausbildungssysteme der 27 Länder der EU. Dazu kann man verschiedene Maßzahlen verwenden. Am besten geeignet erscheinen uns die jährlichen Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierenden in EURO KKS (Kaufkraftstandard) für alle Bildungsbereiche zusammen, basierend auf Vollzeit. Mit dieser Maßzahl hat man zwei sinnvolle Relationierungen von absoluten Maßzahlen von Bildungsausgaben berücksichtigt: zum einen das Verhältnis von Ausgaben zur Anzahl der Auszubildenden, zum anderen Unterschiede in dem Preisniveau in den verschiedenen Ländern durch die Berücksichtigung von Kaufkraftparitäten. Mit Hilfe der Kaufkraftparitäten werden die in Landeswährung ausgedrückten Bildungsausgaben in eine gemeinsame Kunstwährung, den so genannten Kaufkraftstandard (KKS), umgerechnet. Dänemark und Österreich haben nach dieser Berechnung über 8.000 Euro, Großbritannien, Schweden und die Niederlande jährlich über 7.000 Euro pro Auszubildendem in die Bildung investiert. Diese Länder bilden die Spitzengruppe innerhalb der EU. Bulgarien

¹⁰ Ähnlich argumentieren Frank van Tubergen und Matthijs Kalmijn (2005) und Harmut Esser (2006: 114) bezüglich des Erwerbs der Sprache des Landes, in das Migranten eingewandert sind. Personen aus Herkunftsländern oder Regionen mit hohem Modernitätsniveau haben im Vergleich zu Personen aus Ländern mit geringem Modernitätsniveau Vorteile im Erwerb der neuen Sprache.

und Rumänien haben hingegen weniger als 2.000 Euro in die Bildung investiert und bilden die Schlusslichter innerhalb der EU.

Ich habe wiederum zwei Berechnungen durchgeführt, um den Zusammenhang zwischen dem Modernitätsniveau eines Landes bzw. dessen Investitionen in Bildung und der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital zu überprüfen. Zum einen wurden die Länder in drei Gruppen der Modernität bzw. bezüglich ihrer Ausgaben für Bildung eingeteilt und der prozentuale Zusammenhang mit der Fremdsprachenkompetenz berechnet, zum Zweiten wurde der Mittelwert zwischen dem Modernitätsgrad bzw. den Bildungsausgaben und der Fremdsprachenkompetenz berechnet.

Tabelle 4.10: Modernität eines Lands und transnationales sprachliches Kapital (in Prozent)

	Niedrig	Mittel	Hoch	Mittelwert HDI
Keine Fremdsprache	51,6	48,7	53,0	0,918
Eine Fremdsprache	25,6	31,1	24,9	0,919
Zwei Fremdsprachen	14,6	15,7	14,8	0,919
Drei Fremdsprachen	8,2	4,5	7,3	0,917
<i>N</i>	<i>8.163</i>	<i>7.682</i>	<i>10.675</i>	<i>26.520</i>

$r = -0,01$, Spearman's Rho = $-0,02^*$, Tau-b = $-0,01^*$, Eta = $0,02$

Tabelle 4.11: Bildungsausgaben eines Landes (in Euro) und transnationales sprachliches Kapital (in Prozent)

	Niedrig	Mittel	Hoch	Mittelwert Ausgaben
Keine Fremdsprache	49,1	58,7	43,9	5.554 Euro
Eine Fremdsprache	26,5	25,3	29,4	5.660 Euro
Zwei Fremdsprachen	15,4	11,8	18,6	5.721 Euro
Drei Fremdsprachen	9,0	4,2	8,0	5.632 Euro
<i>N</i>	<i>7.149</i>	<i>10.717</i>	<i>8.150</i>	<i>26.016</i>

$r = 0,06^{***}$, Spearman's Rho = $0,08^{***}$, Tau-b = $0,07^{***}$, Eta = $0,04^{***}$

Die Ergebnisse in beiden Tabellen kommen zu einem ähnlichen Befund: Es gibt keinen klaren Zusammenhang zwischen dem Grad der Modernität eines Landes bzw. der Höhe der Bildungsausgaben einerseits und der Fremdsprachenkompetenz seiner Bürger andererseits. Zwar zeigen die Assoziationsmaße für den Zusammenhang von Bildungsausgaben und transnationalem sprachlichem Kapital in die richtige, die Hypothese unterstützende

Richtung, der Zusammenhang ist aber so schwach (auch wenn er auf der Basis der hohen Fallzahl signifikant ist), dass man ihn nicht eigentlich als Bestätigung der Hypothese interpretieren kann.

Was können die Ursachen für die Falsifikation der Hypothese sein? Der Einfluss des Modernitätsniveaus und der Bildungsausgaben eines Landes auf die Fremdsprachenkompetenz seiner Bürger wird wahrscheinlich konterkariert durch andere Faktoren, die den Fremdsprachenerwerb beeinflussen. Großbritannien gehört z. B. zu der Gruppe der vier Länder, die am meisten in Bildung investieren; zugleich ist es das Land, in dem Englisch als Muttersprache gesprochen wird und der Kommunikationsnutzen einer Fremdsprache entsprechend mit am geringsten ist. Der umgekehrte Zusammenhang gilt für Rumänien, Bulgarien und die drei baltischen Länder. Diese gehören zur Gruppe der Länder, die am wenigsten in Bildung investieren. Zugleich handelt es sich um Länder, deren Muttersprache eine geringe Verbreitung hat und deshalb der Kommunikationsnutzen einer Fremdsprache besonders hoch ist.

e) Alter und Mehrsprachigkeit

Die Mitgliedsländer der EU sind seit ihrer Gründung in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts durch einen Prozess des sozialen Wandels gegangen. Zwei Aspekte des sozialen Wandels sind für die Mehrsprachigkeit von besonderer Relevanz. Zum einen, und dies knüpft an den vorherigen Punkt an, ist das Modernitätsniveau aller Gesellschaften angestiegen, vor allem das Bildungsniveau der Bevölkerung, insofern sich die Verweildauer der Menschen im Bildungssystem erhöht hat und die Quote der Personen mit höheren Bildungsabschlüssen von Kohorte zu Kohorte angestiegen ist. Um dies an einem Beispiel zu illustrieren: Das bundesrepublikanische Schulsystem ist bekanntlich dreigliedrig strukturiert (Hauptschule, Realschule, Gymnasium). Der Anteil 13jähriger Schulkinder, die ins Gymnasium gingen, betrug zu Beginn der 50er Jahre 12 %, zu Beginn der 70er Jahre 20 % und 2004 33 %. Der Anteil an Hauptschülern fiel rapide von ca. 80 % zu Beginn der 50er Jahre auf etwas mehr als 20 % im Jahr 2004 (Statistisches Bundesamt 2008).¹¹ Die Studienanfängerquote (der Anteil einer Alterskohorte, die ein Studium

¹¹ <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport/Downloads/Datenreport2008,property=file.pdf>

aufnimmt) ist in dem gleichen Zeitraum enorm angestiegen. Ähnliche Entwicklungen lassen sich für die anderen Länder Europas nachzeichnen.

Nicht nur hat sich die Ausbildungsdauer in den Ländern Europas im Zeitverlauf verlängert und das Ausbildungsniveau erhöht, die nationalstaatlich verfassten Gesellschaften haben sich, wie wir in Kapitel 3.2 gesehen haben, zunehmend europäisiert und globalisiert, ihr wirtschaftlicher, politischer und sozialer Vernetzungsgrad mit den anderen Gesellschaften innerhalb und außerhalb Europas ist im Zeitverlauf gestiegen. Beide Veränderungen der makrostrukturellen Kontextbedingungen sollten einen Einfluss auf die Mehrsprachigkeit der verschiedenen Alterskohorten haben. Ältere Generationen verbrachten kürzere Zeiten in den Ausbildungsinstitutionen, erreichten im Durchschnitt ein niedrigeres Ausbildungsniveau, verfügen wahrscheinlich auch über weniger transnationale Erfahrungen und haben damit weniger Gelegenheit gehabt, Fremdsprachen zu lernen als jüngere Kohorten. Die Zunahme der Europäisierung und Globalisierung der Gesellschaften kann zudem einen Einfluss auf die Motivation des Fremdsprachenerwerbs haben. Jüngere Generationen sehen in stärkerem Maße die Notwendigkeit und die Chance, die die Fähigkeit, eine fremde Sprache zu sprechen, mit sich bringt.

Neben diesem Kohorteneffekt kann man zusätzlich vermuten, dass es einen Lebensverlaufseffekt auf die Fremdsprachenfähigkeit gibt. Wer als Schüler oder Student eine Fremdsprache gelernt oder gesprochen hat, mag im Zeitverlauf in seinen Fremdsprachenkenntnissen nachlassen, vor allem dann, wenn er die gelernte Fremdsprache nicht praktiziert. Hinzu kommt, dass der Zeitaufwand (Kosten) des Erlernens einer neuen Sprache mit zunehmendem Alter steigt, da die Lerngeschwindigkeit, die Nachahmungsfähigkeit und die Gedächtnisleistung mit dem Alter nachlassen. Aus all den genannten Gründen vermuten wir, dass Personen, die jünger sind, über mehr transnationales linguistisches Kapital verfügen als ältere Personen.

Ich habe die Befragten in sechs Altersgruppen eingeteilt und analysiert, ob die jüngeren Kohorten über eine bessere Fremdsprachenkompetenz verfügen als die älteren Generationen; zudem wurde ein Mittelwertvergleich durchgeführt und analysiert, wie alt im Durchschnitt diejenigen Personen sind, die keine, eine, zwei oder drei Fremdsprachen sprechen. Die Ergebnisse sprechen eine klare Sprache: Die jüngere Generation verfügt über eine deutlich bessere Ausstattung mit transnationalem linguistischem Kapital als die ältere Generation. Der Anteil derer, die zumindest eine Fremdsprache

sprechen, hat sich von 33,5 % der über 55jährigen auf 68,7 % der 15-24jährigen mehr als verdoppelt.

Tabelle 4.12: Alter der Befragten und transnationales sprachliches Kapital (in Prozent)

	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+	Mittelwert Alter
Keine Fremdsprache	31,3	39,1	49,6	54,4	59,3	71,3	50,3 Jahre
Eine Fremdsprache	33,6	34,2	28,1	25,8	24,0	17,9	41,5 Jahre
Zwei Fremdsprachen	25,8	19,1	14,8	13,8	11,3	6,9	38,3 Jahre
Drei Fremdsprachen	9,3	7,5	7,5	6,0	5,4	4,0	40,8 Jahre
N	3.447	4.158	4.674	4.473	4.223	5.535	26.510

$r = -0,24^{***}$, Spearman's Rho = $-0,26^{***}$, Tau-b = $-0,22^{***}$, Eta = $0,28^{***}$

f) Klassen, Klassenfraktionen, Berufspositionen und Mehrsprachigkeit

Die deskriptiven Befunde haben gezeigt, dass die Verfügung über transnationales Kapital nicht nur zwischen den 27 Ländern sehr unterschiedlich ausfällt, sondern auch innerhalb der Länder. Alle Gesellschaften der Europäischen Union sind in sich vertikal strukturiert und insofern Klassengesellschaften. Man kann vermuten, dass die Klassenzugehörigkeit der Eltern einer Person und die Klassenzugehörigkeit der Person selbst die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital beeinflusst.¹²

Der Datensatz enthält leider keine Angaben über die Eltern der Befragten. Insofern sind unsere Prüfmöglichkeiten der Hypothese, die ich gleich noch genauer spezifizieren werde, recht eingeschränkt. Akzeptiert man aber folgende Brückenannahme, dann lässt sich der Zusammenhang zwischen der Klassenlage der Eltern und der Fremdsprachenkompetenz des Befragten

¹² Der Einfluss der Klassenlage kann nicht nur zur Erklärung der gesellschaftlich internen Verteilung von transnationalem sprachlichem Kapital beitragen, sondern auch zu den Unterschieden zwischen verschiedenen Ländern. Wenn die oberen Klassen mehr Fremdsprachen sprechen als die unteren Klassen, und wenn in einem Land A die oberen Klassen quantitativ größer sind als in einem Land B, dann führt dies dazu, dass die Anzahl der mehrsprachigen Personen im Land A höher ist als im Land B.

zumindest ansatzweise valide operationalisieren. Die soziologische Klassenanalyse geht davon aus, dass die Zugehörigkeit der Eltern zu einer Klasse die Chancen der Kinder im Hinblick auf ihre Bildung, das zukünftige Einkommen, die Berufsposition und den Lebensstil in hohem Maße beeinflusst. Insofern findet vermittelt durch das Elternhaus dauerhaft eine Reproduktion der Klassenstruktur einer Gesellschaft statt. Die Stärke der Reproduktion der Klassen variiert dabei zwischen den verschiedenen Ländern (vgl. Erikson & Goldthorpe 1992). Wenn es aber zumindest partiell eine „Vererbung“ der Klassenzugehörigkeit gibt, dann kann man die Angaben zur Klassenzugehörigkeit eines Befragten als Annäherungsmessung der Klassenlage des Elternhauses interpretieren.

Zur Beschreibung von Klassen gibt es verschiedene Typologisierungsvorschläge. Ich beziehe mich hier, wie schon bei der Entwicklung des Begriffs des transnationalen sprachlichen Kapitals, auf die Theorie von Pierre Bourdieu. Die Verfügung über linguistisches Kapital ergibt sich dann aus der Klassenlage einerseits und der hinter den Klassen gelagerten relevanten Kapitalausstattung andererseits. Die Klassenstruktur einer Gesellschaft ergibt sich aus der Aggregation der Kapitalien, über die Personen verfügen und der Zuordnung der Personen mit der gleichen Kapitalausstattung zu ein und derselben Klasse. Bourdieu unterscheidet bekanntlich drei Klassen, die sich im Niveau des Kapitalvolumens voneinander unterscheiden (die Oberklasse, die Mittelklasse und die Unterklasse). Innerhalb der drei Klassen sind die Klassenfraktionen platziert, die durch eine unterschiedliche Zusammensetzung von kulturellem und ökonomischem Kapital gekennzeichnet sind (Bourdieu 1982; 1983). Die Klassen und die Klassenfraktionen werden von Bourdieu nicht nur abstrakt benannt, sondern mit der Angabe von konkreten Berufspositionen genauer bezeichnet. Dies ist für unsere empirische Analyse wichtig, weil der Datensatz es ermöglicht, auf die erhobenen Berufspositionen zurückzugreifen. Die Oberklasse spaltet sich in eine Klassenfraktion mit viel kulturellem Kapital und eine Gruppe mit wenig kulturellem Kapital. Das Besitzbürgertum, bestehend vor allem aus den *Selbständigen*, verfügt über hohes ökonomisches und im Verhältnis dazu über wenig kulturelles Kapital. Beim Bildungsbürgertum liegt ein umgekehrtes Verhältnis vor: Hier dominiert das kulturelle Kapital vor dem ökonomischen. Zum Bildungsbürgertum zählt Bourdieu vor allem die Professoren und die anderen *akademischen Berufe*. Die Mittelklasse oder das Kleinbürgertum besteht aus den Inhabern mittlerer Berufspositionen, vor allem aus den *mittleren*

Angestellten. Das Kleinbürgertum ist intern weiter differenziert: das *absteigende* Kleinbürgertum besitzt wenig oder schrumpfendes ökonomisches und kulturelles Kapital; über ein mittleres Volumen der beiden Kapitalsorten kann das exekutive Kleinbürgertum verfügen und als Komplementärklasse zur neuen Bourgeoisie existiert, entsprechend mit mittlerem Kapitalvolumen ausgestattet, das neue Kleinbürgertum. Die Unterklasse, bzw. die *Arbeiter- und Bauernschaft* wird von Bourdieu nicht weiter in Klassenfraktionen differenziert. Zur Arbeiterschaft gehören die gering gebildeten und manuell Berufstätigen.

Der Datensatz enthält keine Einkommens- und Vermögensfragen, so dass eine Operationalisierung des ökonomischen Kapitals unmittelbar nicht möglich ist. Die Interviewten wurden aber nach ihrer Berufsposition befragt und diese wird auch von Bourdieu zur Beschreibung der Klassen und Klassenfraktionen benutzt.¹³ Aus den verschiedenen Kategorien wurden folgende Berufsgruppen gebildet.

- Angestellte oder selbständige „Professionals“: Darunter fallen Ärzte, Architekten, Rechtsanwälte, Hochschullehrer etc.
- Höhere und mittlere Leitungskräfte: Darunter fallen Direktoren und Manager, Abteilungsleiter, Techniker, Lehrer etc.
- Selbständige: Erfasst werden hier Geschäfts- und Firmenbesitzer, selbständige Handwerker etc.
- Mittlere Angestellte und Facharbeiter
- Ungelernte Arbeiter und Angestellte

Ich vermute, dass alle Berufsgruppen im Vergleich zu der Referenzgruppe der ungelerten Arbeiter und Angestellten, die Bourdieu dem Proletariat zuordnet, in höherem Maße über linguistisches Kapital verfügen. Ich vermute zweitens, dass die Mittelklasse der Angestellten in geringerem Maße über linguistisches Kapital verfügt als die Selbständigen, die Leitungskräfte und die Professionals. Schließlich gehe ich davon aus, dass es eine Differenz gibt zwischen den Professionals und den Leitungskräften auf der einen und den Selbständigen auf der anderen Seite. Alle drei Gruppen gehören zur

¹³ Wenn Interviewte zum Zeitpunkt der Befragung nicht erwerbstätig waren – sei es, weil sie zu diesem Zeitpunkt im Haushalt tätig, verrentet oder arbeitslos waren – dann wurden sie nach ihrer früheren Berufsposition gefragt. In einem ersten Schritt wurden die Antworten auf die aktuelle und die frühere Berufsposition miteinander fusioniert.

Oberschicht, bilden aber zwei unterschiedliche Fraktionen innerhalb der Oberklasse. Die Selbständigen sind diejenigen, die über viel ökonomisches, aber über relativ wenig kulturelles Kapital verfügen.¹⁴ Für die anderen beiden Gruppen gilt die umgekehrte Kapitalstruktur. Entsprechend vermute ich, dass die Selbständigen im Vergleich zu den Professionals und den Leitungskräften in schwächerem Maße über eine transnationale sprachliche Kapitalausstattung verfügen.

Ich gehe davon aus, dass sowohl die Klassenposition des Elternhauses des Befragten (1) als auch die eigene Klassenposition die formulierten Wirkungszusammenhänge begründen kann (2).

1) Je höher die Klasse des Elternhauses des Befragten, desto mehr werden die Eltern in die Bildung des Kindes investiert haben. Zu den Bildungsinvestitionen gehört die Schaffung von Gelegenheiten zur Bildung wie auch die Vermittlung der Motivation, dass Bildung ein wichtiges Lebensziel ist. Fremdsprachen sind ein Teil dieser Bildungsinvestitionen. Insofern kann man vermuten, dass die Klassenlage der Eltern die Ausstattung der Kinder mit transnationalem sprachlichem Kapital beeinflusst. Charlotte Büchner (2004) kann in einer Auswertung der Daten des Sozio-oekonomischen Panels zeigen, dass Schüler, die im Ausland zur Schule gegangen sind oder dort studiert und die jeweilige Fremdsprache gelernt haben, vor allem aus Elternhäusern der oberen Klassen stammen. Auch die vermuteten Unterschiede in der Ausstattung mit transnationalem sprachlichem Kapital zwischen den beiden Klassenfraktionen der Oberklasse kann durch das Elternhaus beeinflusst werden. Während die Selbständigen eher die anwendungsbezogenen, technisch naturwissenschaftlichen Kompetenzen ihrer Kinder fördern, investiert das Bildungsbürgertum stärker in eine humanistische Ausbildung und dazu gehören u. a. die Fremdsprachen. Der symbolische Nutzen des transnationalen sprachlichen Kapitals mag hier eine zusätzliche Rolle spielen (siehe dazu Kapitel 2.1). Personen, die mehrsprachig sind, erhalten aufgrund dieser Kompetenz Anerkennung durch ihre Mitmenschen. Ähnlich wie die kulturellen Eliten innerhalb der Länder durch eine öffentliche Inszenierung ihres hochkulturellen Lebensstils sich als gebildete Klasse präsentieren und gegenüber den mittleren Klassen und der Klassen-

¹⁴ Da die Kategorie nicht nur Unternehmer sondern auch „kleine“ Selbständige wie Handwerker, die Bourdieu eher dem Kleinbürgertum zuordnen würde, enthält, ist die Operationalisierung etwas unscharf.

fraktion derer, die zwar über viel materielles, aber über relativ wenig kulturelles Kapital verfügen, abgrenzen können, ermöglicht die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital, sich als Teil einer *transnationalen Klasse* darzustellen und damit Distinktionsgewinne einzufahren.

Die durch die Herkunftsklassen bedingte unterschiedliche Ausstattung mit transnationalem sprachlichem Kapital beeinflusst dann wiederum die Chancen, eine bestimmte Klassenposition zu erreichen, da die Mehrsprachigkeit die Chance erhöht, bessere Berufspositionen und höhere Klassenpositionen zu erreichen.

2) Die dann vom Befragten erreichte Klassenposition eröffnet unterschiedliche Möglichkeiten der Praktizierung der Fremdsprachenkompetenz. Die Wahrscheinlichkeit, dass ungelernete Arbeiter und Angestellte, wenn sie denn Fremdsprachen gelernt haben, diese auch anwenden und praktizieren können, ist deutlich geringer als die Wahrscheinlichkeit, die für Führungskräfte und Professionals gegeben ist. Auch für die Klassenfraktion der Selbständigen vermuten wir, dass sie im Vergleich zu den bildungsbürgerlichen Klassen in geringerem Maße die Möglichkeit haben, vorhandene Fremdsprachenkenntnisse anzuwenden und zu verbessern.

Tabelle 4.13: Klassen und Klassenfraktionen und transnationales sprachliches Kapital (in Prozent)

	Professionals	Höhere und mittlere Leistungskräfte	Selbstständige	Facharbeiter und mittlere Angestellte	Ungelernte Arbeiter
Keine Fremdsprache	29,3	32,8	52,8	55,5	70,6
Eine Fremdsprache	31,1	34,7	25,6	26,6	19,7
Zwei Fremdsprachen	25,2	22,2	13,2	12,5	6,7
Drei Fremdsprachen	14,4	10,3	8,5	5,4	2,9
<i>N</i>	<i>1.689</i>	<i>3.346</i>	<i>1.590</i>	<i>12.922</i>	<i>2.960</i>

$r = -0,11^{***}$, Spearman's Rho = $-0,14^{***}$, Tau-b = $-0,12^{***}$

Die empirischen Ergebnisse bestätigen die Erwartung, dass alle Berufsgruppen im Vergleich zu der Referenzgruppe der ungelerten Arbeiter und Angestellten in höherem Maße über transnationales sprachliches Kapital verfügen. Weiterhin zeigt sich, dass die Mittelklasse der Angestellten in geringerem Maße mehrsprachig ist als die zwei Gruppen der Oberklasse (Leitungskräfte, Professionals); auch dies entspricht der Bourdieu'schen Hypothese.

Weiterhin zeigt sich eine Differenz zwischen den Professionals und den Leitungskräften auf der einen Seite und den Selbständigen auf der anderen Seite. Dies deutet darauf hin, dass die beiden Gruppen zwei Fraktionen innerhalb der Oberklasse bilden. Die Selbständigen sind diejenigen, die über viel ökonomisches, aber über relativ wenig kulturelles und linguistisches Kapital verfügen.

g) Institutionalisiertes kulturelles Kapital (Bildung) und Mehrsprachigkeit

Die Klassenstruktur einer Gesellschaft ergibt sich, so Bourdieu, aus der Aggregation der Kapitalien, über die Personen verfügen. Das materielle und das kulturelle Kapital sind zur Ausbildung der Klassenstruktur die entscheidenden Ressourcen. Über die Ausstattung der Personen mit Einkommen und Vermögen liegen uns leider keine Informationen vor, wohl aber über ihr institutionalisiertes kulturelles Kapital. Dieses besteht aus der Bildung bzw. den Bildungszertifikaten, die eine Person durch die Bildungsinstitutionen einer Gesellschaft verliehen bekommen hat. Da Fremdsprachen in der Regel über die Ausbildungsinstitutionen vermittelt werden, kann man davon ausgehen, dass das institutionalisierte kulturelle Kapital einen positiven Einfluss auf die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital hat.¹⁵ Für diese These sprechen drei Argumente. Höhere Bildung bedeutet eine längere Verweildauer in Bildungseinrichtungen und die Teilhabe an qualitativ anspruchsvolleren Bildungseinrichtungen. Fremdsprachenunterricht ist Teil der Schulausbildung. Je länger und je anspruchsvoller man beschult wird, desto länger und desto anspruchsvoller ist man auch dem Fremdsprachenunterricht ausgesetzt. Eine längere und bessere Bildung beeinflusst aber nicht nur die Gelegenheitsstruktur, sondern auch die Motivation zum Fremdspracherwerb, wie Hartmut Esser vermutet (Esser 2006: 110). Gerade die höheren Bildungseinrichtungen vermitteln die Vorstellung, dass Fremdspracherwerb einen kulturellen Wert an sich darstellt. Schließlich kann das Niveau der Bildung auch die Kosten des Fremdspracherwerbs beeinflussen, da sich mit der Länge der Ausbildung auch die allgemeinen Lerntechniken verbessern und dies die Zeitkosten des Erwerbs einer neuen Sprache senkt.

¹⁵ Die durch die Bildungsinstitutionen vermittelte Fremdsprachenkompetenz kann dann wiederum zur Erhöhung des institutionalisierten kulturellen Kapitals in Form von Bildungszertifikaten führen.

Bildungsabschlüsse in 27 Ländern mit unterschiedlichen Bildungssystemen zu erheben, so dass die Bildungszertifikate miteinander vergleichbar sind, ist nicht einfach. Das Eurobarometer enthält aber eine Variable, die einen Vergleich der Bildungszertifikate trotz der Unterschiede in den Bildungssystemen zumindest grob ermöglicht. Die Interviewten wurden gefragt, wie alt sie waren, als sie ihre Ausbildung beendet haben. Je älter ein Befragter zum Zeitpunkt der Beendigung seiner Ausbildung war, desto höher ist sein Bildungsabschluss, desto höher ist sein institutionalisiertes kulturelles Kapital und desto besser wird seine Ausstattung mit transnationalem sprachlichem Kapital sein.

Zum einen wurden die Befragten in drei Bildungsgruppen eingeteilt und analysiert, ob Personen mit höherer Bildung über eine bessere Fremdsprachenkompetenz verfügen als die mit geringerer Bildung; zum Zweiten wurde das Durchschnittsalter bei Beendigung der Ausbildung derjenigen, die keine, eine, zwei oder drei Fremdsprachen sprechen, berechnet.

Tabelle 4.14: Institutionalisiertes kulturelles Kapital und Mehrsprachigkeit (in Prozent)

	Niedrig	Mittel	Hoch	Mittelwert Bildung
Keine Fremdsprache	80,7	54,0	25,6	16,6 Jahre
Eine Fremdsprache	14,9	28,6	34,1	18,9 Jahre
Zwei Fremdsprachen	3,2	12,3	26,4	20,4 Jahre
Drei Fremdsprachen	1,2	5,1	13,9	21,0 Jahre
<i>N</i>	5.662	12.031	5.869	23.562

$r = 0,40^{***}$, Spearman's Rho = $0,41^{***}$, Tau-b = $0,37^{***}$, Eta = $0,43^{***}$

Die Hypothese wird durch die Ergebnisse bestätigt. Nicht nur das: Vergleicht man die Ergebnisse der verschiedenen bivariaten, bis jetzt durchgeführten Analysen miteinander, dann scheint von dem institutionalisierten kulturellen Kapital der deutlich stärkste Effekt auf die Mehrsprachigkeit auszugehen.

b) Ausländische Herkunft des Befragten bzw. seiner Eltern und transnationales sprachliches Kapital

Bis jetzt wurde unterstellt, dass die Bürger der Mitgliedsländer der EU jeweils in ihrem Land geboren, dort aufgewachsen und die Sprache ihres Landes als Muttersprache gelernt haben. Dabei wurde außer Acht gelassen, dass manche Bürger bzw. deren Eltern selbst transnationale Erfahrungen gemacht haben, indem sie in einem Land geboren und später in ein anderes Land ausgewandert sind. Da ein Landeswechsel aufgrund der segmentierten Sprachenstruktur häufig auch mit einem Sprachenwechsel verbunden ist, sind die Personen, die von einem Land in ein anderes ausgewandert sind, auch häufig der Notwendigkeit ausgesetzt, eine neue Sprache zu lernen. Entsprechend kann man erwarten, dass die Personen, die einen Wechsel des Landes vollzogen haben, mehr Sprachen sprechen, als diejenigen, für die dies nicht zutrifft. Die folgende Tabelle teilt die Befragten in zwei Gruppen auf: in diejenigen, die in dem Land, in dem sie im Moment leben, auch geboren wurden und in diejenigen, die in einem anderen Land geboren wurden.

Tabelle 4.15: Geburtsland des Befragten und transnationales sprachliches Kapital (in Prozent)

	Im Inland geboren	Im Ausland geboren
Keine Fremdsprache	53,1	19,5
Eine Fremdsprache	26,1	44,2
Zwei Fremdsprachen	14,6	23,3
Drei Fremdsprachen	6,2	13,0
<i>N</i>	25.157	1.333

$r = 0,14^{***}$, Spearman's Rho = $0,15^{***}$, Tau-b = $0,14^{***}$

Die Ergebnisse bestätigen die Erwartung. Befragte, die einen Wechsel des Landes vollzogen haben, sprechen durchschnittlich mehr Fremdsprachen als Personen, die ihren nationalstaatlichen Container nicht verlassen haben. Aber nicht nur die eigene transnationale Erfahrung, sondern auch die der Eltern wird sich wahrscheinlich auf die Mehrsprachigkeit positiv auswirken. Eltern, die in ein anderes Land ausgewandert sind, sprechen auch in dem neuen Land zu Hause meist noch die Sprache des Herkunftslandes. Und häufig legen sie Wert darauf, dass ihre Kinder die Verbindung zu dem Herkunftsland aufrecht erhalten und die Muttersprache ihrer Eltern lernen. Kinder, deren Eltern diese Migrationserfahrung nicht gemacht haben, haben

auch in geringerem Maße die Gelegenheit, zu Hause zweisprachig erzogen zu werden. Auch diese These wird durch die Ergebnisse der folgenden Tabelle bestätigt. Personen, die mindestens ein Elternteil haben, das im Ausland geboren wurde, sprechen deutlich häufiger eine oder mehrere Fremdsprachen als Personen, deren beide Elternteile Inländer sind.

Tabelle 4.16: Geburtsland der Eltern und transnationales sprachliches Kapital (in Prozent)

	Beide Eltern Inländer	Mind. ein Elternteil Ausländer
Keine Fremdsprache	54,0	27,6
Eine Fremdsprache	25,9	37,2
Zwei Fremdsprachen	14,1	23,6
Drei Fremdsprachen	6,0	11,5
<i>N</i>	23.705	2.742

$r = 0,15^{***}$, Spearman's Rho = $0,16^{***}$, Tau-b = $0,15^{***}$

i) Identifikation mit dem Herkunftsland und transnationales linguistisches Kapital

Ich hatte im Kapitel 2.1 erläutert, dass Sprache nicht nur eine Vergesellschaftungs-, sondern auch eine Vergemeinschaftungsfunktion hat. Sie dient häufig als wichtiges Identitätsmerkmal einer Gruppe. Ist die jeweilige Muttersprache ein Identitätsmerkmal einer Gruppe, dann kann der Einfluss und das Erlernen fremder Sprachen als eine Beeinträchtigung oder sogar als Verlust der eigenen kollektiven Identität interpretiert werden. In diesem Fall ist die Motivation zum Fremdsprachenerwerb gering. Auch der umgekehrte Zusammenhang ist plausibel. Je stärker eine positive emotionale Identifikation mit einer Fremdsprache ist, desto höher ist die Motivation, diese zu lernen et vice versa. Der Grad der Identifikation mit einer Sprache ist wiederum wesentlich bestimmt durch das Ausmaß der Identifikation mit der Gruppe derer, die diese Sprache spricht.

Die uns zur Verfügung stehenden Daten ermöglichen es nur sehr begrenzt, den Zusammenhang zwischen Identifikation und Mehrsprachigkeit zu überprüfen. Bezüglich der abhängigen Variable verfügen wir über keine Information über den Grad der Motivation zum Fremdsprachenerwerb. Ich gehe aber davon aus, dass die Fremdsprachenkompetenz selbst zum Teil auf die Motivation, diese zu erwerben, zurückzuführen ist. Weiterhin fehlen uns Informationen über die Identifikation mit den verschiedenen Fremdsprachen. Informationen über die Identifikation mit der Muttersprache sind hin-

gegen indirekt verfügbar. Die Interviewten wurden gefragt, in welchem Maße sie sich mit ihrem Heimatort, ihrer Region und ihrem Land verbunden fühlen. Die Antwortalternativen reichen von „sehr“ und „ziemlich“ bis zu „wenig“ und „gar nicht“. Die drei verschiedenen Identifikationsobjekte bilden zusammen ein Einstellungssyndrom. Diejenigen, die sich stark mit ihrem Land verbunden fühlen, fühlen sich zugleich auch stark ihrem Heimatort und ihrer Region zugehörig. Ich habe deswegen in einem ersten Schritt aus den Antworten auf die drei Fragen eine additive Skala gebildet (Crombachs $\alpha = .79$). Die neu gebildete Variable misst den Grad der nationalen und subnationalen Identifikation. Damit haben wir allerdings nicht die Identifikation mit der Sprache des Landes operationalisiert. Da die jeweilige Sprache aber sehr häufig ein zentrales Merkmal der Region oder des Landes ist, gehe ich davon aus, dass eine Identifikation mit dem Land und den subnationalen Einheiten zugleich eine Identifikation mit der dort gesprochenen Sprache misst. Diese Brückenannahme vorausgesetzt, kann man nun den angenommenen Zusammenhang zwischen dem Grad der nationalen und subnationalen Identifikation und der Mehrsprachigkeit der Bürger überprüfen. Tabelle 4.17 zeigt zum einen die Ergebnisse bezüglich des Zusammenhangs zwischen dem Grad der Identifikation mit dem Land und der Mehrsprachigkeit,¹⁶ zum anderen die Mittelwertunterschiede im Grad der Identifikation mit dem Land/der Region/ dem Heimatort zwischen den Personen, die keine, eine, zwei oder drei Fremdsprachen sprechen.

Tabelle 4.17: Verbundenheit mit dem Land und transnationales sprachliches Kapital (in Prozent)

	Sehr	Ziemlich	Nicht so	Gar nicht	Mittelwert
Keine Fremdsprache	55,6	47,9	39,3	35,5	8,43
Eine Fremdsprache	25,7	28,6	30,5	26,1	8,04
Zwei Fremdsprachen	13,2	16,6	19,0	26,4	7,82
Drei Fremdsprachen	5,6	6,9	11,2	12,0	7,54
<i>N</i>	<i>15.813</i>	<i>8.678</i>	<i>1.659</i>	<i>264</i>	<i>26.273</i>

$r = 0,11^{***}$, Spearman's Rho = $0,11^{***}$, Tau-b = $0,10^{***}$, Eta = $0,16^{***}$

¹⁶ Die Ergebnisse bezüglich des Zusammenhangs zwischen dem Grad der Identifikation mit dem Wohnort bzw. der Region und der Mehrsprachigkeit sehen ganz ähnlich aus; deswegen habe ich auf eine Wiedergabe verzichtet.

Im Sinne unserer theoretischen Erwartung stellt sich heraus, dass diejenigen, die eine starke Identifikation mit ihrem Land und den subnationalen Einheiten ihres Landes aufweisen, in geringerem Maße Fremdsprachen beherrschen als diejenigen, die sich schwächer mit ihrem Land identifizieren.

j) Multivariate Überprüfung der Ergebnisse

In welchem Maße die bivariaten Zusammenhänge auch einer multivariaten Prüfung standhalten, dieser Frage gehe ich im Folgenden nach. Die multivariate Analyse erlaubt es zum einen, die unterschiedliche Stärke der verschiedenen Einflussfaktoren in der Erklärung der Mehrsprachigkeit einzuschätzen; sie gestattet es zum anderen, die Einflüsse zwischen den verschiedenen unabhängigen Variablen aufzudecken. So kann man z. B. vermuten, dass ein Teil der Effekte, die von der Klassenposition des Befragten ausgehen, auf die Bildung zurückzuführen sind, da die Bildung die Klassenposition beeinflusst. Tabelle 4.18 enthält die Ergebnisse von sieben verschiedenen linearen Regressionsrechnungen.¹⁷ Ich diskutiere im Folgenden allein, ob und in welchem Maße die verschiedenen Hypothesen bestätigt werden und gehe dabei nicht nochmals auf die Erläuterung des Kausalmechanismus ein, der den Zusammenhang zwischen unabhängiger und abhängiger Variable begründet, weil dies bereits bei der Diskussion der bivariaten Ergebnisse erfolgt ist.

¹⁷ Zusätzlich wurden zwei weitere Berechnungen für alle Modelle durchgeführt. 1) Die abhängige Variable ist streng genommen keine metrische, sondern eine ordinal skalierte Variable. Entsprechend wurden „ordered logit“ Regressionen berechnet. 2) Da die abhängige Variable rechtsschief verteilt ist, habe ich zusätzlich logistische Regressionsanalysen durchgeführt, in der die Frage, ob jemand überhaupt eine Fremdsprache beherrscht oder nicht, die dichotome abhängige Variable bildet. Die Ergebnisse beider Berechnungen sind mit denen der linearen Regressionsanalysen komplett identisch. Da die linearen Regressionsanalysen etwas leichter zu interpretieren sind, habe ich mich für die Darstellung dieser Analysen entschieden.

Tabelle 4.18: Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital (lineare Regressionen)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Gesamtmodell
Mehrere Amtssprachen	0,088***						0,054***
Größe des Landes	0,032***						-0,085***
Sprachverbreitung	0,220***						-0,275***
Professionals		0,242***	0,234***	0,078***			0,108***
Höhere und mittlere Leitungskräfte		0,294***	0,294***	0,105***			0,143***
Selbständige		0,122***	0,120***	0,050***			0,048***
Mittlere Angestellte und Facharbeiter		0,162***	0,145***	0,041***			0,054***
Alter			0,166***	0,066***			-0,059***
Inst. kulturelles Kapital				0,359***			0,301***
Bildungsausgaben				0,039***			0,204***
Ausländische Herkunft Befragter					0,070***		0,049***
Ausländische Herkunft Eltern					0,097***		0,080***
Identifikation mit Herkunftsland						-0,135	-0,051***
R ²	0,067	0,067	0,094	0,186	0,022	0,018	0,285
N	19.708	19.708	19.708	19.708	19.708	19.708	19.708

* p < 0,05, ** p < 0,01, *** p < 0,001

Wiedergegeben sind die standardisierten Regressionskoeffizienten. Referenzkategorie für die Berufsgruppen sind die ungelerten Arbeiter und Angestellten.

Modell 1 berücksichtigt verschiedene Kontextvariablen, die die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital erklären können: die Größe eines Landes, den Verbreitungsgrad der Muttersprache und die Frage, ob es in einem Land mehrere Amtssprachen gibt oder nicht. Wie die Beta-Koeffizienten zeigen, werden alle theoretischen Erwartungen bestätigt. Befragte aus kleineren Ländern, aus Ländern, in denen mehrere Amtssprachen institutionalisiert sind, vor allem aber aus Ländern, deren Sprachen einen geringen Verbreitungsgrad haben, sprechen mehr Fremdsprachen als Bürger aus Ländern, für die diese Bedingungen nicht gelten.

In einem zweiten Schritt wurde die Berufsposition der Befragten in die Analyse aufgenommen. Es bestätigt sich die Erwartung, dass alle Berufs-

gruppen im Vergleich zur Referenzgruppe der ungelerten Arbeiter und Angestellten in deutlich höherem Maße über transnationales sprachliches Kapital verfügen. Vergleicht man die Berufsgruppen untereinander, dann sieht man, dass die Mittelklasse der Angestellten in geringerem Maße mehrsprachig ist als die zwei Gruppen der Oberklasse (Leitungskräfte, Professionals); auch dies entspricht der Bourdieu'schen Hypothese. Weiterhin zeigt sich eine Differenz zwischen den Professionals und den Leitungskräften auf der einen Seite und den Selbständigen auf der anderen Seite. Dies deutet darauf hin, dass die beiden Gruppen zwei unterschiedliche Fraktionen der Oberklasse bilden. Die Selbständigen sind diejenigen, die über viel ökonomisches, aber über relativ wenig kulturelles und transnationales linguistisches Kapital verfügen.

Im dritten Modell wurde zusätzlich das Alter und im vierten Modell außerdem das institutionalisierte kulturelle Kapital des Befragten und die Bildungsausgaben des Landes mit in die Analyse einbezogen.¹⁸ Wie die Vorzeichen der Koeffizienten zeigen, gehen die Effekte alle in die theoretisch erwartete Richtung: Je höher die Bildungsausgaben eines Landes, umso besser die Bildung des Befragten und umso besser seine Fremdsprachenkenntnisse; je jünger ein Befragter ist, desto besser ist seine Ausstattung mit transnationalem sprachlichem Kapital. Ein Vergleich von Modell drei und vier zeigt zudem, dass der Einfluss des Alters fast vollständig verschwindet, wenn man die Bildung berücksichtigt. Die jüngeren Befragten sind auch die besser Ausgebildeten. Die Berücksichtigung der Bildung reduziert zugleich den Einfluss der Klassenlage auf die Erklärung des transnationalen linguistischen Kapitals (Vergleich von Modell 2 und 4). Auch dies entspricht der Vorstellung Bourdieus, dass das institutionalisierte kulturelle Kapital einer der Bestimmungsfaktoren der Klassenposition ist. Schließlich zeigen die Analysen, dass die Berücksichtigung der Bildungsvariablen die Erklärungsleistung des Modells von 9 auf 18 % erhöht. Von der Bildung des Befragten geht also der stärkste Effekt auf die Mehrsprachigkeit aus. Insgesamt werden durch die Analysen die Bourdieu'schen Annahmen sehr gut bestätigt. Die Verfügung über linguistisches Kapital wird entscheidend bestimmt durch die Klassenlage und die Kapitalausstattung des Befragten.

¹⁸ Während ich in den bivariaten Analysen zwei Modernisierungsindikatoren (Human Development Index und die Bildungsausgaben eines Landes), die hoch miteinander korrelieren, berücksichtigt hatte, beschränke ich mich hier allein auf die Berücksichtigung der Bildungsausgaben.

Modell 5 analysiert, ob die Tatsache, dass der Befragte bzw. eines der beiden Elternteile im Ausland geboren wurde, die Wahrscheinlichkeit der Mehrsprachigkeit erhöht und dies ist, wie die Ergebnisse zeigen, der Fall. Und auch der erwartete negative Effekt der Identifikation mit dem eigenen Land auf die Mehrsprachigkeit bestätigt sich in der multivariaten Analyse (Modell 6).

Das letzte Modell schließlich berücksichtigt alle theoretisch begründeten Einflussfaktoren. Wie der R^2 -Wert von 28,5 % ausweist, kann man die Fremdsprachenkompetenz mit den unabhängigen Variablen sehr gut voraussagen. Zudem werden alle unsere theoretischen Annahmen bestätigt. Den stärksten Einfluss auf die Mehrsprachigkeit des Befragten haben das institutionalisierte kulturelle Kapital des Befragten, die Bildungsausgaben des Landes und der Verbreitungsgrad der Muttersprache.¹⁹

4.2.3 Hypothesen zur Erklärung der Englischkompetenz der Bürger und ihre empirische Überprüfung

Wir sind nicht nur an der Erklärung der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital im Allgemeinen, sondern auch an einer Erklärung der gefundenen Unterschiede in der Englischkompetenz der Bürger interessiert, da Englisch diejenige Fremdsprache ist, die in Europa von den meisten Bürgern, sei es als Mutter- oder als Fremdsprache, gesprochen wird. Da die Kompetenz, eine bestimmte Fremdsprache sprechen zu können, ein Sonderfall der Fähigkeit ist, Fremdsprachen im Allgemeinen sprechen zu können, sind viele der im letzten Kapitel diskutierten Hypothesen auf die Erklärung der Englischkompetenz übertragbar.²⁰ Ich werde deswegen diejenigen Hypothesen, die sich transferieren lassen, nur sehr kurz diskutieren und auch nicht bivariat, sondern nur multivariat überprüfen. Den neuen, speziell auf das Englische bezogenen, Hypothesen werde ich mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen. Tabelle 4.19 gibt einen Überblick über die verschiedenen

¹⁹ Vergleicht man die Ergebnisse von Modell 4 mit denen des Gesamtmodells, dann sieht man, dass der Einfluss der Bildungsausgaben im Gesamtmodell stärker wird. Das liegt daran, dass die Bildungsausgaben positiv mit der Landesgröße und der Sprachverbreitung korrelieren; der Effekt der Bildungsausgaben wird in Modell 4 also unterschätzt.

²⁰ Von einer Überprüfung des Zusammenhangs zwischen der Menge der Amtssprachen und der Mehrsprachigkeit kann man hier absehen. Dieser Fall trifft im Hinblick auf das Englische nur auf Malta zu. Malta war von 1800 bis 1964 britische Kolonie; Englisch ist auf Malta neben Maltesisch die zweite Amtssprache. Fast alle Malteser sprechen entsprechend Englisch, wie Tabelle 4.3 auch zeigt.

Hypothesen zur Erklärung von Englisch als *Fremdsprache*. Die neu hinzugekommenen Hypothesen sind besonders markiert.

Tabelle 4.19: Kerntheorie, gesellschaftliche Randbedingungen und Brückenhypothesen zur Erklärung der Englischfremdsprachenkompetenz

	Opportunitäten	Kosten	Motivation
Makrokontexte			
Weite Verbreitung der Muttersprache (Kommunikationsnutzen einer Fremdsprache)			-
Größe eines Landes	-		-
Hohes Modernitäts- und Bildungsniveau der Gesellschaft	+	-	
<i>Herkunft aus ex-sozialistischem Land</i>	-		-
<i>Große linguistische Distanz zwischen Muttersprache und Englisch</i>		-	
<i>Eigendynamik der Zunahme des Kommunikationsnutzens von Englisch</i>			+
Individuelle Faktoren			
Alter des Befragten	-	+	-
Obere Klassenlage des Befragten	+		+
Hohe Bildung (institutionelles kulturelles Kapital) des Befragten	+	-	+
Ausländische Herkunft des Befragten und seiner Eltern	+		
Hohe Identifikation mit der Muttersprache / dem Herkunftsland			-

Ich bin von der Vermutung ausgegangen, dass der Kommunikationsnutzen einer zu lernenden Fremdsprache für diejenigen, deren Sprache einen großen *Verbreitungsgrad* aufweist, geringer ist als für Personen, deren Sprache nur von wenigen gesprochen wird. Dieser Zusammenhang müsste auch für Englisch als Fremdsprache gelten. Diejenigen, die eine Sprache sprechen, die von vielen gesprochen wird, sind weniger motiviert, Englisch zu lernen,

als die Sprecher von kleinen Sprachen. Ein ähnlicher Effekt auf die Englischkompetenz kann von der *Größe eines Landes* ausgehen. Ich hatte verschiedene Kausalmechanismen diskutiert, die plausibel machen können, warum in kleineren Ländern sowohl die Gelegenheitsstruktur als auch die Motivation zum Erwerb einer Fremdsprache günstiger ist als in größeren Ländern. Dieser Zusammenhang sollte auch und vor allem für den Erwerb des Englischen gelten, wenn man z. B. bedenkt, dass viele Filme englischsprachiger Herkunft sind und dass in kleineren Ländern diese aufgrund der hohen Synchronisationskosten sehr häufig in der Originalsprache ausgestrahlt werden. Ich hatte weiterhin vermutet, dass der *Modernitätsgrad* eines Landes und vor allem die Entwicklung seines *Bildungssystems* die Englischkompetenz seiner Bürger beeinflusst. Je moderner ein Land und je weiter und besser das Bildungssystem entwickelt ist, desto besser wird die Ausbildung in Fremdsprachen und eben auch in Englisch sein und umso mehr Bürger werden Englisch sprechen können.

Die Englischkompetenz ist ein spezifisches transnationales sprachliches Kapital. Wie die Verfügung über die meisten gesellschaftlich relevanten Ressourcen, wird auch die Englischkompetenz je nach *Klassenlage* des Befragten unterschiedlich ausfallen. Insofern kann man davon ausgehen, dass die Hypothesen, die ich aus der Bourdieuschen Klassentheorie abgeleitet habe, auch für die Erklärung der Englischkompetenz gelten: Personen aus den oberen Klassen werden häufiger Englisch sprechen können als Personen aus den unteren Klassen; innerhalb der Oberklasse wird die Klassenfraktion der Bildungsbürger häufiger über Englischkenntnisse verfügen als die Selbständigen. Und auch das *institutionalisierte kulturelle Kapital* sollte einen starken Effekt auf die Englischkompetenz der Bürger haben, da diejenigen, die eine längere und bessere Ausbildung genossen haben, in der Regel auch eher Englisch gelernt haben.

Den wahrscheinlichen Einfluss des *Alters* auf die Englischkompetenz interpretiere ich auch hier in erster Linie als Kohorteneffekt. Einerseits hat sich die Ausbildungsdauer verlängert und das Ausbildungsniveau in den Ländern Europas im Zeitverlauf verbessert, andererseits hat der Grad der internationalen Vernetzung deutlich zugenommen. Dies bedeutet für die verschiedenen Generationen, dass sie in unterschiedlichem Ausmaß „beschult“ worden sind und internationalen Erfahrungen und Herausforderungen ausgesetzt waren und sind. Die älteren Generationen dürften entspre-

chend weniger Gelegenheiten gehabt haben, Englisch zu lernen als die jüngeren Kohorten.

Weiterhin kann man davon ausgehen, dass diejenigen, die entweder selbst oder deren Eltern in einem englischsprachigen Land geboren wurden und heute in einem anderen Land leben, besser Englisch sprechen, als diejenigen, die diesen *Migrationshintergrund* nicht teilen. Da in der Umfrage nicht gefragt wurde, in welchem konkreten Ausland ein Befragter oder einer seiner Elternteile geboren wurde, kann man den Zusammenhang nicht direkt überprüfen. Da aber die Personengruppe, die in einem englischsprachigen Land geboren wurde, eine Teilmenge derer darstellt, die überhaupt im Ausland geboren wurden (und dies wurde in der Befragung erhoben), kann man die Information, ob der Befragte oder einer der Elternteile im Ausland geboren wurde, als Annäherungsmessung des theoretischen Konstruktes benutzen. Der Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund des Befragten oder seiner Eltern und der Englischkompetenz sollte aber schwächer sein als der zwischen Migrationshintergrund und allgemeiner Mehrsprachigkeit. Und schließlich vermute ich, dass eine starke *Identifikation* mit nationalen und lokalen Einheiten und darüber vermittelt mit der jeweiligen Muttersprache die Bereitschaft, Englisch zu lernen eher bremst als stimuliert.

Ob sich all diese Vermutungen empirisch bestätigen lassen, werden wir gleich in den multivariaten Analysen sehen. Neben diesen Hypothesen gibt es zusätzlich drei theoretische Erwartungen, die allein zur Erklärung der Englischkompetenz herangezogen werden können.

a) Bipolare Weltordnung und Englischkompetenz

Ich gehe davon aus, dass die Platzierung eines Landes in der internationalen Ordnung zur Zeit des Ost-/West-Konfliktes einen Einfluss auf die Englischkompetenz der Bürger hat. Die sozialistischen ost- und mitteleuropäischen Mitgliedsländer standen bis 1989 unter dem Einfluss der Sowjetunion und waren der hegemonialen Stellung des Russischen unterworfen, so dass Russisch vielfach die Fremdsprache war, die gelernt werden musste (vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 3.1). Der Hegemoniebereich der Sowjetunion bildete zudem einen Schutzwall gegenüber dem Vordringen des Englischen. Insofern vermute ich, dass die Menschen, die in einem Land leben, das zur Einflussphäre der Sowjetunion gehörte, in geringerem Maße Englisch sprechen, als Menschen, die in einem Land leben, das zur westlichen

Einflussosphäre gehörte. Die Hypothese legt nahe, dass die bipolare Weltordnung nicht die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital im Allgemeinen beeinflusst, sondern die Wahl einer spezifischen Fremdsprache. Entsprechend muss man die Analyse auf diejenigen Personen beschränken, die überhaupt eine Fremdsprache sprechen.

Tabelle 4.20: Ex-Sozialistisches Land und Englischkenntnisse (in Prozent)

Englischkenntnisse	Kein ex-sozialistisches Land	Ex-sozialistisches Land
Nein	17,8	46,7
Ja	82,2	53,3
<i>N</i>	8.665	6.749

$r = -0,30^{***}$, Spearman's Rho = $-0,30^{***}$, Tau-b = $-0,30^{***}$

Unsere theoretische Erwartung wird durch die Ergebnisse der Tabelle bestätigt. Die Englischkompetenz derjenigen, die mindestens eine Fremdsprache sprechen, ist in den westlichen Ländern fast 30 % höher als in den ehemaligen sozialistischen Ländern, die zur Einflussosphäre der Sowjetunion gehörten. Der gefundene Zusammenhang sollte aber nicht mehr oder zumindest schwächer für die Zeit nach dem Zusammenbruch der bipolaren Ordnung gelten. Die mittel- und osteuropäischen Länder haben sich in relativ kurzer Zeit in Richtung Westen orientiert und geöffnet und sind seit 2004 bzw. 2007 auch Mitglieder der EU. Man kann auch diese Hypothese überprüfen, indem man die Englischkompetenz für verschiedene Alterskohorten separat analysiert. Dabei werden zwei Gruppen unterschieden. Personen die zum Zeitpunkt der Befragung (2005) 25 Jahre und jünger waren (also zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der bipolaren Ordnung 10 Jahre und jünger) und Personen, die zum Befragungszeitpunkt älter als 25 Jahre waren. Auch hier beschränke ich die Analyse auf diejenigen, die überhaupt eine Fremdsprache sprechen.

Tabelle 4.21: Ex-Sozialistisches Land und Englischkenntnisse für zwei verschiedene Alterskohorten (in Prozent)

Jünger als 25 Jahre

Englischkenntnisse	Kein ex-sozialistisches Land	Ex-sozialistisches Land
Nein	8,3	16,9
Ja	91,7	83,1
N	1.380	1.198

$r = -0,13^{***}$, Spearman's Rho = $-0,13^{***}$, Tau-b = $-0,13^{***}$

25 Jahre oder älter

Englischkenntnisse	Kein ex-sozialistisches Land	Ex-sozialistisches Land
Nein	20,1	57,6
Ja	79,9	42,4
N	7.285	5.548

$r = -0,36^{***}$, Spearman's Rho = $-0,36^{***}$, Tau-b = $-0,36^{***}$

Die Unterschiede in der Englischkompetenz zwischen Personen aus westlichen und vormals sozialistischen Gesellschaften sind in der jungen Alterskohorte merklich geschrumpft, ein Ergebnis, das unsere These vom Einfluss der bipolaren Weltordnung auf die Englischkenntnisse der Bevölkerung nochmals bestätigt. Lag die Prozentsatzdifferenz zwischen Englischsprechenden Bürgern westlicher und östlicher Gesellschaften in der älteren Kohorte noch bei über 37 %, so beträgt sie für die Jüngeren nur noch 8,6 %.

b) Linguistische Distanz zwischen Muttersprache und Englisch und die Kosten des Fremdspracherwerbs

Wie ich in Kapitel 2.1 erläutert habe, teilt die vergleichende Sprachwissenschaft die verschiedenen Einzelsprachen in Sprachfamilien ein. Innerhalb der Sprachfamilien gibt es wiederum unterschiedliche Grade der Nähe und damit der Überschneidung im Lexikon, der Phonetik und der Grammatik etc. Der Abstand zwischen einer Muttersprache, die man schon beherrscht und einer neu zu lernenden Sprache beeinflusst den Aufwand, den man betreiben muss, um die Fremdsprache zu erlernen. Je geringer der Abstand zwischen zwei Einzelsprachen, je höher also die Überschneidung zwischen

der Muttersprache bzw. einer schon gelernten Fremdsprache und einer zu lernenden Fremdsprache, desto leichter ist es, die neue Sprache zu lernen. Insofern hat die linguistische Distanz zwischen einer Muttersprache und der zu lernenden Fremdsprache einen Einfluss auf die Zeitkosten, die man aufbringen muss, um eine Fremdsprache zu erlernen. Und je höher die Kosten des Spracherwerbs, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Fremdspracherwerb auch stattfinden bzw. erfolgreich sein wird. Dieser angenommene Zusammenhang zwischen linguistischer Distanz, den Kosten und der Wahrscheinlichkeit des Spracherwerbs ist in einigen Studien, die sich auf den Spracherwerb von Migranten beziehen, nachgewiesen worden (vgl. Carliner 2000; Chiswick & Miller 2001; 2004; Van Tubergen & Kalmijn 2005; für den Spracherwerb in Grenzregionen der EU vgl. Roose 2010).

In einem ersten Schritt wurde der Abstand zwischen den verschiedenen, von den Bürgern in der EU gesprochenen Muttersprachen und dem Englischen bestimmt; dabei haben wir uns an einer Einteilung orientiert, die auch von anderen Forschern benutzt wurde (Van Tubergen & Kalmijn 2005; Roose 2010). Die entsprechenden Sprachklassifikationen sind in einem Buch veröffentlicht, aber auch im Internet²¹ verfügbar (vgl. Lewis 2009). Englisch ist eine indoeuropäische Sprache und gehört zur Gruppe der germanischen und zur Untergruppe der westgermanischen Sprachen. Alle anderen Sprachen wurden in zwei Gruppen eingeteilt, eine Gruppe mit hoher und eine mit geringer Distanz zum Englischen.²² Die Ergebnisse der folgenden Tabelle (die Analyse beschränkt sich wiederum auf diejenigen, die zumindest eine Fremdsprache sprechen) bestätigen unsere Hypothese: Personen, die eine Sprache als Muttersprache sprechen, deren linguistische Distanz zum Englischen geringer ist, sind deutlich häufiger in der Lage Englisch zu sprechen, als Menschen, die eine Muttersprache sprechen, deren Distanz zum Englischen größer ist.

²¹ <http://www.ethnologue.com>

²² Personen, die eine Muttersprache sprechen, die entweder nicht zur Hauptgruppe der indogermanischen Sprachen oder zur Hauptgruppe der indogermanischen, aber nicht zur Untergruppe der germanischen Sprachen gehören, wurde der Wert „1“ zugeordnet. Personen, die eine Muttersprache sprechen, die zu der Gruppe der indogermanischen Sprachen und entweder zur Gruppe der germanischen Sprachen oder zur Untergruppe der westgermanischen Sprachen gehört, haben den „Wert 0“ erhalten. Für die erste Gruppe ist der Abstand von ihrer Muttersprache zum Englischen größer als für die zweite Gruppe und damit auch der Aufwand höher, Englisch zu lernen.

Tabelle 4.22: Linguistische Distanz zum Englischen und Englischkenntnisse
(in Prozent)

	Gering	Hoch
Nein	8,1	36,2
Ja	91,9	63,8
N	4.972	10.253

$r = -0,31^{***}$, Spearman's Rho = $-0,31^{***}$, Tau-b = $-0,31^{***}$

c) Eigendynamik der Zunahme des Kommunikationsnutzens von Englisch

Für jeden, der beginnt, Fremdsprachenkenntnisse zu erwerben, ist es rational, zuerst einmal Englisch als Fremdsprache zu lernen, weil Englisch den höchsten Kommunikationswert hat. Auf der Basis der getroffenen Entscheidung entsteht im nächsten Schritt eine neue Konstellation für all diejenigen, die sich zu einem späteren Zeitpunkt für eine Fremdsprache entscheiden. Die Menge der Sprecher, die die gewählte Sprache sprechen – in unserem Fall Englisch –, hat sich erhöht, so dass es für diejenigen, die sich zu einem späteren Zeitpunkt für eine Sprache entscheiden, noch rationaler wird, Englisch als Fremdsprache zu wählen, weil die Menge der damit erreichbaren Personen gewachsen ist. Dieser Mechanismus kann erklären, warum Unterschiede im Gebrauch von bestimmten Sprachen sich im Zeitverlauf zu immer größeren Unterschieden ausdehnen können. Ähnliche Phänomene werden in der Ökonomie unter dem Stichwort „network externalities“ diskutiert (vgl. Katz & Shapiro 1984). Computernutzer müssen sich z. B. zwischen dem Betriebssystem von Apple und dem von Microsoft entscheiden. Die einmal getroffenen Entscheidungen vergrößern oder verkleinern das Netzwerk der Nutzer eines bestimmten Systems und beeinflussen dadurch wiederum die Folgeentscheidungen zukünftiger Nutzer.

Einen Eindruck von der Dynamik des Prozesses der Ausdehnung des Englischen erhält man, wenn man die verschiedenen Generationen unserer Befragung miteinander vergleicht. Da von Generation zu Generation die Anzahl der Bürger, die überhaupt eine Fremdsprache sprechen, zunimmt – wie wir weiter oben gesehen hatten – beschränke ich die Analyse auf diejenigen, die überhaupt eine Fremdsprache sprechen. So lässt sich ermitteln, wie Englisch die anderen Fremdsprachen im Zeitverlauf verdrängt hat.

Table 4.23: Alter der Befragten und Englischkenntnisse bezogen auf die diejenigen, die überhaupt eine Fremdsprache sprechen (in Prozent)

Englischkenntnisse	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Nein	11,2	18,1	21,5	33,9	39,7	49,5
Ja	88,8	81,9	78,5	66,1	60,3	50,5
<i>N</i>	<i>2.578</i>	<i>2.817</i>	<i>2.930</i>	<i>2.609</i>	<i>2.218</i>	<i>2.259</i>

$r = -0,28^{***}$, Spearman's Rho = $-0,28^{***}$, Tau-b = $-0,25^{***}$, Eta = $0,31^{***}$

Die Veränderungen sind beachtlich: Innerhalb von ca. 40 Jahren ist der Anteil derjenigen, die Englisch sprechen, in der Gruppe der Personen, die mindestens eine Fremdsprache sprechen um 28,5 % gestiegen.

d) Multivariate Überprüfung der Hypothesen

Ähnlich wie bei der Erklärung des allgemeinen transnationalen sprachlichen Kapitals werde ich im Folgenden überprüfen, ob die gefundenen Zusammenhänge auch einer multivariaten Prüfung Stand halten können. In einer ersten Analyse beschränke ich mich auf diejenigen Personen, die zumindest eine Fremdsprache sprechen und analysiere den Einfluss der drei gerade diskutierten Faktoren, die die Englischkompetenz der Bürger, nicht aber die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital im Allgemeinen beeinflussen. Im Fokus steht also die Erklärung, warum die befragten Bürger der EU Englisch und nicht eine andere Fremdsprache sprechen.

Table 4.24: Erklärung der Englischkenntnisse (logistische Regressionen)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Gesamtmodell 5
Exsozialistisches Land	0,245 ^{***}	1,059			
Exsozialistisches Land Alter > 25		0,149 ^{***}			0,264 ^{***}
Linguistische Distanz			0,435 ^{***}		0,414 ^{***}
Alter				0,962 ^{***}	0,956 ^{***}
Konstante	4,663 ^{***}	4,663 ^{***}	10,651 ^{***}	15,058 ^{***}	111,153 ^{***}
Nagelkerke R ²	0,117	0,169	0,137	0,114	0,338
<i>N</i>	<i>15.222</i>	<i>15.222</i>	<i>15.222</i>	<i>15.222</i>	<i>15.222</i>

* $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$

Ausgeschlossen sind diejenigen, die Englisch als Muttersprache und diejenigen, die keine Fremdsprache sprechen.

Wiedergegeben sind die unstandardisierte Effektkoeffizienten (odds ratios): >1: positiver Effekt, <1: negativer Effekt, =1: kein Effekt

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden fünf logistische Regressionen berechnet. In einem ersten Schritt habe ich berücksichtigt, ob ein Befragter aus einem vormals sozialistischen oder aus einem westlichen Land kommt. Da der Effekt dieser Variable auf die Englischkompetenz nur für die ältere Generation gilt – wie wir theoretisch begründet und auch bivariat überprüft hatten –, habe ich in einer zweiten Berechnung zusätzlich eine dichotome Altersvariable (Befragter älter als 25 Jahre – ja/nein) berücksichtigt. Und in der Tat zeigt sich, wenn man die Berechnungen in Modell 1 und 2 miteinander vergleicht, dass die Systemzugehörigkeit die Wahrscheinlichkeit, Englisch zu sprechen, beeinflusst; dass dieser Zusammenhang aber nur für die ältere Generation gilt. Das dritte Modell analysiert den Einfluss der linguistischen Distanz zwischen der Muttersprache des Befragten und dem Englischen und der Wahrscheinlichkeit, dass der Interviewte Englisch spricht. Diejenigen, die eine Muttersprache sprechen, die eine hohe Distanz zum Englischen aufweist, haben eine nur 43 %mal so große Chance Englisch zu können als diejenigen, die eine Muttersprache sprechen, die eine geringe Distanz zum Englischen aufweist. Im vierten Modell wurde das Alter des Befragten berücksichtigt. Mit jedem Jahr, das ein Befragter älter ist, sinkt seine Chance, Englisch zu können um den Faktor 0,96. Das letzte Modell enthält alle unabhängigen Variablen. Der Effekt der theoretisch begründeten Variablen bleibt für alle Ursachenfaktoren bestehen; eine aufgeklärte Varianz von fast 34 % ist mehr als zufriedenstellend; die drei unabhängigen Variablen können die Englischkompetenz der Befragten gut erklären.

Englisch ist eine neben anderen Fremdsprachen; entsprechend sollten diejenigen Faktoren, die die Verfügung über allgemeines transnationales sprachliches Kapital erklären können, auch einen Einfluss auf die spezifische Sprache Englisch haben. In die folgenden Analysen gehen sowohl die Faktoren ein, die die allgemeine Fremdsprachenkompetenz, als auch diejenigen, die die spezifische Kompetenz, Englisch sprechen zu können, erklären können. Ich beschränke mich hier auf die Wiedergabe von drei Modellrechnungen.

Tabelle 4.25: Erklärung der Englischkenntnisse (logistische Regressionen)

	Modell 1	Modell 2	Gesamtmodell
Größe des Landes	0,994 ^{***}		0,998
Sprachverbreitung	0,979 ^{***}		0,938 ^{***}
Professionals	5,607 ^{***}		5,478 ^{***}
Höhere und mittlere Leitungskräfte	5,838 ^{***}		5,943 ^{***}
Selbständige	2,349 ^{***}		2,695 ^{***}
Mittlere Angestellte und Facharbeiter	2,275 ^{***}		2,473 ^{***}
Alter	0,966 ^{***}		0,961 ^{***}
Institutionalisiertes kulturelles Kapital (Bildung)	1,233 ^{***}		1,269 ^{***}
Bildungsausgaben	1,791 ^{***}		1,302 ^{***}
Ausländische Herkunft Befragter	0,772 [*]		0,777 [*]
Ausländische Herkunft Eltern	1,019		1,112
Identifikation mit Herkunftsland	0,959 ^{***}		0,963 ^{***}
Linguistische Distanz		0,581 ^{***}	0,382 ^{***}
Exsozialistisches Land		1,786 ^{***}	
Exsozialistisches Land * Alter > 25		0,240 ^{***}	0,431 ^{***}
Konstante	0,002 ^{***}	1,457 ^{***}	0,058 ^{***}
Nagelkerke R ²	0,401	0,124	0,462
N	18.083	18.083	18.083

* p < 0,05, ** p < 0,01, *** p < 0,001

Ausgeschlossen sind diejenigen, die Englisch als Muttersprache sprechen. Wiedergegeben sind die unstandardisierten Effektkoeffizienten (odds ratios): >1: positiver Effekt, <1: negativer Effekt, =1: kein Effekt. Referenzkategorie für die Berufsgruppen sind die ungelernen Arbeiter und Angestellten.

Modell 1 enthält alle Variablen, die auch bei der Erklärung der allgemeinen Mehrsprachigkeit von Bedeutung waren. Die Ergebnisse ähneln sehr denen aus der Tabelle 4.18. Alle Faktoren, die die allgemeine Mehrsprachigkeit erklären können, haben auch einen Einfluss auf die Frage, ob jemand Englisch sprechen kann oder nicht. Und auch die Stärke der Effekte, die von den verschiedenen Faktoren ausgeht, ist ganz ähnlich. Eine Ausnahme bildet hier, aber auch im Gesamtmodell der Einfluss der ausländischen Her-

kunft des Befragten. Diejenigen, die im Ausland geboren wurden, sprechen seltener Englisch als diejenigen, die in dem Land, in dem sie jetzt leben, geboren wurden. In einer separaten Analyse, deren Ergebnisse hier nicht ausgewiesen werden, kann man zeigen, dass vor allem die Bildungsvariablen den Effekt der ausländischen Herkunft des Befragten auf die Englischkenntnisse neutralisieren. Personen, die im Ausland geboren wurden, kommen vor allem aus Ländern, in denen der Grad der Modernisierung und der Bildungsentwicklung geringer ist.

Modell 2 berücksichtigt die Variablen, die sich allein auf die Erklärung von Englisch beziehen. Personen, deren Muttersprache eine höhere linguistische Distanz zum Englischen aufweist, haben eine 0,38mal so große Chance, Englisch zu sprechen, wie Personen, deren Muttersprache eine geringe Distanz zum Englischen hat. Ähnliches gilt für ältere Personen aus den ehemals sozialistischen Ländern.

Modell 3 schließlich berücksichtigt alle Variablen zugleich. Die Effekte der Variablen aus Modell 1 und 2 bleiben bestehen, so dass fast alle unsere Hypothesen bestätigt werden. Betrachten wir zuerst die Kontextvariablen: Befragte aus a) kleineren Ländern, b) aus Ländern, deren Sprache einen geringeren Verbreitungsgrad aufweist, c) aus Ländern, die überdurchschnittlich viel in Bildung investieren, d) deren Muttersprache eine relativ geringe Distanz zum Englischen aufweist und die e) aus nicht-sozialistischen Ländern kommen, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, Englisch zu sprechen, als Bürger, für die diese Bedingungen nicht gelten. Allerdings ist der Effekt, der von der Größe des Landes ausgeht, nicht signifikant. Und auch für diejenigen, die sich nur schwach mit ihrem Land identifizieren, ist die Chance, dass sie Englisch sprechen, höher als für diejenigen, die sehr stark an ihr Land und vermeintlich an ihre Muttersprache gebunden sind.

Auch die Erwartung, dass alle Berufsgruppen im Vergleich zu der Referenzgruppe der ungelerten Arbeiter und Angestellten eine deutlich höhere Chance haben, Englisch zu können, bestätigt sich. Die Differenz zwischen den Professionals und den Führungskräften auf der einen Seite und den Selbständigen auf der anderen Seite lässt sich auch hier als der Unterschied zwischen zwei Fraktionen innerhalb der Oberklasse interpretieren. Schließlich bestätigt sich auch die Hypothese, dass die besser gebildeten Personen und die Jüngeren eher Englisch sprechen, als die Älteren und diejenigen, die eine geringe Bildung haben. Mit einer aufgeklärten Varianz von 46 % ist die Erklärungsleistung des Gesamtmodells hervorragend.

4.3 Zusammenfassung und eine Prognose, wie sich die Mehrsprachigkeit der Bürgern entwickeln wird

Auf der Basis einer Auswertung einer Umfrage in 27 Ländern der EU habe ich die Fremdsprachenkompetenz der Bürger analysiert. Die Analysen zeigen, dass es mit der Fremdsprachenkompetenz der Bürger nicht so weit her ist: Mehr als 50 % der Bürger sprechen keine Fremdsprache; deren Partizipationschancen am Europäisierungsprozess sind damit sehr eingeschränkt. Die Auswertungen zeigen zum Zweiten, dass die Kompetenzen der Mehrsprachigkeit zwischen den Ländern und innerhalb der Länder sehr unterschiedlich verteilt sind. In Ungarn sprechen z. B. 70,5 % der Bevölkerung keine einzige Fremdsprache, in den Niederlanden sind es nur 8,6 %.

Nicht jede Fremdsprache eröffnet die gleichen Kommunikationschancen. Je mehr Menschen man mit einer Fremdsprache erreichen kann, desto höher ist die Rendite des entsprechenden sprachlichen Kapitals. Ich habe deswegen für die am häufigsten gesprochene Sprache in Europa die Menge der englischkompetenten Sprecher in den 27 Ländern der Europäischen Union bestimmt: Knapp die Hälfte der EU-Bürger kann sich in Englisch unterhalten. Und auch hier zeigen sich gewaltige Unterschiede innerhalb der Länder und zwischen den Ländern. In Bulgarien spricht z. B. 84,6 % der Bevölkerung kein Englisch, in den Niederlanden sind es nur 12,4 %.

Warum verfügen die Menschen in manchen Ländern der EU über eine sehr gute Ausstattung mit transnationalem sprachlichem Kapital und können sich auf Englisch verständigen und warum ist das in anderen Ländern nicht der Fall? Zur Beantwortung dieser Frage habe ich zuerst ein allgemeines Modell der Erklärung von Fremdsprachenkompetenz entwickelt: Die Gelegenheiten zum Erwerb einer Fremdsprache, die Kosten, die mit dem Lernen einer Fremdsprache verbunden sind und die Motivation, eine Fremdsprache zu erlernen sind die drei zentralen Elemente des Kernmodells der Erklärung. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in die die Menschen eingebettet sind, wirken auf diese drei Dimensionen ein und bestimmen, wer über transnationales Kapital verfügt bzw. Englisch spricht und wer nicht. Die aus dem Erklärungsmodell abgeleiteten Hypothesen wurden dann empirisch getestet. Es hat sich gezeigt, dass man mit Hilfe der verschiedenen erklärenden Faktoren sowohl die Mehrsprachigkeit der Bürger als auch die Fähigkeit, Englisch sprechen zu können, sehr gut vorhersagen kann.

Man muss diese Ergebnisse auch im Kontext des allgemeinen Forschungsstandes interpretieren. Die Analyse der Mehrsprachigkeit von Menschen ist eine Domäne der Linguisten, Psychologen und Pädagogen (vgl. die Überblicksdarstellungen in Wei 2000; Bialystok 2001; Bhatia & Ritchie 2006; Auer & Wei 2007). Diese konzentrieren sich in ihren Untersuchungen vor allem auf die kognitiven, zum Teil neuropsychischen Voraussetzungen von Mehrsprachigkeit, auf die Analyse des Einflusses von Mehrsprachigkeit auf die Kognitionsentwicklung und die Analyse der familiären und schulischen Bedingungen und Folgen von Mehrsprachigkeit. Allein die großen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in die Menschen eingebettet sind, spielen in diesen Analysen so gut wie keine Rolle. Unsere Ergebnisse zeigen hingegen, dass es genau diese vernachlässigten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind, die die Mehrsprachigkeit ganz zentral beeinflussen. Forschungen zur Zwei- und Mehrsprachigkeit müssen folglich dringend um eine soziologische Perspektive ergänzt werden.

Jede Erklärung impliziert immer auch eine Prognose. Ändern sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, dann wird dies die im Kausalmodell angenommenen Effekte auf die abhängige Variable haben, in unserem Fall also auf die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital. Welche Vermutungen kann man über die Veränderungen der Rahmenbedingungen formulieren und mit welchen Veränderungen in der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital ist zu rechnen? Eine Diskussion einer möglichen Veränderung der erklärenden Faktoren fasst indirekt auch nochmals die wichtigsten Ergebnisse der Kausalanalyse zusammen.

a) Die Motivation, eine neue Sprache zu erlernen, steigt, wenn der Nutzen des Spracherwerbs sich erhöht. Wir hatten gesehen, dass die nationalstaatlich verfassten Gesellschaften seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts sich in einem Prozess der zunehmenden Transnationalisierung befinden. Wir hatten auch gesehen, dass sich der Prozess der Transnationalisierung vor allem als ein Prozess der zunehmenden Europäisierung manifestiert. Der Austausch zwischen den verschiedenen Ländern der EU hat im Zeitverlauf zugenommen. Diese zunehmende Verdichtung der Interaktionen manifestiert sich in recht unterschiedlichen Dimensionen und reicht von der Zunahme des Austauschs von Gütern und Dienstleistungen, über studentischen Austausch bis zur Zunahme der politischen Verflechtung. Da nun in den verschiedenen Mitgliedsländern der EU unterschiedliche Sprachen ge-

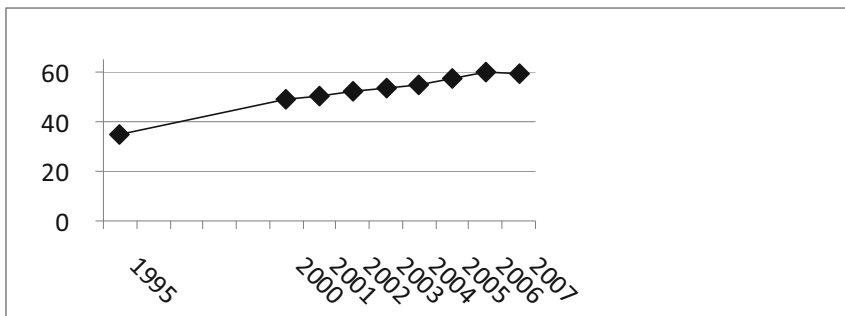
sprochen werden, ist eine Partizipation an diesem Prozess der Transnationalisierung und Europäisierung nur möglich, wenn man andere Sprachen spricht. Je weiter also der Prozess der Transnationalisierung und Europäisierung fortschreitet, desto höher ist der Nutzen des Erwerbs von transnationalem sprachlichem Kapital und desto höher ist die Motivation, dieses zu erwerben. Alle Länder Europas werden in gewisser Weise zunehmend zu kleinen Ländern, insofern sie immer mehr mit den anderen Ländern vernetzt sind. Dies erhöht den Druck auf den Erwerb von Fremdsprachenkompetenzen. Der Prozess der europäischen und weltweiten Verflechtung in vielen gesellschaftlichen Bereichen – Wirtschaft, Kultur, Kommunikation, Politik – wird sich wahrscheinlich auch in der Zukunft fortsetzen, weil die Ursachen des Prozesses weiterhin wirkungsmächtig bleiben. Der technische Fortschritt, der die weltweite Kommunikation und den Transport enorm erleichtert hat, hält an und die Politik der Liberalisierung des Welthandels ebenfalls. Dies lässt den Bedarf an Fremdsprachenkompetenz im Allgemeinen und an Englischkenntnissen im Besonderen wachsen.

b) Die Verstärkung von Globalisierungs- und Europäisierungsprozessen hat einen positiven Einfluss auf das Migrationsverhalten der Menschen. Ich gehe davon aus, dass die binnen- und außereuropäischen Migrationen eher zu- als abnehmen werden. Dies bedeutet aber auch, dass Kinder vermehrt in Familien aufwachsen werden, deren Eltern in einem anderen Land geboren wurden, als in dem, in dem sie im Moment leben. Unsere empirischen Analysen haben gezeigt, dass dies häufig dazu führt, dass die Kinder zweisprachig aufwachsen.

c) Auch der Prozess der Verbesserung des Bildungsniveaus scheint noch lange nicht an sein Ende gekommen zu sein. In allen Ländern der EU und auf der europäischen Ebene selbst steht die Verbesserung der Ausbildung der Bevölkerung ganz vorne auf der politischen Agenda. Zu den bildungspolitischen Maßnahmen gehört u. a. die Lissabon-Strategie der Europäischen Union, die auf dem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 in Lissabon verabschiedet wurde. Ziel der verschiedenen Maßnahmen war es, die EU innerhalb von zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dabei betonte die EU, dass Wissen und die davon ausgehenden Innovationen die wichtigsten Vorteile der EU im globalen Wettbewerb sind.

Entsprechend kommt der Bildungspolitik als Mittel der Beförderung einer Wissensgesellschaft eine ganz besondere Bedeutung zu (Münch & Bernhard 2009). Eine Erhöhung der Investitionen in Bildung, die Verbesserung und Verlängerung der Ausbildungszeiten und eine Erhöhung der Menge an Personen, die höhere Bildungsabschlüsse erreichen, sind die zentralen Bildungsziele der EU. Und in der Tat lässt sich für die letzten Jahre eine nicht unerhebliche Veränderung des Bildungsniveaus beobachten. Für neun europäische Länder (Dänemark, Deutschland, Finnland, Griechenland, Niederlande, Österreich, Polen, Slowakei und Schweden) liegen Daten über die Entwicklung des Anteils von Personen, die nach der Schulausbildung ein Universitätsstudium begonnen haben vor. Der Erhebungszeitraum bezieht sich auf die Jahre 1995 bis 2007.

Schaubild 4.1: Anteil von Personen in neun EU Ländern, die nach der Schulausbildung ein Studium begonnen haben (in Prozent)



Quelle: OECD (2009): Education at a glance. Abrufbar unter: http://www.oecd.org/document/24/0,3343,en_2649_39263238_43586328_1_1_1_1,00.html#4 (Stand: 1.12.2009).

Der Anteil der Personen in der tertiären Bildung ist in den 12 Jahren von 35 % auf 59 % angestiegen. Da Bildung einen positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit des Erwerbs von Fremdsprachen und von Englisch hat, kann man vermuten, dass sich die Fremdsprachenkompetenz im Allgemeinen und die des Englischen im Besonderen in den letzten Jahren verbessert hat und weiter verbessern wird.

d) Die Weltgesellschaftsstruktur hat sich – zumindest in Europa – seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Integration der ost- und mittel-

europäischen Länder in die EU so verändert, dass es keine ernsthaften Alternativen zu einer Politik der Öffnung der Nationalstaaten, der Marktliberalisierung und zu einer Westorientierung der Länder der EU gibt. Es ist nicht anzunehmen, dass sich die Weltordnung – ähnlich wie zu Zeiten des Kalten Krieges – wieder bipolarisieren wird. Eine neue Konfliktlinienstruktur mag sich zwischen westlichen und islamischen Ländern oder zwischen westlichen Ländern und China entwickeln bzw. bereits in Ansätzen entwickelt haben. Es ist aber nicht vorauszusehen, dass diese durch Europa verlaufen wird. Insofern wird sich der Bedarf an Mehrsprachigkeit weiter erhöhen und Englisch die unangefochtene Hegemonialsprache bleiben. Die exponential wachsende Zunahme der ökonomischen und politischen Bedeutung Chinas und die Tatsache, dass Chinesisch die am meisten verbreitete Muttersprache der Welt ist, wird den Kommunikationswert des Chinesischen sicherlich für die außereuropäische, nicht aber für die innereuropäische Kommunikation erhöhen.

e) Hinzu kommt die Eigendynamik des Prozesses der Fremdsprachenausdehnung und vor allem der Ausdehnung des Englischen. Die Vormachtstellung des Englischen motiviert die Menschen, Englisch als die Sprache mit dem höchsten Kommunikationswert zu lernen. Auf der Basis der getroffenen Entscheidungen erhöht sich die Anzahl der Englisch sprechenden Bürger und damit wiederum der Kommunikationswert des Englischen. Dieser Prozess scheint nicht zu stoppen zu sein.

f) Dass sich die Klassenstrukturen in den europäischen Gesellschaften auflösen werden, ist relativ unwahrscheinlich. Insofern werden die Ungleichheiten *innerhalb* der Gesellschaften in der Verfügung über transnationales sprachliches Kapital Bestand haben. Das bedeutet, dass die oberen Klassen mehr und besser Fremdsprachen sprechen werden als die Mittel- und Unterklassen und dass die Klassenfraktionen mit hohem kulturellem Kapital diejenigen sein werden, die besonders gut mit transnationalem sprachlichem Kapital ausgestattet sein werden. Gelten aber die zuvor formulierten Prognosen, dann kann man von einem *Fabrstuhleffekt* ausgehen, der dazu führt, dass sich das Fremdsprachenniveau und die Englischkompetenz insgesamt erhöhen werden bei gleichzeitiger Beibehaltung der Unterschiede zwischen den Klassen, den Bildungsgruppen, den Altersgruppen und auch den Län-

dern, insofern sich die Länderunterschiede aus der Größe der Länder bzw. dem Verbreitungsgrad der Muttersprache ergeben.

Anhang: Beschreibung der verwendeten Variablen

Variable	Ausprägungen	Beschreibung	Quelle
Fremdsprachenkompetenz	0 = keine 1 = eine 2 = zwei 3 = drei oder mehr	Anzahl der Fremdsprachen, in der eine Person nach Selbsteinschätzung ein Gespräch führen kann	EB 63.4
Englischkompetenz	0 = nein 1 = ja	Fähigkeit, ein Gespräch in Englisch führen zu können – Selbsteinschätzung	EF 63.4
Mehrsprachiges Land	0 = nein 1 = ja	Land mit mehr als einer offiziellen Amtssprache	
Verbreitung der Muttersprache	0% bis 100%	Anteil der EU-Bevölkerung, der die Sprache als Fremd- oder Muttersprache spricht	EB 63.4
Linguistische Distanz	0 = sehr gering 1 = gering 2 = hoch 3 = sehr hoch	Sprachliche Distanz der Muttersprache zum Englischen nach Zugehörigkeit zu gleicher Sprachfamilie	http://www.ethnologue.com
Landesgröße	0,399 bis 82,5	Bevölkerungszahl in Millionen	Eurostat
Modernität eines Landes	0,805 bis 0,956 < 0,87 = niedrig 0,87-0,939 = mittel ≥ 0,94 = hoch	Human Development Index 2004 aus Bruttoinlandsprodukt, Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate, Einschulungsrate; metrischer und kategorial genutzt	http://hdr.undp.org/en/statistics
Bildungsausgaben	1436 bis 8093 < 3700 = niedrig 3700-6299 = mittel ≥ 6300 = hoch	Bildungsausgaben pro Jahr und Schüler in Euro KKS; metrisch und kategorial genutzt; für multivariate Analyse in 1000 Euro KKS	Eurostat

Ex-sozialistisches Land	0 = nein 1 = ja	Länderklassifikation nach Situation von 1989	
Alter	15 bis 97	Alter der Person in Jahren	EB 63.4
Klassenfraktionen	jeweils 0 = nein 1 = ja	Dummyvariablen für (a) Professionals, (b) höhere und mittlere Leistungskräfte, (c) Selbständige, (d) Facharbeiter und mittlere Angestellte und (e) ungelernete Arbeiter	EB 63.4
Institutionalisiertes kulturelles Kapital	14-25 ≤ 15 = niedrig 16–20 = mittel ≥ 21 = hoch	Alter bei Ende der Ausbildung in Jahren, max. 25 Jahre; metrisch oder kategorial genutzt.	EB 63.4
Verbundenheit mit dem Land	1 = sehr 2 = ziemlich 3 = etwas 4 = gar nicht	Verbundenheit der Person mit dem Land in dem sie lebt	EB 63.4
Verbundenheit mit Land, Region und Stadt	1 bis 10 1 = gar nicht 10 = sehr	Additiver Index – Verbundenheit der Person mit der Stadt, der Region und dem Land in dem sie lebt; kategorial oder metrisch genutzt.	EB 63.4
Geburtsland	0 = Deutschland 1 = anderes Land	Geburtsland der Person	EB 63.4
Geburtsland Eltern	0 = beide in Dtl. 1 = mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland	Geburtsland der Eltern	EB 63.4

5 Ausblick: Ein Plädoyer für eine veränderte Sprachpolitik der Europäischen Union

Ich habe die Ergebnisse der Argumentation und der Analysen sowohl in der Einleitung als auch am Ende der jeweiligen Kapitel zusammengefasst, so dass ich auf eine weitere Bilanz am Ende des Buches verzichten möchte. Im Fokus der abschließenden Überlegungen steht indes eine andere Frage: die nach einer sinnvollen und gerechten Sprachpolitik für Europa.

Gerechtigkeit, so der im Jahr 2002 verstorbene Philosoph John Rawls in seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ (1971), ist die erste Tugend sozialer Institutionen. Eine der zentralen theoretischen Prämissen von Rawls ist der Grundsatz der Chancengleichheit: Jeder soll die gleichen Chancen haben, öffentliche Ämter und soziale Positionen in der Gesellschaft einnehmen zu können. Dazu bedarf es institutionalisierter Regelsysteme, die sicherstellen, dass Personen mit gleichen Fähigkeiten und Begabungen die gleichen Positionen auch wirklich erreichen können. Man kann diese Forderung von Rawls, die in erster Linie auf die Herstellung von Gerechtigkeit innerhalb eines Nationalstaates bezogen war, auch auf Europa beziehen. Der Prozess der Europäischen Integration hat die Mitgliedsländer der EU füreinander geöffnet und die Grundlagen für die Entstehung einer europäischen Gesellschaft geschaffen. Die Fremdsprachen- und vor allem Englischkompetenz sind zentrale Ressourcen der Partizipation der Menschen an einer europäisierten Gesellschaft. Diejenigen, die mehrere Sprachen sprechen, können den europäischen Wirtschaftsraum für sich nutzen und ihre Berufsmöglichkeiten und ihr Einkommen verbessern; sie haben es leichter, mit Bürgern anderer Länder in Kontakt zu treten, wirtschaftlich oder wissenschaftlich zu kooperieren, politische Verhandlungen zu führen, Proteste über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus zu organisieren, Liebesbeziehungen einzugehen etc. Diejenigen, die nur ihre Muttersprache sprechen, sind an ihr Land gebunden und können die Vorteile des vereinten Europa und einer globalisierten Welt nicht nutzen. Die Verfügung über transnationales linguistisches Kapital kann damit

zu einer neuen Quelle sozialer Ungleichheit im Kontext einer sich entwickelnden globalisierten und europäischen Gesellschaft werden.

Wenn man aus Gründen der Gerechtigkeit und der Chancengleichheit möchte, dass die Beteiligungschancen der Bürger Europas am europäischen Einigungsprozess insgesamt erhöht werden und nicht will, dass nur die oberen Schichten, die Bürger aus den wohlhabenden Ländern, die großen Firmen, die sich Übersetzer leisten können, am Europäisierungsprozess partizipieren, dann muss man die Menschen insgesamt und besonders diejenigen aus den unteren Klassen und aus den geringer entwickelten Ländern mit einer entsprechenden Sprachkompetenz ausstatten, so dass sie die Chance erhalten, sich transnational zu vergesellschaften.

Die Gerechtigkeitslücke auf Grund unterschiedlicher fremdsprachlicher Ressourcen gilt z. B. auch für die verschiedenen Wissenschaftsbereiche. Die Forschungen in den deutschen Geisteswissenschaften oder auch in der Soziologie können nach meinem Eindruck qualitativ in vielerlei Hinsicht mit den US-amerikanischen Forschungen mithalten. Allein die Tatsache, dass die Ergebnisse meist auf Deutsch publiziert werden, verhindert, dass sie weltweit wahrgenommen werden. Der Sprachenunterschied manifestiert sich im Grad der Verbreitung der Forschungsergebnisse, welcher sich wiederum in den am häufigsten benutzten Leistungsindikatoren für Forschung, den Zitationsindizes, niederschlägt. Die Sprache der Publikationen, die meist identisch ist mit der Muttersprache des Autors, beeinflusst damit die Qualitätseinschätzung seiner Forschungen, obwohl die Publikationssprache nichts über die Qualität einer historischen Studie, einer Gedichtinterpretation oder einer methodisch elaborierten Analyse von Umfragedaten aussagt. Will man gleiche Wettbewerbschancen für alle Forschungen ermöglichen und damit das Gebot der Chancengleichheit, selbst Voraussetzung einer gerechten Gesellschaft, realisieren, muss man die Menschen in die Lage versetzen in ein und derselben Sprache zu kommunizieren.

Zur Erreichung dieses Ziels gibt es zwei verschiedene Möglichkeiten. Die Förderung der allgemeinen Mehrsprachigkeit der Bürger oder die Förderung einer „lingua franca“ in Europa. Da Englisch diejenige Sprache ist, die am stärksten in Europa, aber auch weltweit verbreitet ist, kommt nur sie als „lingua franca“ in Frage. Ich möchte in mehreren Schritten begründen, warum es sinnvoll ist, die Dominanz des Englischen als „lingua franca“ nicht nur notgedrungen zu akzeptieren, sondern politisch aktiv zu fördern und dies auch auf Kosten der anderen Sprachen Europas und der Minder-

heitensprachen. Ich verlasse damit zum Teil das Feld empirischer Analysen und begeben mich in den Bereich der normativen Überlegungen. Hier zählen weniger empirische Belege, sondern gute Argumente, die normativ plausibel abgeleitet und begründet werden müssen (vgl. Mamadouh 2002).

1. Wir hatten in Kapitel 3 gesehen, dass die Nationalstaaten Europas, wenn auch in einem unterschiedlichen Ausmaß, sehr genau darauf achten, dass ihre jeweilige Sprache den Status einer Amtssprache behält, innerhalb der Europäischen Union nicht benachteiligt, ja der Einfluss der eigenen Sprache möglichst weiter ausgebaut wird. Die Europäische Union akzeptiert in ihrer Sprachpolitik, dass die Union aus 23 Amtssprachen besteht und betreibt keine Politik der sprachlichen Homogenisierung. Ganz im Gegenteil: Sie fördert über die Amtssprachen hinaus die Minderheitensprachen in Europa. Zugleich ist sich die EU des Problems bewusst, dass ein vereintes Europa nur ein vereintes Europa der Bürger werden kann, wenn sich die Bürger auch transnational verständigen können. Deswegen fördert sie die Mehrsprachigkeit ihrer Bürger. Sie möchte, dass jeder Bürger zwei Fremdsprachen sprechen kann. Dabei werden alle Sprachen Europas von der EU gleich behandelt und gleich gefördert. Zur Förderung der Mehrsprachigkeit hat die EU, wie wir gesehen haben, eine Vielzahl an Fördermaßnahmen aufgelegt. Wird diese Politik zu einer Verbesserung einer europaweiten Verständigung beitragen und damit die Partizipationschancen der Bürger an ihrem Europa erhöhen?

Folgt man der Sprachpolitik der EU und der Nationalstaaten, dann werden die Menschen in den 27 Ländern jeweils unterschiedliche Fremdsprachen lernen; dadurch werden sich die bilateralen Verständigungsmöglichkeiten innerhalb Europas deutlich verbessern. Ein sprachlich grenzloses Europa lässt sich dadurch aber nicht erreichen. Ein Deutscher, der Flämisch gelernt hat und ein Pole, der jetzt des Lettischen mächtig ist, haben jeweils ihr transnationales Kapital aufgestockt, sie können sich dennoch nicht miteinander verständigen. Je mehr Sprachen es gibt, desto höher ist die Kombinationsvielfalt an Sprachen, die Menschen als Fremdsprachen wählen können, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass zwei Menschen aufeinander treffen, die die gleiche Kombination an Fremdsprachen gewählt haben. Philippe Van Parijs (2004: 122ff.) hat für verschiedene Mengen an Muttersprachen die Kombinationsmöglichkeiten berechnet und gezeigt, dass in einem Europa der 23 Amtssprachen die freie Wahl von zwei Fremdspra-

chen nicht entscheidend zu einer Erhöhung der Verständigungsmöglichkeit in ganz Europa beitragen kann. Die Sprachenvielfalt des Europäischen Parlaments bildet diese Konstellation und die damit verbundene Problematik im Mikrobereich ab; wir hatten in Kapitel 3.3 gesehen, mit welchen Verständigungsproblemen dies behaftet ist. Van Parijs folgert daraus, dass die Politik den empirisch ohnehin schon feststellbaren Trend, dass sich Englisch als „lingua franca“ durchgesetzt hat, weiter forcieren und fördern soll.¹ Welches sind die Vorteile einer gemeinsamen Fremdsprache in Europa und welche Gegenargumente müssen berücksichtigt werden? Zur Beantwortung dieser Fragen nehme ich Argumente von Van Parijs auf und ergänze diese um weitere Gesichtspunkte.

2. Seit der Institutionalisierung der so genannten Freizügigkeitsregel für alle EU-Länder sind die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass sich alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger und mit ihnen die Ehegatten und Kinder in jedem Mitgliedstaat niederlassen und arbeiten dürfen. Von dieser rechtlichen Möglichkeit machen nur sehr wenige Bürger Gebrauch, die inhereuropäische Mobilität ist, wie wir in Kapitel 3.2 gesehen hatten, sehr gering. Einer der Hauptgründe für die geringe Mobilität liegt in den nicht ausreichenden Fremdsprachenkenntnissen. Die gute Beherrschung der Sprache, die von den meisten Bürgern in der EU, aber auch weltweit gesprochen wird, ist eine Voraussetzung dafür, dass die Bürger die Mobilitätsoptionen in Europa und weltweit nutzen können. Wir hatten in Kapitel 2.1 mehrere Vorteile, die mit der Verfügung über transnationales Kapital im Allgemeinen und der Englischkompetenz im Speziellen verbunden sind, diskutiert. Mehrsprachigkeit und vor allem Englischkenntnisse ermöglichen es, die Bildungsinstitutionen im Ausland nutzen zu können, dort Prüfungen abzulegen und entsprechende *Bildungszertifikate* zu erwerben. Englischkompetenz verbessert zum Zweiten den Zugang zu besseren *Berufspositionen*. Die Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft und der Politik haben das Anforderungsprofil an Berufspositionen verändert. Internationale Erfahrungen und Englischkompetenz sind zu zentralen Qualifikationsmerkmalen

¹ Van Parijs (2004) diskutiert ausführlich zwei weitere Alternativen zum Englischen als „lingua franca“: die Einführung von Esperanto als gemeinsamer Sprache und die Verbesserungen von Übersetzungen durch neuere Softwareentwicklungen. Er kommt zu dem überzeugenden Ergebnis, dass beide Möglichkeiten keine gangbaren Alternativen sind, ohne dass ich hier die Begründungen wiederholen kann.

geworden. Personen, die diese Kompetenzen mitbringen, können die neu entstandenen Möglichkeiten nutzen. Englischkompetenz verbessert drittens die Chancen der Ausdehnung der sozialen Netzwerke und erhöht die Chance der *Internationalisierung der sozialen Integration*. Internationales Sozialkapital ist selbst wiederum eine Ressource, die u. a. zur Ausdehnung von Geschäftsbeziehungen und politischen Einflussnahmen genutzt werden kann. Schließlich verbessert eine gute Englischkompetenz auch die Chancen zur *politischen Partizipation*, der Teilhabe am politischen Leben in einem anderen Land und an einer transnationalen Öffentlichkeit. Die Transnationalisierung der politischen Partizipationsmöglichkeit ist vor allem im Kontext der europäischen Integration von Belang. Die Bürger der EU besitzen seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 neben ihrer nationalen Staatsbürgerschaft zusätzlich eine Unionsbürgerschaft; sie können von den damit verbundenen rechtlichen Möglichkeiten aber nur vollen Gebrauch machen, wenn sie sich europaweit verständigen können.

3. Eine Verbesserung der Englischkompetenz der Bürger würde nicht nur Vorteile für die Individuen in den beschriebenen Dimensionen mit sich bringen, sondern hätte auch positive kollektive Folgen. Der inner- und außereuropäische Handel würde auf der Grundlage der Verständigungsmöglichkeit in einer Sprache und der dadurch erzeugten Reduktion der Transaktionskosten deutlich erleichtert werden, was das Wirtschaftswachstum in Europa deutlich erhöhen würde. Eine durch Englischkenntnisse erleichterte geographische Mobilität würde zu einer besseren Balance von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage innerhalb der EU führen und hätte wiederum einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum (vgl. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit 2008).

Auch die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit würde von einer einheitlichen, von allen geteilten Fremdsprache enorm profitieren. Wie wir in Kapitel 3.2 gesehen hatten, haben sich die politischen Entscheidungsprozesse immer weiter europäisiert; kollektiv, bindende Entscheidungen werden immer häufiger von den Institutionen der EU und nicht mehr von den nationalstaatlichen Regierungen und Parlamenten gefällt werden. Die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit hinkt diesem Prozess hinterher, insofern die Berichterstattung der Medien weitgehend nationalstaatlich verhaftet bleibt. So informieren sich z. B. die Polen in erster Linie auf Polnisch vor allem über die Politik ihres Landes, Franzosen wiederum richten

ihre Aufmerksamkeit auf das Geschehen ihres Landes und dies in der französischen Sprache. Die Folge ist, dass die Bürger nicht ausreichend über die Entscheidungen der EU informiert sind; Entscheidungen, von denen sie aber unmittelbar betroffen sind. Einer der wichtigsten Gründe für das Öffentlichkeitsdefizit der EU liegt in dem Sprachenproblem (Gerhards 1993; Kielmannsegg 1996: 55; Grimm 1995: 44; Scharpf 1999: 674; Pérez-Díaz 1998: 221; Schlesinger 1999). Die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit und die Partizipation der Bürger an der europäischen Integration würden entsprechend enorm erleichtert, wenn sich die Menschen in Europa untereinander verständigen sowie die Berichterstattung und die Diskussionen über den europäischen Integrationsprozess in einer gemeinsamen Sprache stattfinden könnten.²

Es gibt ein Zusatzargument, dass diese Vorstellung eines sprachlich, in Englisch vereinten Europas sogar der Habermas'schen Vorstellung von

² Die These, dass das Öffentlichkeitsdefizit der EU vor allem auf das Sprachenproblem zurückzuführen ist, ist aber nicht unwidersprochen geblieben. Cathleen Kantner (2004) hat in ihrer Analyse mit Rückgriff auf die Gadamer'sche Hermeneutik zu zeigen versucht, dass Verständigung auch dann möglich ist, wenn zwei Menschen nicht über eine gemeinsame Sprache verfügen. Nicole Doerr (2008, 2009) zeigt in ihren Analysen von Gruppendiskussionen, die das Europäische Sozialforum und das Weltsozialforum vorbereitet haben, dass trotz Vielsprachigkeit deliberative Prozesse möglich waren. Thomas Risse (2010) lehnt sich in seiner Analyse der Entstehungsbedingungen einer europäischen Öffentlichkeit an die These von Cathleen Kantner an und kommt ähnlich wie diese zu dem Schluss, dass die Sprachenvielfalt kein Hindernis für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit ist. Diese Schlussfolgerungen verkennen aber die fundamentale Bedeutung, die der Sprache für jede Form der Verständigung zukommt. Natürlich kann man sich auch mit Gestik und Mimik verständigen; natürlich kann man Übersetzer einschalten, was allerdings bei 23 Sprachen schon recht kompliziert ist. Nur: Die Transaktionskosten von Kommunikation, die nicht in einer Sprache erfolgt, sind sehr, sehr hoch. Insofern muss man hier nicht diskutieren, ob eine gemeinsame Sprache eine notwendige Voraussetzung für eine europäische Öffentlichkeit ist. Sie würde aber, und dies scheint mir unbestreitbar zu sein, die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit enorm erleichtern und beschleunigen. Und genau dies ist hier das zentrale Argument: Wenn man von dem normativen Standpunkt ausgeht, dass eine Ausdehnung einer europäischen Öffentlichkeit aus demokratietheoretischer Perspektive wünschenswert ist, dann wird man diesem Ziel deutlich näher kommen, wenn Europa in einer gemeinsamen Fremdsprache sprachlich vereint ist. Die Alternative, dass jeder Bürger eine andere Fremdsprache lernt, hilft zur Auflösung der babylonischen Sprachverwirrung Europas nicht weiter. Dadurch verbessern sich zwar die bilateralen Verständigungsmöglichkeiten innerhalb Europas, nicht aber die Chance einer einheitlichen Verständigung innerhalb ganz Europa. Diese ist nur möglich, wenn alle die gleiche Fremdsprache sprechen; und dies kann unter den gegebenen Umständen und der Dynamik der Entwicklung nur Englisch sein.

einer europäischen Öffentlichkeit nahe bringt (Habermas 2004a, 2004b). Die Fremdsprachengemeinschaft Europas hat die Chance, einen „demos“ auszubilden, ohne zugleich „ethnos“ zu sein (Van Parijs 2004: 118). Für die meisten Bürger Europas ist die englische Sprache kein Merkmal einer historisch gewachsenen Gemeinschaft mit klarem territorialem Bezug, sondern ein Medium der Verständigung, das weitgehend entlastet ist von dem historischen Ballast, der häufig mit Nationalsprachen verbunden ist bzw. so im Kontext der Nationalstaatsentstehung konstruiert wurde. Hinzu kommt, dass die bis dato erfolgte Durchsetzung des Englischen als dominante Fremdsprache zumindest in Europa nicht das Resultat einer expansiven Sprachpolitik der Briten oder Amerikaner ist, die ihre Muttersprache den anderen Ländern oktroyieren wollen, sondern das Resultat einer „soft-power“-Konstellation und vieler kleiner Entscheidungen von Einzelnen, die sich in der Summe wechselseitig verstärken. Dies lässt die Vermutung zu, dass die Ressentiments gegenüber dem Englischen als „lingua franca“ eher gering sein werden, weil die Sprache selbst nicht mit den Machtansprüchen eines Landes und der dadurch ausgelösten Befürchtung, fremd bestimmt zu werden, assoziiert wird. Dass durch eine Institutionalisierung des Englischen als „lingua franca“ diejenigen, die Englisch als Muttersprache sprechen, aufgewertet würden, ist zu erwarten. Wie man diese nicht legitimierbare Ungerechtigkeit in der Reputation der Sprachen kompensieren kann, werde ich gleich noch diskutieren.

4. Der Sprache kommt, wie ich im Kapitel 2.1 herausgearbeitet habe, aber nicht nur eine Vergesellschaftungs- sondern auch eine Vergemeinschaftungsfunktion zu. Dies gilt auch für die Fremdsprachenkenntnisse. Und auch hier könnte die Verfügung über eine einheitliche Fremdsprache zu Gewinnen führen. Fremdsprachenkenntnisse versetzen Menschen in die Lage, transnationale Erfahrungen zu machen, mit Menschen anderer Kulturen in Interaktion zu treten und dadurch andere Lebensweisen und Gesellschaften kennenzulernen.³ Dies führt zu einer kognitiven Erweiterung des Horizonts. Damit sind wiederum positive Folgen für neue Formen der Ver-

³ Die Erweiterung des Horizonts kann auch virtuell durch die Mediennutzung erfolgen. Pippa Norris und Ronald Inglehart (2009: 171ff.) können zeigen, dass die Nutzer von Nachrichtensendungen ein höheres Vertrauen in Menschen aus anderen Ländern und Personen mit anderer Religionszugehörigkeit besitzen.

gemeinschaften verbunden. Eine gemeinsame Sprache verbindet, unterschiedliche Sprachen spalten – *ceteris paribus* natürlich.

Robert Putnam (2007) kann z. B. in seinen sehr abwägenden und methodisch elaborierten Analysen zeigen, dass der Grad der ethnischen Heterogenität negativ mit dem Grad des Vertrauens, das Bürger für andere Bürger aufbringen, korreliert. Dieser Zusammenhang bleibt auch bestehen, wenn man eine Vielzahl anderer Faktoren, die das Vertrauen der Menschen beeinflussen, kontrolliert. Je ethnisch heterogener eine Gemeinschaft zusammengesetzt ist, desto geringer ist das Vertrauen nicht nur in die Personen ethnisch anderer Herkunft, sondern das Vertrauen der Menschen insgesamt (vgl. auch Newton & Delhey 2005). Menschen in ethnisch homogenen Gemeinschaften sind hingegen deutlich vertrauensvoller und offener. Vertrauen ist wiederum eine Voraussetzung für die Ausbildung von sozialem Kapital, für das Engagement der Menschen in freiwilligen Organisationen und für die Solidaritätsbereitschaft der Menschen (vgl. auch Van Parijs 2008: 29).⁴

Da ethnische Heterogenität sehr häufig mit sprachlicher Heterogenität einher geht, kann man vermuten, dass sich die sprachliche Heterogenität ebenfalls negativ auf die Ausbildung von Vertrauen auswirkt. Umgekehrt formuliert: Eine gemeinsame Sprache kann helfen, Spaltungen zu überwinden und kann sich positiv auf die Ausbildung von Vertrauen, die Solidarität und die Identifikation auswirken. Die Bindungen der Menschen an ihren nationalen Container und die subnationalen Einheiten werden durch eine gemeinsame Fremdsprache aufgeweicht: eine Offenheit für neue, über den Nationalstaat hinausgehende Bindungen entsteht. Die hier angenommene Wirkung von Fremdsprachenkenntnissen auf die Öffnung des Horizonts und die Entstehung von transnationalen Identifikationen ist gerade für die Europäische Union eine relevante Frage. Die Umfrageforschung hat verschiedentlich gezeigt, dass sich die Bürger weiterhin in erster Linie mit ihrem Nationalstaat und den subnationalen Einheiten identifizieren und der Grad

⁴ Die empirischen Befunde von Putnam sind in der Literatur aber nicht unumstritten. Will Kymlicka (2009) hat jüngst die Diskussion kenntnisreich zusammengefasst und mit Ergebnissen eigener Untersuchungen ergänzt. Der von Putnam u. a. festgestellte negative Zusammenhang zwischen der ethnischen Heterogenität einer Gemeinschaft und dem Grad des Vertrauens der Menschen zeigt sich auch in anderen Studien. Allerdings scheint es keinen Zusammenhang zwischen der ethnischen Heterogenität und der Solidarität – gemessen über die Sozialausgaben – zu geben. Es zeigt sich aber, dass das schnelle Wachstum der ethnischen Heterogenität der Bevölkerung einen negativen Effekt auf die Sozialausgaben eines Landes hat (vgl. Kymlicka 2009; Banting, Johnston, Kymlicka, & Soroka 2006).

der Identifikation mit Europa im Zeitverlauf auch nicht zugenommen hat (vgl. Noll & Scheuer 2006; Roose 2007).

Neil Fligstein (2008b) vermutet, dass die Mehrsprachigkeit der Bürger, auch deren Identifikation mit Europa positiv beeinflusst, ohne dass er diesen Zusammenhang direkt überprüft. Man kann mit unseren Daten ansatzweise testen, ob die Verfügung über transnationales sprachliches Kapital einen Einfluss auf die Identifikation der Bürger mit Europa und eine Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses hat. In der von uns ausgewerteten Umfrage wurden die Bürger in den 27 Ländern der EU auch gefragt, ob und in welchem Maße sie sich mit Europa verbunden fühlen.

Tabelle 5.1: Transnationales sprachliches Kapital und Identifikation mit Europa (in Prozent)

Verbundenheit mit Europa	Fremdsprachenkompetenz			
	Keine	Eine	Zwei	Drei
Gar nicht verbunden	9,3	6,3	4,9	3,1
Nicht so verbunden	26,5	23,2	20,7	19,5
Ziemlich verbunden	42,0	46,5	47,3	48,1
Sehr verbunden	22,2	24,1	27,0	29,3
N	10.157	7.437	5.229	3.122
r = 0,10***, Rho = 0,10***, Tau-b = 0,08*** (p < 0,001)				

Wie die Tabelle 5.1 ausweist, fühlen sich diejenigen, die mehrere Sprachen sprechen, auch in einem stärkeren Maße mit Europa verbunden. Der gleiche Zusammenhang gilt für diejenigen, die Englisch sprechen. Auch diese fühlen sich mit Europa stärker verbunden, als diejenigen, die kein Englisch als Fremdsprache sprechen. Dieser Befund bleibt auch in einer multivariaten Analyse bestehen, in der ich neben der Fremdsprachen- bzw. Englischkompetenz eine Vielzahl anderer Variablen, die die Identifikation mit Europa beeinflussen, berücksichtigt habe (vgl. dazu Fuchs, Magni-Berton & Roger 2009).

In weiteren Analysen habe ich den Zusammenhang zwischen der Fremdsprachenkompetenz einerseits und der Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses und den Ängsten vor dem Verlust einer nationalen Identität analysiert (Ergebnisse werden hier nicht dargestellt). Auch hier zeigt sich, dass diejenigen, die mehrsprachig sind bzw. Englisch als Fremdsprache sprechen, sich vermehrt für die EU als Institution und für eine weitere Vertiefung der EU aussprechen und zugleich auch diejenigen sind, die

kulturell offen sind und geringe Abschließungstendenzen aufweisen. Auch diese Befunde haben in einer multivariaten Analyse Bestand. Sie decken sich zudem mit denen von Steffen Mau, Jan Mewes und Ann Zimmermann (2008a, 2008b), die zeigen können, dass transnationale Erfahrungen kosmopolitische Orientierungen fördern. Multilingualität und Englischkompetenz bringen also nicht nur Vergesellschaftungs- sondern auch Vergemeinschaftungsvorteile mit sich.

5. Die faktische Durchsetzung von Englisch als „lingua franca“ und ein Plädoyer, diesen Prozess politisch zu fördern, führen aber auch zu Ungerechtigkeiten zwischen den verschiedenen Sprachen. Sprachen sind, wie Abram de Swaan (2001b) ausgeführt hat, Kollektivgüter. Und wie bei der Herstellung aller Kollektivgüter stellt sich auch bei der Festlegung einer „lingua franca“ die Frage, wie man verhindert, dass manche Akteure für die Herstellung des Kollektivguts die Kosten übernehmen, andere, wenn auch ungewollt, in der Position des Trittbrettfahrers von der Herstellung des Kollektivguts profitieren, ohne sich an den Kosten zu beteiligen (vgl. auch Ammon 2006). Im Fall der Einführung von Englisch als „lingua franca“ wären diejenigen Sprecher, die Englisch bereits als Muttersprache sprechen, die Trittbrettfahrer, weil sie selbst keine neue Sprache lernen müssen. Und Menschen, die Englisch als Fremdsprache lernen, wären diejenigen, die die Kosten für die Herstellung des Kollektivguts übernehmen müssten.⁵

Hinzu kommt, dass die englischen Muttersprachler gegenüber allen Anderen bessere Chancen haben, ihren Fremdsprachenvorsprung für unterschiedliche Formen einer europäischen Vergesellschaftung zu nutzen: Sie haben Vorteile auf dem internationalen Arbeitsmarkt, weil sie die „lingua franca“ besser sprechen als diejenigen, die sie als Fremdsprache erlernt haben; sie können in politischen und öffentlichen Debatten ihre Position besser formulieren und werden damit einflussreicher sein; sie werden sich leichter international vernetzen und dieses Sozialkapital in andere Kapitalien transferieren können etc.⁶

⁵ Umgekehrt gilt aber auch, dass die Investition in eine neue Fremdsprache denjenigen, die diese Investition getätigt haben, Vorteile bringt, weil sie nun zweisprachig sind und diese Zweisprachigkeit kapitalisieren können.

⁶ Van Parijs (2004) weist noch auf eine andere Ungerechtigkeit hin, die mit der Bevorzugung des Englischen verbunden wäre. Die Bevorzugung einer Sprache führt nicht nur dazu, dass die Sprecher dieser Sprache bessere Chancen haben, ihre Sprachkompetenz in andere Kapitalien

Welche Möglichkeiten gibt es, diese antizipierten Ungerechtigkeiten auszugleichen? In der Literatur werden dazu verschiedene Alternativen diskutiert. Der bekannteste Vorschlag ist von Jonathan Pool (1991) entwickelt und mathematisch modelliert worden. Die Grundidee besagt, dass die Einführung einer „lingua franca“ mit Nutzen und Kosten verbunden ist, sich der Nutzen und die Kosten aber auf die verschiedenen Sprachgruppen unterschiedlich verteilen. Eine gerechte Lösung ist dann erreicht, wenn diejenige Sprachgemeinschaft, deren Muttersprache als „lingua franca“ gewählt wird, diejenigen Sprachgemeinschaften subventioniert, die die „lingua franca“ lernen müssen und zwar bis zu dem Punkt, wo sich der Nutzen und die Kosten des Fremdspracherwerbs ausgleichen. Die genaue Berechnung der Summe, die als Ausgleichszahlung gezahlt werden müsste, ist nicht so einfach, weil dazu eine Vielzahl an Parametern berücksichtigt werden müssen (dazu genauer Van Parijs 2007).

Der Grundgedanke ist aber überaus charmant und zeigt einen Weg auf, das Argument, dass die Einführung einer „lingua franca“ zu einer ungleichen und damit ungerechten Belastung der verschiedenen Sprachgemeinschaften führt, zu entkräften. Eine effiziente und zugleich faire Sprachpolitik in einer mehrsprachigen Union ist im Grundsatz möglich. Die Europäische Union hat, weil sie eine politische Institution ist, die Zugriffsrechte auf die Mitgliedsländer und auch die Macht und die Möglichkeiten, eine solche Politik umzusetzen. Die 27 Länder müssten sich in einem unterschiedlichen Ausmaß an der Finanzierung der Sprachpolitik der EU beteiligen bzw. die Mittel müssten disproportional auf die Länder verteilt werden. Länder, in denen die Englischkompetenz am geringsten ist, müssten am stärksten gefördert werden. Diese Idee einer disproportionalen Förderung ist dabei durchaus kompatibel mit der Grundphilosophie der EU von einem integrierten Europa und anderer politischer Maßnahmen.

lien zu transformieren, sondern auch zu einer Erhöhung ihres symbolischen Kapitals, insofern das Prestige ihrer Sprache in der Anerkennungsordnung der Sprachen steigt. Um diese erwartbaren Effekte, wenn auch nicht zu neutralisieren, so doch zu verringern, schlägt er mehrere Gegenmittel vor: a) „Demystification“: Man sollte darauf hinweisen, dass Englisch nichts anderes ist, als der Dialekt einiger germanischer Barbaren, die jenseits des Kanals gesiedelt haben, der englischen Sprache selbst also nichts Besonderes eigen ist. b) „Ritual affirmation“: So wie der Papst den Ostersegens in allen Sprachen der Welt spricht, so sollte die Europäische Union darauf achten, dass bei allen öffentlichen Ritualen die Mehrsprachigkeit symbolisch gewürdigt wird.

Vorbild für die Sprachpolitik könnte die Regionalpolitik sein. Die EU verfolgt mit ihrer Strukturförderung schwacher Regionen das Ziel, zur wirtschaftlichen Konvergenz der Regionen und Mitgliedsländer beizutragen. Konvergenz bedeutet vor allem die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Regionen und Mitgliedsstaaten mit dem größten Entwicklungsrückstand. Wachstum und Beschäftigung wiederum sollen u. a. durch eine Verbesserung der Humanressourcen, der Innovationskraft und eine Förderung der Wissensgesellschaft erreicht werden. Eine europäische Sprachpolitik wäre genau über diese Ziele legitimierbar. Sie ist eine Investition in das Humankapital der Bürger und genau der Bürger, die aufgrund einer nicht gegebenen Englischkompetenz nicht hinreichend am Prozess der Europäisierung partizipieren können.

Van Parijs (2004: 129) schlägt noch eine weitere Maßnahme vor, die ohne Einsatz von Ressourcen die Englischkompetenz in der Bevölkerung wahrscheinlich erhöhen würde. Die Tatsache, dass die Menschen in kleineren Ländern besser Englisch sprechen als in bevölkerungsreichen Ländern, ist, wie wir in den empirischen Analysen gesehen hatten, u. a. darauf zurückzuführen, dass in kleinen Ländern viele Filme nicht übersetzt, sondern nur mit Untertiteln gezeigt werden, da sich die Kosten für eine Übersetzung bei relativ geringer Nachfrage nicht lohnen. Die Rezeption von Filmen in der Originalsprache verbessert das Erlernen der Sprache, in der die Filme gezeigt werden. Und da die Mehrzahl der Filme aus dem angloamerikanischen Raum stammt, ist mit einer Untertitelung der Filme eine Verbesserung der Sprachkompetenz in Englisch verbunden. Der Vorschlag von Van Parijs (2004), die Übersetzung von Filmen per Gesetz zu verbieten, wird aber weder politisch umsetzbar, noch rechtlich Bestand haben, weil eine solche Vorschrift zu tief in den Markt eingreifen würde, der von der Rechtsprechung der EU in hohem Maße geschützt wird. Allerdings haben fast alle Länder der EU öffentlich-rechtliche oder staatliche Sendeanstalten. Man könnte sich vorstellen, dass diese sich wechselseitig verpflichten, einen Teil der Programme und vor allem der Jugendprogramme in den Originalsprachen auszustrahlen oder zumindest die Option anbieten, dass man die Sendungen auch in der Originalsprache sehen kann. Dies wäre eine Maßnahme zur Verbesserung der Fremdsprachen- und Englischkompetenz, die nicht nur kein Geld kosten, sondern Geld einsparen würde, weil man die Synchronisationskosten spart.

5. Die bisher formulierten Argumente sollten plausibel machen, dass die Verfügung über eine gemeinsame „lingua franca“ die Europäisierung der Gesellschaften Europas beschleunigen, die Wirtschaftsentwicklung positiv beeinflussen, die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit begünstigen und die Chancengleichheit der Menschen, am Prozess der Europäisierung zu partizipieren, verbessern sowie die Identifikation der Bürger mit dem europäischen Projekt erhöhen würde. Zugleich lassen sich, wie der letzte Absatz gezeigt hat, Verfahren finden, die Ungerechtigkeit, die mit der Wahl einer Sprache als „lingua franca“ verbunden ist, auszugleichen.

Der gewichtigste Einwand gegen eine Förderung des Englischen als „lingua franca“ eines vereinten Europas kommt von denjenigen, die mit der Dominanz einer Sprache nicht nur die anderen Sprachen, sondern mit dem Bedeutungsverlust der anderen Sprachen deren Kulturen bedroht sehen. Kritiker einer Dominanz des Englischen sehen in einer Vielfaltsverschiebung der Sprachen eine Dominanzverschiebung in den Kulturen. Mit der Dominanz des Englischen sei zugleich eine Dominanz angloamerikanischer Weltansichten und Werte verbunden, weil Sprache und Weltansichten ineinander verwoben sind (vgl. für viele andere Phillipson 2003). Richard Münch (2004) sieht vor allem das funktionsspezifische Englisch einer transnationalen Elite, das von Wirtschaftsfunktionären, Bürokraten und Unternehmensberatern gesprochen wird, als Gefahr an, weil mit der Sprache eine spezifische Ideologie eines wirtschaftsliberalen Europa transportiert wird.

Wir hatten in den Kapiteln 2.2 und 3.3 gesehen, dass diese Vorstellung der sprachlichen Konstituierung von Kulturen die hegemoniale Sicht unter Linguisten und Anthropologen ist, die sich viele internationale Organisationen und auch die EU zu Eigen gemacht haben (vgl. z. B. Crystal 2000; Phillipson 2003; Nic Craith 2008). Sie ist deswegen nicht unbedingt plausibel.

Zum einen würde die Förderung einer „lingua franca“ Englisch für alle Europäer ja nicht bedeuten, dass die sprachliche Souveränität der Nationalstaaten innerhalb der Länder angegriffen wird. Die Muttersprachen der Länder bleiben erhalten; sie werden nur ergänzt um eine forcierte Förderung einer *Fremdsprache*. Zum Zweiten hatten wir in Kapitel 2.2 im Kontext der Diskussion des „linguistic turns“ der Soziologie gesehen, dass der momentane Forschungsstand die These, dass die Sprache das Denken und damit die Weltaneignung beeinflusst, nur sehr begrenzt unterstützt. Die neuere Kognitionspsychologie (Fodor 1975; Pinker 1994) geht davon aus, dass das Denken in einer speziellen, mentalen Sprache stattfindet. Und weil das

Denken in einer inneren Sprache stattfindet, ist der Einfluss der natürlichen Sprachen auf das Denken gering, und all das, was Menschen in einer bestimmten natürlichen Sprache ausdrücken, kann im Grundsatz in eine andere Sprache übersetzt werden. Wenn aber Sprache und Kultur nicht so eng miteinander verzahnt sind, wie dies häufig in der Literatur unterstellt wird, dann hat dies Folgen für die gezogenen politischen Schlussfolgerungen. Ein Kernargument gegen eine einheitliche Fremdsprache in Europa ist damit entkräftet, zumindest aufgeweicht. Philippe Van Parijs bringt die Überlegung nochmals präzise auf den Punkt: „There is nothing intrinsically „pro-capitalist“, or „anti-poor“, or „market-imperialist“ about the English language, just as it is not because Marx wrote in German that there is something intrinsically „anti-capitalist“ or „pro-proletarian“ or „state-fetishist“ about the German language. Like all other languages in the world, English and German have the means of expressing negation, so that whatever Marx wrote in German you can also deny in German and whatever Bush said in English you can also deny in English” (Van Parijs 2004: 138).

Fast alle Argumente sprechen dafür, die Dominanz des Englischen als „lingua franca“ in Europa nicht nur notgedrungen zu akzeptieren, sondern politisch aktiv zu fördern und dies auch auf Kosten der Förderung der anderen Sprachen. Die alttestamentarische Geschichte vom Turmbau zu Babel, mit deren Wiedergabe ich im ersten Kapitel begonnen hatte, lehrt uns, welche enormen Vorteile mit einer gemeinsamen Sprache verbunden sind. Die Europäer sollten die Strafe Gottes nicht fürchten, wenn sie sich daran machen, das europäische Projekt weiterzuentwickeln. Eine gemeinsame Fremdsprache würde die Entwicklung Europas in verschiedenen Dimensionen enorm beschleunigen und die Menschen in Europa näher zusammenbringen.

Literatur

- Ager, Dennis (1996): *Language Policy in Britain and France*. New York/London: Cassell.
- Ager, Dennis (1997): *Language, Community and the State: Linguistic Developments in European Nation States*. Exeter: Intellect Books.
- Alexander, Jeffrey (1987): Lecture One: What is a Theory? In: Jeffrey Alexander (Hg.): *Twenty Lectures: Sociological Theory*. New York: Columbia University Press, 1-21.
- Altvater, Elmar & Mahnkopf, Birgit (1999): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ambrosius, Gerold (1996): *Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Ammon, Ulrich (2006): Language Conflicts in the European Union. On Finding a Politically Acceptable and Practicable Solution for EU Institutions that Satisfies Diverging Interests. *International Journal of Applied Linguistics* 16: 319-338.
- Anderson, Benedict (1993): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Arzoz, Xabier (2008a): Introduction: Respecting Linguistic Diversity in the European Union. In: Xabier Arzoz (Hg.): *Respecting Linguistic Diversity in the European Union*. Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins B.V., 1-16.
- Arzoz, Xabier (2008b): The Protection of Linguistic Diversity through Article 22 of the Charter of Fundamental Rights. In: Xabier Arzoz (Hg.): *Respecting Linguistic Diversity in the European Union*. Amsterdam: John Benjamins Publishing Co., 123-144.
- Auer, Peter & Wei, Li (2007): *Handbook of Multilingualism and Multilingual Communication*. Berlin: de Gruyter.
- Bach, Maurizio (Hg.) (2000): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bach, Maurizio (2008): *Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Banting, Keith; Johnston, Richard; Kymlicka, Will & Soroka, Stuart (2006): Do Multiculturalism Policies Erode the Welfare State? An Empirical Analysis. In: Keith Banting & Will Kymlicka (Hrsg.): *Multiculturalism and the Welfare State: Recognition and Redistribution in Contemporary Democracies*. Oxford: Oxford University Press, 49-91.
- Bartolini, Stefano (2005): *Restructuring Europe. Centre Formation, System Building and Political Structuring between Nation-state and the European Union*. Oxford: Oxford University Press.
- BBC (2006): *Chirac upset by English address*, 24.03.06, URL: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4840160.stm> (Zugriff 11.02.10).
- Beck, Daniel & Schwotzer, Bertil (2006): Fernsehrichten in einem mehrsprachigen Land. Eine Langzeitanalyse von Tagesschau, Téléjournal und Telegiorale. *Medienwissenschaft Schweiz* 1&2: 25-33.
- Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich & Grande, Edgar (2004): *Das kosmopolitische Europa*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Becker, Benjamin (2008): *Trends in der Sprachpolitik und Sprachenpolitik der Europäischen Union*. Unveröffentlichte Masterarbeit. Institut für Soziologie. Freie Universität Berlin.
- Becker, Gary S. (1993): *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education*. Chicago: University of Chicago Press.
- Beckfield, Jason (2006): European Integration and Income Inequality. *American Sociological Review* 71: 964-985.
- Bell, Daniel (1973): *The Coming of Post-industrial Society: A Venture of Social Forecasting*. New York: Basic Books.
- Berger, Peter L. & Luckmann, Thomas (1969/1987): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag.
- Berlin, Brent & Kay, Paul (1969): *Basic Color Terms: Their Universality and Evolution*. Berkeley: University of California Press.
- Bernecker, Walther L.; Eßler, Thorsten & Kraus, Peter A. (2007): *Eine kleine Geschichte Kataloniens*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bernstein, Basil (1960): Language and Social Class: a Research Note. *British Journal of Sociology* 11(3): 271-76.
- Bernstein, Basil (1973): *Class, Codes and Control* (Vol. 1 & 2). London: Routledge & Kegan Paul.
- Bhatia, Tej K. & Ritchie, William C. (2006): *Handbook of Bilingualism*. Oxford: Blackwell Publishing.
- Bialystok, Ellen (2001): *Bilingualism in Development: Language, Literacy and Cognition*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Billig, Michael & Tajfel, Henri (1973): Social Categorization and Similarity in Inter-group Behaviour. *European Journal of Social Psychology* 3: 27-52.
- Borovsky, Anna & Hartig, Falk (2008): Irisch für Parlamentarier. Über die Wiederbelebung der irischen Kultur durch die EU-Sprachpolitik und die Abstimmung zum EU-Reformvertrag. Ein Gespräch mit Jim Higgins. *Kulturaustausch. Zeitschrift für internationale Perspektiven* 111: 71.
- Börzel, Tanja A. & Risse, Thomas (2002): Europäisierung und die Transformation der Nationalstaaten. In: Volker H. Schneider (Hg.): *Entgrenzte Märkte – grenzenlose Bürokratie? Europäisierung in Wirtschaft, Recht und Politik*. Frankfurt a. M.: Campus, 86-110.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheit*. Sonderband 2 der Sozialen Welt. Göttingen: Otto Schwarz & Co., 183-198.
- Bourdieu, Pierre (1990): Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien: Braumüller.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Language and Symbolic Power*. Cambridge: Polity Press.
- Bourdieu, Pierre & Passeron, Jean-Claude (1971): *Die Illusion der Chancengleichheit*. Stuttgart: Ernst Klett Verlag.
- Braun, Michael (2009): Foreign Language Proficiency of Intra-European Migrants: A Multilevel Analysis. *European Sociological Review* (Online-Publikation, 27. Nov. 2009), URL: <http://esr.oxfordjournals.org/cgi/content/abstract/jcp052> (Zugriff 11.02.10).
- Büchner, Charlotte (2004): Investition in Humankapital: Auslandsaufenthalte von Schülern. *DIW Wochenbericht* 45: 709-712.
- Carliner, Geoffrey (2000): The Language Ability of U.S. Immigrants: Assimilation and Cohort Effects. *International Migration Review* 34: 158-182.
- Castiglione, Dario & Longman, Chris (2007): *The Language Question in Europe and Diverse Societies: Political, Legal and Social Perspectives*. Oxford: Hart Publishing.
- Chen, Ping (1999): *Modern Chinese. History and Sociolinguistics*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Chiswick, Barry R. (2007): *The Economics of Language: An Introduction and Overview*. Julian Simon Lecture (IV). Bonn: IZA – Institute for the Study of Labor.
- Chiswick, Barry R. & Miller, Paul W. (1995): The Endogeneity between Language and Earnings: International Analyses. *Journal of Labor Economics* 13: 246-88.
- Chiswick, Barry R. & Miller, Paul W. (2001): A Model of Destination-Language Acquisition: Application to Male Immigrants in Canada. *Demography* 38: 391-409.

- Chiswick, Barry R. & Miller, Paul W. (2004): Linguistic Distance: A Quantitative Measure of the Distance Between English and Other Languages. *Discussion Paper No. 1246*. Bonn: Institute for the Study of Labor.
- Crouch, Colin (1999): *Social Change in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Crystal, David (2000): *Language Death*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Crystal, David (2003): *English as a Global Language*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Dallinger, Ursula (1999): Kommunikation, Verstehen, Verständigung – Divergenzen und Konvergenzen von Systemtheorie und sozialwissenschaftlicher Phänomenologie. In: Ronald Hitzler, Jo Reichertz & Norbert Schroer (Hrsg.): *Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation*. Konstanz/St. Gallen: Universitätsverlag Konstanz, 237-266.
- De Saussure, Ferdinand (1967): *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*. Berlin: De Gruyter.
- De Swaan, Abram (1993): The Evolving European Language System: A Theory of Communication Potential and Language Competition. *International Political Science Review* 14(3): 241-256.
- De Swaan, Abram (2001a): The Language Constellation of the European Union. In: Martin Kohli & Mojca Novak (Hrsg.): *Will Europe Work? Integration, employment and the social order*. London, New York: Routledge, 170-181.
- De Swaan, Abram (2001b): *Words of the World – The Global Language System*. Cambridge et al.: Polity Press.
- De Swaan, Abram (2004): Endangered Languages, Sociolinguistics, and Linguistic Sentimentalism. *European Review* 12(4): 567-580.
- Delhey, Jan (2005): Das Abenteuer der Europäisierung. Überlegungen zu einem soziologischen Begriff europäischer Integration und zur Stellung der Soziologie zu den Integration Studies. *Soziologie* 34: 7-27.
- Die Bibel (1980a): Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift. Altes Testament. Augsburg: Pattloch-Verlag.
- Die Bibel (1980b): Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift. Neues Testament. Augsburg: Pattloch-Verlag.
- Díez Medrano, Juan (2003): Framing Europe. Attitudes to European Integration in Germany, Spain and the United Kingdom. Princeton: Princeton University Press.
- Díez Medrano, Juan (2008): Europeanization and the Emergence of a European Society. *IBEI Working Paper No. 12*. URL: <http://ssrn.com/abstract=1086084> (Zugriff 11.02.10).
- Dixon, Robert M. W. (1997): *The Rise and Fall of Languages*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.

- Doerr, Nicole (2008): Deliberative Discussion, Language, and Efficiency in the World Social Forum Process. *Mobilization: An International Quarterly* 13: 395-410.
- Doerr, Nicole (2009): Language and Democracy 'in movement': Multilingualism and the Case of the European Social Forum Process. *Social Movement Studies* 8: 149-165.
- Dreher, Axel (2006): Does Globalization Affect Growth? Evidence from a new Index of Globalization. *Applied Economics* 38(10): 1091-1110.
- Dustmann, Christian & van Soest, Arthur (2001): Language Fluency and Earnings: Estimation with Misclassified Language Indicators. *Review of Economics and Statistics* 83(4): 663-74.
- Eldredge, Niles & Gould, Stephen J. (1972): Punctuated Equilibria: An Alternative to Phyletic Gradualism. In: Thomas J. M. Schopf (Hg.): *Models in Paleobiology*. San Francisco: Freeman, Cooper and Company, 82-115.
- Erikson, Robert & Goldthorpe, John H. (1992): *The Constant Flux: A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon.
- Espenshade, Thomas J. & Fu, Haishan (1997): An Analysis of English-Language Proficiency among U.S. Immigrants. *American Sociological Review* 62(2): 288-305.
- Esser, Hartmut (2000): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 3: Soziales Handeln*. Frankfurt a. M.: Campus
- Esser, Hartmut (2006): *Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Europäische Gemeinschaft (2000): *Charta der Grundrechte der Europäischen Union. C 364/1*, URL. http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf (Zugriff 11.02.10).
- Europäischer Gerichtshof (2008): *C – Rechtsprechungsstatistiken des Gerichtshof*, URL. http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2_7032 (Zugriff 11.02.10), 23-24.
- European Commission (2008): *Timeseries Erasmus student mobility (number of outgoing students): 1987/88 – 2006/07*. URL. http://ec.europa.eu/education/programmes/llp/erasmus/stat_en.html (Zugriff 11.02.10).
- European Commission (2009): *Annex 1: Outgoing Erasmus students from 1987/1988 to 2007/2008*. URL. http://ec.europa.eu/education/erasmus/doc920_en.htm (Zugriff 11.02.10).
- Favell, Adrian (2008): *Eurostars and Eurocities: Free Movement and Mobility in an Integrating Europe*. Oxford: Blackwell.
- Felbermayr, Gabriel J. & Toubal, Farid (2010): *Cultural Proximity and Trade*. *European Economic Review* (im Erscheinen).
- Fischer, Julia (2008a): *Die Evolution der Sprache*. Reihe: Bertha Benz-Vorlesung, Nr. 25, Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung Ladenburg.
- Fischer, Julia (2008b): *Zur Evolution der menschlichen Sprache – ein Vergleich der Kommunikation von Mensch und Tier*. Manuskript zu einem Vortrag vor der Gesellschaft Deutscher Naturforscher (20.-22.09.08).

- Fligstein, Neil (2008a): Euroclash. The EU, European Identity, and the Future of Europe. Oxford: Oxford University Press.
- Fligstein, Neil (2008b): Who are the Europeans and how does this matter for politics. In Peter Katzenstein & Jeff Checkel (Hrsg.). *European Identities: Beyond Mismatched Polarities of Cosmopolitanism and Location*. Cambridge: Cambridge University Press, 132-166.
- Fligstein, Neil & Merand, Frederic (2002): Globalization or Europeanization? Changes in the European Economy, 1980- 2000. *Acta Sociologica* 45: 7-22.
- Fligstein, Neil & Stone Sweet, Alec (2002): Constructing Politics and Markets: An Institutional Account of European Integration. *American Journal of Sociology* 107: 1206-1243.
- Fodor, Jerry (1975): *The Language of Thought*. Cambridge: Thomas Crowell.
- Fodor, Ferenc & Peluau, Sandrine (2003): Language Geostrategy in Eastern and Central Europe: Assessment and Perspectives. In: Jaques Maurais & Michael A. Morris (Hrsg.): *Languages in a Globalising World*. Cambridge: Cambridge University Press, 85-98.
- Forsberg, Tuomas (2000): A Friend in Need or a Friend Indeed? Finnish Perceptions of Germany's Role in the EU and Europe. *Working Paper. The Finnish Institute of International Affairs* Nr. 24.
- Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (2008): Geographische Mobilität in der Europäischen Union. Mobilisierung ihrer sozialen und ökonomischen Vorteile. Bericht für die Europäische Kommission – GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit. URL. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=385> (Zugriff 11.02.10).
- Friederici, Angela D. (2002): Wie wir Sprache verstehen – Neuronale Präzision in Raum und Zeit. In: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft*. Leipzig: Max-Planck-Institut für neuropsychologische Forschung, 43-53.
- Fuchs, Dieter, Guinaudeau, Isabelle & Schubert, Sophia (2009): National Identity, European Identity and Euroscepticism. In: Dieter Fuchs, Raul Magni-Berton & Antoine (Hrsg.) *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich, 91-114.
- Generaldirektion Bildung und Kultur (2008): *Auf einen Blick: Allgemeine und berufliche Bildung*. URL. http://ec.europa.eu/education/at-a-glance/about141_de.htm (Zugriff 11.02.10).
- Generaldirektion Übersetzung (2007): *Translating for a Multilingual Community*. http://ec.europa.eu/dgs/translation/publications/brochures/translating_eu_brochure_en.pdf (Zugriff 11.02.10).
- Gerhards, Jürgen (1993): Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. *Zeitschrift für Soziologie* 22: 96-110.

- Gerhards, Jürgen (2000): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Maurizio Bach (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, 277-305.
- Gerhards, Jürgen (2007): Cultural Overstretch? The Enlargement of the European Union and the Cultural Differences between Old and New Member States and Turkey. London/New York: Routledge.
- Gerhards, Jürgen (2010): Transnationales linguistisches Kapital der Bürger und der Prozess der europäischen Integration. In: Monika Eig Müller & Steffen Mau (Hrsg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 213-244.
- Gerhards, Jürgen & Lengfeld, Holger (2008): The Growing Remit of the EU in Climate Change Policy and Citizens' Support Across the Union. *Journal of European Social Policy* 18: 337-341.
- Gerhards, Jürgen & Rössel, Jörg (1999): Zur Transnationalisierung der Gesellschaft der Bundesrepublik. Entwicklungen, Ursachen und mögliche Folgen für die europäische Integration. *Zeitschrift für Soziologie* 28(5): 325-344.
- Gerhards, Jürgen; Schäfer, Mike S. & Kämpfer, Sylvia (2009): Gender Equality in the European Union: The EU Script and its Support in the Member States. *Sociology* 43(3): 515-534.
- Geser, Hans (1992): Kleinststaaten im internationalen System. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44: 627-654.
- Giles, Howard & Billings, Andrew C. (2004): Assessing Language Attitudes: Speaker Evaluation Studies. In: Alan Davies & Catherine Elder (Hrsg.): *The Handbook of Applied Linguistics*. Oxford: Blackwell, 187-209.
- Giles, Howard & Johnson, Patricia (1987): Ethnolinguistic Identity Theory: A Social Psychological Approach to Language Maintenance. *International Journal of the Sociology of Language* 68: 69-99.
- Grillo, Ralph D. (1989): *Dominant Languages. Language and Hierarchy in Britain and France*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Grin, Francois (1994): The Economics of Language: Match or Mismatch. *International Political Science Review* 15: 25-42.
- Grin, Francois & Moring, Tom (2002): *Support for Minority Languages in Europe* (Final Report). URL: http://ec.europa.eu/education/languages/pdf/doc639_en.pdf (Zugriff 11.02.10).
- Gumperz, John & Levison, Stephen (Hrsg.) (1996): *Rethinking Linguistic Relativity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gutmann, Amy (2001): Multiculturalism and Identity Politics. Cultural Concerns. In: Neil J. Smelser & Paul B. Baltes (Hrsg.): *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*. Amsterdam: Elsevier, 10175-10179.

- Haarmann, Harald (2006): Weltgeschichte der Sprachen. Von der Frühzeit des Menschen bis zur Gegenwart. München: C. H. Beck.
- Habermas, Jürgen (1962/1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 1-2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2004a): Ist die Herausbildung einer europäischen Identität nötig und ist sie möglich? In: Jürgen Habermas: *Der gesplittene Westen. Kleine politische Schriften X*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 68-82.
- Habermas, Jürgen (2004b): Der 15. Februar – oder: Was Europas verbindet. In: Jürgen Habermas: *Der gesplittene Westen. Kleine politische Schriften X*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 43-51.
- Hale, Ken (1998): On Endangered Languages and the Importance of Linguistic Diversity. In: Leonora A. Grenoble & Lindsay J. Whaley (Hrsg.): *Endangered Languages: Language Loss and Community Response*. Cambridge: Cambridge University Press, 192-216.
- Haller, Max (2009): Die europäische Integration als Elitenprozess: Das Ende eines Traums? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hamel, Rainer Enrique (2003): Regional Blocs as a Barrier against English Hegemony? The Language Policy of Mercosur in South America. In: Jaques Maurais & Michael A. Morris (Hrsg.): *Languages in a Globalising World*. Cambridge: Cambridge University Press, 111-142.
- Hans, Silke (2010): *Assimilation oder Segregation? Anpassungsprozesse von Einwanderern in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag/Hartmann, Michael (2007): Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich. Frankfurt a. M.: Campus.
- Hartmann, Michael (2009): Die transnationale Klasse – Mythos oder Realität? *Soziale Welt* 60(3): 285-304.
- Hasebrink, Uwe & Herzog, Anja (2009): Mediennutzung im internationalen Vergleich. In: Hans-Bredow-Institut (Hg.): *Internationales Handbuch Medien*. Baden-Baden, 131-154.
- Heidbreder, Eva Gabriele (2004): Minderheitenschutz in der neuen EU: Beitrittskriterien nachdem Beitritt. *Osteuropa* 54: 473-83.
- Heidenreich, Martin (Hg.) (2006): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Held, David (1995): *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*. Stanford: University Press.
- Held, David; McGrew, Anthony; Goldblatt, David & Perraton, Jonathan (1999): *Global Transformations. Politics, Economics and Culture*. Stanford: Stanford University Press.

- Herder, Johann Gottfried (1984): Über die neuere deutsche Literatur. Fragmente. In: Wolfgang Pross (Hg.): *Herder und der Sturm und Drang, 1764-1774*. München: Carl Hanser Verlag: München.
- Hettlage, Robert & Müller, Hans-Peter (Hrsg.) (2006): *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz: UVK.
- Hirst, Paul & Thompson, Grahame (1998): Globalisierung? Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken. In: Ulrich Beck (Hg.): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 85-133.
- Hitzler, Ronald (1998): Das Problem, sich verständlich zu machen. Anthropologische Aspekte einer Dramatologie. In: Herbert Willems & Martin Jurga (Hrsg.): *Inszenierungsgesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 93-105.
- Hitzler, Ronald (2000): Sinnrekonstruktion. Zum Stand der Diskussion (in) der deutschsprachigen interpretativen Soziologie. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 3: 459-484.
- Hitzler, Ronald; Reichertz, Jo & Schröer, Norbert (1999): Das Arbeitsfeld einer hermeneutischen Wissenssoziologie. In: Ronald Hitzler, Jo Reichertz & Norbert Schroer (Hrsg.): *Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation*. Konstanz: UVK, 9-13.
- Hobsbawm, Eric J. (1991): *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Hobsbawm, Eric J. (1996): Are all Tongues Equal? Language, Culture and National Identity. In: Paul Barker (Hg.): *Living as Equals*. Oxford/New York: Oxford University Press, 85-98.
- Hoffmann, Stanley (1966): Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation State and the Case of Western Europe. *Daedalus* 95(3): 862-915.
- Hroch, Miroslav (2005): *Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Humboldt, Wilhelm von (1963a): Ueber die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues und ihren Einfluss auf die geistige Entwicklung des Menschengeschlechts [1830-1835]. In: Wilhelm von Humboldt (Hg.): *Werke in fünf Bänden, III, Schriften zur Sprachphilosophie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 368-756.
- Hunt, Earl (2001): Language and Thought: The Modern Whorfian Hypothesis. In: Neil J. Smelser & Paul B. Baltes (Hrsg.): *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*. Amsterdam: Elsevier, 8320-8325.
- Hunt, Earl & Franca, Agnoli F. (1991): The Whorfian Hypothesis: A Cognitive Psychology Perspective. *Psychological Review* 98(3): 377-389.
- Huntington, Samuel P. (2004): *Who Are We? The Challenges to America's National Identity*. New York et al.: Simon & Schuster.

- Isserstedt, Wolfgang & Link, Judith (2008): *Internationalisierung des Studiums. Deutsche im Ausland, ausländische Studierende in Deutschland*. Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn und Berlin. URL: http://www.studentenwerke.de/pdf/Sonderbericht_Internationalisierung.pdf (Zugriff 11.02.10).
- Jellinek, Georg (1905): *Allgemeine Staatslehre* (2. Auflage). Berlin: Haering.
- Joppke Christian & Lukes, Steven (Hrsg.) (1999): *Multicultural Questions*. Oxford University Press: Oxford.
- Kaelble, Hartmut (2005): Eine europäische Gesellschaft? In: Gunnar Folke Schuppert, Ingolf Pernice & Ulrich Haltern (Hrsg.): *Europawissenschaft*. Baden Baden: Nomos, 299-330.
- Kaelble, Hartmut (2007): *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*. München: Beck.
- Kamusella, Tomasz (2009): *The Politics of Language and Nationalism in Modern Central Europe*. New York: Palgrave Macmillan.
- Kantner, Cathleen (2004): *Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Katz Michael L. & Shapiro, Carl (1985): Network Externalities, Competition, and Compatibility. *American Economic Review* 75 (3): 424-440.
- Katzenstein, Peter J. (1985): *Small States in World Markets: Industrial Policy in Europe*. Ithaca: Cornell University Press.
- Kern, Rudolf (1997): Sprachen und Völker Belgiens. In: Gerd Hentschel (Hg.): *Über Muttersprachen und Vaterländer. Zur Entwicklung von Standardsprachen und Nationen in Europa*. Frankfurt a. M.: Peter Lang, 63-101.
- Kibbee, Douglas A. (2003): Language Policy and Linguistic Theory. In: Jaques Maurais & Michael A. Morris (Hrsg.): *Languages in a Globalising World*. Cambridge: Cambridge University Press, 47-57.
- Kibbee, Douglas A. (2008): Minority Language Rights: Historical and Comparative Perspectives. *Intercultural Human Rights Law Review* 3: 79-136.
- Kielmannsegg, Peter Graf (1996): Integration und Demokratie. In: Markus Jachtenfuchs & Beate Kohler-Koch (Hrsg.): *Europäische Integration*. Opladen, 47-71.
- Kilborn, Richard (1993): 'Speak my Language'. *Current Attitudes to Television Subtitling and Dubbing*. *Media, Culture and Society* 15: 641-660.
- Kinzler, Katherine D.; Dupoux, Emmanuel & Spelke, Elisabeth S. (2007): The Native Language of Social Cognition. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States* 104(30): 12577-12580.
- Kinzler, Katherine D.; Shutts, Kristin; DeJesus, Jasmine & Spelke, Elisabeth S. (2009): Accent Trumps Race in Guiding Children's Social Preferences. *Social Cognition* 27(4): 623-634.

- Knoblauch, Hubert (2003): Das Ende der linguistischen Wende. Von der Sprachsoziologie zur Wissenssoziologie. In: Barbara Orth, Thomas Schwierting & Johannes Weiß (Hrsg.): *Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven. Ein Handbuch*. Opladen: Leske+Budrich, 581-93.
- Kohler-Koch, Beate; Conzelmann, Thomas & Knodt, Michèle (2004): *Europäische Integration – Europäisches Regieren*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kraus, Peter A. (2004): Europäische Öffentlichkeit und Sprachpolitik – Integration durch Anerkennung. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Krauss, Michael E. (1992): The World's Languages in Crisis. *Language* 68(1): 4-10.
- Kymlicka, Will (2007): *Multicultural Odysseys. Navigating the New Institutional Politics of Diversity*. Oxford: Oxford University Press.
- Kymlicka, Will (2009): The Multicultural Welfare State. In: Peter A. Hall & Michele Lamont (Hrsg.): *Successful Societies: How Institutions and Culture Affect Health*. Cambridge: Cambridge University Press, 226-253.
- Labov, William (1966): *The Social Stratification of English in New York City*. Washington D. C.: Center for Applied Linguistics.
- Ladefoged, Peter (1992): Another View of Endangered. *Languages* 68: 809-811. Languages of the World: URL. <http://www.ethnologue.com/info.asp> (Zugriff 11.02.10).
- Laponce, Jean (2003): Babel and the Market: Geostrategy for Minority Languages. In: Jaques Maurais & Michael A. Morris (Hrsg.): *Languages in a Globalising World*. Cambridge: Cambridge University Press, 58-63.
- Laut, Jens Peter (2000): Das Türkische als Ursprache? Sprachwissenschaftliche Theorien in der Zeit des erwachenden türkischen Nationalismus. Wiesbaden: Otto Harrassowitz.
- Leibfried, Stephan & Zürn, Michael (2006): Von der nationalen zur post-nationalen Konstellation. In: Stephan Leibfried & Michael Zürn (Hrsg.): *Transformationen des Staates?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 19-65.
- Lepsius, M. Rainer (1990): Der europäische Nationalstaat: Erbe oder Zukunft. In: M. Rainer Lepsius (Hg.): *Interessen, Ideen, Institutionen*. Opladen. Westdeutscher Verlag, 256-268.
- Lepsius, M. Rainer (1991): Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. In: Rudolf Wildenmann (Hg.): *Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union*. Baden-Baden: Nomos, 19-40.
- Lewis, M. Paul (Hg.) (2009): *Ethnologue: Languages of the World* (16. Auflage). Dallas: SIL International.
- Lieberson, Stanley (1964): An Extension of Greenberg's Linguistic Diversity Measures. *Language* 40(4): 526-531.
- Lieberson, Stanley (1970): *Language and Ethnic Relations in Canada*. New York: John Wiley & Sons.

- Lieberson, Stanley (1970/1981): Language and Ethnic Relations: A Neglected Problem. In: Stanley Lieberson (1981): *Language Diversity and Language Contact. Essays by Stanley Lieberson* (selected and introduced by Anwar S. Dil). Stanford: Stanford University Press.
- Lieberson, Stanley (1981): *Language Diversity and Language Contact. Essays by Stanley Lieberson* (selected and introduced by Anwar S. Dil). Stanford: Stanford University Press.
- Lindenberg, Siegwart (1989): Choice and Culture: The Behavioural Basis of Cultural Impact on Transactions. In: Hans Haferkamp (Hg.): *Social Structure and Culture*. Berlin: De Gruyter, 175-200.
- Linsenmann, Ingo (2006): Die Bildungspolitik der Europäischen Union. In: Werner Weidenfeld (Hg.): *Europa-Handbuch*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 332-341.
- Loos, Eugène (2000): Language Choice, Linguistic Capital and Symbolic Denomination in the European Union. *Language Problems & Language Planning* 24(1): 37-53.
- Luckmann, Thomas (1972): Die Konstitution der Sprache in der Welt des Alltags. In: Bernhard Badura & Klaus Gloy (Hrsg.): *Soziologie der Kommunikation*. Stuttgart: Frommann-Holzboog, 218-237.
- Luckmann, Thomas (1979): Soziologie der Sprache. In: René König (Hg.): *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 13. Stuttgart: Enke, 1-116.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lutjeharms, Madeleine (2007): Mehrsprachigkeit und Spracherwerb aus Brüsseler Sicht. *Muttersprache* (Gesellschaft für deutsche Sprache) 117(2): 110-123.
- Mamadouh, Virginie (2002): Dealing with Multilingualism in the European Union: Cultural Theory Rationalities and Language Policies. *Journal of Comparative Policy Analysis* 4: 327-345.
- Mann, Michael (2001): Globalization and September 11. *New Left Review* 112: 51-72.
- Mau, Steffen (2007): Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten. Frankfurt a. M.: Campus.
- Mau, Steffen; Mewes, Jan & Zimmermann, Ann (2008a): Diesseits und jenseits nationaler Grenzen. Intergruppenkontakte und xenophile Einstellungen. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 34(4): 507-531.
- Mau, Steffen; Mewes, Jan & Zimmermann, Ann (2008b): Cosmopolitan Attitudes through Transnational Practices? *Global Networks: A Journal of Transnational Affairs* 8(1): 1-24.
- Mau, Steffen & Verwiebe, Roland (2009): *Die Sozialstruktur Europas*. Konstanz: UTB/UVK.

- McCoshan, Andrew; McDonald, Neil; Santos, Ruth & Hall, Nicola (2008): *Joint Report on the Final Evaluation of Socrates II, Leonardo da Vinci II and eLearning – A Final Report to the Directorate General for Education and Culture of the European Commission*. URL. http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/evalreports/training/2007/joint/joint_en.pdf (Zugriff 11.02.10).
- Melitz, Jacques (2008): Language and Foreign Trade. *European Economic Review* 52: 667-699.
- Meyer, John W. (2005): Die Europäische Union und die Globalisierung der Kultur. In: John W. Meyer (Hg.): *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 163-178.
- Meyer, John W.; Boli, John; Thomas, Georg M. & Ramirez, Francisco O. (1997): World Society and the Nation-State. *American Journal of Sociology* 103: 144-181.
- Mickel, Wolfgang & Bergmann, Jan (2005): *Handlexikon der Europäischen Union* (3. Auflage). Baden Baden: Nomos.
- Mitterer, Holger & McQueen, James M. (2009): Foreign Subtitles Help but Native-Language Subtitles Harm Foreign Speech Perception. *Public Library of Science ONE* 4(11): e7785. URL. <http://www.plosone.org/article/info:doi%2F10.1371%2Fjournal.pone.0007785> (Zugriff 11.02.10).
- Moravcsik, Andrew (1993): Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach. *Journal of Common Market Studies* 31(4): 473-524.
- Moravcsik, Andrew (1998): Theorizing European Integration. In: Andrew Moravcsik (Hg.): *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*. Ithaca/NY: Cornell University Press, 18-85.
- Mufwene, Salikoko S. (2001): *The Ecology of Language Evolution*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Münch, Richard (2001): Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Münch, Richard (2004): Von der Familie europäischer Nationen zur europäischen Mehrbenengesellschaft? Die Reproduktion kultureller Vielfalt in der europäischen Mehrbenengesellschaft. In: Konrad Ehlich (Hg.): *Germanistik in und für Europa*. Texte des Münchner Germanistentages 2004. Bielefeld: Aesthesis Verlag, 117-135.
- Münch, Richard (2008): Die Konstruktion der Europäischen Gesellschaft. Zur Dialektik von transnationaler Integration und nationaler Desintegration. Frankfurt/New York: Campus.
- Münch, Richard & Bernhard, Stefan (2009): *Die Lissabon-Strategie der EU als hegemoniales Liberalisierungsprojekt* (unveröffentlichtes Manuskript).
- Münch, Richard & Büttner, Sebastian (2006): Die europäische Teilung der Arbeit. Was können wir von Emile Durkheim lernen? In: Martin Heidenreich (Hg.): *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt/New York: Campus, 65-107.

- Newton, Ken & Delhey, Jan (2005): Predicting Cross-national Levels of Social Trust: Global Pattern or Nordic Exceptionalism? *European Sociological Review* 21: 311-27.
- Nic Craith, Máiréad (2008): *Europe and the Politics of Language. Citizens, Migrants and Outsiders*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Noll, Heinz-Herbert & Scheuer, Angelika (2006): Kein Herz für Europa? Komparative Indikatoren und Analysen zur europäischen Identität der Bürger. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 35: 1-5.
- Norris, Pippa (2002): *Democratic Phoenix*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa & Inglehart, Ronald (2009): *Cosmopolitan Communications. Cultural Diversity in a Globalized World*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nye, Joseph S. (2004): *Soft Power: The Means to Success in World Politics*. New York: Public Affairs.
- Oakes, Leigh (2001): *Language and National Identity. Comparing France and Sweden*. Amsterdam & Philadelphia: John Benjamins Publishing Company.
- OECD.Stat (2009): *International Migration Database*. URL. <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=MIG> (Zugriff 11.02.10).
- Overmann, Ulrich (1972): *Sprache und soziale Herkunft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Orban, Leonard (2007): *Sprachen in der EU*. URL. http://ec.europa.eu/commission_barroso/orban/policies/policies_de.htm (Zugriff 11.02.10).
- Ozvalda, Margit (2005): Sprach- und Sprachpolitik der EU: Planung, Praxis und Prognosen. *EU Working Papers* 2: 61-80.
- Pérez-Díaz, Victor (1998): The Public Sphere and a European Civil Society. In: Jeffrey C. Alexander (Hg.): *Real Civil Societies. Dilemmas of Institutionalization*. London: Sage, 211-238.
- Peterson, John & Shackleton, Michael (Hrsg.) (2006): *The Institutions of the European Union* (2. Auflage). Oxford: Oxford University Press.
- Phillipson, Robert (2003): *English-only Europe? Challenging language policy*. London/New York: Routledge.
- Pinker, Steven (1994): *The Language Instinct: The New Science of Language and Mind*. London: Penguin.
- Pool, Jonathan (1991): The Official Language Problem. *The American Political Science Review* 85(2): 495-514.
- Puschmann, Claudia (1996): Zur historischen Dimension der Sprachunterdrückung in Europa vom 18. bis 20. Jahrhundert. In: Karin Bott-Bodenhausen (Hg.): *Unterdrückte Sprachen: Sprachverbote und das Recht auf Gebrauch der Minderheitensprachen*. Frankfurt a. M.: Peter Lang, 15-31.
- Putnam, Robert (2007): E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century. *Scandinavian Political Studies* 30(2): 137-174.

- Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (2007): *Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft*. URL. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:1958R0001:20070101:DE:PDF> (Zugriff 11.02.10).
- Rawls, John (1971): *A Theory of Justice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Risse, Thomas (2010): *A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres*. Ithaca NY: Cornell University Press.
- Risse, Thomas & Lehmkuhl, Ursula (2007): Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Anmerkungen zu konzeptionellen Problemen der gegenwärtigen Governance-Diskussion. In: Marianne Beisheim & Gunnar Folke Schuppert (Hrsg.): *Staatszerfall und Governance* (Schriften zur Governance-Forschung, Band 7), Baden-Baden: Nomos, 144-159.
- Rokkan, Stein (1999): *State Formation, Nation Building, and Mass politics in Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Rokkan, Stein (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa*. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rokkan, Stein & Urwin, Derek W. (1983): The Survival of Distinctiveness: Sources of Peripheral Identity. In: Stein Rokkan & Derek W. Urwin (Hrsg.): *Economy, Territory, Identity. Politics of European Peripheries*. London: Sage, 66-117.
- Roose, Jochen (2007): Europäische Identifikation: Ein Mechanismus für die Akzeptanz von Zumutungen der europäischen Integration. In: Werner Weidenfeld & Julian Nida-Rümelin (Hrsg.): *Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien*. Baden-Baden: Nomos, 123-149.
- Roose, Jochen (2010): *Vergesellschaftung an Europas Binnengrenzen. Eine vergleichende Untersuchung zu den kulturellen Voraussetzungen der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sapir, Edward (1921): *Language, an Introduction to the Study of Speech*. New York: Harcourt, Brace.
- Scharpf, Fritz W. (1999): Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik. In: Wolfgang Merkel & Andreas Busch (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 672-694.
- Schlesinger, Philip (1999): Changing Spaces of Political Communication: The Case of the European Union. *Political Communication* 16: 263-279.
- Schloßmacher, Michael (1994): Die Arbeitssprachen in den Organen der Europäischen Gemeinschaft. Methoden und Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. *Sociolinguistica* 8: 101-122.
- Schumann-Hitzler, Gerhard & Ostarek, Martina (2005): *Europahandbuch 2005/06. Institutionen, Organisationen, Ansprechpartner* (9. Auflage). Köln: Heymann.

- Schütz, Alfred (1955/2003a): Symbol, Wirklichkeit und Gesellschaft. In: Hubert Knoblauch, Ronald Kurt & Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Alfred Schütz Werkeausgabe Band V.2*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, 117-219.
- Schütz, Alfred (1955/2003b): Schütz' Vorlesungen zur Sprachsoziologie (nach Mitschriften). In: Hubert Knoblauch, Ronald Kurt & Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Alfred Schütz Werkeausgabe Band V.2*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, 221-299.
- Schütz, Alfred (1972): Der Fremde. In: Alfred Schütz: *Gesammelte Aufsätze Bd. 2. Studien zur soziologischen Theorie*. Den Haag: Martinus Nijhof, 71-84.
- Schütz, Alfred (1974): *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schütz, Alfred & Luckmann, Thomas (2003): *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz: Universitätsverlag.
- Searle, John (1969): *Speech Acts. An Essay in the Philosophy of Language*. Cambridge: University Press.
- Selten, Reinhard & Pool, Jonathan (1991): The Distribution of Foreign Language Skills as a Game Equilibrium. In: Reinhard Selten (Hg.): *Game Equilibrium Models* (Vol. 4). Berlin: Springer, 64-84.
- Shuibhne, Niamh Nic (2007): Minority Languages, Law and Politics. Tracing EC Action. In: Dario Castiglione & Chris Longman (Hrsg.): *The Language Question in Europe and Diverse Societies: Political, Legal and Social Perspectives*. Oxford: Hart Publishing, 123-147.
- Shuibhne, Niamh Nic (2008): EC Law and Minority Language Policy: Some Recent Developments. In: Xabier Arzoz (Hg.): *Respecting Linguistic Diversity in the European Union*. Amsterdam: John Benjamins Publishing, 123-144.
- Skutnabb-Kangas, Tove & Phillipson, Robert (Hrsg.) (1995): *Linguistic Human Rights. Over-coming Linguistic Discrimination*. Contributions to the Sociology of Language 67. Berlin/New York: Mouton de Gruyter.
- Smith, Adam (1864): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Edinburgh: University Press.
- Srubar, Ilja (2005): Sprache und kulturelle Kopplung. Das Problem der Sprache in Luhmanns Theorie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 57(4): 599-623.
- Statistisches Bundesamt (2008): *Datenreport 2008*. URL: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport__downloads,templateId=renderPrint.psm1__nnn=true (Zugriff 11.02.10).
- Stone, Alec Sweet & Sandholtz, Wayne (1998): Integration, Supranational Governance, and the Institutionalization of the European Polity. In: Wayne Sandholtz

- & Alec Sweet Stone (Hrsg.): *European Integration and Supranational Governance*. Oxford: Oxford University Press, 1-26.
- Strubell, Miquel (2007): The Political Discourse on Multilingualism in the European Union. In: Dario Castiglione & Chris Longman (Hrsg.): *The Language Question in Europe and Diverse Societies: Political, Legal and Social Perspectives*. Oxford: Hart Publishing, 149-183.
- Tajfel, Henri (1982): *Gruppenkonflikt und Vorurteil*. Bern et al.: Verlag Hans Huber.
- Tajfel, Henri & Turner, John C. (1986): The social identity theory of intergroup behaviour. In: Stephen Worchel & William G. Austin (Hrsg.): *Psychology of intergroup relations*. Chicago: Nelson-Hall, 7-24.
- Taylor, Peter J. (1994): The State As Container. Territoriality in the Modern World-System. *Progress in Human Geography* 18(2): 151-162.
- Tilly, Charles (1994): States and Nationalism in Europe, 1492-1992. *Theory and Society* 23(1): 131-46.
- Tomasello, Michael (2008): *Origins of Human Communication*. Cambridge: MIT Press.
- Trabant, Jürgen (2006): Eine Philosophie der Sprache zur Bildung der Menschheit. In: Tilman Borsche (Hg.): *Herder im Spiegel der Zeiten. Verwerfungen der Rezeptionsgeschichte und Chancen einer Relektüre*. München: Fink, 247-263.
- Trabant, Jürgen (2007): Über die Aktualität des Sprachdenkens Wilhelm von Humboldts. In: Brunhilde Wehinger (Hg.): *Plurale Lektüren. Studien zu Sprache, Literatur und Kunst. Festschrift für Winfried Engler*. Berlin: edition tranvía, 13-27.
- Trabant, Jürgen (2008): *Was ist Sprache?* München: Beck.
- Truchot, Claude (2003): Languages and Supranationality in Europe: The Linguistic Influence of the European Union. In: Jaques Maurais & Michael A. Morris (Hrsg.): *Languages in a Globalising World*. Cambridge: Cambridge University Press, 99-110.
- Unesco Institute for Statistics (2005): *International Flows of selected cultural goods and services*. 1994-2003. Annex I, Tabelle II-4, S. 66. URL: http://www.uis.unesco.org/template/pdf/cscl/IntlFlows_EN.pdf (Zugriff 11.02.10).
- Van Parijs, Philippe (2004): Europe's Linguistic Challenge. *Archives européennes de sociologie* 45(1): 111-152.
- Van Parijs, Philippe (2007): Tackling the Anglophone's Free Ride. Fair Linguistic Cooperation with a Global Lingua Franca. In: Ulrich Ammond & Augusto Carli (Hrsg.): *Towards More Linguistic Equality in Scientific Communication*. Special Issue of AILA Review. Amsterdam/Philadelphia: AILA, 72-86.
- Van Parijs, Philippe (2008): Linguistic Diversity as Curse and as By-product. In: Xabier Arzoz (Hg.): *Respecting Linguistic Diversity*. Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins, 17-46.
- Van Tubergen, Frank & Kalmijn, Matthijs (2005): Destination-Language Proficiency in Cross-National Perspective. *American Journal of Sociology* 110(5): 1412-1457.

- Vater, Heinz (2002): *Einführung in die Sprachwissenschaft* (4. Auflage). Paderborn: Wilhelm Fink.
- Verwiebe, Roland (2004): *Transnationale Mobilität innerhalb Europas. Eine Studie zu den sozialstrukturellen Effekten der Europäisierung*. Berlin: edition sigma.
- Verwiebe, Roland (2008): Intra-European Migration. Is a New Transnational European Middle Class Emerging? *Migration Letters* 6: 1-19.
- Vizi, Balázs (2003): Die Europäische Union und die Minderheitensprachen. *Begegnungen – Schriftenreihe des Europa Instituts Budapest* (21): 49-69.
- Vobruba, Georg (2005): *Die Dynamik Europas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vobruba, Georg (2008): Die Entwicklung der Europasozioologie aus der Differenz national/europäisch. *Berliner Journal für Soziologie* 18(1): 32-51
- Volmert, Johannes (2005): Sprache und Sprechen. Grundbegriffe und sprachwissenschaftliche Begriffe. In: Johannes Volmert (Hg.): *Grundkurs Sprachwissenschaft* (5. Auflage). Paderborn. Wilhelm Fink, 9-29.
- Weber, Eugen (1976): *Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France, 1870-1914*. Stanford: University Press.
- Weber, Max (1985): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: J.C.B Mohr.
- Wei, Li (2000): *The Bilingualism Reader*. London: Routledge.
- Weidenfeld, Werner (Hg.) (2006): *Europa von A bis Z* (9. Auflage). Baden-Baden: Nomos.
- Weingärtner, Daniela (1999): Capito? Verstanden? Compris? *Die Zeit*, 17.06.1999.
- Werlen, Iwar (2002): Das Worten der Welt. In: D. Alan Cruse et. al. (Hg.): *Lexikologie. Ein internationales Handbuch zur Natur und Struktur von Wörtern und Wortschätzten*. Berlin/New York: de Gruyter, 380-391.
- Werlen, Iwar (2008): Schlussbericht Sprachkompetenzen der erwachsenen Bevölkerung in der Schweiz. Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz. *Nationales Forschungsprogramm NFP 56*. Bern. URL: http://www.nfp56.ch/d_projekt.cfm?Projects.Command=details&get=13&kati=2 (Zugriff 11.02.10).
- Wessels, Wolfgang (2008): *Das politische System der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Whorf, Benjamin Lee (1956): *Language, Thought, and Reality*. Cambridge: MIT Press.
- Woolard, Kathrine A. & Gahng, Tae-Joong (1990): Changing Language Policies and Attitudes in Autonomous Catalonia. *Language in Society* 19: 311-330.
- Wright, Sue (2000): Community and Communication: the role of language in nation building and Europeanization. Clevedon: Multilingual Matters.
- Wright, Sue (2007): English in the European Parliament: MEPs and their Language Repertoires. *Sociolinguistica* 21: 151-165.
- Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.